

**Der Kampf um die parteipolitische Macht in der Russländischen  
Föderation.  
Die KPRF 1991 – 1996**

Magisterarbeit  
Zur Magisterprüfung im Fach Geschichte

Universität Potsdam  
Philosophische Fakultät  
Historisches Institut

Prof. Dr. Mario Keßler  
Dr. Lars Karl

Vorgelegt von

**Markus Mirschel**

Mat. Nr. 706830  
Schreinerstr. 61  
10247 Berlin

Am 23. November 2007

Elektronisch veröffentlicht auf dem  
Publikationsserver der Universität Potsdam:  
<http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2008/1665/>  
<urn:nbn:de:kobv:517-opus-16651>  
[<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-16651>]

**Eidesstattliche Erklärung**

Ich erkläre an Eides statt, dass ich meine Magisterarbeit „*Der Kampf um die parteipolitische Macht in der Russländischen Föderation. Die KPRF 1991 – 1996*“ selbständig und ohne fremde Hilfe angefertigt habe, und dass ich alle von anderen Autoren wörtlich übernommenen Stellen wie auch die sich an die Gedanken anderer Autoren eng anlehnenden Ausführungen meiner Arbeit besonders gekennzeichnet und die Quellen nach den mir angegebenen Richtlinien zitiert habe.

Berlin/Potsdam, den 23. November 2007

Markus Mirschel

**Danksagungen**

Mein herzlichster Dank für die Hilfe und Unterstützung, die mir die Erstellung dieser Arbeit ermöglicht haben, geht an:

Caroline Krohn, Silke Hinkelmann, Anita Runge, Thomas Wandelt, Ronny Piechnick, Jirko Runge

und im besonderen Maße an Désirée Kiel & meine Eltern Gabriele und Wilfried Mirschel sowie meine gesamten Familie.

**Inhaltsverzeichnis**

Abkürzungsverzeichnis	Seite V
Abbildungsverzeichnis	Seite VII
<b>1. Einleitung</b>	Seite 1
1.1 Fragestellung	Seite 3
1.2 Bewertung der relevanten Literaturquellen	Seite 4
1.3 Schwerpunktsetzung und Aufbau	Seite 7
<b>2. Das Parteiensystem der RF</b>	Seite 10
2.1 Allgemeine Charakteristika	Seite 10
2.2 Die rechtliche Stellung der gesellschaftlichen Vereinigungen	Seite 28
2.3 Politische Strömungen	Seite 34
2.3.1 Der Block `JABLOKO`	Seite 38
2.3.2 Das Zentrum	Seite 42
2.3.3 Die nationalistischen Rechten	Seite 46
2.3.4 Die kommunistische und sozialistische Linke	Seite 55
<b>3. Die KPRF</b>	Seite 66
3.1 Allgemeine Charakteristika der KPRF	Seite 66
3.2 Wachstums- und Hindernisfaktoren für die KPRF	Seite 80
3.2.1 Exogene Faktoren	Seite 81
3.2.2 Endogene Faktoren	Seite 96
<b>4. Fazit</b>	Seite 110
Literaturverzeichnis	Seite 118

## Abkürzungsverzeichnis

GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
RSFSR	Russländische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
RF	Russländische Föderation
SU	Sowjetunion
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
BiOst	Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien
INDEM	Information Science for Democracy
WZIOM	Allrussisches Zentrum zur Erforschung der Öffentlichen Meinung
FR	Föderationsrat
VG	Verfassungsgericht
ZK	Zentralkomitee
APR	Agrarpartei Russlands
BPR	Bauernpartei Russlands
BGVR	Bund des Gesamten Volkes Russlands
CDBR	Christlich-Demokratische Bewegung Russlands
DR	Demokratisches Russland
DP	Demokratische Plattform
DPR	Demokratische Partei Russlands
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
FNS	Front der Nationalen Rettung
KAPB	Kommunistische Allunions-Partei der Bolschewiken
KPR (B)	Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPRFSR	Kommunistische Partei der Russländischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik
KAPR	Kommunistische Arbeiterpartei Russlands
PKR	Kommunisten Russlands
LDPSU	Liberal-Demokratische Partei der Sowjetunion
LDPR	Liberal-Demokratische Partei Russlands

NSU	National-Soziale Union
PdA	Partei der Arbeit
PdM	Partei(en) der Macht
RPRF	Republikanische Partei der Russländischen Föderation
RChDD	Russländische Christlich-Demokratische Bewegung
RDDR	Russländische Bewegung Demokratischer Reformen
VR	Russlands Wahl
DVR	Russlands Demokratische Wahl
RNE	Russische Nationale Einheit
RKAP	Russische Kommunistische Arbeiterpartei
RPK	Russische Partei der Kommunisten
SPW	Sozialistische Partei der Werktätigen
SDPR	Sozialdemokratische Partei der Russländischen Föderation
SDRPR	Sozialdemokratische Revolutionäre Partei Russlands
SDRPR (B)	Sozialdemokratische Revolutionäre Partei Russlands (Bolschewiki)
UHR	Unser Haus Russland
VSB	Völkisch-Soziale Bewegung

**Abbildungsverzeichnis****Abbildung 1:**

Politische Zentren 'Hochburgen', G. A. Sjuganow (KPRF), 1996 Seite 24

**Abbildung 2:**

Abstimmungsverhalten der Fraktionen und Gruppen in der Staatsduma:  
1. Sitzungsperiode 1994, ausgewählte Gegensatzpaare Seite 53

**Abbildung 3:**

Zentralisierungsgrad ausgewählter Vereinigungen Seite 59

**Abbildung 4:**

Schemata endogener und exogener Interaktionen Seite 66

„Ich sehe und respektiere Wirtschaftsverbände, Vereinigungen von Kooperativen, territorialen Bündnisse, Bildungs- und Berufsorganisationen, doch ich verstehe nicht die Natur von politischen Parteien. Eine Bindung, die auf politischen Überzeugungen beruht, muss nicht notwendigerweise stabil sein, und häufig ist sie auch nicht ohne Eigennutz.“

(Alexander I. Solschenizyn, 2007)

„Verstehen kann man Russland nicht, und auch nicht messen mit Verstand. Es hat sein eigenes Gesicht. Nur glauben kann man an das Land.“

(Fjodor I. Tjuttschew, 1866)

## 1. Einleitung

Es scheint, dass der Zenit der Aufmerksamkeit, mit der sich die westliche Parteien-, Parteientransformations- sowie Systemtransformationsforschung, aber auch die Zeitgeschichte, zu Beginn der 1990er Jahren der Russländischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) bzw. der Russländischen Föderation (RF)<sup>1</sup> gewidmet haben, deutlich überschritten ist. Hier handelte es sich vornehmlich um Darstellungen, die sich um eine mögliche Definition des politischen Systems bemühen, also der Fragen nach einer möglichen 'defekten Demokratie'<sup>2</sup>, oder einem System des 'Superpräsidentialismus'<sup>3</sup> nachgehen. Um sich der Thematik des politischen Klimas in der RF zu nähern, werden die angesprochenen Themen gern aus einer westeuropäisch orientierten Sichtweise heraus betrachtet. Dieser Sachverhalt gilt nicht minder, wenn es um die Frage einzelner Komponenten innerhalb des Gesamtsystems der RF geht. Neben einer möglichen Systemdefinition befinden sich die Politikwissenschaften auf der Suche nach möglichen Konzepten einer erfolgreichen Konsolidierung des Demokratiemodells der RF<sup>4</sup>. Diesen auf das gesamte System der RF bezogenen Fragen stehen eindimensionale, oft wirtschafts- oder medienpolitische Fragestellungen gegenüber. Auch wenn diese schon eher einer detailbezogenen Sichtweise entsprechen, sind sie doch mit stetem Fokus auf wirtschaftsimmanente, fiskale Gesichtspunkte gerichtet, oder behandeln die Medienfreiheit. Doch was ist wichtig bei der Beurteilung der politischen Situation in der RF? Die Akteure innerhalb des Systems.

Die Entscheidung, sich im Rahmen dieser Magisterarbeit mit dem Parteienspektrum der RF und hier speziell mit einem der wichtigsten Akteure, der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation (KPRF) auseinanderzusetzen, liegt nicht allein in der Fülle der Überblickswerke begründet, in denen die KPRF nur als eine Partei unter vielen innerhalb des

---

<sup>1</sup> Die Bezeichnung 'Russländischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik' sowie ihre Abkürzung 'RSFSR' werden bis zur Umbenennung am 25.12.1991 verwendet. Nach diesem Zeitpunkt soll von 'Russländischer Föderation' und/oder der Abkürzung 'RF' gesprochen werden. Die Adjektive 'russkij' und 'russijskij' werden, da sie sich auf den Ethnos beziehungsweise auf den Staat oder das Territorium beziehen, als 'russisch' oder 'russländisch' wiedergegeben. (Der Staat heißt somit 'Russländische Föderation'.) Zitate und Titel von Monographien, Aufsätzen und Quellen werden im laufenden Text in Originalschreibweise übernommen.

<sup>2</sup> Vgl. Knobloch, Jörn: Defekte Demokratie oder keine? Das politische System Russlands. Münster 2002, Mangott, Gerhard: Zur Demokratisierung Russlands. Band 1 Russland als defekte Demokratie (= Wiener Schriften zur internationalen Politik, Band 4), Baden-Baden 2002 und Merkel, Wolfgang: Defekte Demokratie. Band 1 Theorie, Wiesbaden 2003.

<sup>3</sup> Vgl. Holmes, Stephan: Superpresidentialism and its Problems. In: East European Constitutional Review, Heft 4/1, 1993/1994, S. 123-126 und Mommsen, Margareta: Russlands politisches System des "Superpräsidentialismus". In: Höhmann, Hans-Hermann; Schröder, Hans-Henning: Russland unter neuer Führung. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts, Münster 2001, S. 44-54.

<sup>4</sup> Vgl. Mangott, Gerhard (Hrsg.): Zur Demokratisierung Russlands. Band 2 Leadership, Parteien, Regionen und Zivilgesellschaft (= Wiener Schriften zur internationalen Politik, Band 5), Baden-Baden 2002.

Parteiensystems behandelt wird. Ebenso finden die anstehenden Neuwahlen zur Staatsduma 2007, wie alle Wahlen nach 1996, unter immer neuen Einflussfaktoren statt und können somit nicht Grund und auch nicht Gegenstand dieser Untersuchung sein. Die Entscheidung basiert vielmehr auf der exponierten Rolle der KPRF in den Jahren 1991 – 1996, also jenen Jahren, in der die Forschung auch der KPRF eine konstante Aufmerksamkeit schenkte und die für die mögliche Konsolidierung des politischen Systems in der RF einen entscheidenden Einfluss hatten. Speziell standen hier die Wahlen zur I. Staatsduma 1993 und die zur II. Staatsduma 1995 sowie die Präsidentschaftswahl 1996 im allgemeinen Interesse. Als eine anfängliche Grenzmarke für diese Untersuchung soll das Jahr des Putsches reformresistenter Kräfte innerhalb der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) gegen ihren Generalsekretär M. S. Gorbatschow gesehen werden und das damit verbundene Verbot der KPdSU in der RSFSR. Als abschließende Grenzmarke des Untersuchungszeitraumes soll die Wahl zum Präsidenten der RF 1996 gelten<sup>5</sup>, eine Wahl, die erst im 2. Wahlgang, in der Stichwahl, entschieden werden konnte und in der G. A. Sjuganow als Spitzenkandidat der KPRF gegen den Amtsinhaber B. N. Jelzin unterlag. Diese Wahl wurde für die KPRF zur Zäsur ihres politischen Schaffens sowie ihrer Zielrichtung. In dem Umstand, einen zeitlich und thematisch abgegrenzten Zeitraum untersuchen zu können, liegt auch einer der Gründe, diesen Zeitabschnitt und nicht die Jahre nach der Präsidentschaftswahl 1996 zum Mittelpunkt der Arbeit zu machen. Mit dem Blick auf die Entwicklung der KPRF nach 1996 beginnt ein neuer Abschnitt in der Arbeit der Partei. Trotz des Wissens, dass die KPRF erst am 13./14.02.1993 aus der 'Kommunistischen Partei der Russländischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik' (KPRFSFR) gegründet worden ist, ist das Jahr 1991 aus oben genannten Gründen bewusst als Beginn des Untersuchungszeitraumes gewählt worden.

Ausschlaggebend für die Bearbeitung dieses Themas war eine Protestkundgebung der KPRF, bei der ich mich auf dem Platz vor dem Gebäude der Staatsduma in Moskau 2004 aufhielt. In der Tat entstammt der Ansatz, die KPRF und ihren Einfluss auf das politische System in den frühen Jahren der RF zu untersuchen, nicht nur der Forschungsliteratur, sondern basiert auf der sich mir aufdrängenden Frage, warum es der KPRF im Jahre 2004 nicht gelang, eine Massenkundgebung durchzuführen. Denn eine Massenkundgebung, so musste ich überraschend feststellen, war es nicht. Auch wenn die Bestimmungen der Sicherheitskräfte

---

<sup>5</sup> Auch für V. Schejnis liegt im Jahre 1996 die Bedeutung einer Zäsur, auch wenn er nicht von einem 'point of no return' spricht, so sieht er in der Präsidentschaftswahl 1996 „[...] eine neue, in der Geschichte Russlands unbekanntes Tradition des Machtwechsels eingeführt, nicht durch dynastische Thronfolge, revolutionäre oder konterrevolutionäre Umsturz, Verschwörung höchster Würdenträger, sondern mittels allgemeiner Wahlen, die nach festgelegten Fristen und auf gesetzlicher Grundlage durchgeführt werden.“ Vgl. Schejnis, Viktor: Die Präsidentschaftswahlen in Russland: Ergebnisse und Perspektiven. In: Osteuropa, Nr. 11/1996, S. 1054.

des Innenministeriums, ein Aufgebot an Hundertschaften von OMON-Einheiten<sup>6</sup> und Sicherheitsschleusen, die es nicht allen erlaubten, an der Kundgebung teilzunehmen, gegen diesen Umstand sprachen. Mir stellte sich die Frage nach der Ursache der vermeintlichen Schwäche der KPRF. Der Wunsch, dieser Fragestellung innerhalb des in dieser Arbeit gesetzten Untersuchungszeitraumes auf den Grund zu gehen, wurde zur Motivation, die vielen offenen Fragen zu beantworten.

## **1.1 Fragestellung**

Diese Arbeit geht der Frage nach, warum die KPRF im Jahre 1996 an dem gesetzten Ziel, das Präsidentschaftsamt der RF zu besetzen, scheiterte. Auf den Punkt gebracht kann gefragt werden, ob die KPRF innerhalb des russländischen Parteiensystems überhaupt hätte gewinnen können. Zugespitzt formuliert könnte gefragt werden, ob denn die gesellschaftliche Vereinigung unter der Führung G. A. Sjuganows versagt hat. Warum scheiterte die KPRF in dieser so entscheidenden Wahl, wo sie doch bei den Staatsdumawahlen 1993 und 1995 so erfolgreich abschloss? Wichtig ist hierbei auch die Frage, ob das Amt des Präsidenten der RF den Machtzuwachs für die KPRF bedeutet hätte, den sich die Vereinigung bei der Durchsetzung ihrer Ziele erhoffte. Wo liegt der Grund für die exponierte Stellung des Präsidenten und was macht die Präsidentschaftswahl zur wichtigsten Weichenstellung zur Machtergreifung innerhalb der RF? Auf die Frage nach Veränderungen, die mit der Wahl G. A. Sjuganows zum Präsidenten der RF hätten erreicht werden können, soll in dieser Arbeit nicht eingegangen werden. Ferner sollen keine Mutmaßungen darüber angestellt werden, wie Politikschwerpunkte der KPRF auf das Gesamtgefüge der RF gewirkt hätten. Es gilt einzig und allein, die historisch beeinflussenden Faktoren gegenüber der kommunistischen Partei in der RF zu analysieren und diese ob ihrer Beeinflussungsmöglichkeiten gegenüber dem Untersuchungsobjekt zu werten. Dass innerhalb der Arbeit nur von einigen Möglichkeiten des Machteinflusses und der –ausübung gesprochen wird, soll nicht über den Umstand hinwegtäuschen, dass die Diskussion des Machtbegriffes für die RF eine entscheidende Rolle spielt. Die Machtausübung innerhalb der RF stützt sich auf verschiedene politische Strukturen unterschiedlicher Ebenen und Herkunft. Ziel dieser Arbeit soll es nicht sein, eine vollständige Definition des Begriffes 'Macht' im Zusammenhang mit der RF zu geben und zu diskutieren.

---

<sup>6</sup> OMON-Einheiten sind Milizbrigaden für besondere Verwendungen. Sie bilden eine Spezialeinheit in den Reihen der ordentlichen Miliz (Polizei) der RF. Die OMON-Einheiten kommen in besonders kritischen Situationen zum Einsatz. So z.B. bei Geiselnahmen, Auseinandersetzungen bei Massenkundgebungen oder bei der Verfolgung von Schwerstkriminellen.

Für diese Arbeit sollen diesbezüglich die gesellschaftlichen Vereinigungen, die Wahlen des Untersuchungszeitraumes, das Amt des Präsidenten sowie die Mechanismen zum Machterwerb und –erhalt im Mittelpunkt stehen. Machtfaktoren, wie die Wirtschaft, die Oligarchen<sup>7</sup>, das Militär, die Geheimdienste<sup>8</sup>, das Ausland, der Föderationsrat, auch informelle Kreise sollen zwar Erwähnung finden, werden aber nicht im Mittelpunkt der Arbeit stehen.

## **1.2 Bewertung der relevanten Literaturquellen**

Der aktuelle Forschungsstand zu dieser Fragestellung ist differenziert zu betrachten. Das Thema KPRF, wenn es in der Wissenschaft diskutiert wird, findet zumeist nur in Überblicksdarstellungen Erwähnung. Quantitativ wurde zu Beginn der 1990er Jahre eine größere Anzahl von Veröffentlichungen erarbeitet, die sich mit dem Parteiensystem der RF und ihren Spezifika auseinandersetzten. Hier lassen sich besonders Gerhard Gnauck<sup>9</sup>, Galina Luchterhandt und Otto Luchterhandt<sup>10</sup> sowie Eberhard Schneider<sup>11</sup> nennen. Besonders in der frühen Phase der eingeleiteten Transformation wurde in der Literatur des deutschsprachigen Raumes der Fokus auf die Analyse der gegenwärtigen Situation gelegt sowie auf die Analyse der neuen gesellschaftlichen Vereinigungen<sup>12</sup>, Bewegungen und Fraktionen mit ihrer Rolle innerhalb der RF. Erste Charakteristika und organisatorische Aspekte<sup>13</sup> des neuen Parteiensystems der RF wurden unterstrichen. Besondere Aufmerksamkeit schenkte das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BiOst) den verschiedenen Aspekten der Systemtransformation in Osteuropa<sup>14</sup>. Hierbei lag der Schwerpunkt insbesondere auf der RF. Als wichtige Autoren des BiOst, die aktuelle Berichte für den

<sup>7</sup> Vgl. Berliner Zeitung, 02.04.2007.

<sup>8</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau, 30.10.2003.

<sup>9</sup> Vgl. Gnauck, Gerhard: Parteien und Fraktionen in Russland, Ebenhausen 1994.

<sup>10</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina; Luchterhandt, Otto: Die Genesis der politischen Vereinigungen, Bewegungen und Parteien in Russland. In: Veen, Hans-Joachim; Weilemann, Peter R. (Hrsg.): Russland auf dem Weg zur Demokratie? Politik und Parteien in der Russischen Föderation, Paderborn 1993. Luchterhandt, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, Dokumente und Kommentare (= Dokumentationen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa, Band 1), Bremen 1993.

<sup>11</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Russland auf Demokratiekurs? Neue Parteien, Bewegungen und Gewerkschaften in Russland, Ukraine und Weißrussland, Köln 1994.

<sup>12</sup> An dieser Stelle muss differenziert werden. Da sich nicht alle Organisationen, die politische Ambitionen verfolgten, auch Parteien nannten, sprachen sich einige sogar gegen ihren politischen Charakter aus. Im laufenden Text werden die Parteien, den damals gültigen Gesetzen nach, als gesellschaftliche oder politische Vereinigungen bzw. kurz als Vereinigungen bezeichnet. Vgl. Luchterhandt, Galina: Die Entwicklung der Parteien und des Parteiensystems im postsowjetischen Russland. In: Mangott, Gerhard (Hrsg.): Zur Demokratisierung Russlands. Band 2 Leadership, Parteien, Regionen und Zivilgesellschaft, Baden–Baden 2002, S. 41.

<sup>13</sup> Vgl. Gnauck, Gerhard: Parteien und Fraktionen in Russland, S. 7ff.

<sup>14</sup> Vgl. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BiOst) (Hrsg.): Jahrbuch 1994/1995. Zwischen Krise und Konsolidierung. Gefährdeter Systemwechsel im Osten Europas, Köln 1995.

Untersuchungszeitraum veröffentlichten, sind Heinz Timmermann<sup>15</sup> und Assen Ignatow<sup>16</sup> zu nennen. Beide Autoren legen ihren Betrachtungen verstärkt die KPRF zu Grunde und liefern somit wichtige Hinweise auf die Binnenstruktur der Vereinigung, ihre Führer und Programmatik. Ebenfalls als aktuelle Analysen sind die Abhandlungen von Eberhard Schneider veröffentlicht worden, der innerhalb der BiOst-Veröffentlichungen relevante Untersuchungen zu den Wahlen zur Staatsduma mit Verfassungsreferendum 1993, den Wahlen zur Staatsduma 1995 und zur Präsidentschaftswahl der RF 1996 vorlegte<sup>17</sup>. E. Schneider analysiert in seinen Veröffentlichungen die jeweiligen Machtverhältnisse und rechtlichen Bestimmungen. Wichtige Interpretationen zum jeweiligen Wahlausgang werden ebenfalls nicht vernachlässigt.

Eine zweite, nicht weniger wichtige Kategorie bilden jene Veröffentlichungen, welche sich mit der Transformation der RF, ihren Eigenarten und somit auch dem parteipolitischen Spektrum auseinandersetzen. Hier sind besonders Wolfgang Merkel<sup>18</sup>, Jörn Knobloch<sup>19</sup>, Gerhard Mangott<sup>20</sup> und Klaus v. Beyme<sup>21</sup> zu nennen. Auch wenn viele Veröffentlichungen dem Ansatz dieser Arbeit nahe kommen und Einzelbestandteile, wie die Wirtschaft, die Eliten, die Medien oder die Verbände betrachten, geschieht dies jedoch selten mit dem Blick auf die KPRF und noch seltener in Bezug auf ihre Rolle im politischen System der RF. Wenn es um die Erklärung der Programme der Vereinigung, der Statuten oder weiterer politischer Manifestationen der KPRF geht, dann kann nur bedingt auf Übersetzungen zurückgegriffen werden. Hier sind die Veröffentlichungen und Verlautbarungen der Vereinigung selbst zu betrachten.<sup>22</sup> Dass es hier nur wenige deutschsprachige Übersetzungen gibt – und wenn es

---

<sup>15</sup> Vgl. Timmermann, Heinz: Die KP-Nachfolgeparteien in Ostmitteleuropa. Struktur, Programmatik, Einflusssphären. Auf dem Weg zur „Sozialdemokratisierung“? BiOst 27/1992, Köln 1992. Timmermann, Heinz: Die KP-Nachfolgeparteien in Osteuropa. Aufschwung durch Anpassung an nationale Bedingungen und Aspirationen. BiOst 31/1994, Köln 1994. Timmermann, Heinz: Die Wiederkehr der KP Russlands. Programm, Struktur und Perspektiven der Sjuganow-Partei. BiOst 12/1996, Köln 1996. Timmermann, Heinz: Die KP Russlands. Struktur, Programm, Aktionsmuster. BiOst 9/1998, Köln 1998.

<sup>16</sup> Vgl. Ignatow, Assen: Doktrinäre und Pragmatiker. Ideologische Spannungen in der KPRF. BiOst 51/1998, Köln 1998. Ignatow, Assen: Ein Scheintod. Die kommunistische Ideologie im postkommunistischen Russland. BiOst 31/1995, Köln 1995.

<sup>17</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Die russischen Parlamentswahlen 1993 und die neue Verfassung. BiOst 15/1994, Köln 1994. Schneider, Eberhard: Die russischen Staatsdumawahlen 1995. BiOst 20/1996, Köln 1996. Schneider, Eberhard: Die russischen Präsidentschaftswahlen 1996. BiOst 50/1996, Köln 1996.

<sup>18</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Defekte Demokratie, Wiesbaden 2003. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen 1999. Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen: Von der Diktatur zur Demokratie. Transformation, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade, Opladen 1999.

<sup>19</sup> Vgl. Knobloch, Jörn: Defekte Demokratie oder keine?, Münster 2002. Knobloch, Jörn: Hybride Systeme. Politische Praxis und Theorie am Beispiel Russlands, Göttingen 2006.

<sup>20</sup> Vgl. Mangott, Gerhard: Zur Demokratisierung Russlands. Band 1. Russland als defekte Demokratie, Baden-Baden 2002.

<sup>21</sup> Vgl. Beyme, Klaus v. (Hrsg.): Demokratisierung und Parteiensysteme in Osteuropa, Göttingen 1992. Beyme, Klaus v.: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt/M. 1994.

<sup>22</sup> Vgl. <http://www.cprf.ru/party/program>, Stand 01.05.2007.

solche gibt, wurden sie erst sehr viel später veröffentlicht – spricht für die vermeintlich nicht vorhandene Relevanz der Problematik im deutschsprachigen Raum bzw. das nicht vorhandene Interesse. Ferner liegt es an den politischen Vereinigungen der RF selbst, die sich in einer noch näher zu diskutierenden Grauzone bewegten. Ausnahmen stellen die beiden Dokumenten-Bände von G. Luchterhandt dar, welche durch die Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen veröffentlicht wurden.<sup>23</sup> Auch wenn im ersten Band von 1993 die Dichte an Dokumenten mit Blick auf die KPRF, ihre Programmatik, Ziele, Führer und Arbeit noch nicht gegeben ist, werden die relevanten Vereinigungen des politischen Spektrums bis 1993 beleuchtet. Der zweite Band von G. Luchterhandt aus dem Jahre 2000 enthält in Übersetzung neben dem Statut, auch das Programm der KPRF.<sup>24</sup> 1996 wagte W. Ostrogorski den Versuch eines Dossiers über G. A. Sjuganow. Auch wenn das Buch polemisch aufgeladen ist, so liefert es doch wichtige Hinweise zur Person des Vorsitzenden und Präsidentschaftskandidaten der KPRF von 1996 und hilft so die Denkweise innerhalb der KPRF und ihres ideologischen Kopfes zu verstehen.<sup>25</sup> Zur Person des Vorsitzenden der KPRF und dem Jahr 1996 als Zäsur für die Kommunistische Partei ist auch das Buch von V. Medish hilfreich. V. Medish legt hier eine politische Biographie zu G. A. Sjuganow vor.<sup>26</sup> Ein Grossteil der Literatur ist aber nur in russischer Sprache verfügbar.<sup>27</sup> Weitere wichtige Quellen zu dieser Thematik sind in der russländischen Presselandschaft jener Zeit zu finden.<sup>28</sup> Eine wichtige Stellung innerhalb der zu dieser Thematik verfügbaren und fortlaufend erscheinenden Literatur nimmt die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde ein, hier besonders die Periodika 'Osteuropa'. Eine wichtige und spannende Bereicherung des Literaturangebotes wird durch die Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen geboten, zu nennen sind die 'russland – analysen'<sup>29</sup> sowie die 'ukraine – analysen'<sup>30</sup>, die als pdf – Dateien bezogen werden können.

---

<sup>23</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, Bremen 1993.

<sup>24</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina (Hrsg.): Politische Parteien in Russland. Dokumente und Kommentare (=Dokumentationen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa, Band 7), Bremen 2000.

<sup>25</sup> Vgl. Ostrogorski, Wladimir: Gennadi Sjuganow. Ein Dossier. Das Erbe der Sowjetunion und der russischen Oppositionsführer, Berlin 1996.

<sup>26</sup> Vgl. Medish, Vadim: My Russia. The Political Autobiography of Gennady Zyuganov, New York 1997.

<sup>27</sup> Exemplarisch seien hier folgende Werke aus der Feder des KP-Vorsitzenden genannt. Zjuganov, Gennadij A.: Rossija i sovremennyj mir, Moskva 1995. Zjuganov, Gennadij A.: Rossija – Rodina moja: ideologija gosudarstvennogo patriotizma, Moskva 1996.

<sup>28</sup> Hier besonders die Prawda, die Sowetskaja Rossija, die Iswestija, die Rossijskaja gasjeta sowie die Nesawisimaja gasjeta.

<sup>29</sup> Vgl. <http://www.russlandanalysen.de>, Stand 01.05.2007.

<sup>30</sup> Vgl. <http://www.ukraine-analysen.de>, Stand 01.05.2007.

### **1.3 Schwerpunktsetzung und Aufbau**

Für die Frage nach dem Erfolg einer Strategie der KPRF ist es wichtig, die KPRF nicht abgekoppelt vom russländischen Parteiensystem und dem historischen Kontext der Transformation der RF zu sehen. Es ist herauszuarbeiten, unter welchen Umständen es der KPRF hätte gelingen können, den Präsidenten 1996 zu stellen. Es gilt, eine mögliche Strategie zu erkennen und diese an ihren Zielen und bezüglich ihrer Erfolge zu messen. Das Ergebnis steht mit der Niederlage in der Wahl um das Präsidentenamt 1996 fest. Ferner sollen aber die möglichen Erfolge und Niederlagen der Vereinigung, ihre Wahlerfolge in den Regionen, Mobilisierungspotentiale bzw. Einflüsse auf das Wählerverhalten und die Arbeit innerhalb des politischen Systems der RF in Form ihrer Beteiligung an den Tagesgeschäften der Staatsduma nicht vernachlässigt werden. Es gilt, die KPRF als Bestandteil des russländischen Systems zu sehen. Besondere Aufmerksamkeit soll den Besonderheiten des russländischen Systems geschenkt werden, um den Bemühungen der KPRF durch Einbezug dieser Faktoren ausreichend gerecht zu werden. Insbesondere soll auch das Parteiensystem seinen Spezifika nach analysiert werden. Unterscheidet es sich doch nicht nur im Hinblick auf die für die Parteienbildung in Westeuropa so entscheidenden Konfliktlinien (cleavages)<sup>31</sup>, sondern auch in Bezug auf die Historie der politischen Systeme in West- sowie Ostmitteleuropa. Für einen weiteren Punkt der Arbeit wird es wichtig sein, die rechtliche Stellung der Vereinigungen in der Verfassung und in einem möglichen Parteiengesetz zu untersuchen, um die Ausgangs- und Arbeitsbedingungen der russländischen Vereinigungen einschätzen zu können. Für die Untersuchung des politischen und ideologischen Spektrums innerhalb der RF und ihrer Aufschlüsselung in politische Lager, sollen kurz die wichtigsten politischen Strömungen, jeweils mit den wichtigsten Vereinigungen, Fraktionen und ihrem politischen Personal dargestellt werden. Hierbei geht es um die KPRF in ihrer Konkurrenz zu den nationalistisch rechten und zentristischen Vereinigungen. Politische Vertreter, wie JABLOKO, die zwar „außerhalb des politischen Establishments“<sup>32</sup> stehen, aber nicht weniger in Konkurrenz zur KPRF agieren, sollen in einem separaten Kapitel Beachtung finden.<sup>33</sup> Die KPRF, die selbst zum nationalistisch – kommunistischen Lager gehört<sup>34</sup>, sieht sich aber auch innerhalb des

---

<sup>31</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Von der Diktatur zur Demokratie, S. 146.

<sup>32</sup> Vgl. Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien in der russischen Föderation. Zur Analyse und Entwicklung des postkommunistischen Parteienpluralismus(=Dokumente und Analysen zur russischen und sowjetischen Kultur, Band 22), Bochum 1999, S. 296.

<sup>33</sup> Hier folge ich der groben Einteilung der politischen Lager nach E. Schneider und G. Luchterhandt. Vgl. Schneider, Eberhard: Die russischen Parlamentswahlen 1993 und die neue Verfassung, S. 10ff. Vgl. Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 15f.

<sup>34</sup> Vgl. ebenda, S. 15.

eigenen politischen Spektrums<sup>35</sup> sowie der eigenen Vereinigung selbst, ideologischen und politischen Kämpfen ausgesetzt. Diese gilt es in der Betrachtung angemessen und differenziert zu behandeln. Den Hauptteil der Arbeit stellt die Auseinandersetzung mit der KPRF selbst dar. Neben den allgemeinen Charakteristika der Vereinigung werden die Faktoren zu untersuchen sein, die die KPRF im Erreichen ihrer politischen Ziele hemmten bzw. förderten. Eine Unterscheidung in exogene bzw. endogene Einflussfaktoren in Bezug auf die Arbeit der Vereinigung ist hierbei hilfreich. Es ist wichtig, die einzelnen Faktoren klar von einander zu trennen, um eine mögliche Hauptrichtung der Beeinflussung herausarbeiten zu können. Die Auseinandersetzung mit der KPRF selbst ist ebenfalls darzustellen und zwar in Form der Analyse ihrer Programme im Untersuchungszeitraum, ihrer Mitgliederbasis, ihrem hierarchischen Aufbau, das Führungspersonal einbezogen. Wichtig für das Verständnis der KPRF, ihrer Ausrichtung, ihrer Arbeit, ihrer Erfolge und Niederlagen ist hierbei die Rolle von G. A. Sjuganow, der die Arbeit der Vereinigung nachhaltig bestimmt hat, ihre Richtung vorgab und einem russländischen Phänomen entspricht, die gesellschaftlichen Vereinigungen über ihre Führer zu definieren.<sup>36</sup>

Eine vollständige Bearbeitung der Einflussfaktoren bzw. ihre Unterteilung in exogene und endogene Faktoren sowie eine genaue Definition kann nur im Hauptteil der Arbeit vollzogen werden. Eine Einteilung dieser Art und deren Bewertung hat es in der mir bekannten wissenschaftlichen Literatur noch nicht gegeben. Es soll herausgearbeitet werden, welche Faktoren für den Ausgang der Präsidentschaftswahlen im Sommer 1996 und somit auch für die KPRF von Wichtigkeit waren. Für das Herausarbeiten der beeinflussenden Faktoren wird es nötig sein, das vorhandene Material zu analysieren und auf den wesentlichen Kern herunter zu brechen. Faktoren, wie das Regierungs- oder Parteiensystem, die von außen auf die KPRF einwirken sowie Programmatik, personelle Besetzung und Faktoren der internen Beeinflussung sind zu analysieren und darauf aufbauend relevante Probleme heraus zu arbeiten. Eine wichtige Aufgabe dieser Arbeit soll es sein, sich von den allgemeinen Überblicken zur parteipolitischen Arbeit in der RF zu befreien und den Fokus auf eine einzelne Vereinigung, die KPRF zu legen, welche zum einen durch parteiinterne (endogene) und zum anderen durch exogene, sie umgebenden Faktoren beeinflusst und geformt wurde. Die Arbeit soll keine Erläuterung im Sinne einer weiteren Betrachtung des Systems der RF sein, sondern soll die Wirkung des Systems auf einen seiner Bestandteile, die KPRF, aufzeigen. Während fast die gesamte aktuelle Literatur immer nur von der Wirkung der

---

<sup>35</sup> Vgl. Timmermann, Heinz: Die KP-Nachfolgeparteien in Osteuropa, S.25.

<sup>36</sup> Vgl. Gnauck, Gerhard: Parteien und Fraktionen in Russland, S. 19.

Einzelkomponenten auf die Gesamtheit ausgeht, soll mit dieser Arbeit der Versuch unternommen werden, am Beispiel der KPRF die Wirkung des Gesamtsystems der RF auf einen ihrer Einzelbestandteile zu untersuchen.

## **2. Das Parteiensystem der RF**

### **2.1 Allgemeine Charakteristika**

Wie in der Einleitung aufgezeigt, kann keine gesellschaftliche Vereinigung losgelöst von den sie unmittelbar beeinflussenden Faktoren untersucht werden. Für die Betrachtung der KPRF ist dieser Umstand ebenso wichtig, denn die KPRF verstand sich als Nachfolgevereinigung der am 20./21.06.1990 gegründeten und im Umfeld der Putschbewegung 1991 verbotenen KPRSFSR. Zusätzlich wurde die KPRF durch ihre personelle Nähe zur ehemaligen Staatspartei, der KPdSU<sup>37</sup> sowie ihre programmatische Nähe immer mit der Vergangenheit in Verbindung gebracht. Unter diesen Voraussetzungen musste sie sich innerhalb eines neu entstehenden Parteiensystems behaupten. Für das politische Spektrum der RF sowie deren gesellschaftliche Vereinigungen waren die einzelnen Phasen der Transformation des politischen Systems von enormer Wichtigkeit. So ist es nicht nur die Transformation, die einen entscheidenden Einfluss auf die Vereinigungen in der RF hatte, sondern auch umgekehrt beeinflussten die gesellschaftlichen Vereinigungen den Transformationsprozess. Aufgabe dieses Teils der Arbeit ist es, wichtige Faktoren herauszuarbeiten, die das Parteiensystem der RF in seiner Art charakterisieren. Der Fokus ist auf den Untersuchungszeitraum gerichtet, doch sind viele der zu beschreibenden Faktoren noch heute signifikante Charakteristika für das politische System der RF. Von Bedeutung ist, unter welchen Bedingungen die Gründung von Vereinigungen durch das politische System beeinflusst wurde. Wie sich die Entwicklung der Vereinigungen auf die Verankerung in den Regionen, ihre Wählerschaft und ihre Organisationen auswirkte. Des Weiteren sollen jene Charakteristika beleuchtet werden, die das politische System der RF bestimmten, so die Rolle der gesellschaftlichen Vereinigungen im politischen Prozess, die Stellung des Präsidenten und nicht minder die gesellschaftlichen Probleme der Transformation. Einige Faktoren reichen über den in dieser Arbeit untersuchten Zeitraum hinaus, so z.B. das 'graue Rechtsfeld'<sup>38</sup>, indem sich die Vereinigungen bis zur Verabschiedung eines Parteiengesetzes im Sommer

---

<sup>37</sup> Vgl. Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien, S. 269. Durch die Wahl G. A. Sjuganows zum Führer der KPRF, auf dem II. außerordentlichen Parteitag der Partei, erfolgte die Wahl einer Person mit klassischer KPdSU – Karriere. Vgl. Ostrogorski, Wladimir: Gennadi Sjuganow. Ein Dossier, S. 16-48 sowie Krotow, Nikolaj; Luchterhandt, Galina: Zwischen „Patriotismus“ und „Sozial-Demokratie“. Der Kommunist Gennadij Sjuganow. In: Osteuropa, Nr. 9/1994, S. 855-856.

<sup>38</sup> Hiermit ist der Umstand gemeint, dass die Vereinigungen bis zum Sommer 2001 in keinem rechtlich definierten Rahmen arbeiteten. In der RF fehlte bis zu diesem Zeitpunkt ein Parteiengesetz. Bezüglich einer Definition des Begriffes 'Partei' und der damit einhergehenden parteiinternen Arbeit, wie auch in Bezug auf die Arbeit der Vereinigungen im politischen System fehlte die gesetzliche Absicherung. Vgl. Luchterhandt, Galina: Die Entwicklung der Parteien, S. 41.

2001 bewegten oder blieben bis heute unverändert. Viele Einflussfaktoren, wie eine fehlende demokratische Tradition<sup>39</sup> oder ein fehlender Parteienpluralismus beeinflussen noch heute die Einstellung der Bürger der RF zu den gesellschaftlichen Vereinigungen und dem politischen System generell<sup>40</sup>. Für W. Merkel ist das Parteiensystem der RF „*extrem fragmentiert und polarisiert*“<sup>41</sup> und ist das Resultat des russländischen Transformationsprozesses. Seine Aussage, dass sich in der RF bislang nur ‚Protoparteien‘ entwickelt haben<sup>42</sup>, kann speziell zu Beginn des hier betrachteten Untersuchungszeitraum gehalten werden und wird auch von G. Luchterhandt bestätigt<sup>43</sup>. Es ist jedoch festzustellen, dass sich die Vereinigungen mit den wichtigen Staatsdumawahlen 1993, 1995 sowie der Wahl um das Präsidentschaftsamt 1996 zusehends konsolidiert und gefestigt hatten.<sup>44</sup> Gerade in diesem Falle muss erwähnt werden, dass die hohe Fragmentierung des Parteienspektrums in Verbindung mit der 5% Eintrittshürde bei den Staatsdumawahlen des Untersuchungszeitraumes hohe ‚drop – out Quoten‘ nach sich zog, d.h. viele abgegebene Wählerstimmen in der Staatsduma demzufolge nicht repräsentiert waren. Dies bezieht sich, wie noch zu zeigen sein wird, speziell auf die Staatsdumawahl von 1995. Ein hoher Anteil der Wählerinteressen war also nicht in der Staatsduma vertreten.<sup>45</sup> Ein wichtiger Punkt, der die Aussage der Konsolidierung unterstreicht, ist der erneute Einzug der wichtigsten gesellschaftlichen Vereinigungen in die Staatsduma 1995, nachdem sie bereits 1993 erfolgreich die Staatsdumawahlen bestreiten konnten<sup>46</sup>. Im Gegensatz zu W. Merkel siedelt G. Gnauck die ‚Protoparteien‘ in einer früheren Phase der Entwicklung des russländischen Parteiensystems an, in den letzten Jahren der SU, dem Zeitraum 1988 – 1989 und sieht in der Anfangsphase des Untersuchungszeitraumes schon die „*Legalisierung und schnelle Entwicklung insbesondere demokratischer Parteien*“<sup>47</sup> innerhalb der Gesetzmäßigkeiten der RF. Festzuhalten ist, dass mit der lang geforderten Streichung des Artikels 6 der sowjetischen Verfassung und der darin verankerten Vormachtstellung der KPdSU, mit den Wahlen im März 1990, eine wahre Gründungswelle von Vereinigungen einsetzte. Obwohl die juristische Registrierung der Vereinigungen erst mit dem 01.01.1991

<sup>39</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, Wiesbaden 2001, S. 69.

<sup>40</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Von der Diktatur zur Demokratie, S. 236.

<sup>41</sup> Vgl. ebenda, S. 200 sowie Mangott, Gerhard: Zur Demokratisierung Russlands. Band 1, S. 155.

<sup>42</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Von der Diktatur zur Demokratie, S. 200.

<sup>43</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die Entwicklung der Parteien, S. 43.

<sup>44</sup> Vgl. ebenda.

<sup>45</sup> Bei den Wahlen zur Staatsduma 1995 lag der Prozentsatz der drop-out Quote bei 49,5 %. Vgl. Mangott, Gerhard: Zur Demokratisierung Russlands. Band 1, S. 155.

<sup>46</sup> Der erneute Einzug gelang der ‚Liberaldemokratischen Partei Russlands‘ (LDPR), der ‚Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation‘ (KPRF) sowie ‚Javlinskij – Boldyrev – Lukin‘ (JABLOKO). Der ‚Agrarpartei Russlands‘ (APR) gelang der erneute Einzug nur über die Direktmandate (20), die erforderliche Anzahl von 35 Mitgliedern, zur Bildung einer eigenen Fraktion wurden durch eine ‚Leihgabe‘ von Abgeordneten der KPRF sichergestellt.

<sup>47</sup> Vgl. Gnauck, Gerhard: Parteien und Fraktionen in Russland, S. 9f.

nachgeholt werden konnte - hier erfolgte das Inkrafttreten des Gesetzes über die „*gesellschaftlichen Vereinigungen*“<sup>48</sup> - waren die Weichen der gesellschaftlichen Vereinigungen, nach Aussage G. Gnaucks, „*auf Rechtsstaat, Marktwirtschaft, Menschenrechte und Parteienpluralismus gestellt*“.<sup>49</sup>

Das herrschende Bild von 'Parteien', wie es die Bürger von der KPdSU her kannten, hatte keine Legitimation mehr. Ein weiteres Merkmal dieser Anfangszeit war die Parallelität sowohl neuer als auch alter Strukturen. Zum einen waren es die im März 1990 auf kommunaler und regionaler Ebene gewählten Volksdeputierten, die ähnlich der Wahlen auf der Ebene der Union vom April 1989 zum Zeitpunkt ihrer Wahl zu etwa 90% noch Mitglieder der KPdSU<sup>50</sup> waren. Zum anderen waren es Teile gerade dieser Volksdeputierten, die das neue pluralistische Bild der politischen Vereinigungen der SU prägten. Somit kann festgehalten werden, dass bei den neuen Vereinigungen eine Lenkung von oben<sup>51</sup> bzw. aus dem Parlament heraus geschah, vergleichbar etwa mit dem Anstoß der Reformen 'Glasnost', 'Perestrojka' und 'Uskorenie'<sup>52</sup> unter M. S. Gorbatschow.

Ein weiterer Unterschied zu den 'Protoparteien' der Anfangsphasen war, dass den meisten im Zeitraum 1990/1991 gegründeten Vereinigungen klar war, dass sie sich auf das Territorium Russlands bezogen und dass landesweite, in diesem Falle noch unionsbezogene Organisationen keine Zukunft mehr hatten. Der beginnenden Separation Russlands wurde bereits Rechnung getragen. Fast alle Vereinigungen dieser Zeit trugen den Begriff 'Russland' in ihrem Namen<sup>53</sup>. Ähnliches war auch unter den kommunistischen Kräften zu erkennen. Hier hatten sich die reformorientierten Kräfte unter B. N. Jelzin, aber ohne M. S. Gorbatschow, in der Demokratischen Plattform (DP) innerparteilich zusammengefunden, bis sie im Juli 1990 gänzlich die KPdSU verließen. Als ein indirektes Indiz für die Vormachtstellung der RSFSR innerhalb der SU kann die Separation der reformkritischen Kräfte gesehen werden, die in der RSFSR die erste formell eigene Parteiorganisation innerhalb der KPdSU schufen. Neben den kommunistischen und demokratischen Kräften hatten sich nach G. Gnauck die nationalen und

---

<sup>48</sup> Vgl. Gnauck, Gerhard: Parteien und Fraktionen in Russland, S. 11.

<sup>49</sup> Vgl. ebenda.

<sup>50</sup> Vgl. ebenda.

<sup>51</sup> K. v. Beyme sieht neben der Lenkung der gesellschaftlichen Vereinigungen von oben ein weiteres Charakteristikum in der Einleitung der Umgestaltung des gesellschaftlichen Systems in der SU 'von oben', hier unterscheidet sich der Beginn der Transformation in der SU/RF von den ost- und ostmitteleuropäischen Staaten, des ehemaligen Ostblockes. Vgl. Beyme, Klaus v.: Demokratisierung als Mittel des Systemzusammenbruchs. In: Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg: Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Entstehung – Entwicklung – Probleme, Stuttgart 1992, S. 116ff.

<sup>52</sup> Gemeint sind hier Transparenz(=Glasnost), Umbau(=Perestrojka) und Beschleunigung(=Uskorenie).

<sup>53</sup> Vgl. Gnauck, Gerhard: Parteien und Fraktionen in Russland, S. 12.

monarchistischen Kräfte bis 1991 nur bedingt entwickelt und spielten keine wichtige Rolle.<sup>54</sup> Es muss an dieser Stelle jedoch auch festgestellt werden, dass es zu den Charakteristika des damaligen politischen Spektrums gehörte, dass sowohl die Demokraten<sup>55</sup>, als auch die nach G. Gnauck bezeichneten „*marginalen Nationalisten*“<sup>56</sup> und auch die Kommunisten, nationale Rhetorik und Symbole verwendeten. Die Demokraten „*ganz offensichtlich auch deshalb, um den Nationalpatrioten den Wind aus den Segeln zu nehmen*“<sup>57</sup>. Auch B. N. Jelzin sprach während diese Zeit von der „*Wiedergeburt Russlands und dessen Souveränität*“<sup>58</sup> und mit ihm die gesamte Bewegung `Demokratisches Russland` (DR). Die nationale Stimmung wurde somit nicht nur durch die Nationalisten befördert, sondern auch durch die demokratischen Kräfte, für alle sichtbar, durch das Tragen der späteren Nationalfarben der RF, Weiß-Blau-Rot. Betrachtet man die Strömungen, die sich vor dem Putschversuch im August 1991 abzeichneten, kann hier von zwei verschiedenen Blöcken gesprochen werden. Ein demokratischer und ein reaktionärer Block.<sup>59</sup> Der zweite Block war „*im Wesentlichen ein Produkt des zentralen Machtapparates*“<sup>60</sup>.

Mit B. N. Jelzin, als dem gemeinsamen Kandidaten und später gewähltem ersten Präsidenten der RF, hatte DR und somit der demokratische Block eine entscheidende Weichenstellung für die zukünftige Machtverteilung in der RF getätigt. Mit der Abwehr des Putsches und der im Dezember 1991 besiegelten Auflösung der SU hatte sich B. N. Jelzin zum mächtigsten Mann in Moskau entwickelt, ohne weiter mit seinem Gegner M. S. Gorbatschow rechnen zu müssen.

Was bedeutete diese Konstellation für die jungen gesellschaftlichen Vereinigungen in der RF? Den sich zur damaligen Zeit als demokratisch verstehenden Vereinigungen, die sich während des Putsches als präsidententreu zeigten, wurde Hoffnungen gemacht, in die politischen Entscheidungsprozesse mit eingebunden zu werden. Als damals demokratisch galt eine

---

<sup>54</sup> Auf die Rolle der Strömungen und politischen Ausrichtungen des politischen Spektrums soll verstärkt in einem späteren Abschnitt der Arbeit eingegangen werden. Vgl. Gnauck, Gerhard: Parteien und Fraktionen in Russland, S. 12f.

<sup>55</sup> Die Definitionen der Begriffe Demokraten, Reformer und Reaktionäre, Nationalisten und Konservative unterliegen einer stetigen Veränderung während des Transformationsprozesses. So wurden 1990/1991 B. N. Jelzin und die Bewegung `Demrossija – Demokratisches Russland` (DR) als die Demokraten bezeichnet, was sich später änderte. Der Begriff –Demokraten– unterliegt einer anderen, einer russländischen Definition und ist nicht mit einer westeuropäischen Definition zu vergleichen. Als die Demokraten galten z. T. alle Reformer.

<sup>56</sup> Vgl. Gnauck, Gerhard: Parteien und Fraktionen in Russland, S. 13.

<sup>57</sup> Vgl. ebenda.

<sup>58</sup> Vgl. ebenda.

<sup>59</sup> Zu den Aktivitäten G. A. Sjuganows in dieser Zeit vgl. Krotow, Nikolaj; Luchterhandt, Galina: Zwischen „Patriotismus“ und „Sozial-Demokratie“, S. 856f.

<sup>60</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, S. 23.

Vereinigung vor allem dann, wenn sie sich reformorientiert auf Distanz zur KPdSU bewegte, demokratisch legitimiert konnten diese Vereinigungen nicht sein. Eine Wahl als Basis demokratischer Legitimation blieb bis 1993 aus. B. N. Jelzin hatte den ihn unterstützenden Vereinigungen in einem gemeinsam unterzeichneten Protokoll Beteiligung versprochen.<sup>61</sup> Doch zeigten sich hier die ersten Defizite, die als charakteristisch für das Parteiensystem der RF zu werten sind. Die Vereinigungen waren und blieben relativ machtlos in der Realpolitik der RF.<sup>62</sup> E. Bos bezeichnete die Rolle der Vereinigungen innerhalb des Systems als „*zu viele Parteien und zu wenig System*“<sup>63</sup>. Gerade in der Anfangsphase der Konsolidierung der Parteienstrukturen, war die Teilhabe am politischen Geschehen nicht gewährleistet. Dem anfänglich gemeinsam unterzeichneten Protokoll schenkte B. N. Jelzin keinerlei Aufmerksamkeit. Einem Verhalten folgend, welches einer zaristischen Sichtweise nicht unähnlich war, favorisierte auch B. N. Jelzin das Prinzip: „*keine Parteien zu kennen, sondern nur Russen*“<sup>64</sup>.

Ein weiterer wichtiger, die politische Arbeit der Vereinigungen hemmender Faktor stellte die starke Position des Präsidenten der RF da. Nach Übernahme der ungeteilten Regierungsmacht durch B. N. Jelzin, dem Verbot der KPdSU aufgrund der Putschereignisse 1991 und der Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), welche den sowjetischen Staatsverband hinfällig machte und die Auflösung der SU bedeutete, vollzogen sich zusehends auch marktwirtschaftliche Reformen mit Preisfreigabe und Privatisierung. Aus dieser Situation heraus vollzog sich in der RF eine Fokussierung auf das Amt des Präsidenten. Hierbei ist es für den Rahmen der Untersuchung nicht zwingend notwendig die Jahre 1991 – 1993 und die folgenden Jahre bis 1996 voneinander zu unterscheiden. Für die Rolle der gesellschaftlichen Vereinigungen innerhalb des Systems der RF ist bei dieser Konstellation festzuhalten, dass es zum entscheidenden Ziel einer jeden Bewegung oder Vereinigung wurde, das Amt des Präsidenten zu besetzen. „*Der Sieg bei den Präsidentschaftswahlen wird zum höchsten politischen Ziel, [...]*“<sup>65</sup>, wie G. Luchterhandt die Strategien der

---

<sup>61</sup> Gemeint ist hier das Protokoll – Über die Absichten der politischen Parteien, parlamentarischen Fraktionen und Bewegungen der Föderation Russland und des Präsidenten der RSFSR. Beteiligte Parteien waren die `Republikanische Partei der Rußländischen Föderation` (RPRF), die `Demokratische Partei Russlands` (DPR), die `Sozialdemokratische Partei der Russländischen Föderation` (SDPR) sowie die `Christlich-Demokratische Bewegung Russlands` (CDBR). Vgl. Gnauck, Gerhard: Parteien und Fraktionen in Russland, S. 14 sowie Luchterhandt, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, S. 28.

<sup>62</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Von der Diktatur zur Demokratie, S. 200.

<sup>63</sup> Vgl. Bos, Ellen; Steinsdorff, Silvia v.: Zu viele Parteien – zu wenig System. Zur verzögerten Entwicklung eines Parteiensystems im postkommunistischen Russland. In: Merkel, Wolfgang; Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen 1997, S. 101f.

<sup>64</sup> Vgl. Gnauck, Gerhard: Parteien und Fraktionen in Russland, S. 14.

<sup>65</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die Entwicklung der Parteien, S. 43.

gesellschaftlichen Vereinigungen und Bewegungen zusammenfasst - hier ausnahmslos und im Besonderen auch für die KPRF. Als unmittelbarer Anreiz dient hier die starke Machtkonzentration auf Seiten des Präsidentenamtes. Von 27 verfassungsrechtlichen Machtinstrumenten stehen 18 dem Präsidenten der RF zu.<sup>66</sup> Das Ergebnis ist eine, wie W. Merkel analysiert „*unkontrollierbare exekutive und legislative Machtakkumulation in der Person des Präsidenten.*“<sup>67</sup>, welche eine geringe Durchsichtigkeit der politischen Prozesse bewirkt sowie eine effektive Kontrolle nicht zulässt. Den Rumpf präsidentialer Macht bildeten neben dem Recht, die so genannten „*Machtministerien*“<sup>68</sup> personell zu besetzen, die Möglichkeit den Ausnahmezustand auszusprechen und der Oberbefehl über die Streitkräfte. Hinzu kommt das Recht, die Staatsduma zu übergehen, also über die dort vertretenen Vereinigungen hinweg, via Dekret (ukas) zu regieren. Weitere Kompetenzen sind die Möglichkeit der Auflösung des Parlamentes sowie die Nutzung eines Vetos gegenüber den von der Staatsduma verabschiedeten Gesetzen.<sup>69</sup> Auf der Gegenseite ist es der Staatsduma und deren Fraktionen nur schwerlich möglich, gegen den Präsidenten und dessen Befugnisse vorzugehen. Die Staatsduma benötigt eine zweidrittel Mehrheit, um ein Veto gegen Präsidentenentscheidungen einlegen zu können. Ein Amtsenthebungsverfahren ist nur über vielschichtige Verfahrensmodalitäten und in Zusammenarbeit mit dem Föderationsrat (FR) und dem Verfassungsgericht (VG) überhaupt möglich.<sup>70</sup>

Die de jure und de facto starke verfassungsrechtliche Stellung des Präsidentenamtes sowie die geringe Wertigkeit der gesellschaftlichen Vereinigungen innerhalb der Verfassung stellen somit ein weiteres Charakteristikum des russländischen Parteiensystems dar. Ferner ist die Postenbesetzung in staatlichen Institutionen durch Repräsentanten politischer Vereinigungen nur schwach ausgeprägt. Für die Vereinigungen bedeutet dieser Umstand, dass ihr Interesse den Wahlen zur jeweiligen Staatsduma und den dortigen operativen Tätigkeiten gehört.<sup>71</sup> Zusätzlich wirkt erschwerend, dass sich Präsident B. N. Jelzin an keine vereinigungspolitische

---

<sup>66</sup> Vgl. Frye, Timothy: A Politics of Institutional Choice. Post-Communist Presidencies. In: Comparative Political Studies, Vol. 30, No. 5, 1997, S. 523-552 sowie Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 55.

<sup>67</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Von der Diktatur zur Demokratie, S. 191.

<sup>68</sup> Hier vor allem die Ministerien für Verteidigung, des Inneren und das Außenministerium.

<sup>69</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 56f.

<sup>70</sup> Vgl. ebenda, S. 56. Die vorzeitige Beendigung der Amtszeit des Staatspräsidenten ist nicht nur für die Staatsduma schwer zu bewirken. Laut Art. 92, Zi. 2 der Verfassung der RF ist eine vorzeitige Beendigung nur aus drei Gründen möglich, von denen nur einer von der Staatsduma beeinflusst werden kann. 1. Rücktritt des Staatspräsidenten, 2. Amtsenthebung durch FR nach Anklageerhebung durch die Staatsduma, 3. gesundheitlich bedingtes, dauerhaftes Außerstandesein, die dem Präsidenten obliegenden Vollmachten auszuüben. Vgl. Mangott, Gerhard: Zur Demokratisierung Russlands. Band 1, S. 106.

<sup>71</sup> Vgl. Mangott, Gerhard: Zur Demokratisierung Russlands. Band 1, S. 156.

Richtung oder Bewegung gebunden sah. Der Präsident gebrauchte aber die politischen Bewegungen, um das Präsidentenamt zu erreichen. Hierbei nutzte er die Potentiale und Mobilisierungschancen der DR, um als Kandidat für die Wahl um das Präsidentenamt 1991 aufgestellt zu werden, ohne sich zu deren Führer zu entwickeln oder in ein Amt der Vereinigung drängen zu lassen.<sup>72</sup> G. Gnauck sieht hier eher einen Erfolg des DR, sich auf einen Kandidaten geeinigt zu haben, was aus der Sicht der Wahlergebnisse und den Erfahrungen mit einer monolithischen Partei, wie der KPdSU, auch zutreffen kann.<sup>73</sup> Doch wenn es um die Teilhabe an der politischen Macht als Indikator für Erfolg geht, sind hier die Erwartungen der DR weit hinter der Realität zurückgeblieben. B. N. Jelzin bewahrte sich so Bewegungsfreiheit, indem er seine Personalpolitik gegenüber keiner gesellschaftlichen Vereinigung zu rechtfertigen hatte. Aus diesem Umstand - nicht aus vereinigungspolitischen Beweggründen handeln zu müssen, erschließt sich eine weitere Wesensart des russländischen Systems, welche nicht minder Wirkung auf die Parteienlandschaft der RF zeigte. Nach A. Legutke und M. Brie wird deutlich, dass die Ämter innerhalb der Regierung nicht nach vereinigungspolitischen Gesichtspunkten, wie z.B. Programmatik oder gewährter Unterstützung, besetzt wurden. Es waren personenbezogene Entscheidungen. Die Besetzung wichtiger Ämter beinhaltete oftmals keine Aussage zur Befähigung der Person.<sup>74</sup> Aus Sicht des Präsidenten bedeutet das Besetzen von wichtigen Ämtern in der Regierung das Ummünzen persönlicher Beziehungen in persönliche Abhängigkeiten. Die Anteile der Vereinigungen im politischen Prozess der RF wurden minimiert, die politischen Vereinigungen erlitten eine maßgebliche Schwächung ihrer Position.<sup>75</sup> M. McFaul verdeutlicht die beeinflussenden Faktoren und die Sonderstellung des Präsidenten der RF ganz richtig, indem er ausführt, dass „[...] *parties in Russia are weak, because the most powerful politicians in Russia have made choices to make them weak. Cultural, historical, and socio-economic factors play a role in impending party emergence, but individual decisions – especially decisions about institutional design – are the more proximate and more salient causes of poor party development.*“<sup>76</sup> An dieser Stelle zeigt sich eine grundsätzliche Frage in Bezug auf die Schwächen des russländischen Parteiensystems. Während M. McFaul die schwache Rolle der Vereinigungen innerhalb der RF klar mit der starken Position des

---

<sup>72</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 56.

<sup>73</sup> Vgl. Gnauck, Gerhard: Parteien und Fraktionen in Russland, S. 13.

<sup>74</sup> Vgl. Gnauck, Gerhard: Parteien und Fraktionen in Russland, S. 57 sowie Brie, Michael: Russland. Das Entstehen einer 'delegierten Demokratie'. In: Merkel, Wolfgang; Sandschneider, Eberhard; Segert, Dieter (Hrsg.): Systemwechsel 2, Opladen 1996, S. 143-179.

<sup>75</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 57 und S. 71.

<sup>76</sup> Vgl. McFaul, Michael: Party Formation and Non-Formation in Russia. In: Working Paper 12, Washington 2000, S. 4.

Präsidenten, deren Verankerung in der Verfassung und den generell geringen Anreizen zur Bildung politischer Vereinigungen begründet, versucht S. Holmes die Befugnisse des Präsidentenamtes zu rechtfertigen. Von der Schwäche der Vereinigungen und dem Umstand, dass durch Wahlen keine starke Regierung zustande kommen kann, leitet er die Legitimation der Macht für den Präsidenten ab. S. Holmes äußert sich zur Begründung der verfassungsrechtlichen Marginalisierung des Parlamentes: „*Given the febleness or nonexistence of a party system in Russia, there is no chance that parliamentary elections will give rise to a well-disciplined body capable, in turn, of producing a strong government able to make difficult decisions while retaining public confidence and remaining democratically accountable.*“<sup>77</sup>

Den Vereinigungen muss hier vorgeworfen werden, dass sie mit ihrer internen Personalpolitik sehr inkonsequent auf diese Art der Politik reagiert haben. Durch ihre Herangehensweise und nicht minder durch eine spezifische Mentalität der Bevölkerung im Umgang mit charismatischen Persönlichkeiten haben die Vereinigungen eben auch auf starke Führer gesetzt. Dieser Umstand muss ambivalent betrachtet werden, denn in Bezug auf die Vereinigungen wurde in der Bevölkerung in einem nur geringen Maße über Programmatik, als vielmehr über die Personen hinter der „*Trawkin – Partei*“ oder der „*Schirinowski – Partei*“<sup>78</sup> gesprochen. Führerfiguren spielen somit in der Frage über den Erfolg oder Misserfolg einer politischen Vereinigung in der RF eine oftmals gewichtigere Rolle als die Programmatik.<sup>79</sup> S. Mitrochin ergänzt diesen Sachverhalt noch um die Aussage, dass die Rolle der politischen Führer nicht nur eine Frage der Wahrnehmung von außen ist, sondern ebenso eine Reaktion auf die Praxis der Herrschaftsausübung bedeutet. Laut S. Mitrochin ist eine Vereinigung in der RF oft nicht mehr, als die „*Zugabe zur persönlichen Popularität und Hilfsmittel beim individuellen Umgang mit den Massen.*“<sup>80</sup>

---

<sup>77</sup> Vgl. Holmes, Stephen: Superpresidentialism and its Problems. S. 124.

<sup>78</sup> Vgl. Gnauck, Parteien und Fraktionen in Russland, S. 19. Gemeint sind hier die DPR sowie die LDPR.

<sup>79</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 12 sowie Meyer, Gerd: 'Die Wahlen sind frei, aber nicht fair.' Parteien, Wahlen und Wählerverhalten. Der Stellenwert von Parteien und Wahlen im politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess. In: Bürger im Staat. Russland unter Putin, 51. Jg., Heft 2/3, 2001, S. 103-112. G. Mangott spricht hier von einer Minimalversion, die die Erfahrungen mit der Alleinherrschaft der KPdSU als Ursache aufzeigt und einer Maximalversion, bei der die spezifische russische Kultur und ihr Bezug zu starken, paternalistischen Führungspersönlichkeiten im Vordergrund steht. Vgl. Mangott, Gerhard: Zur Demokratisierung Russlands. Band 1, S. 156. Nach meiner Meinung sind beide Faktoren nicht von der Hand zu weisen und die Wahrheit wird sich wie zumeist in der Mitte befinden.

<sup>80</sup> Vgl. Mitrochin, Sergiej: Die russischen Parteien nach dem Putsch. Eine politologische Profilskizze, Bremen 1992, S. 10.

Wie sehr die Vereinigungen und ihre Führer in einem Abhängigkeitsverhältnis standen, wie sehr die Politik der RF personalisiert ist, zeigt sich auch im Vergleich der Dauer von Amtszeiten verschiedener Vorsitzender.<sup>81</sup> Hier ist darauf hinzuweisen, dass der Faktor der langjährigen Führerschaft, oftmals einer langjährigen Kontinuität in der Arbeit der Vereinigungen zuzuschreiben ist. Diese Kontinuität war einer politischen Verortung der Vereinigungen einträglich und machte eine stabile Wählerschaft oftmals erst möglich. So ist auch dieser Faktor mit zweierlei Maß zu messen. Ähnliches kann auf den Präsidenten der RF bezogen werden. W. Merkel sieht in der bedenklichen Regierungsweise B. N. Jelzins, auch wenn sie stabilisierend wirkt, eine „*paradoxe Situation*“<sup>82</sup>, denn es verdeutlicht auch die Gefahr, dass die neue Situation sowie der Politikstil des Präsidenten die Defizite und Probleme nur überdecken. „*Die präsidentielle Entscheidungsmacht stabilisiert zwar gegenwärtig die politische Situation Russlands, erkaufte dies aber mit problematischen Demokratiedefekten, die schon heute das Handeln der politischen Eliten wie das Verhalten der russischen Bürger nachhaltig geprägt hat.*“<sup>83</sup>

In diesem Zusammenhang muss ein weiteres Charakteristikum des russländischen Parteiensystems genannt werden, die ‚Parteien der Macht‘ (PdM)<sup>84</sup>. Für diesen Typ der russländischen Vereinigungen ist es bezeichnend, dass der Zeitpunkt der Konstituierung im unmittelbaren Vorfeld einer Staatsdumawahl zu finden ist. Die PdM sind zumeist von kurzer Lebensdauer und verlieren ihren politischen Einfluss meist innerhalb einer Legislaturperiode. Charakteristisch ist das Auftreten immer neuer PdM vor jeder wichtigen Wahl. Die PdM können zur politischen Kultur der RF gezählt werden. Der Umgang mit ihnen ist nicht an eine bestimmte Person gebunden oder hat sich im Laufe der Transformation geändert. So nutzte und nutzt auch W. W. Putin die Möglichkeiten, die PdM ihm bieten. Das Phänomen kann bis heute, z.B. zur anstehenden Staatsdumawahl 2007 beobachtet werden.<sup>85</sup>

---

<sup>81</sup> Als Beispiel sollen hier G. A. Sjuganow, Vorsitzender der KPRF seit 1993, W. W. Schirinowski, Vorsitzender der LDPSU/LDPR seit 1989 sowie G. A. Jawlinski, Vorsitzender von JABLOKO seit der Konstituierung als ‚Partei‘ 1995 erwähnt werden.

<sup>82</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Von der Diktatur zur Demokratie, S. 192.

<sup>83</sup> Vgl. ebenda, S. 191.

<sup>84</sup> Hiermit sind Parteien gemeint, die sich weitestgehend in der politischen Mitte bewegen und dem Zentrum zuzuordnen sind. Vgl. Schejnis, Viktor: Wie Russland gewählt hat. In: Osteuropa, Nr. 7/2000, S. 796 oder auch Schneider, Eberhard: Die russische Staatsdumawahl 1999. BiOst 3/2000, Köln 2000, S. 34.

Zu nennen wären: ‚Russlands Wahl‘/ ‚Russlands Demokratische Wahl‘ (VR/DVR) 1993, ‚Unser Haus Russland‘ (dt.: UHR/ russ.: NDR) 1995 und ‚Einheit – Bär‘ 1999. Das Charakteristikum einer Partei als ‚PdM‘ wird auch unter Präsident W. W. Putin weiter verfolgt.

<sup>85</sup> Vgl. WELT, 06.12.2005, Der Tagesspiegel, 01.02.2006 und Berliner Zeitung, 17.01.2007 und 09.03.2007 sowie Neues Deutschland, 18.04.2007.

Doch wie ist es möglich, dass jeweils neue kurzlebige Vereinigungen einen weit reichenden Einfluss auf das Wählerverhalten der russländischen Staatsbürger nehmen können? Mit dieser Frage bewegen wir uns in ein weiteres Feld bestimmter Charakteristika, die zu den systemimmanenten Parametern gerechnet werden können. Die Ursache liegt jedoch nicht nur im neuen System begründet, sondern basiert auf dem russländischen Staatsbürger selbst, seiner Sozialisierung und seinen Erfahrungen mit dem neuen Pluralismus an Vereinigungen. Hier zeigt sich eine der möglichen Problemstellungen im Verlauf des Wechsels der Systeme.<sup>86</sup> Der politische Systemwechsel in der RF war ein weitgehend von oben gesteuerter Prozess.<sup>87</sup> W. Merkel skizziert die Anfangssituation wie folgt: „*Eine starke Regime – Opposition, aus der sich später politische Parteien hätten entwickeln können, existierte nicht.*“<sup>88</sup> Andere Autoren gehen mit Recht einen Schritt weiter und meinen, dass alle Vereinigungen des neuen Spektrums „*in der einen oder anderen Weise aus der KPdSU hervor*“<sup>89</sup> gingen. Aus diesen Gründen ist es für den russischen Staatsbürger schwierig, sich von der Allmacht der ehemaligen Staatspartei KPdSU wegzurichten. Den neuen Vereinigungen mit dem alten Partei-Personal fehlt das Vertrauen der Staatsbürger der RF bezüglich einer Demokratisierung. Eine Neuorientierung fällt allein aus diesem Grund schwer. Das Vertrauen an die neue Demokratie ist bis heute nicht systemübergreifend entwickelt oder vorhanden. Bis heute bereitet es den meisten Wählern in der RF Schwierigkeiten, sich im vereinigungspolitischen Spektrum zu orientieren und die Vereinigungen in ihrer politischen Ausrichtung voneinander zu unterscheiden. Aus diesem Grund ist auch zu erklären, dass die große Mehrheit der Wähler keine länger anhaltende Bindung an politische Vereinigungen entwickeln konnte. Als ein Beweis für diese Annahme kann die Aussage W. Merkels herangezogen werden, dass eine hohe Fluktuation von 40% der Wähler zwischen den Parlamentswahlen 1993 und den Wahlen von 1995<sup>90</sup> stattgefunden hatte. Somit seien nach Aussage W. Merkels kaum „*stabile Parteien – Wählerbindungen*“<sup>91</sup> in der RF anzutreffen. Auch G. Meyer stellt in seiner Analyse zum Stellenwert von

---

<sup>86</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Politische und institutionelle Veränderungen in Russland 1993-1995. In: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Jahrbuch 1994/1995, Zwischen Krise und Konsolidierung, Gefährdeter Systemwechsel im Osten Europas, Köln 1995, S. 40ff sowie Beyme, Klaus v.: Demokratisierung als Mittel des Systemzusammenbruchs, S. 122f.

<sup>87</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Von der Diktatur zur Demokratie, S. 201 sowie Beyme, Klaus v.: Demokratisierung als Mittel des Systemzusammenbruchs, S. 116.

<sup>88</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Von der Diktatur zur Demokratie, S. 201.

<sup>89</sup> Vgl. Bos, Ellen; Steinsdorff, Silvia v.: Zu viele Parteien – zu wenig System, S. 134.

<sup>90</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Parteien und Parteiensysteme im Transformationsprozess. Ein internationaler Vergleich. In: Merkel, Wolfgang; Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozess, Opladen 1997, S. 369.

<sup>91</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Von der Diktatur zur Demokratie, S. 203. Die KPRF muss hier herausgenommen werden, da sich die KPRF als nahezu einzige Vereinigung auf eine feste 'Partei – Wählerbindung' stützen konnte.

Vereinigungen und Wahlen in der heutigen RF fest, dass sich die Bürger bei Wahlen stetig neu orientieren mussten.<sup>92</sup> Ferner muss festgehalten werden, dass viele Vereinigungen und Wahlbündnisse der damaligen Zeit dem Wähler noch gänzlich unbekannt waren. Hinzu kam, dass viele Kandidaten ohne klare Bindung an eine Organisation zur Staatsdumawahl 1993 antraten. Es gab auch innerhalb der Fraktionen ein stetiges 'Kommen und Gehen', die Fraktionsstärken variierte in dem Maße, indem sich ihnen vormals fraktionslose Abgeordnete anschlossen oder die Fraktionen verließen. So entstand eine Situation, wie sie M. Haspel, Th. Remington und St. Smith beschreiben: *„In fact, many deputies changed their faction membership according to their judgments about the political compatibility and attractiveness of a faction. During the course of that two-year Duma, nearly one-quarter of the members changed factions. Some changed affiliations more than once.“*<sup>93</sup> Es muss aber auch festgestellt werden, dass neben den Bewegungen innerhalb der Fraktionen gerade bei den Wahlen zur Staatsduma 1993 und 1995 relativ feste 'Fixpunkte' in der Landschaft der Vereinigungen zu finden waren. Hierzu zählten die KPRF, die LDPR sowie JABLOKO.<sup>94</sup> Diese Vereinigungen unterschieden sich in wesentlichen Punkten, wie z.B. in der Programmatik, der Position zur präsidentialen Macht und dem Medienzugang von den oben erwähnten PdM und selbstverständlich auch untereinander. Ferner gab es Unterschiede in ihrer Überlebensdauer und ihrer Funktion als Konstante innerhalb der Vereinigungslandschaft der RF. Somit können fehlende Parteienbindungen sowie unklare politische Ausrichtungen der Vereinigungen als ein weiteres Charakteristikum des Parteiensystems der RF beschrieben werden. In diesem Kontext ist die schwache soziale Verankerung der Vereinigungen erneut zu unterstreichen. Eine noch fehlende Parteienidentifikation kann aber nur in dem Maße überwunden werden, wie sich das Parteiensystem der RF nicht aus PdM zusammensetzt, sondern den Fortbestand der parteipolitischen 'Fixpunkte' weiter zulässt und sich die Vereinigungen in das System integrieren.

Beide Punkte, die Integration der Vereinigungen in das System und die Bindung an die politischen Vereinigungen befinden sich in einem stetigen Wechselwirkungsverhältnis. Selbst eine Vereinigung wie die KPRF kann sich ohne gefestigte Wählerbindungen nur schwer im System behaupten, wie im Umkehrschluss eine Bindung der Wähler ohne Behauptungsmöglichkeiten sowie klare Positionen der Vereinigungen nicht möglich ist.

---

<sup>92</sup> Vgl. Meyer, Gerd: 'Die Wahlen sind frei, aber nicht fair.', S. 103f.

<sup>93</sup> Vgl. Haspel, Moshe; Remington, Thomas; Smith, Steven: Electoral Institutions and Party Cohesion in the Russian Duma. In: The Journal of Politics, Nr. 2, 1998, S. 420.

<sup>94</sup> Vgl. Mangott, Gerhard: Zur Demokratisierung Russlands. Band 1, S. 217 sowie Schejnis, V.: Wie Russland gewählt hat, S. 769.

Ein weiteres Grundproblem des Parteiensystems der RF besteht darin, dass es den politischen Vereinigungen der RF kaum gelang, ihre Wählerschaft dauerhaft zu mobilisieren. Das Charakteristikum, der „zureichenden *Herausbildung beständiger und damit parteiprägender sozialer und politischer Konfliktlinien*“<sup>95</sup> (cleavages)<sup>96</sup> hat besonders im Untersuchungszeitraum nur ansatzweise und somit unzureichend stattgefunden. G. Mangott spricht hier von „*Bruchlinien*“<sup>97</sup>, welche er als substanziell ansieht, um die zurzeit noch „*schwache strukturelle Ausdifferenzierung der russländischen Gesellschaft*“<sup>98</sup> zu beenden. Auch G. Gnauck sieht hier ein erhebliches Defizit innerhalb der RF, denn nach seiner Aussage sei es nicht möglich, die klassischen Konfliktlinien, wie sie in Westeuropa zur Bildung eines ausdifferenzierten Parteiensystems geführt haben, auch auf die RF anzuwenden. So scheitert die klassische Konfliktlinie ‚Arbeit – Kapital‘ am Fehlen des Kapitals<sup>99</sup>, welches besonders im Untersuchungszeitraum 1991-1996 nur unzureichend vorhanden war. Dementsprechend fehlen „*vergleichbar mächtige kollektive Akteure (Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Arbeiterparteien), die sich in antagonistischer Weise entlang der Konfliktlinie organisieren können.*“<sup>100</sup>

Die ‚cleavages‘ entwickelten sich oftmals entlang vereinfachter Konflikte, wie z.B. entlang der Linie ‚pro Jelzin vs. anti Jelzin‘ oder entlang der politischen Einteilung in ‚Demokraten‘, ‚Zentristen‘ und ‚Patrioten‘.<sup>101</sup> Als eine der am stärksten ausgeprägten und in den ländlichen, peripheren Gebieten noch heute anzutreffenden politischen Konfliktlinie lässt sich die Gegenüberstellung ‚Demokraten vs. Kommunisten‘<sup>102</sup> verorten, die für die Denkweise der Menschen und die Entwicklung der ‚cleavages‘ signifikant ist. Eine weitere gesellschaftliche Konfliktlinie, die für die Position der KPRF innerhalb des ‚cleavages‘ – Systems wichtig erscheint, ist folgende: so wie die KPRF mehr und mehr zur Vereinigung der Transformationsverlierer wurde, so entwickelte sich JABLOKO zu einer Vereinigung der Transformationsgewinner, einer Vereinigung, die für radikale, demokratische sowie

<sup>95</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Von der Diktatur zur Demokratie, S. 200f.

<sup>96</sup> Die cleavages, wie sie S. Lipset und S. Rokkan als klassisch einstufen sind ‚Kapital-Arbeit‘, ‚Zentrum-Peripherie‘, ‚Stadt-Land‘, ‚säkularer Staat-Religion‘. Vgl. Lipset, Seymour M.; Rokkan, Stein (Hrsg.): Cleavages Structures, Party Systems and Voter Alignments, New York 1967, S. 1-64.

<sup>97</sup> Vgl. Mangott, Gerhard: Zur Demokratisierung Russlands. Band 1, S. 156.

<sup>98</sup> Vgl. ebenda.

<sup>99</sup> Vgl. Gnauck, Gerhard: Parteien und Fraktionen in Russland, S. 17.

<sup>100</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Von der Diktatur zur Demokratie, S. 152f.

<sup>101</sup> Vgl. Gnauck, Gerhard: Parteien und Fraktionen in Russland, S. 19. G. Gnauck sieht hier die Kommunisten bei den Patrioten verortet.

<sup>102</sup> Vgl. Prudkov, Oleg; Bach, Dieter (Hrsg.): Wer sitzt morgen im Kreml? Die neuen Parteien in Russland und ihre Führer, Wuppertal 1992, S. 7.

wirtschaftliche Reformen steht. Ein Konflikt, der auf den Nenner 'Transformationsverlierer (KPRF) vs. Transformationsgewinner (JABLOKO)' gebracht werden kann. Beide Vereinigungen übernehmen durch diese 'cleavages' – Konstellation die Aufgabe von politischen 'Fixpunkten' und fördern somit die Konsolidierung eines politischen Systems. W. Merkel sieht in der starken ideologischen Polarisierung ein weiteres Element, welches der Konsolidierung des Parteiensystems abträglich scheint, bezieht sich aber hier auf die Besetzung der Extrempole durch die KPRF, für das linke Spektrum und der LDPR, für das rechte Spektrum.<sup>103</sup> Aber gerade in dieser Konstellation ist eine weitere Möglichkeit der politischen Positionierung für den Wähler zu sehen. Dies ist eine Aussage, die sich an den theoretischen Verlautbarungen der Vereinigungen orientiert<sup>104</sup>, doch in einigen Fällen durch die praktische Arbeit der Vereinigungen ad absurdum geführt wird.<sup>105</sup> Ähnliches lässt sich an der Verortung der KPRF bei der Positionierung zur Frage nach Reformen erkennen. Auch wenn diese Tendenz verstärkt in den Jahren nach der Präsidentschaftswahl 1996 innerhalb der KPRF auftrat, sei hier erwähnt, dass die KPRF Reformen gegenüber nicht mehr verschlossen zu sein schien. Die KPRF entfernte sich vom anfänglichen Profil der klaren Opposition gegen kapitalistische und demokratische Reformen.<sup>106</sup>

Ein weiteres in diesem Kontext zu erwähnendes Charakteristikum stellt die offenbar zutreffende Einschätzung von G. Luchterhandt dar, dass es eine „*asynchrone Entwicklung der „föderalen“, d. h. landesweiten parlamentarischen Parteien im Zentrum und den Subjekten der Föderation (den Regionen, der Peripherie, Anm. d. Verf.) gibt, wobei die Regionen sich auf unterschiedlichen Etappen der Herausbildung des Parteiensystems befinden.*“<sup>107</sup> Dieser Umstand muss an dieser Stelle erwähnt werden, da in der regionalen Politik nicht immer die landesweit etablierten Vereinigungen den politischen Ton angaben, sondern manche regionalpolitische Vereinigung oder Bewegung eine wichtige, wenn nicht sogar dominante Rolle spielte. G. Gnauck geht so weit, dass er von einem Zustand spricht, in dem die politische Konstellation in der Provinz „*zumeist gröber strukturiert und auf einer früheren Etappe*

<sup>103</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Von der Diktatur zur Demokratie, S. 203.

<sup>104</sup> Zur theoretischen Positionierung und praktischen Arbeitsweise der KPRF siehe ausführlich die KPRF – relevanten Kapitel dieser Arbeit.

<sup>105</sup> Auch wenn sich die LDPR als Oppositionspartei versteht, so hat sich die LDPR im tatsächlichen Abstimmungsverhalten in der Staatsduma als eine „*treue Gefolgsparterie des Staatspräsidenten Jelzin entwickelt.*“ Vgl. Merkel, Wolfgang: Von der Diktatur zur Demokratie, S. 203. Für die KPRF kann die Abkehr von der anfänglichen Systemopposition als ähnliches Zeichen gedeutet werden. Zur Rolle des Nationalen in der Sichtweise der KPRF siehe ausführlich die KPRF – relevanten Kapitel dieser Arbeit.

<sup>106</sup> Vgl. Ostrogorski, Wladimir: Gennadi Sjuganow. Ein Dossier, S. 156.

<sup>107</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die Entwicklung der Parteien, S. 42.

eingefroren ist.“<sup>108</sup> Auf der einen Seite hat dieser Umstand etwas mit den geografischen Dimensionen der RF und der Distanz zwischen den politischen Zentren, wie Moskau und St. Petersburg als Städte mit überregionalem Status und Einfluss und den regionalen Entscheidungszentren zu tun<sup>109</sup>. Auf der anderen Seite gibt es in den Regionen Tendenzen einer „Regionalisierung der politischen Prozesse“<sup>110</sup>. Hier spielten unterschiedliche regionale Wahlsysteme, große Zeitunterschiede sowie sozial-ökonomische Probleme eine wichtige Rolle, die sich von den Problemstellungen der Zentren unterscheiden. Die Tendenz, dass sich die regionalen Organisationen oft im Widerspruch zur Politik der Metropolen verhalten, ist noch bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes und darüber hinaus festzustellen.<sup>111</sup> Dieser Entwicklung hätte ein alle Regionen umfassendes Netz an Organisationseinheiten der in den Zentren agierenden Vereinigungen entgegenwirken können, doch war dieses besonders im Zeitraum der Betrachtung von den wenigsten der wichtigen politischen Vereinigungen zu bewerkstelligen.<sup>112</sup> Es ist aber nicht sicher, ob dies eine homogene Politik zwischen dem Zentrum und den Regionen bedeutet hätte.<sup>113</sup>

Eine weitere Spezifizierung des Charakteristikums der heterogenen Entwicklung kann in der traditionellen Verankerung bestimmter Vereinigungen auf dem Gebiet der RF gesehen werden. Hier kann nicht von einer homogenen Verteilung explizit demokratischer Auffassungen oder explizit kommunistischer Denkweisen gesprochen werden. So lassen sich anhand der Ergebnisse der für den Untersuchungszeitraum relevanten Wahlen 1993, 1995 und 1996 Hochburgen in den Metropolen oder z.B. im Ural und dem rohstoffreichen Norden für

---

<sup>108</sup> Vgl. Gnauck, Gerhard: Parteien und Fraktionen in Russland, S. 26.

<sup>109</sup> R. Götz und U. Halbach zählen zu den politischen Zentren noch Jekaterinburg (ehemals Swerdlowsk) im Ural und Nischni-Nowgorod (ehemals Gorki) an der Wolga. Zur Begründung legen sie die bedeutende Rolle dieser Städte in der Demokratiebewegung und die dort ansässigen Zentralen der Parteien von gesamtrossischer Bedeutung zu Grunde. Vgl. Götz, Roland; Halbach, Uwe: Politisches Lexikon Russland, München 1994, S. 20.

<sup>110</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die Entwicklung der Parteien, S. 42.

<sup>111</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Von der radikalen Opposition zur Beteiligung an der Macht. Die Kommunistische Partei der Russländischen Föderation. In: Osteuropa, Nr. 9/1994, S. 982.

<sup>112</sup> Eine Ausnahme bildete die KPRF, die im Untersuchungszeitraum in allen Subjekten der RF vertreten war, zumeist bediente sich die KPRF noch alter KPdSU – Strukturen und konnte so ein landesweites Organisationsnetz aufrechterhalten.

<sup>113</sup> Nur wenige Veröffentlichungen aus dem Untersuchungszeitraum liegen für die Regionen vor, in vielen Studien wird dies als Defizit explizit angeführt. Zu den Regionen besonders: Luchterhandt; Galina: Parteien in der russischen Provinz. Politische Entwicklungen in den Regionen Wolga und Ural, Bremen 1998. Luchterhandt, Galina: Politik und Kultur in der russischen Provinz. Nowgorod-Woronesh-Saratow-Jekaterinburg, Bremen 1999. In diesem Zusammenhang ist auch eine Aussage von M. Butenschön interessant, die auch in den Einstellungen zu politischen Inhalten eine zweigeteilte RF erkennt, „national-konservativ auf dem flachen Land, westlich-demokratisch in den Großstädten“. Vgl. König, Helmut: Wohin steuert Russland? Zur Situation nach den Wahlen vom Dezember 1995, Bericht über die erweiterte Redaktionskonferenz 1996. In: Osteuropa, Nr. 8/1996, S. 1138.

die 'Demokraten' und Hochburgen im Nordkaukasus, der Schwarzeregion und den Gebieten an der Wolga für die KPRF erkennen.<sup>114</sup>

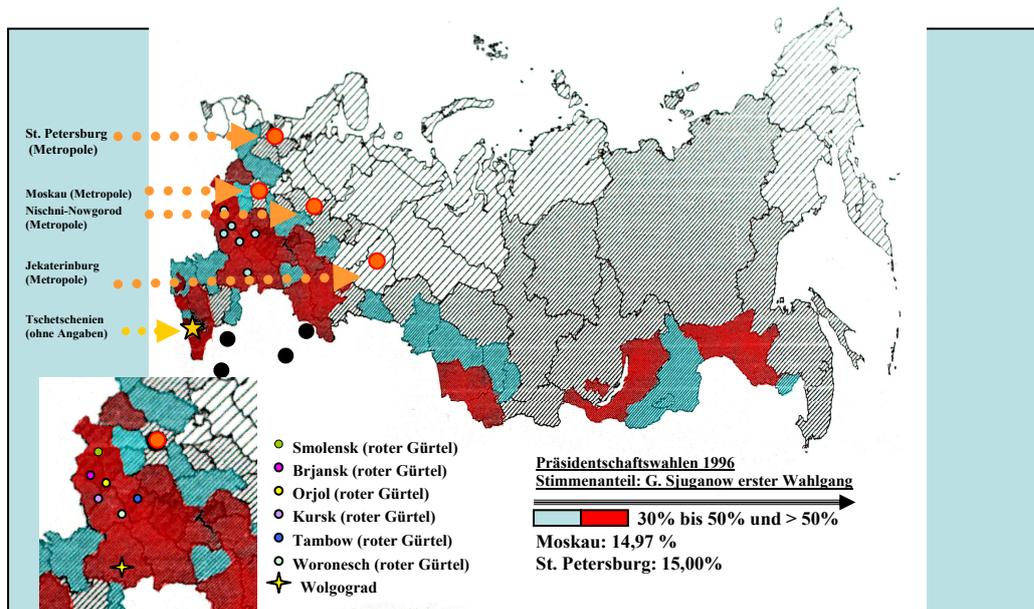


Abbildung 1: Politische Zentren 'Hochburgen', G. A. Sjiganow (KPRF), 1996 © M.Mirschel

Sowohl für die Betrachtung der Charakteristika der RF als auch für die Arbeitsweise der Vereinigungen, stellen die geringen Anreizstrukturen des relativen Mehrheitswahlrechtes im Rahmen des segmentierten Wahlsystems zur Staatsduma einen wichtigen Faktor dar. Dieser Umstand befördert eine stark wirkende Interessenartikulation durch Lobbyisten sowie die damit verbundene unterschiedliche Nutzung finanzieller Ressourcen und würde z.B. bei Wahlen um das Präsidentschaftsamt das Erreichen des Ziels ohne den organisatorischen Unterbau einer Vereinigung ermöglichen. G. Mangott stellt in diesem Zusammenhang ganz richtig fest: „Ohne die Vergabe der Hälfte der Mandate in der Staatsduma über föderale Listen nach dem Verhältniswahlrecht, [...], hätte weder eine einigermaßen ausdifferenzierte Parteienstruktur entstehen noch eine durch Parteien strukturierte und kontrollierte parlamentarische Arbeit in der Staatsduma durchgesetzt werden können.“<sup>115</sup> Dieser Sachverhalt muss unterstrichen werden, stellt doch die Staatsduma die einzige relevante Arena für die politischen Vereinigungen in der RF dar.<sup>116</sup> Die Staatsduma ist der vorrangige Schauplatz, an dem sich die russländische Öffentlichkeit orientieren kann, wenn es um eine

<sup>114</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 61 sowie Laboor, Ernst: Wieviel Parteien braucht Russland? Parteien und politische Organisationen vom Ausgang der achtziger Jahre bis zu den Dumawahlen im Dezember 1995, Berlin 1996, S. 219. Siehe hierzu auch Abbildung 1.

<sup>115</sup> Vgl. Mangott, Gerhard: Zur Demokratisierung Russlands. Band 1, S. 157.

<sup>116</sup> Vgl. ebenda, S. 158. Wie gering Präsident B. N. Jelzin den Wert der Staatsduma einschätzte, unterstreicht der Umstand, dass er der Eröffnungssitzung der Staatsduma 1994 demonstrativ fernblieb. Vgl. Katzer, Nikolaus: Der erste Tag. Parlamentseröffnung und demokratische Tradition in Russland im 20. Jahrhundert. In: Osteuropa, Nr. 8/1999, S. 846.

anstehende elektorale Zustimmung oder Ablehnung geht, es also darum geht sich eine Meinung zu bilden sowie dem öffentlich ausgetragenen Wettbewerb zu folgen. G. Mangott beschreibt die Stellung der Staatsduma wie folgt: „*Die Staatsduma ist aber das nahezu einzige staatliche Organ, in dem sich die Parteien bislang dauerhaft verankern konnten und dessen interne Arbeitsabläufe und Organisationsmuster von Parteien festgelegt wurden.*“<sup>117</sup> Auch wenn man, wie M. McFaul in der Etablierung des segmentierten Wahlsystems eine „*Fehlkalkulation institutioneller Akteure*“<sup>118</sup>, also einiger Jelzin-Berater, wie A. A. Kotenkov, G. A. Satarow oder M. A. Krasnow, sieht, kann es als positive Fehlkalkulation angesehen werden, mit der es den Vereinigungen gelang, ein zwar nicht ausreichendes, aber doch funktionierendes parlamentarisches Arbeiten zu ermöglichen. Es kommt hinzu, dass die gesetzgebenden Kammern in den meisten Föderationssubjekten ebenfalls über die Mehrheitswahl ermittelt wurden. Somit war die Tendenz, wie sie auf der föderalen Ebene zu beobachten war, in den Subjekten noch stärker relevant, die Mischform aus Mehrheits- und Listenwahl wurde noch stärker geschwächt.<sup>119</sup> Auf den Punkt gebracht bedeutet dies für die Regionen, dass es eher zu einer Personenwahl als zur Wahl einer gesellschaftlichen Vereinigung kommen musste. Es kam zu einem Kampf der Mobilisierungspotentiale der Vereinigungen, gegen bestimmte Interessengruppen<sup>120</sup> hinter den Kandidaten. Diese Ausgangssituation, die stark personalisierte Wahlkampfführung sowie der Umstand, dass sich die meisten der Wähler erst vor der Wahl für eine politische Vereinigung entschieden<sup>121</sup>, brachte einen weiteren Faktor ins Spiel: Den Zugang zu den Medien und deren Nutzung. Auch aus diesem Faktor lassen sich Umstände ableiten, die spezifisch für die Lage in der RF sind und somit zu einem Charakteristikum werden.

Für die Rolle der Medien bzw. das Verhältnis zwischen den Medien und dem Staat bedeutete es nicht, dass sich der Staat nicht über öffentlich-rechtlich<sup>122</sup> verfasste und demokratisch

---

<sup>117</sup> Vgl. Mangott, Gerhard: Zur Demokratisierung Russlands. Band 1, S. 158. An diesem Punkt muss angebracht werden, dass sich das Interesse an den politischen Abläufen, den Arbeitsprozessen in der Staatsduma von Seiten der Wahlbevölkerung verringert hat, einen `run` auf die TV-Übertragungen aus dem Parlament, wie er zur Übergangszeit 1989/1990 zu verzeichnen war sowie das intensive Lesen von Zeitungen, gab es nicht mehr. Vgl. Bednarz, Klaus: Russland. Ein Volk sucht seine Zukunft, Hamburg 1992, S. 23.

<sup>118</sup> Vgl. McFaul, Michael: Institutional Design, Uncertainty, and Path Dependency during Transition: Cases from Russia. In: Constitutional Political Economy 1, 1999, S. 27-56.

<sup>119</sup> Vgl. Mangott, Gerhard: Zur Demokratisierung Russlands. Band 1, S. 158.

<sup>120</sup> Hierbei handelt es sich oftmals um direkte Einflussnahme durch Unternehmer, Lobbygruppen (pressure groups) und in den Regionen um regionale Akteure, die mit nicht unwesentlichen Geldmitteln und organisatorischen Potentialen den Wahlkampf der Kandidaten unterstützten.

<sup>121</sup> Vgl. Meyer, Gerd: `Die Wahlen sind frei, aber nicht fair.`, S. 104.

<sup>122</sup> Öffentlich-rechtliche TV- und Radiosender im deutschen Sinne gibt es in der RF nicht. Vgl. Bister, Anita: Handlungsspielräume der zivilen Gesellschaft in Russland. In: Mangott, Gerhard (Hrsg.): Zur Demokratisierung

kontrollierte Medien am Informationspluralismus eines Landes beteiligen dürfte. Es bedeutet, dass der Staat diesen Pluralismus nicht einschränken, ihn nicht in Bezug auf Monopolbildung beeinflussen darf. Doch genau das passierte, verstärkt schon seit der Präsidentschaft B. N. Jelzins, in der RF. Föderale wie auch regionale Reglementierungen stören die „*Öffentlichkeits- und Kontrollfunktion der Medien*“<sup>123</sup>. Dieser Umstand wird von entscheidender Wichtigkeit für die politischen Vereinigungen, denn in dem Maße, indem die Wahlbevölkerung ihre politischen Informationen über die Medien aufnimmt, machen sie ihre Entscheidungen von einer möglicherweise manipulierten oder von föderalen oder regionalen Eliten gesteuerten Medienlandschaft abhängig. W. Merkel fasst den Einfluss der Medien auf demokratische Strukturen zusammen, indem er sagt, dass „*selbst Schumpeters zentrales Demokratie-Kriterium, die periodische Auswahl der Regierungseliten durch diese Form der Medienbeeinflussung beschädigt wird, da die Fairness der Wahlen in dem Maße eingeschränkt wird, wie die Medien von der staatlichen Exekutive für die eigenen Zwecke instrumentalisiert werden können.*“<sup>124</sup>

Ferner spielt in der Medienlandschaft der RF die Zensur, ob direkt oder indirekt, in Form der Selbstzensur, des käuflichen Journalismus, aber auch in Form der Gefahr für Leib und Leben, eine beeinflussende Rolle. Auch wenn es zusätzlich zu unterschiedlichen Handhabungen der Pressefreiheit innerhalb der RF kommt - hier in der Tschetschenische Republik, der Republik Tschuwaschien, der Republik Tatarstan sowie der Republik Baschkortostan und der Republik Mordwinien - in denen allein der Zugang zu Informationen ein großes Problem darstellt,<sup>125</sup> fällt die Bewertung der Presselandschaft in der RF im Gesamten eher bescheiden aus. Seit 1992 bewertet der jährliche 'Survey of Press Freedom' von Freedom House die Medien der RF als 'partly free'.<sup>126</sup> Zur Rolle des Rundfunks, der TV-Anstalten und der Printmedien in der RF kann hier nicht allumfassend eingegangen werden, da die Betrachtung der Medien, ihre Entwicklung, ihre Rolle während der Putschversuche 1991 und 1993 sowie ihre rechtliche Stellung Stoff für mehrere Arbeiten abgeben würde.<sup>127</sup>

---

Russlands. Band 2 Leadership, Parteien, Regionen und Zivilgesellschaft(= Wiener Schriften zur internationalen Politik, Band 5), Baden-Baden 2002, S. 150.

<sup>123</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Von der Diktatur zur Demokratie, S. 164.

<sup>124</sup> Vgl. ebenda, S. 163.

<sup>125</sup> Vgl. Bister, Anita: Handlungsspielräume der zivilen Gesellschaft in Russland, S. 150.

<sup>126</sup> Vgl. <http://www.freedomhouse.org/uploads/fop/2007/pfcharts.pdf>, Stand 04.09.2007.

<sup>127</sup> Zur Rolle der Medien innerhalb des Transformationsprozesses, ihre Beeinflussung durch Oligarchen und Banken sowie die Rolle der Medien als Komponenten der Vereinigungen siehe unter anderem: Deppe, Jens: Über Pressefreiheit und Zensurverbot in der Russländischen Föderation. Eine Untersuchung über die gesetzliche und tatsächliche Ausgestaltung der verfassungsrechtlichen Freiheitsgarantie, Hamburg 2000. Fedotov, Michail: The Road to Freedom for the Soviet Press, Moskau 1991. Hübner, Peter: Medienpolitik in Russland nach dem Oktober 1993. BiOst 41/1993, Köln 1994. Hübner, Peter: Pressefreiheit in Russland – Das Recht auf freien Zugang zu Informationen. BiOst 43/1997, Köln 1997. Hübner, Peter: Pressefreiheit in Russland - Großaktionäre als Zensoren? BiOst 34/1998, Köln 1998. Steinsdorff, Silvia v.: Russland auf dem Weg zur Meinungsfreiheit.

Abschießend muss gesagt werden, dass die demokratischen Gründungswahlen, mit Recht als Meilenstein in der Systemtransformation angesehen<sup>128</sup>, in der RF erst sehr spät abgehalten worden sind. In der RF, welche sich in den Jahren 1991 - 1993 unter einer Art „Doppelherrschaft“<sup>129</sup> befand, konnten gerade die Wahl zur Staatsduma 1993, welche mit einem Verfassungsreferendum gekoppelt worden war, Ordnung in die Landschaft der politischen Vereinigungen bringen. Im Gegensatz zum Putschversuch von 1991, bei dem es um die Rekonstruktion der Macht des Zentralstaates und seiner Organisationen<sup>130</sup> ging, stand im Mittelpunkt des Putschversuches von 1993, die Machtbefugnisse zu Gunsten des Präsidenten B. N. Jelzins zu verschieben. Die Situation basierte auf dem Konflikt zweier Machtzentren mit unterschiedlichen Legitimationsquellen. B. N. Jelzin leitete seine Macht aus der direkten Wahl zum Präsidenten der RSFSR und der 1991 daraus hervorgehenden RF ab. Das Parlament argumentierte legalistisch auf Grundlage der zu diesem Zeitpunkt noch immer aktuellen, wenn auch modifizierten Verfassung der nicht mehr existenten RSFSR von 1978<sup>131</sup>. Mit Berufung auf diese Verfassung gelang es dem Parlament, seine Auflösung erfolgreich zu verhindern sowie Reforminitiativen der Regierung zu boykottieren. Das Parlament hatte sich so zum entschiedenen Gegner der Politik B. N. Jelzins entwickelt und wurde verstärkt zum Sammelbecken der Reformgegner. Die ‚Doppelherrschaft‘ eskalierte schließlich mit dem Dekret B. N. Jelzins über die Auflösung des Volksdeputiertenkongresses vom 21.09.1993 und über Neuwahlen zum Parlament im Dezember des gleichen Jahres. Der Aufruf des zeitweilig fungierenden Gegenpräsidenten, des ehemaligen Jelzin-Stellvertreters

---

Die Pluralisierung der russischen Presse zwischen 1985 und 1993, Münster 1994. Wendler, Hauke: Russlands Presse zwischen Unabhängigkeit und Zensur, Münster 1995. Mickiewicz, Ellen P.: Changing Channels: television and the struggle of power in Russia, New York 1997. Kreisel, Anja: Zwischen Informationen und Macht – Die russische Medienlandschaft. In: Russland unter neuer Führung – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts, Bonn 2001 und Ratzke, Dietrich; Woronenkowa, Galina (Hrsg.): Russland vor den Wahlen. Die Rolle der Medien bei den Wahlen ein deutsch-russischer Vergleich, Frankfurt/M. 2000.

<sup>128</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Von der Diktatur zur Demokratie, S. 105. A. Legutke geht gar soweit, dass sie sagt, dass es in der RF keine Gründungswahlen im transitionstheoretischen Sinne gab, der Reformkurs hatte schließlich schon zwei Jahre vorher begonnen. Die Autorin nimmt die gesellschaftlichen Vereinigungen heraus, für sie kann der Begriff durchaus verwendet werden. Die Staatsdumawahlen 1993 bezeichnet A. Legutke als Zäsur im Entwicklungsprozess der Parteien. Vgl. Legutke, A: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 72.

<sup>129</sup> Der Begriff – Doppelherrschaft – soll hier für den kurzen Zeitraum der Staatspräsidentschaft M. S. Gorbatschows über die UdSSR stehen, die sich mit der Präsidentschaft der RSFSR unter B. N. Jelzin, bis zur faktischen Auflösung der UdSSR überschneidet. Besonders soll der Begriff für den Zeitraum stehen, in dem B. N. Jelzin gegen den Kongress der Volksdeputierten, welcher sich aus der Zeit der UdSSR legitimierte, regierte.

<sup>130</sup> Unter diesen Organisationen sind vor allem das Zentralkomitee, die Armee und der KGB zu verstehen, welche versuchten die Einheit der kommunistischen Partei, die sozialistische Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, die Bedeutung des Marxismus – Leninismus als Staatsideologie sowie die außenpolitische Stellung der UdSSR ‚zu retten‘.

<sup>131</sup> Vgl. Mangott, Gerhard: Zur Demokratisierung Russlands. Band 1, S. 159 sowie Götz, Roland; Halbach, Uwe: Politisches Lexikon Russland, S. 29

A. W. Ruzkoj, gegen den Staatsstreich vorzugehen, erlaubte es B. N. Jelzin, die Auflösung des Volksdeputiertenkongresses mit Hilfe der Armee durchzusetzen. Dieser Exkurs soll an dieser Stelle gestattet sein, da er verdeutlicht, unter welchen Bedingungen die Wahl zur Staatsduma 1993 und das mit ihr verbundene Verfassungsreferendum stattfanden. Auch wenn die RF den Vereinigungen ein Parteiengesetz bis 2001 schuldig blieb<sup>132</sup>, ist zu erkennen, dass mit der Staatsdumawahl 1993 ein neuer Abschnitt im politischen Entwicklungsprozess in der RF begann - stellen doch gerade die Institutionalisierungsparameter der Demokratie eine wichtige Rolle im Prozess der Herausbildung eines funktionierenden Parteiensystems dar.<sup>133</sup> Laut W. Merkel wären die freien Wahlen und vor allem die Art und Weise der Verfassungsgebung entscheidend für eine junge Demokratie<sup>134</sup>, in unserem Falle also auch in der Transition der RF. W. Merkel korrespondiert in seiner Meinung mit der Auffassung B. Ackermans, der die Verfassungsgebung als die dringlichste Aufgabe der demokratischen Transition ansieht.<sup>135</sup>

## **2.2. Die rechtliche Stellung der gesellschaftlichen Vereinigungen**

Um die Arbeit der Vereinigungen angemessen beurteilen und ihre Vorgehensweise in den Kontext stellen zu können, müssen neben den Institutionalisierungsparametern, die eine wichtige Rolle für die Entwicklung der 'Parteien' in der RF spielten - unter ihnen auch die „*founding elections*“<sup>136</sup>, die rechtlichen Parameter untersucht und bewertet werden. Auch wenn die RF den gesellschaftlichen Vereinigungen bis 2001 ein Parteiengesetz schuldig blieb, bewegten sich die Vereinigungen nicht im rechtsleeren Raum. Es muss jedoch unbedingt angemerkt werden, dass die Vereinigungen im Untersuchungszeitraum, nach dem Abhalten der Wahlen zur Staatsduma von 1995 und der Präsidentschaftswahl von 1996, keine Stärkung ihrer rechtlichen Stellung durch den Gesetzgeber erfahren haben. Erst das Parteiengesetz von 2001 enthielt im Artikel 3 eine Definition der politischen Vereinigungen als 'Partei' sowie die Beschreibung ihres Aufbaus. Viele gängige Gepflogenheiten aus den Untersuchungsjahren wurden mit dem Parteiengesetz von 2001 annulliert, was maßgeblichen Einfluss auf die danach folgende Arbeitsweise der Vereinigungen hatte.<sup>137</sup> Speziell für den

<sup>132</sup> Siehe hierzu das Kapitel zur rechtlichen Stellung der Vereinigungen.

<sup>133</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Von der Diktatur zur Demokratie, S. 105 und 118ff.

<sup>134</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Von der Diktatur zur Demokratie, S. 118ff.

<sup>135</sup> Vgl. Ackermann, Bruce: Von der Revolution zur Verfassung. In: Transit 4, 1992, S. 46.

<sup>136</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die Entwicklung der Parteien, S. 44.

<sup>137</sup> Auch wenn das neue Gesetz von 2001 einige Passagen aus der Novelle von 1995 beinhaltete, beschreibt es G. Luchterhandt als „*völlig neu*“, da es sich an den europäischen Regelungen orientiert. Ich möchte hier die wichtigsten Parameter, wie sie G. Luchterhandt aufzählt anbringen, da sie verdeutlichen, in welcher Grauzone

Untersuchungszeitraum sind zwei rechtlich verankerte Verlautbarungen von Bedeutung. Die eine ist das 1995 verabschiedete Gesetz zu den gesellschaftlichen Vereinigungen, welches auf dem Unionsgesetz 'Über die gesellschaftlichen Vereinigungen' fußt.<sup>138</sup> Eine Modifikation des Gesetzestextes von 1995 wurde bis 2001 nicht vollzogen. Mögliche Neuerungen, wie das Spezialgesetz zu den politischen Vereinigungen, welches am 08.12.1995 von der Staatsduma verabschiedet wurde, wurde vom FR am 07.12.1997 abgelehnt<sup>139</sup>. Damit muss für den gesamten Untersuchungszeitraum festgehalten werden, dass die Funktion der Vereinigungen in Politik und Gesellschaft nur unzureichend geregelt war. Die wichtige Rechtsstellung ist der bis 2001 gültige Artikel 2 des Gesetzes von 1995, der Vereinigungen zu 'politischen gesellschaftlichen Vereinigungen' machte. Zu ihren Hauptmerkmalen galt laut Gesetz, das im Statut zu verankernde Hauptziel, „*die Beteiligung am politischen Leben [...], indem sie auf die politische Willensbildung der Bürger Einfluss nehmen, an den Wahlen zu den staatlichen Machtorganen und den Organen kommunaler Selbstverwaltung mit eigenen Kandidaten teilnehmen, Wahlkämpfe organisieren und sich an der Tätigkeit dieser Organe beteiligen*“.<sup>140</sup> Hier ist deutlich zu machen, dass nicht einzelne Vereinigungen Subjekte des Wahlprozesses waren, sondern Wählervereinigungen und Wahlblöcke.<sup>141</sup>

Der angeführte Passus, mit dem Ziel der Wahlteilnahme, ist nicht nur für die gesellschaftlichen Vereinigungen als Charakteristikum relevant, sondern auch für die Zulassung zu einer Wahl. Hier ist wichtig, dass das Statut mindestens 6 Monate vor der offiziellen Erklärung des Wahlkampfes vorliegen muss. In der am 12.12.1993 verabschiedeten neuen Verfassung der RF, der zweiten wichtigen Rechtsverankerung, werden die Vereinigungen nur am Rande, in einer indirekten Form erwähnt. Hier ist der Artikel 13, Absatz 3 wichtig, in dem es heißt: „*Die Russländische Föderation erkennt politische Vielfalt und Parteienpluralismus an.*“<sup>142</sup> An anderen Stellen der Verfassung ist weiterhin schlichtweg nur von 'gesellschaftlichen Vereinigungen' die Rede. Keinerlei Erwähnung finden die

---

die Parteien arbeiteten. Die folgenden Punkte sind erst 2001 in Kraft getreten. 1. es gibt ausschließlich individuelle Mitgliedschaften in einer Partei, 2. die Parteien sind die einzigen Subjekte des Wahlrechts auf der föderalen Ebene, 3. Parteien müssen sich als landesweite Parteien etablieren, 4. Parteien müssen eine relativ große Mitgliederzahl haben, 5. die Parteien müssen die Ernsthaftigkeit ihrer Ziele durch die reguläre Wahlbeteiligung unter Beweis stellen, 6. die Parteien werden vom Staat unterstützt. Ferner regelt das Gesetz von 2001 die Schranken der Tätigkeiten von Parteien, wie Auflösungen, Neugründungen, die Einkünfte, die innere Ordnung sowie Gesetzeskonformität. Vgl. Luchterhandt, Galina: Die Entwicklung der Parteien, S. 46.

<sup>138</sup> Vgl. Gnauck, Gerhard: Parteien und Fraktionen in Russland, S. 30.

<sup>139</sup> Der lange Zeitraum zwischen der Verabschiedung in der Staatsduma und der abschließenden Ablehnung im FR kann als Ausdruck des Mächtspiels zwischen beiden Kammern angesehen werden. Vgl. Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 12.

<sup>140</sup> Vgl. Luchterhandt: Die Entwicklung der Parteien, S. 45.

<sup>141</sup> Vgl. ebenda.

<sup>142</sup> Vgl. ebenda.

Vereinigungen im Föderationsgesetz über die Grundgarantien der Wahlrechte der Bürger von 1994. Weiterhin als gesellschaftliche Vereinigungen werden die 'Parteien' in den beiden getroffenen Gesetzen zur Wahl des Präsidenten der RF vom 17.05.1995 sowie zur Wahl der Staatsduma, der Föderalen Versammlung der RF vom 21.06.1995 bezeichnet.<sup>143</sup> Das häufige Fehlen des Begriffes 'Partei' in den Gesetzen des Untersuchungszeitraumes muss nicht ausschlaggebend sein für die mangelnde rechtliche Verankerung der Vereinigungen, doch verdeutlicht sie die unzureichende Definition.

Die politischen Vereinigungen und Bewegungen, wie die KPRF, LDPR oder JABLOKO, konnten sich trotzdem als politische Kräfte etablieren und erfolgreiche politische Arbeit innerhalb des ihnen gesetzten Rahmens durchführen. Die KPRF und die LDPR waren die einzigen Vereinigungen, die von den in der zweiten Duma (1995) und der dritten Duma (1999) vertretenen Kräfte mit eigenen Fraktionen, welche die Registrierung als 'Partei' nicht scheuten. Es gab sie also, die Möglichkeit, doch wurde sie nicht von allen genutzt. Viele der politischen Akteure waren selbst nicht an einer klaren Definition interessiert, denn eine solche hätte eine Einschränkung ihrer Arbeitsweise bedeuten können, wie G. Luchterhandt<sup>144</sup> ganz richtig feststellt. Die parlamentarische Mehrheit konnte sich gegenüber der Opposition ohne normenrechtliche Regelungen verhalten und umgedreht. Gleiches ist für die Arbeitsweise der Vereinigungen in Bezug auf die Regierungspolitik sowie die Tätigkeiten der Fraktionen zu erkennen. Unterscheidungen zwischen politischen Vereinigungen, 'Parteien', Bewegungen und anderen Organisationen waren besonders durch die fehlende Definition und die „normative Lücke“<sup>145</sup> sehr unscharf. Wichtig ist die Schlussfolgerung, dass die Rolle der Vereinigungen im politischen System ihre geringe Verankerung in der Gesetzgebung widerspiegelt. Die gesetzliche Verankerung sowie die politische Relevanz sind besonders im Untersuchungszeitraum als gering einzuschätzen.

Wenn der westlichen Parteienlehre gefolgt wird<sup>146</sup>, so ergeben sich als sinnvolle Definitionen des Begriffes 'Partei' folgende Parameter: 1. 'Parteien' sind Gruppen von Menschen, die unter einem Namen und mit einem bestimmten Programm versuchen, in Form von Wahlen, ihre Vertreter in bestimmte Ämter wählen zu lassen. Hier kann man sagen, dass diese

<sup>143</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die Entwicklung der Parteien, S. 45.

<sup>144</sup> Vgl. ebenda.

<sup>145</sup> Vgl. ebenda. Das Gesetz von 1995 unterschied die Vereinigungen, die an Wahlen teilnehmen durften, in fünf Kategorien. 1. gesellschaftliche Bewegungen, 2. gesellschaftliche Stiftungen, 3. gesellschaftliche Vereine, 4. Organe gesellschaftlicher Selbstverwaltung und 5. gesellschaftspolitische Vereinigungen. Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 86.

<sup>146</sup> Vgl. Beyme, Klaus v.: Parteien in westlichen Demokratien, München 1984, S. 25.

Definition von den Formationen der RF zum größten Teil erfüllt wurde. Doch kann man hier von einer Definition ausgehen, der der kleinste gemeinsame Nenner zu Grunde liegt. 2. 'Parteien' müssten nach K. v. Beyme einer funktionalistischen Definition standhalten, an der die russländischen Formationen zum großen Teil scheitern. Hier verweist K. v. Beyme auf eine Reihe von Funktionen, die die 'Parteien' innerhalb des politischen Systems zu erfüllen haben. Besonders im Untersuchungszeitraum war es den russländischen Formationen nur bedingt möglich, Funktionen, wie Aggregation gesellschaftlicher Interessen, politische Zielfindung, Mobilisierung und Sozialisierung der Bürger der RF sowie Elitenrekrutierung und schon gar nicht die Regierungsbildung zu beeinflussen.<sup>147</sup> Wenn überhaupt, so ist es den politischen Bewegungen der RF nur in bestimmten Zeiten starker politischer Polarisierung (1990/1991 – DR) sowie im Vorfeld von Wahlen (1993, 1995 sowie 1996) gelungen, ihre Funktionen nach westlichen Definitionen teilweise zu erfüllen.

Auch wenn es den politischen Vereinigungen gelungen wäre, der funktionellen Definition gerecht zu werden, wäre es der Wahlbevölkerung trotz allem schon allein über die Selbstdefinition der Bewegungen schwer gefallen, sich zu orientieren. Zum Teil nannten sich die politischen Vereinigungen selbst Bewegung, wie die Russländische Christlich-Demokratische Bewegung (RChDD) oder die Russländische Bewegung Demokratischer Reformen (RDDR), teils waren sie aber auch Bestandteil einer übergreifenden Bewegung, wie des DR, des 'Werk tätigen Russland' oder waren Bestandteil eines der 1993 gebildeten Wahlblöcke, wie Russlands Wahl (VR) oder JABLOKO<sup>148</sup>. Neben den in sich verschachtelten Bewegungsstrukturen, in denen die Mitgliedschaft einer Bewegung in mehreren anderen Bewegungen möglich war, war es auch für die individuellen Mitglieder bzw. Führer der Bewegungen möglich, sich des Rechts auf eine doppelte oder mehrfache Mitgliedschaft in verschiedenen Bewegungen zu bedienen.<sup>149</sup> Die politischen gesellschaftlichen Vereinigungen sind den anderen gesellschaftlichen Organisationen gleichgestellt und erhalten somit keinen Sonderstatus.<sup>150</sup>

---

<sup>147</sup> Vgl. Beyme, Klaus v.: Parteien in westlichen Demokratien, München 1984, S. 25. Das politische System der RF ist nicht darauf ausgerichtet, dass es den Parteien möglich ist, über ihre geringen normativen Rechte auf die Regierungsbildung starken Einfluss zu nehmen.

<sup>148</sup> Die Konstituierung JABLOKOs als 'Partei' erfolgte wie schon erwähnt im Vorfeld der Dumawahl 1995, hierbei sollte die Umwandlung in eine Vereinigung modernen Typs stufenweise erfolgen. 1996 beschloss die Vereinigung, die bis dato vorhandene Möglichkeit der kollektiven Mitgliedschaft innerhalb von drei Jahren bis zu den Dumawahlen 1999 abzuschaffen. Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 89.

<sup>149</sup> Vgl. Gnauck, Gerhard: Parteien und Fraktionen in Russland, S. 25.

<sup>150</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 88.

Laut Verfassung konnten gesellschaftliche Vereinigungen bedingt durch den Absatz 5 im Artikel 13 verboten werden: *„Verboten ist die Gründung und Tätigkeit gesellschaftlicher Vereinigungen, deren Aktivitäten die gewaltsame Änderung der Grundlagen der Verfassungsordnung, die Verletzung der Integrität der Russländischen Föderation, die Untergrabung der Sicherheit des Staates, die Schaffung von bewaffneten Formationen und das Schüren sozial, rassistisch, national oder religiös begründeter Feindschaft zum Ziel hat.“*<sup>151</sup>

So stehen der Betrachtung nur wenige Anhaltspunkte zur Verfügung, den wichtigsten stellt das Gesetz von 1995 dar. Hier sind Aussagen zur Bildung einer gesellschaftlichen Vereinigung sowie Faktoren zur internen Arbeitweise der Vereinigungen herauszulesen. A. Legutke sieht hier maßgebliche Faktoren für die Arbeit der Vereinigungen verankert.<sup>152</sup> Als grundlegende Punkte stellt das Gesetz fest, dass die Gründung einer gesellschaftlichen Vereinigung das Vorhandensein von mindestens 3 Mitgliedern voraussetzt, festgeschrieben im Artikel 18 des Gesetzes. Als höchstes Führungsorgan wird die Versammlung festgelegt, die die Gründung oder die Auflösung der politischen Vereinigung bestätigen muss. Ferner wählt die Versammlung das ausführende Organ, den Vorstand, der kollektiv besetzt werden muss, was festgelegt ist im Artikel 8 des Gesetzes. Weitere Regelungen der internen Arbeitsweise werden nur soweit gemacht, als dass der Artikel 15 festschreibt, dass die Vereinigungen darüber hinaus frei sind, ihr internes Leben selbst bestimmen zu können.<sup>153</sup> Hierbei ist interessant, wenn auch nicht unlogisch, dass die Vereinigungen großen Wert auf eine differenzierte Organisationsstruktur legten, auch wenn sie per Gesetz nicht zu interner Demokratie gezwungen wurden. Eine Vorgabe über den Aufbau einer Vereinigung erfolgte erst mit dem Parteiengesetz von 2001. Diese Organisationsstrukturen reichten von Vorstands- und Revisionsorganen über thematische Kommissionen, bis hin zu Jugendorganisationen.<sup>154</sup> Dies ist verständlich, da trotz klarer Parteienablehnung<sup>155</sup> innerhalb der Bevölkerung, aus der gemeinschaftlichen Erfahrung zu Zeiten des Parteienmonopols der KPdSU heraus, eine straffe Organisation von den Wählern positiv gesehen wurde und die politische Arbeit in

<sup>151</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 88.

<sup>152</sup> Vgl. ebenda, S. 86.

<sup>153</sup> Vgl. ebenda, S. 87.

<sup>154</sup> Vgl. ebenda.

<sup>155</sup> Vgl. Beichelt, Timm: Die slawischen GUS-Staaten zwischen Autokratie und Demokratie. Frankfurt/Oder 2001, S. 32. T. Beichelt verdeutlicht die Unzufriedenheit bezüglich der Demokratie in ausgewählten Ländern. Die Unzufriedenheit in der RF liegt in den Jahren von 1991-1996 stetig zwischen 82 und 93 Prozent und nimmt somit einen Spitzenplatz unter den untersuchten ost- und ostmitteleuropäischen Ländern ein. Aufschlussreich ist das Vertrauen in die Institutionen der RF 1995. Nur 14% der Befragten vertrauten den politischen Parteien, nur 12% dem Parlament, aber 50% der Befragten vertraute der Armee. Vgl. Plasser, Fritz: Political culture in East Central Europe, Avebury, 1996, S. 144.

gesellschaftlichen Vereinigungen durch eine gute Organisation befördert werden konnte.<sup>156</sup> Wie G. und O. Luchterhandt weiter attestieren, reichten die in den Satzungen festgelegten Binnenstrukturen der Vereinigungen „vom traditionellen demokratischen Zentralismus bei den kommunistischen Parteien bis zu föderativen und demokratischen Prinzipien“.<sup>157</sup>

Nicht unmittelbar auf die Arbeit einer Vereinigung, aber doch auf ihren Charakter bezieht sich der Artikel 12 im Absatz 1 des Gesetzes, der besagt, dass die Mitglieder nicht so zu begrenzen sind, dass bestimmte Gruppen ausgeschlossen bleiben, eine Bindung an bestimmte Kriterien, wie Religion oder Ethnie darf nicht vorhanden sein. In Bezug auf die Satzung, die für die Transparenz einer ‚Partei‘ laut R. Katz und P. Mair von entscheidender Wichtigkeit ist<sup>158</sup>, legt das Gesetz von 1995 folgende Inhalte fest: 1. Bezeichnung, Ziele und Organisationsform der Vereinigung; 2. Struktur, Führung und Kontrollorgane – Nennung des Territoriums (des Wirkungsgebietes); 3. Bedingungen der Mitgliedschaft – Rechte und Pflichten der Mitglieder; 4. Kompetenzen und Formierung der oberen Organe, Zeitraum ihres Mandats sowie Sitz des ständig handelnden Organs; 5. Regelungen für die Änderung und Ergänzung des Statuts; 6. Finanzierungsquellen; 7. Regelungen zur Reorganisation oder Liquidierung der Vereinigung.<sup>159</sup> Diese Parameter können als für alle gesellschaftlichen Vereinigungen bindend angesehen werden, was die Regelung zu einer Art Gesetzlichkeit macht. Fest steht aber, dass die gesellschaftlichen Vereinigungen jeweils andere Schwerpunkte legten, die sich in der Formalisierung der Vereinigungssatzungen widerspiegeln.<sup>160</sup> Interessant ist an dieser Stelle die fehlende Verankerung der föderalen und regionalen Organisationseinheiten innerhalb der Satzungen. Sie wurden nicht als Teil der Organisationsstruktur begriffen und mussten dies rechtlich auch nicht.

---

<sup>156</sup> Hierbei nehme ich Bezug auf die breite Etablierung der KPRF, die durch eine straffe und landesweite Organisation, vorrangig bedingt durch etablierte Netzwerke aus der Zeit der KPdSU, in allen Subjekten der RF mit Parteizellen vertreten ist.

<sup>157</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Das Parteienrecht in der Russländischen Föderation. In: Tsatsos, Dimitris Th.; Kedzia, Zdzislaw (Hrsg.): Parteienrecht in mittel- und osteuropäischen Staaten. Entstehungsmomente des Parteienrechts in Bulgarien, Litauen, Polen, Russland, der Slowakei, Tschechien und Ungarn, Baden-Baden 1994, S. 197.

<sup>158</sup> Vgl. Katz, Richard; Mair, Peter: Party Organisations. A Data Handbook on Party Organisations in Western Democracies 1960-90, Cambridge 1992, S. 1-20.

<sup>159</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 89.

<sup>160</sup> Der Formalisierungsgrad einer Parteisatzung lässt sich anhand der Länge einer Satzung ablesen. Laut A. Legutke ist die Länge der Satzung der KPRF 4.415 Worte, die von JABLOKO 3.599 Worte lang. Es kann somit abgeleitet werden, dass die KPRF einen höheren Formalisierungsgrad hat, als JABLOKO. Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 92.

Weitere rechtliche Fixierungen lassen sich auch im Wahlgesetz von 1995<sup>161</sup> finden. Hier werden die Verfahren der Kandidatennominierung festgelegt sowie Vorgaben gemacht, wie eine interne Wahl der Kandidaten zu erfolgen hat.

### **2.3 Politische Strömungen**

Während die Arbeit in den ersten Abschnitten der Aufgabe folgte, die Charakteristika des Parteiensystems der RF herauszuarbeiten sowie die rechtlichen Grundlagen offen zu legen, in welche die Arbeit der gesellschaftlichen Vereinigungen in der RF gebettet waren, soll es im folgenden Kapitel um die Akteure selbst gehen. Es soll ein Überblick über die Strömungen im System der Vereinigungen skizziert werden. Hierbei wird es nötig sein, sich auf bestimmte Hauptakteure zu beschränken, welche für die jeweilige politische Ausrichtung als signifikant zu verstehen sind. Diese Herangehensweise ist notwendig, um der schon dargelegten begrifflichen Problematik zu entgehen und trotzdem die KPRF in ihrem politischen Umfeld zu untersuchen.

Im Fokus des folgenden Kapitels stehen zwei der von G. Luchterhandt unterschiedenen Phasen der Entwicklung: Phase 2: die Übergangsperiode mit einer 'Doppelherrschaft', die von August 1991 bis Herbst 1993 dauerte sowie Phase 3: *„Die Zeit der Jelzin-Herrschaft, die mit dem Verfassungsreferendum am 12.12.1993 und der Einführung von neuen Wahlsystemen beginnt und sich bis 1999 über drei Wahlzyklen auf der föderalen und zwei auf der regionalen und kommunalen Ebene erstreckte.“*<sup>162</sup>

Das folgende Kapitel taucht in das System der politischen Vereinigungen selbst ein und versucht es von innen heraus darzustellen. Im Gegensatz zu den beiden vorherigen Kapiteln, bei denen die externen, von Seiten des politischen Systems einwirkenden Faktoren in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt worden sind.

---

<sup>161</sup> Die Wahlgesetzgebung umfasst das Gesetz – Über die Wahl der Abgeordneten zur Staatsduma –, das Gesetz – Über die Wahl des Präsidenten der Russländischen Föderation – sowie das Gesetz – Über die Grundgarantien des Wahlrechts der Bürger der Russländischen Föderation – . Beide Gesetze sind 1995 verabschiedet worden und erfuhren 1999 eine Spezifizierung, in der aber die Inhalte der Gesetze von 1995 weitestgehend übernommen wurden. Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 87.

<sup>162</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die Entwicklung der Parteien, S. 50f. Andere Autoren nehmen andere Einteilungen der Parteienentwicklung vor, diese beziehen sich zumeist unmittelbar auf die Zeit vor Erscheinen der jeweiligen Arbeit, somit würden sie die von G. Luchterhandt vorgenommene Einteilung nicht in Abrede stellen, sondern die Phaseneinteilung nur weiter ausdifferenzieren. Vgl. Luchterhandt, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, S. 15. Luchterhandt, Galina; Luchterhandt, Otto: Die Genesis der politischen Vereinigungen, S. 143f. Gnauck, Gerhard: Parteien und Fraktionen in Russland, S. 9. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 62f. Laboor, Ernst: Wieviel Parteien braucht Russland?, S. 1-110.

Für diesen Teil der Arbeit ist es wichtig, die Wandlungen der jeweiligen Bewegungen im Auge zu behalten. Es muss beachtet werden, dass die Übergangsperiode der 'Doppelherrschaft', die Phase 2, eine in sich nahezu geschlossene Periode darstellt, die sich in ihrem Funktionieren deutlich von Phase 3 unterscheidet. Die Phase 3 erhielt ihre Prägung im unmittelbaren Vorfeld der Dumawahlen von 1993 und durch die Ereignisse und Parameter danach. Bis zum Ende der 2. Phase attestiert G. Luchterhandt der politischen Landschaft der RF drei politische Lager. Diese Lager waren zum Teil ähnlich strukturiert und bestanden aus Fraktionen im Kongress der Volksdeputierten bzw. im Obersten Sowjet der RSFSR aber auch in Gebiets- und Stadtsowjets und aus größeren Blöcken oder Bündnissen, die nach Art der allumfassenden Organisationen, Vereinigungen sowie Protestbewegungen unter ihrem Dach vereinigten.<sup>163</sup> Zum einen waren es die reformorientierten liberalen Kräfte, die die Politik des Präsidenten und seine Reformen unterstützten. In diesem Lager waren die Sammelbewegung DR sowie die Demokratische Wahl (DV) unter der Führung von E. T. Gajdar zu finden.

Zum anderen waren es die im zweiten Lager vereinten zentristischen Kräfte, die eine langsamere und begrenzte Reform befürworteten. Diese standen in gemäßigter Opposition zum Präsidenten der RF. Eine wichtige Rolle innerhalb dieses Lagers spielte die DPR. Als dritte und wohl wichtigste Separierung fungierte das Lager der 'unversöhnlichen Opposition'.<sup>164</sup> Die Bestandteile dieses Lagers verfolgten extrem unterschiedliche politische Auffassungen, doch trafen sich ihre Bestrebungen im Ziel, die Demokratie und den westlichen Weg zu boykottieren. Den wichtigsten politischen Zweig dieses Lagers bildete die 'Front der Nationalen Rettung' (FNS), die wichtigste politische Teilkraft bildete dabei die neu gegründete KPRF unter Führung von G. A. Sjuganow, einem ehemaligen Mitarbeiter des ZK-Apparates. G. Luchterhandt verortet die LDPR unter W. W. Schirinowski außerhalb der drei Lager, da sie trotz extrem nationalistischer Ideologie und klar antisemitischer Parolen in der Praxis nicht gegen die Regierung arbeitete.<sup>165</sup> Ich möchte mich der Meinung G. Luchterhandts anschließen, doch nur aus dem Grunde, da die Einteilung der Lager bis 1993 keine eindeutige Verortung der LDPR zulässt. Bedingt durch diesen Umstand und dem irreführenden Sammelbegriff der 'unversöhnlichen Opposition' scheint mir die Einteilung der drei Lager sonst zu unpräzise. Ein weiterer Grund liegt in der Ausdifferenzierung der politischen Lager unmittelbar vor der Dumawahl 1993. Deshalb möchte ich eine

<sup>163</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die Entwicklung der Parteien, S. 51.

<sup>164</sup> Vgl. ebenda, S. 52 und Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 16.

<sup>165</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die Entwicklung der Parteien, S. 52.

Unterscheidung vornehmen, die die politischen Lager in ihrer Position zur präsidentialen Macht darstellen<sup>166</sup>. Besonders die 3. Phase der Parteienentwicklung und das mit ihr verbundene Spektrum der Vereinigungen machen diesen Schritt notwendig. Damit wird das zentristische Lager zu einem präsidententreuen Lager, in dem sich die späteren PdM finden lassen. Zu diesem präsidententreuen Lager gehörten aber auch die Demokraten der ersten Welle, wie E. T. Gajdar, der große Teile der Bewegung DR in die VR führte, die 1993 zur Wahl antrat. Ebenso ist die DV, die sich, wie es G. Luchterhandt und E. Laboor beschreiben<sup>167</sup>, mit der VR 1994 als Bewegung Russlands Demokratische Wahl (DVR) zusammen formierten zu diesem Lager zu zählen. Durch Zusammenarbeit und die Nutzung administrativer Ressourcen rückte die Bewegung an den Präsidenten und dessen Politik heran. Somit sollten bei der Neueinteilung verstärkt ideologische und wirtschaftliche Parameter herangezogen werden, um die Positionen der jeweiligen Lager im Verhältnis zum Präsidenten zu verorten. Eine Differenzierung in ein demokratisches und ein nicht demokratisches Lager macht in der Betrachtung wenig Sinn, da diese Einteilung nicht präzise genug vorgenommen werden kann, denn die meisten Vereinigungen, die 'unversöhnliche Opposition' ausgenommen, haben sich demokratischen Parametern verschrieben.

Mit der Wählervereinigung JABLOKO traten im Oktober 1993 neue 'Demokraten' in Erscheinung, die die 'alten demokratischen' Vereinigungen, wie die SDPR und die RPRF, die geschwächt und zum Teil gespalten waren, in sich aufnahmen. JABLOKO ist ideologisch nicht greifbar<sup>168</sup>, sondern muss als eine explizit wirtschafts- und reformorientierte Wählervereinigung singulär in einem eigenen Block abgehandelt werden. Entsprechend der Kategorien der zweiten Phase und der Einteilung in politische Lager nach G. Luchterhandt würde JABLOKO in die Kategorie der zentristischen Vereinigungen gehören, da die Wählervereinigung die Grundorientierung der Regierung, d.h. eine Transformation der RF nach kapitalistischen Grundorientierungen vorzunehmen teilte, aber die Vorgehensweise

---

<sup>166</sup> Ich möchte mich an dieser Stelle einer Einteilung annähern, wie sie von O. Prudkov und D. Bach schon für die Parteienentwicklung der Jahre 1987 – 1992 angedacht worden ist. Unter Betrachtung der Parteienentwicklung bis 1996 muss diese Einteilung natürlich modifiziert und an die gegenwärtige Lage angepasst werden. Vgl. Prudkov, Oleg; Bach, Dieter: Wer sitzt morgen im Kreml?, S. 5f. Eine ähnliche Einteilung der politischen Lager nimmt auch V. Schejnis vor. Vgl. Schejnis, Viktor: Wie Russland gewählt hat, S. 769.

<sup>167</sup> Vgl. Laboor, Ernst: Wieviel Parteien braucht Russland?, S. 12 und Luchterhandt, Galina: Die Entwicklung der Parteien, S. 53.

<sup>168</sup> Ernst Laboor verortet die Gruppierung JABLOKO mit Recht in die politische Mitte, doch kann diese Einteilung bei der von mir vorgenommenen Gliederung der Lage der Lager zum Präsidenten nicht berücksichtigt werden, denn eine zentristische Gruppierung ist JABLOKO nicht, zudem gibt es keine explizit politisch linken oder politisch rechten Anhaltspunkte. Vgl. Laboor, Ernst: Programme der wichtigsten politischen Kräfte. In: Russland im Umbruch, Modernisierungsversuche in der neueren und neusten russischen Geschichte, Leipzig 1997, S. 279.

sowie die Geschwindigkeit der wirtschaftlichen Transformation ablehnte.<sup>169</sup> Die politischen Lager werden somit in ein zentristisches, also prääsidentenfreundliches Lager, ein nationalistisch rechtes Lager sowie in ein linkes, zu meist ebenfalls nationalistisches, Lager eingeteilt. Dieser Einteilung wird das wirtschafts- und reformorientierte 'Lager JABLOKO' angefügt. Mit der Darstellung der politischen Lager und der Unterscheidung nach G. Luchterhandts zwei Phasen der Parteienentwicklung soll herausgestellt werden, in welchem politischen Umfeld die KPRF sich im Untersuchungszeitraum bewegte und welchen politischen Gegnern die KPRF, neben der präsidialen Macht, zu begegnen hatte. Diese Einteilung soll eine Verortung der KPRF möglich machen, sie soll mit dem Fokus auf den jeweiligen Hauptakteur des Lagers vollzogen werden.

---

<sup>169</sup> Vgl. Laboor, E. *Wieviel Parteien braucht Russland?*, S. 116.

### 2.3.1 Der Block 'JABLOKO'

Mit dem Verlauf der Phase 3, nach G. Luchterhandt, veränderte sich die politische Struktur der Wählervereinigungen grundlegend, die Dumawahl von 1993 kann als der Beginn einer Etablierung politischer Vereinigungen angesehen werden. Die alten gesellschaftlichen Vereinigungen von 1990/91 verloren an Boden und ihre Führer verloren zunehmend an Ansehen und Einfluss. Viele der alten Bewegungen lösten sich auf oder gingen in stärkeren Bewegungen auf. An die Stelle der ehemaligen 'Protoparteien' und kleinen Bewegungen traten zunehmend neue gesellschaftliche Vereinigungen, denen es gelang, auch politische Funktionen zu übernehmen. Von den zur Dumawahl 1993 angetretenen Vereinigungen agierten bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes und darüber hinaus die KPRF, die LDPR und JABLOKO. Nur diese drei Vereinigungen schafften es auch zur Dumawahl 1995 die 5%-Hürde zu überspringen und somit den Einzug in die Staatsduma erneut zu bewerkstelligen. Der Beginn einer Kontinuität bestimmter Lager hatte begonnen. JABLOKO konstituierte sich als Wahlblock bzw. Koalition im Oktober 1993. „*JABLOKO präsentierte sich als demokratische Opposition und Alternative zur Politik des Präsidenten*“<sup>170</sup>, wie G. Luchterhandt das Auftreten des Wahlblocks definiert. Diese Position nimmt JABLOKO bis heute ein, auch wenn die wahlbedingten Erfolge rückläufig sind.<sup>171</sup> Der Begriff des Wahlblocks wurde 1995 fallengelassen, als es im Vorfeld der Staatsdumawahlen von 1995 zur Gründung der 'Gesellschaftlichen Vereinigung JABLOKO' kam. Für JABLOKO und ihre drei Begründer, G. A. Jawlinski, J. J. Boldyrew und W. P. Lukin galt die schon erwähnte Kritik an der Geschwindigkeit der wirtschaftlichen Transformation unter B. N. Jelzin. Sie richteten sich gegen die autoritäre Form der Machtausübung und „*das undemokratische Wesen der zur Abstimmung gestellten Verfassung*“<sup>172</sup> von 1993. Im Versuch, eine durchdachte, behutsame und Schritt für Schritt durchgeführte Wirtschaftsreform an die Wählerschaft heranzutragen und umzusetzen, sahen die Mitglieder JABLOKOs ihre Chance und politische Heimat. Die Rolle des Staates sollte es sein, eine realistische Sozialpolitik durchzusetzen und Hilfen für in Not geratene Unternehmen zu sichern, da nicht selten der Staat es war, der erteilte Aufträge nach Umsetzung nicht finanzieren konnte.<sup>173</sup> Einer

<sup>170</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die Entwicklung der Parteien, S. 53. Olescuk, V.A.; Pavlenko, V.A.: Politiceskaja Rossija god 1997. Partii, Bloki, Lidery, Moskau 1997, S. 35.

<sup>171</sup> JABLOKO erhielt bei der Staatsdumawahl 1993 7,9% der Stimmen, 1995 6,89% der Stimmen und scheiterte 1999 mit 4,9% knapp an der 5% Hürde. Vgl. Schneider, Eberhard: Die russische Staatsdumawahl 1995. BiOst 20/1996, Köln 1996, S. 16.

<sup>172</sup> Vgl. Laboor, Ernst: Wieviel Parteien braucht Russland?, S. 116.

<sup>173</sup> Vgl. Schejnis, Viktor: Die Präsidentschaftswahlen in Russland: Ergebnisse und Perspektiven, S. 1067.

Monopolisierung der Wirtschaftsunternehmen stand JABLOKO ablehnend gegenüber.<sup>174</sup> In der Nationalitätenpolitik verfolgte man eine Staatsgliederung, die sich ausschließlich in territorialen Einheiten bewegte und keine Rücksicht auf ethnische Zusammensetzungen nahm. E. Laboor sieht hier einen Konfliktpunkt, der, wie er sagt, „Zündstoff für neue nationale Konflikte“<sup>175</sup> in sich barg. Als zugehörig zur JABLOKO – Koalition sahen sich die SDPR, die RChDD, RPRF<sup>176</sup>, die ‚Russische Ökologische Union‘, der Wahlklub der Akademie der Wissenschaften und einige kleine Frauen- und Unternehmerorganisationen. Speziell G. A. Jawlinski ist mit seinem 1990 unverwirklicht gebliebenen 500-Tage-Programm für viele die Personifikation eines dritten Weges der Reformen, zwischen der Schocktherapie der Radikalreformen und dem vermeintlichen Stillstand (bzw. Weg in die Vergangenheit) der Kommunisten. Durch die Ereignisse im August 1991 konnte die Praxisfähigkeit des 500-Tage-Programmes nie erprobt werden und kann so nicht auf seine Wirksamkeit hin gewertet werden. JABLOKO kann sich über ihren Vorsitzenden G. A. Jawlinski auf eine ökonomisch orientierte Basis stützen. Die Mitarbeiter G. A. Jawlinskis im Forschungsinstitut EPI bildeten eine weitere wichtige Stütze der Gruppierung, wie A. Legutke verdeutlicht.<sup>177</sup> Die Gruppierung konnte sich als Newcomer etablieren, da G. A. Jawlinski zum heftigen Kritiker des Präsidenten wurde und keiner der wichtigen Akteure bis zu diesem Zeitpunkt Berührungspunkte mit der Regierung hatte. JABLOKO konnte sich so erfolgreich von der verfehlten Liberalisierungspolitik E. T. Gajdars distanzieren.<sup>178</sup> In der Staatsduma von 1993 wurden die Mitglieder von JABLOKO mit zwei der 23 Komitees (Ausschüsse) betraut. Interessant ist hierbei, dass es dem Block gelang, genau den Komitees vorzustehen, die ihnen bedingt durch ihre programmatische Ausrichtung wohl am ehesten entsprachen. JABLOKO lenkte zum einen das Komitee ‚Budget, Steuern, Banken und Finanzen‘ und zum anderen das Komitee ‚Internationale Angelegenheiten‘.<sup>179</sup> In der Staatsduma von 1995 konnte die Gruppierung die Anzahl der Komitees von zwei auf vier verdoppeln, hinzu kamen die Komitees für ‚Naturressourcen und Naturnutzung‘ sowie ‚Ökologie‘<sup>180</sup>. Die Gesamtzahl der Komitees in der Staatsduma wurde von 23 auf 28 erhöht<sup>181</sup>. Wenn man die

---

<sup>174</sup> Vgl. Laboor, Ernst: *Wieviel Parteien braucht Russland?*, S. 116.

<sup>175</sup> Vgl. ebenda.

<sup>176</sup> JABLOKO konnte zu dieser Zeit und in der gegebenen Eile keine regionalen Organisationen aufbauen und nutzte für die Dumawahlen 1993 die Strukturen seiner Koalitionspartner, speziell die der SDPR, der RChDD und der RPRF. Vgl. Gnauck, Gerhard: *Parteien und Fraktionen in Russland*, S. 38.

<sup>177</sup> Vgl. Legutke, Annette: *Die Organisation der Parteien in Russland*, S. 77.

<sup>178</sup> Vgl. ebenda, S. 78.

<sup>179</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: *Die russischen Parlamentschaftswahlen 1993 und die neue Verfassung*. BiOst 15/1994, Köln 1994, S. 18.

<sup>180</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: *Die russische Staatsdumawahl 1995*, S. 30.

<sup>181</sup> Vgl. Rossijskaja gasjeta, 25.01.1996.

„Reformgruppierung JABLOKO“<sup>182</sup>, wie E. Schneider sie bezeichnet, nach soziologischen Kriterien untersucht, so kann ein Bild von JABLOKO gezeichnet werden, welches, wie es sich 1995<sup>183</sup> ergab, mit geringen Abstrichen auch für den gesamten Untersuchungszeitraum als signifikant gelten kann. Nach einer Studie von 1995 hat JABLOKO die jüngste Wählerschaft, 15% der Wähler sind zwischen 18 und 25 Jahren. Des Weiteren lassen sich bei der Bildung und den Berufen für JABLOKO spezifische Parameter ablesen. So wurde die Gruppierung 1995 von Bürgern gewählt, die über einen hohen Bildungsgrad verfügt, 30% der Wähler waren Absolventen von Hochschulen. Bei der Berufszugehörigkeit ließ sich keine ‚Ausreißergruppe‘<sup>184</sup> feststellen, die stärker repräsentiert gewesen wäre, was für eine heterogene Wählerschaft spricht. Nur die Gruppe der Unternehmer war 1995, wie bei allen Vereinigungen, unterrepräsentiert. Dies könnte ein Faktor sein, der gegen JABLOKO spricht, denn das explizit wirtschaftsorientierte Programm sollte gerade die wirtschaftlichen Eliten ansprechen. Ferner könnte das Fehlen von Unternehmern unter den Wählern von JABLOKO auch als Indiz dafür gelten, dass das Unternehmertum zu dieser Zeit noch unzureichend ausgebildet war oder kein Vertrauen zu den politischen Vereinigungen der RF bestand. Dies könnte bedeuten, dass eine Wahl von bestimmten Vereinigungen, in Bezug auf politische Einflussnahme als nicht notwendig angesehen wurde. Ein weiteres Ergebnis, welches durch die Befragung der Wähler 1995 hervortrat, war, dass JABLOKO besonders in Moskau und den Großstädten gewählt worden ist, ein Unterschied zu den meisten anderen gesellschaftlichen Vereinigungen.<sup>185</sup>

Ein wichtiger Punkt, der die Arbeit der Gruppierung verdeutlicht, ist das Verhalten von JABLOKO bei der Wahl des Vorsitzenden der Staatsduma für die Legislaturperiode 1995-1999. Die JABLOKO-Fraktion unterstützte die Wahl G. N. Selesnews aus der KPRF-Fraktion<sup>186</sup> zum neuen Vorsitzenden der Staatsduma. Man wollte sich mit der Wahl G. N. Selesnews eindeutig von dessen Vorgänger I. P. Rybkin distanzieren, der die Arbeit des Parlamentes in den Jahren 1993-1995 bei der Lösung des Konfliktes in Tschetschenien

<sup>182</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Die russische Staatsdumawahl 1995, S. 20.

<sup>183</sup> Vgl. Iswestija, 11.01.1996. Die Zeitung veröffentlichte 1996 eine Ende 1995 durchgeführte Umfrage, die die Meinung von 1.600 Personen widerspiegelte und vom Moskauer Meinungsforschungsinstitut – Allrussisches Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung – (WZIOM) durchgeführt wurde.

<sup>184</sup> JABLOKO kann somit nicht als eine Vereinigung gesehen werden, die sich an explizit einer bestimmten Berufsgruppe, einem bestimmten Bevölkerungsteil oder einer bestimmten Ethnie orientiert. JABLOKO kann somit, im Gegensatz zur APR, nicht als Klientelpartei gesehen werden.

<sup>185</sup> Neben den Großstädten waren es vor allem die Gebiete Rostow, Nishnij Nowgorod, Tscheljabinsk, Jaroslawl, Orenburg und Tomsk, hier lag der Anteil der Wählerstimmen um die 10%, in Kamtschatka lag der Anteil mit 20,8% am höchsten. In den klassischen Hochburgen der KPRF, wie dem „roten Gürtel“ sowie den präsidententreuen Regionen lag der Stimmenanteil nur bei etwas 3%. Vgl. Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 158. Siehe auch Abbildung 1.

<sup>186</sup> Vgl. Rossijskaja gasjeta, 25.01.1996.

blockiert hatte.<sup>187</sup> Womöglich verdeutlicht dieser Umstand, dass es JABLOKO um die Sache geht und nicht um politische Ränkespiele. Ein weiteres Indiz, welches für diesen Umstand spricht, ist die Weigerung G. A. Jawlinskis, 1994 den 'Vertrag über gesellschaftliche Eintracht' zu unterzeichnen.<sup>188</sup> Er hielt ihn für sinnlos. Eine weitere Forderung der Gruppierung war es, den Einfluss des Präsidentenamtes abzuwerten. Hier gingen sie nicht so weit wie die KPRF, die das Präsidentenamt in der damaligen Form gänzlich in Frage stellte.<sup>189</sup> Die partielle Unterstützung eines KPRF-Abgeordneten durch JABLOKO verdeutlicht, dass es politischen Gegnern, seien sie politisch auch noch so weit voneinander entfernt, darum ging, die gleichen Probleme zu behandeln, oftmals unterschied sich nur der Weg und die Radikalität der geforderten Veränderung. Die von der Gruppierung vertretene Mischung aus kapitalistischen Orientierungen und einer „sozialen Annehmlichkeit“<sup>190</sup> bewirkte laut E. Laboor eine „partielle parlamentarische Zusammenarbeit von KPRF und „Jabloko““<sup>191</sup>. Die beschriebene Zusammenarbeit hätte der KPRF gefährlich werden können, denn den Wählern wurde verdeutlicht, dass es auf dem Gebiet der Sozialpolitik eine Wahlalternative in Form von JABLOKO gab. Die von E. Laboor angebrachte These, dass JABLOKO in der entscheidenden Phase des Präsidentschaftswahlkampfes von 1996 zum Verbündeten des Präsidenten wurde<sup>192</sup>, kann nicht gehalten werden, liegen doch die jeweiligen Positionen zu weit auseinander. Richtig ist, dass die Popularität, die sich G. A. Jawlinski, bedingt durch eine reine Weste und eine an Ansehen verlierende demokratische Alternative erwarb, ausreichte, um im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen von 1996 als aussichtsreicher Kandidat ins Rennen zu gehen. Mit 7,34% erreichte er auch ein respektables Ergebnis.<sup>193</sup> Zur Möglichkeit einer Zusammenarbeit äußerte sich G. A. Jawlinski gegenüber seinen Wählern wie folgt: „*Meine Verbündeten sind nicht für die Kommunisten und nicht für Jelzin und schon gar nicht für die Faschisten und Zirinovskij.*“<sup>194</sup>, was die Position von JABLOKO zu den anderen gesellschaftlichen Vereinigungen klarstellte.

---

<sup>187</sup> Vgl. Laboor, Ernst: Programme der wichtigsten politischen Kräfte, S. 295.

<sup>188</sup> Vgl. Gnauck, Gerhard; Harms, Michael: Das Parteiensystem Russlands. In: Segert, Dieter; Stöss, Richard, Niedermeyer, Oskar (Hrsg.): Parteiensysteme postkommunistischer Gesellschaften Osteuropas, Opladen 1997, S. 317 und S. 336. Der Vertrag bezog sich unter anderem auf die Schaffung paralleler Koordinationskommissionen wie runde Tische und problembezogenen Arbeitsgruppen. Eine, wie nicht nur JABLOKO richtig vermutete, weitere Schwächung der Staatsduma, indem man Aufgabe aus der Staatsduma herauslenkte.

<sup>189</sup> Vgl. Gnauck, Gerhard; Harms, Michael: Das Parteiensystem Russlands, S. 336.

<sup>190</sup> Vgl. Laboor, Ernst: Programme der wichtigsten politischen Kräfte, S. 296.

<sup>191</sup> Vgl. ebenda.

<sup>192</sup> Vgl. ebenda.

<sup>193</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Die russische Präsidentschaftswahl 1996, S. 34.

<sup>194</sup> Vgl. Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien, S. 297f.

Genauere Mitgliederzahlen lassen sich, wie in den meisten Fällen und auf alle Vereinigungen bezogen für den Untersuchungszeitraum nicht eindeutig feststellen. A. Legutke stellte in ihren Untersuchungen eine häufig abweichende Größe in Bezug auf die Mitgliederanzahl fest, die Anzahl der Mitglieder variiere je nach Kontext der Frage und je nach Anlass.<sup>195</sup> Dieser Umstand ist für den Untersuchungszeitraum durchaus verständlich, lag doch keine gesetzliche Pflicht zur Offenlegung der Mitgliederzahl vor, eine Bindung der staatlichen Unterstützung an Mitgliederzahlen gab es ebenfalls nicht. So wurde das Nennen der Mitgliederzahlen zum Ausdruck einer möglichen gesellschaftlichen Verankerung der politischen Vereinigungen. Eine Korrektur nach oben ist somit nicht ausgeschlossen, sogar wahrscheinlich.<sup>196</sup> Für JABLOKO lässt sich für das Jahr 1999 eine ungefähre Mitgliederzahl von 5000 Personen attestieren. Die Möglichkeit der virtuellen Mitgliedschaft, die die Gruppierung über das Internet anbot, erbrachte nur geringe Erfolge. Die Mitgliederzahlen können somit nur als Richtwert angesehen werden. Durch die Art der Mitgliederrekrutierung<sup>197</sup> und die insgesamt geringe Mitgliederzahl kann JABLOKO eine elitenorientierte und klientelbezogene Ausrichtung bescheinigt werden, die sich mit den Wählerschichten sowie der programmatischen Ausrichtung der Gruppierung deckt. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es zwischen JABLOKO und der KPRF nur geringe Schnittpunkte gab und gibt. Zu einer Zusammenarbeit kam es, wie gezeigt wurde, nur in geringem Maße, hier speziell in den Regionen und in der Staatsduma. Bei einer Zusammenarbeit gaben oftmals pragmatische, nicht ideologische Impulse den Ausschlag, wie z.B. als die anvisierte Wiederwahl angetretener Amtsinhaber der Kremladministration gemeinsam verhindert wurde.<sup>198</sup> Zu einer Zusammenarbeit mit der Regierung oder dem Präsidenten kam es selten. Sie scheiterte am mangelnden Willen der Exekutive, die wirtschaftlichen Programmpunkte JABLOKOs in die Regierungspolitik einfließen zu lassen.<sup>199</sup>

### **2.3.2 Das Zentrum**

Die zentristischen Kräfte, die sich in der Phase 2 der Parteienentwicklung heraus kristallisiert hatten, unterlagen einer anderen Definition, als es die zentristischen Kräfte der Phase 3 taten.

<sup>195</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 128.

<sup>196</sup> Vgl. ebenda.

<sup>197</sup> Zu nennen ist hier die von JABLOKO festgeschriebene einjährige Aspirantenzeit.

<sup>198</sup> Vgl. Luchterhadt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 160.

<sup>199</sup> So waren Mitglieder der Fraktion JABLOKO gezwungen aus der Vereinigung JABLOKO auszutreten, sollten sie in ein Amt der Regierung berufen werden. So geschehen 1997 als M. Sadarnow zum Finanzminister der RF und 1998 als O. Dmitriewa zur Ministerin für Arbeit ernannt wurde. Die Fraktion JABLOKO stimmte geschlossen gegen die Annahme der Ernennung. Vgl. Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 159.

Auch wenn E. Laboor für den Verlauf der verkürzten Legislaturperiode der I. Staatsduma sowie im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen von 1996 eine weitere Einteilungsmöglichkeit der politischen Sphären sieht und diese auch vornimmt, so tut er dies mit Blick auf die Lagerbildung, wie sie um den politischen Hauptkampf zwischen dem Sjuganow-Lager, der volkspatriotischen Union und dem Jelzin-Lager entstand.<sup>200</sup> E. Laboor sieht hier das politische Zentrum bei JABLOKO, dem Kongress der russischen Gemeinschaften, unter der Führung des Ex-General A. J. Lebed, bei der LDPR sowie in der Gesamtheit, der Bewegungen, die sich zwischen den beiden Polen bewegten und die sich *„je nach Sachlage einmal für die eine Seite, das andere Mal für die Gegenpartei entschieden“*<sup>201</sup>. Für eine Interpretation der Wahl um das Präsidentenamt 1996 ist diese Einteilung zuweilen nützlich, wenn man wie E. Laboor davon ausgeht, dass es nur diese beiden Lager gibt<sup>202</sup>, die einen entscheidenden Einfluss auf die Politik der RF haben. Eine Polarisierung solchen Ausmaßes war nur zu besagten Wahlen zu beobachten. Im Untersuchungszeitraum und darüber hinaus hat es keine weitere Zweiteilung gegeben, die die politischen Sphären so klar trennte. Zur Wahl 1996 gab es nur die beiden Extreme, entweder den Antikommunismus in Form des Jelzin-Lagers oder den Kommunismus in Form des Sjuganow-Lagers zu wählen. Dieser Umstand bezog sich verstärkt auf den 2. Wahlgang, die Stichwahl der Präsidentschaftswahl. Er wird aber den internen Differenzierungen der beiden Lager nicht gerecht, wie noch gezeigt wird.

Während des Wahlkampfes wurden Differenzierungen durch die Wähler nicht mehr wahr- und eine analytische Betrachtung der Lager seitens der Bevölkerung nicht mehr vorgenommen. In der Einteilung des politischen Zentrums finden sich die Vereinigungen und Gruppierungen wieder, die sich im unmittelbaren Umfeld bzw. in einer bestimmten Nähe zur präsidentialen Macht befinden. Im Entwicklungsverlauf der Vereinigungen ist es die Bewegung DR, die mit allen mitwirkenden Vereinigungen und Formationen zum 'Königsmacher' wurde, da sie sich auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten einigen konnten, der am 12.07.1991 in Form von B. N. Jelzin gewählt wurde.<sup>203</sup> Die Bewegung DR hatte sich von der gemeinsamen Anstrengung eine verstärkte politische Partizipation versprochen, die aber später von Seiten des Präsidenten nicht verwirklicht worden ist, denn das von B. N. Jelzin unterzeichnete Papier zum verstärkten Einbezug der demokratischen Vereinigungen hatte sich

---

<sup>200</sup> Vgl. Laboor, Ernst: Programme der wichtigsten politischen Kräfte, S. 302.

<sup>201</sup> Vgl. ebenda, S. 303.

<sup>202</sup> Vgl. ebenda.

<sup>203</sup> Vgl. Sobjanin, A. A.: Die erste Präsidentschaftswahl in Russland: Politische Ergebnisse, Perspektiven, Zuverlässigkeit der Ergebnisse. Analytischer Bericht, Moskau 1991.

als eine Chimäre erwiesen. Eine politische Partizipation der Bewegungen oder einzelner Personen fand so gut wie nicht statt. Für die Bildung der Vereinigungen der Phase 2 muss festgehalten werden, dass die fehlende Einbindung der Bewegung in politische Prozesse sowie die Augustereignisse von 1991 eine starke Ausdifferenzierung des Vereinigungsspektrums bedeuteten.<sup>204</sup> Mit der Zeit entwickelten sich zunehmend auch oppositionelle Strömungen. Schon mit der Jahreswende 1991/92 wurde die Gründung nationalistischer Blöcke mit kommunistischem Einschlag vorangetrieben, „*während die vom Parteiverbot betroffenen Kommunisten zugleich begannen, sich unabhängig davon in einer Reihe neuer, kommunistischer Parteien zu sammeln*“, wie G. Gnauck die Entwicklung der Ausdifferenzierung passend verdeutlicht.<sup>205</sup>

In der neuen Einteilung sind die jeweiligen PdM die wesentlichen Bestandteile des präsidentennahen, zentristischen Spektrums. Als eine der ersten PdM kann die VR angesehen werden, die die ‚Demokraten‘ der ersten Welle in sich vereinigte. Da „*die neuen Eliten große Hoffnungen*“<sup>206</sup> in die neue Bewegung VR setzten, konnte diese auf die Ressourcen der Administration des Präsidenten zurückgreifen. Die Bewegung VR, die unter der Führung des Radikalreformers E. T. Gajdar im Juni 1994 in die gesellschaftliche Vereinigung DVR umgeformt wurde, unterstützte zur Wahl 1993 auch eine Reihe von Verbänden (vornehmlich der Unternehmer) sowie einige kleinere Vereinigungen, wie die ‚Bauernpartei Russlands‘ (BPR) und die DR. Eine Aussage G. Gnaucks: „*VR war quasi als Regierungspartei angetreten, um sich alsbald in der Opposition wieder zu finden.*“<sup>207</sup> unterstreicht die Verortung der Bewegung VR in das präsidentennahe Lager. Zudem verdeutlicht die führende Rolle des damalig Ersten Vizepremiers E. T. Gajdar innerhalb der Bewegung die Position der Bewegung VR zur präsidentialen Macht.

Mit der Dumawahl von 1995 entwickelte sich das für die PdM typische Bild. Die PdM gründeten sich oftmals im unmittelbaren Vorfeld der jeweiligen Dumawahlen und genossen die direkte und indirekte Unterstützung des jeweiligen Präsidenten sowie der Massenmedien<sup>208</sup>. So rief Präsident B. N. Jelzin nur wenige Tage vor der Staatsdumawahl von 1995 in einer Fernsehansprache nahezu unverblümt dazu auf, die neue PdM UHR zu

---

<sup>204</sup> Vgl. Gnauck, Gerhard: Parteien und Fraktionen in Russland, S. 15.

<sup>205</sup> Vgl. ebenda, S. 16.

<sup>206</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die Entwicklungen der Parteien, S. 53.

<sup>207</sup> Vgl. Gnauck, Gerhard: Parteien und Fraktionen in Russland, S. 37.

<sup>208</sup> Vgl. König, Helmut: Wohin steuert Russland?, S. 1137.

wählen<sup>209</sup>, was der Vereinigung um den damaligen Regierungschef W. S. Tschernomyrdin einen ad hoc-Erfolg von 10,1% ermöglichte.<sup>210</sup> Ein weiteres Charakteristikum einer PdM ist ihre kurze Lebensdauer, die sich unmittelbar an die administrative Unterstützung durch die Präsidialadministration koppelt. So waren VR/DVR bei den Staatsdumawahlen von 1995 mit 3,9% und UHR bei den Staatsdumawahlen 1999 mit 1,2% an der 5%-Hürde gescheitert. Im Falle von VR/DVR und UHR waren ein fehlendes programmatisches Profil, 'Ausrutscher' in die politische Opposition<sup>211</sup> sowie das Abgraben von Wählerschaften durch die jeweils neue PdM die Ursachen für das Ausbleiben eines erneuten Wahlerfolgs der alten PdM. Mit UHR hatte sich eine Vereinigung an den Wahlen 1995 beteiligt, welche keine lange Entwicklung als Vereinigung durchlaufen hatte, sondern zum Zwecke der Wahlteilnahme aus dem Nichts gegründet wurde. Aus diesem Blickwinkel sind die erreichten 10,1% der UHR, die damit den dritten Platz hinter der KPRF und der LDPR bei der Listenwahl einnahm, nicht unter zu bewerten und zeigten, welches Potential die jeweilige PdM gegenüber den etablierten Vereinigungen aufbauen konnte. Ein Blick auf die Fraktionsstärke der neuen PdM zeigt die Stärke der regierungsnahen Position. Durch das Hinzurechnen der Direktmandate (UHR: 10, KPRF: 58, LDPR: 1) rutschte die Fraktion W. S. Tschernomyrdins auf den zweiten Platz vor, hinter der KPRF.<sup>212</sup>

In der schon zitierten soziologischen Umfrage des WZIOM von 1995, welche 1996 von der Zeitung *Iswestija* veröffentlicht wurde, ergab sich für die PdM UHR ein Bild, welches dem von JABLOKO nahe kommt. Zum einen sind die Wähler der PdM zumeist in den Großstädten zu finden und zum anderen ist die Wählerschaft von UHR nicht in den Kreisen der Transformationsverlierer, wie den Rentnern oder den Arbeitern zu finden<sup>213</sup>. Symptomatisch in seiner Eindeutigkeit ist, dass „*die soziale Stütze der Partei Tschernomyrdins [...] die hohe Beamtenschaft im Zentrum und in den Regionen*“<sup>214</sup> ist, wie E. Laboor die Wählerschaft der PdM analysiert. Eine weitere Stütze für die PdM ist in den militärischen Segmenten der Gesellschaft zu sehen. Will man einer Mitteilung des russischen Fernsehens vom 18.12.1995 Glauben schenken, so hatten 75 – 80% der Militärangehörigen

<sup>209</sup> Vgl. *Rossijskie vesti*, 16.12.1995.

<sup>210</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die Entwicklung der Parteien, S. 54.

<sup>211</sup> So beteiligte sich UHR im Vorfeld der Staatsdumawahlen von 1999, wenn auch gemäßigt, an der Kritik gegen den Tschetschenienkrieg.

<sup>212</sup> Wenn man die erreichten Mandate der Listenwahl mit denen der Direktmandate addiert, ergibt sich für die Stärke der Fraktionen in der II. Staatsduma folgendes Bild: 1. die KPRF – 33,1%, 2. UHR – 12,2% und LDPR – 11,3%. Vgl. *Itar-Tass*, 16.01.1996 zitiert nach: Ortung, Robert: Duma Elections Bolster Leftist Opposition. In: *Transition*, 4/1996, S. 6-11 und Laboor, Ernst: Wieviel Parteien braucht Russland?, S. 219.

<sup>213</sup> Vgl. *Iswestija*, 11.01.1996.

<sup>214</sup> Vgl. Laboor, Ernst: Wieviel Parteien braucht Russland?, S. 220.

für UHR gestimmt.<sup>215</sup> Das Hauptziel, die Schwächung der KPRF<sup>216</sup>, konnte UHR nicht erreichen, doch zeigte sich anhand der UHR, wie wichtig es dem Präsidenten war, Einfluss auf die Entwicklung der Vereinigungen zu nehmen. D. Droste sagt hierzu: „*Der sich als `über den Parteien stehend` verstehende russische Präsident fühlte sich wegen des kommunistisch-nationalistischen Organisationsvorteils und Stimmungshochs gezwungen, aktiv in den Parteibildungsprozeß einzugreifen.*“<sup>217</sup> Abschließend kann gesagt werden, dass es UHR im sozial-ökonomischen Bereich nicht gelang, der KPRF die Wähler streitig zu machen. UHR verfolgte hier einen reformorientierten, präsidententreuen und vor allem stabilitätsorientierten Kurs, der aber auch mit dem Scheitern der Reformenpolitik der Regierung und dem Krieg in Tschetschenien in Verbindung gebracht werden konnte.<sup>218</sup> Weit stärker konnte UHR der KPRF in Bezug auf den Nationalismus und Patriotismus gefährlich werden<sup>219</sup>. Die Aufnahme nationalistischer Passagen in das Programm der UHR war nicht minder dafür mitverantwortlich, dass die UHR 10,1% der Wählerstimmen erreichen konnte.

### **2.3.3 Die nationalistischen Rechten**

Nichts ist in der RF so schwierig, wie eine angemessene Trennung der politischen Lager anhand ihrer nationalistischen Tendenzen. Die meisten Autoren wie E. Schneider, G. Luchterhandt oder G. Gnauck bedienen sich einer Einteilung, in der sie eines der politischen Lager unter dem Attribut `nationalistisch-kommunistisch`<sup>220</sup> zusammenfassen oder stets als die `unversöhnliche Opposition`<sup>221</sup> darstellen. In den jeweiligen Veröffentlichungen scheint diese Herangehensweise legitim, haben doch die Arbeiten der genannten Autoren nicht die Differenzierung der jeweiligen Blöcke als Ziel, sondern nehmen sie oftmals als Basis, das politische Spektrum der RF einzuteilen. Diese Blöcke waren

<sup>215</sup> Vgl. ebenda. Der Autor bringt keine Quelle zum Ausdruck, nach der man den Fernsehsender in sein politisches Umfeld bringen und somit die Aussage werten könnte.

<sup>216</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Duma-Wahlen 1995 (II). Wählervereinigungen und Wahlblöcke. In: Osteuropa, Nr. 3/1996, S. 233.

<sup>217</sup> Vgl. Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien, S. 286.

<sup>218</sup> F. Schauff fasst das Dilemma der PdM UHR wie folgt zusammen: „*Die grundlegende Schwierigkeit neben der Vermittlung der herrschenden Politik stellte die mangelnde gesellschaftliche Unterstützung für den Präsidenten dar. Die Partei `Unser Haus Russland` [...] existierte faktisch nur in den Büros der Verwaltungschefs, was breitere Aktivitäten der Jelzin-Unterstützer unmöglich machte.*“ Vgl. Schauff, Frank: Ungeahnte Dynamik der Regionen. Wahlbeobachtungen in Wolgograd. In: Osteuropa, Nr. 11/1996, S. 1119.

<sup>219</sup> Im Programm der UHR sind folgende Passagen nationalistischer Prägung zu finden: „*Wiedergeburt Russlands als Weltmacht*“ oder „*gleichberechtigte Beteiligung als Großmacht*“. Vgl. Das Programm der gesamtrussischen gesellschaftlichen Bewegung `Unser Haus Russland`. In: Luchterhandt, Galina: Politischen Parteien in Russland, S. 115f.

<sup>220</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Die russische Parlamentswahlen 1993. BiOst 15/1994, Köln 1994, S. 17 und S. 20f. Schneider, Eberhard: Die nationalistischen und die kommunistischen Fraktionen in der russländischen Staatsduma. BiOst 28/1995, Köln 1995, S. 24.

<sup>221</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die Entwicklung der Parteien, S. 52.

Sammelbecken der verschiedensten politischen Strömungen, wodurch sie ambivalent zu betrachten sind. Auf der einen Seite verfolgten die politischen Strömungen eine unterschiedliche Definition des Begriffes 'Nationalismus' und zum anderen verfügten sie auch programmatisch über einen nur geringen gemeinsamen politischen Nenner.

Aufgabe der beiden folgenden Kapitel soll es sein, die 'nationalistischen Rechten' getrennt von den linken zumeist ebenfalls nationalistischen Gruppierungen zu unterscheiden. Das Einbeziehen der LDPR in ein Lager mit der KPRF und der Agrarpartei Russlands (APR)<sup>222</sup>, oder die Umdeutung der vermeintlichen Protestwähler der LDPR aus der Staatsdumawahl von 1993 zu Protestwählern für die KPRF in der Staatsdumawahl von 1995<sup>223</sup>, wie es E. Schneider in seinen Arbeiten tut, scheint zu undifferenziert und zu pauschal. G. Luchterhandt steht in diesem Zusammenhang nicht zu einer Verschmelzung der beiden Extreme. Sie verortet die LDPR unter W. W. Schirinowski außerhalb eines Lagers mit der KPRF. Den Grund sieht sie hierbei darin, dass die LDPR in der Praxis nicht gegen die Regierung Politik machte, sondern diese mit trug, indem sie in entscheidenden Abstimmungen für die Regierungspolitik stimmte.<sup>224</sup> Dabei war es gerade auch die programmatische und stilistische Ausrichtung, die die LDPR von der KPRF unterschied. An dieser Stelle möchte ich nur kurz auf die Programmatik der LDPR, das politische Umfeld sowie auf das Verhalten der LDPR-Fraktion in der I. Staatsduma eingehen und die KPRF-relevanten Themen später erörtern. Unabhängig einer Diskussion, in welchem Umfeld oder mit welcher Intention die LDPSU/PR in das politische Leben der RSFSR/RF trat<sup>225</sup>, muss der Vereinigung zugestanden werden, dass sie gerade für den Untersuchungszeitraum der exponierte Vertreter der nationalistischen Rechten war, der medial von Bedeutung war sowie als einziger Vertreter des rechten nationalistischen Spektrums zur Staatsdumawahl 1993 zugelassen wurde.<sup>226</sup> Der LDPR kam es zugute, dass der Wahlkampf zur I. Staatsduma mit einer starken Fokussierung auf Themen

<sup>222</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Die russische Parlamentswahlen 1993, S. 11.

<sup>223</sup> Vgl. Schneider, Eberhard.: Die russische Staatsdumawahl 1995, S. 19.

<sup>224</sup> G. Luchterhandt unterscheidet somit nicht nach politisch-ideologischen Gesichtspunkten, sondern differenziert die LDPR und die KPRF in Bezug auf ihr reales politisches Verhalten. Vgl. Luchterhandt, Galina: Die Entwicklung der Parteien, S. 52. Tatsächlich ist die LDPR auch im rechten Lager nicht klar zu verorten, wie A. Umland herausarbeiten konnte, er schreibt: „*Es ist jedoch ein wichtiger Aspekt des 'Schirinowskij-Phänomens', dass die Partei eine Position zwischen Reform und Reaktion und quasi außerhalb des herkömmlichen politischen Spektrums eingenommen hat.*“ Vgl. Umland, Andreas: Wladimir Schirinowskij in der russischen Politik. Einige Hintergründe des Aufstiegs der Liberal-Demokratischen Partei Russlands. In: Osteuropa, Nr. 12/1994, S. 1125.

<sup>225</sup> Zu erwähnen sind hier die Diskussionen um eine gezielte Parteigründung durch den KGB, der 1989 als 'LDP der UdSSR' gegründeten Partei unter dem Vorsitzenden W. W. Schirinowskis. Hier macht es die Quellenlage unmöglich ein klares Bild der LDPR-Vergangenheit zu konstruieren. Vieles ist für die Anfangszeit der LDPR nur aus der historischen Grauzone herauszuinterpretieren. Zum Aufstieg der LDPR im politischen System der RF siehe auch Schneider, Eberhard: Schirinowskij und seine Partei. BiOst 35/1994, Köln 1994.

<sup>226</sup> Vgl. Gnauck, Gerhard; Harms, Michael: Das Parteiensystem Russlands, S. 311.

geführt wurde, die ein starkes Russland, die Würde, Einheit und Größe des Landes forderten<sup>227</sup>. Die Politik der LDPR lässt sich in folgenden Hauptpunkten zusammenfassen: 1. Russland und das russische Volk, 2. starker Führer, 3. starker Staat. Da diese Punkte der Politik in variierenden Ausprägungen in den Programmen vieler Vereinigungen des Untersuchungszeitraums zu finden waren, lässt sich die Singularität der LDPR besonders durch ihr politisches Umfeld, aber auch durch den Stil erklären, der hauptsächlich in der Figur des LDPR-Führers<sup>228</sup> wurzelt. S. Plechanow beschreibt den Stil W. W. Schirinowskis wie folgt: „[...] er verspricht allen alles. Wenn er vor Frauen spricht, verspricht er, ihre Problem zu lösen, tritt er vor Militärs auf, verspricht er, ihnen zu helfen, und wenn man alle diese Versprechungen zusammenlegt, dann erweist es sich, dass buchstäblich alle von Wohltaten überschüttet werden.“<sup>229</sup>

Die imperialistischen Vorstellungen W. W. Schirinowskis kommentiert W. Oschlies mit einem Zitat des LDPR-Vorsitzenden: „Ich werde eine Baltenprovinz einrichten. Ich werde einen Gouverneur in Riga haben, der Estland, Lettland und Litauen verwaltet.“<sup>230</sup> Diese Aussage tätigte er im September 1991 und setzte im Januar 1994 noch hinzu, „Lettland soll zu Russland gehören. Litauen wird ein kleiner unabhängiger Staat sein. Eine Enklave.“<sup>231</sup> W. W. Schirinowski agiert polarisierend und passt die Inhalte und Heftigkeiten seiner Aussagen den jeweiligen politischen Sachlagen an. Viele Aussagen der LDPR sind rechtsextrem<sup>232</sup>, nationalchauvinistisch und z. T. klar antisemitisch. Ferner fordert die Vereinigung, einen Zusammenbruch Russlands durch die Rettung des Landes zu verhindern. Hierfür fordert sie, der Überfremdung durch den Westen oder den Islam entgegenzutreten. Voraussetzung sind

<sup>227</sup> Vgl. Vgl. Gnauck, Gerhard; Harms, Michael: Das Parteiensystem Russlands, S. 311.

<sup>228</sup> Zur Person des LDPR-Führers siehe auch Timtschenko, Viktor: Ich erwecke Russland mit Blut – Wladimir Wolfowitsch Shirinowski, Berlin 1994 und zur Denkweise seiner Person siehe Zirinovskij, Vladimir V.: Poslednij brodok na jug, Moskau 1993.

<sup>229</sup> Vgl. Plechanov, Sergej: Schirinovskij: Kto on? Moskau 1994 S. 26 und Oschlies, Wolf: Wladimir Schirinowski. Der häßliche Russe und das postkommunistische Osteuropa, Köln 1994, S. 27.

<sup>230</sup> Diese beiden Beispiele zu den baltischen Staaten seien an dieser Stelle nur exemplarisch angeführt. Die Liste ließe sich weiter fortführen und es gibt Aussagen, die sollten sie in die Tat umgesetzt werden, ganz Europa und Asien umgestalten würden. W. W. Schirinowski agiert hier an allen realpolitischen Vorstellungen vorbei. Vgl. Frazer, Graham; Lancelle, George: Absolute Zhirinovskij – A Transparent View of the Distinguished Russian Statesman, New York 1994, S. 133.

<sup>231</sup> Vgl. Vgl. Frazer, Graham; Lancelle, George: Absolute Zhirinovskij – A Transparent View of the Distinguished Russian Statesman, New York 1994, S. 133.

<sup>232</sup> Nicht nur, dass viele Aussagen des LDPR-Vorsitzenden auf diesen Umstand hindeuten, verstärkt sich das Bild auch durch Parallelen zum Faschismus. So sprechen der Personenkult in der LDPR, das Auftreten einer kleinen, uniformierten LDPR-Truppe (die Falken) sowie die von einigen LDPR-Führern selbst betonten Parallelen zur NSDAP für diesen Umstand. Vgl. Umland, Andreas: Wladimir Shirinowskij in der russischen Politik, S. 1128f.

hierbei ein mächtiger russischer Einheitsstaat auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR<sup>233</sup>, ein straffes autoritäres Regime sowie eine starke Armee. Dem straffen Regime wird die LDPR auch organisationsintern gerecht. Wie A. Legutke feststellt, hat die LDPR in ihrer Satzung die exponierte Rolle des Vorsitzenden mit mehr Befugnissen ausgestattet, als alle anderen parlamentarisch relevanten Vereinigungen.<sup>234</sup>

Es muss berücksichtigt werden, dass die Entwicklungsgeschichte der nationalistischen Rechten weiter zurückreicht. 1988 hatte sich die national-patriotische Bewegung in der Diskussion um die Unterstützung der Perestroika zerrieben. Ausgangspunkt war ein Streit innerhalb der Pamjat-Bewegung, welcher die Bewegung spaltete, in eine `National-Patriotische Front `Pamjat`` unter N. Filimonow, zum einen und zum anderen in die Gruppe `Pamjat-2` unter T. Ponomarew. Diese beiden Gruppen richteten sich gegen den Hauptstrang der Pamjat-Bewegung und versuchten sich mit der Perestroika, wie sie auf dem XXVII. Parteitag beschlossen wurde, zu arrangieren.<sup>235</sup> Zu diesem Zeitpunkt konnte noch nicht von einer Trennung der rechten Nationalisten vom Sozialismus gesprochen werden. In der Ausdifferenzierung der politisch-ideologischen Richtung der Bewegung brachte es die dritte Gruppierung, der `National-Bolschewismus`, wie G. und O. Luchterhand es beschreiben<sup>236</sup>, besonders in der Provinz zu einer Vorreiterrolle gegenüber der Gruppe der `National-Orthodoxie` sowie der Gruppe des `Neuheidentums`, die an das Russland vor der Christianisierung anknüpfte<sup>237</sup>. Die Bewegung Pamjat war in verschiedener Hinsicht für die rechten Nationalisten des Untersuchungszeitraumes beeinflussend. So gründeten ehemalige Pamjat-Mitglieder die zwei größten national-sozialistischen Organisationen in der RSFSR<sup>238</sup> - die `Russische Nationale Einheit`(RNE) unter A. P. Barkaschow (gegründet im Oktober 1991) und die `Völkisch-Soziale Bewegung`(VSB) unter W. P. Jakuschew (gegründet am

---

<sup>233</sup> Aussagen wie diese, oder in ähnlicher Form, ließen sich viele für die LDPR unter W. W. Schirinowski finden. Hier in einem Interview für die rumänische Zeitung `Romania libera` vom 14.11.1994. Vgl. Oschlies, Wolf: Wladimir Schirinowski, Der häßliche Russe, S. 150. Auch in den russischen Medien blieben die zumeist absurden Forderungen der LDPR nicht unkommentiert, so in der Iswestija: „*Amerika, gib Alaska an Russland zurück!*“ Vgl. Iswestija, 04.01.1994.

<sup>234</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 105.

<sup>235</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina; Luchterhandt, Otto: Die Genesis der politischen Vereinigungen, S. 143f.

<sup>236</sup> Vgl. ebenda.

<sup>237</sup> Zum Bild der organisatorischen Pamjat-Strukturen siehe Babst, Stefanie: Die neuen sowjetischen Parteien und Gruppierungen – ein systematischer Überblick. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr.1, 1991, S. 103ff oder Koenen, Gerd; Hielscher, Karla: Die schwarze Front. Der neue Antisemitismus in der Sowjetunion, Reinbeck 1991. Siehe auch Laqueur, Walter: Der Schoß ist fruchtbar noch. Der militante Nationalismus der russischen Rechten, München 1995, S. 257 – 277.

<sup>238</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, S. 228.

09.11.1991). Die VSB entstand auf der Basis der am 09.11.1990<sup>239</sup> gegründeten 'National-Sozialen Union'(NSU). Die NSU blieb als Rumpf der breiter angelegten VSB bestehen. Beiden Führern ist eigen, dass sie separate Gruppierungen innerhalb der Pamjat-Bewegung gründeten und deshalb aus ihr ausgeschlossen wurden. Danach standen sich die beiden Führer, nach anfänglicher Zusammenarbeit in der Gruppe 'Nationale Einheit für ein freies, starkes und gerechtes Russland' feindlich gegenüber. Wie G. Luchterhandt feststellt, sind die Prinzipien der beiden Gruppen antisemitisch und „*stark rassistisch bestimmt und teilweise aus dem Programm der NSDAP übernommen worden.*“<sup>240</sup> Dass die RNE eher einem handelnden, denn einem 'ideologisch-philosophischen' Weg verschrieben war, so wie die NSU, zeigen Äußerungen der beiden Führer. So sagte A. P. Barkaschow: „*Wir werden – außer der Armee natürlich– die einzige Kraft sein, die in der Lage ist, [...], die Ordnung aufrechtzuerhalten.*“<sup>241</sup> Dem Nationalsozialisten W. P. Jakuschew geht es hingegen, wie aus einem Interview ersichtlich ist, vornehmlich um eine: *prinzipiell neue Mentalität, das Erkennen des wahren Gegners und der Kräftekonstellation, dazu kommt das Studium der Methoden des Gegners, der stark und tückisch ist*<sup>242</sup>. Auf die Frage nach Personen der Weltgeschichte, an denen er sich orientiert, äußert sich W. P. Jakuschew: „*Ich finde die Persönlichkeit von Lykurg*<sup>243</sup> *attraktiv. Ebenso Hitler. Ich interessiere mich besonders für ihn. Das war ein heroischer Mann, etwas romantisch.*“<sup>244</sup> Als weiterer und teilweise für die RF noch gewichtigerer Einfluss der Pamjat-Bewegung kann der Übergang der NSU in die LDPSU gesehen werden. W. P. Jakuschew wurde im Oktober 1991 zum Leiter der Moskauer Organisation der LDPSU ernannt. Wichtig für die Entwicklung der rechten Nationalisten war die erstarkte Aktivität W. W. Schirinowskis ab der zweiten Hälfte des Jahres 1991, wie Interviews und die sehr zahlreichen Auftritte in verschiedenen Städten der RSFSR und den früheren Unionsrepubliken bezeugen. Ausschlaggebend für die starke Medienpräsenz war offensichtlich die Kandidatur für das Amt des Präsidenten der RSFSR, bei der W. W. Schirinowski einen Stimmenanteil von 7,81% erreichte<sup>245</sup>, was mehr als 6 Mio. Stimmen

<sup>239</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, S. 228. G. Luchterhandt weist hier auf die Datums-Parallelen hin, der 9.11. war als Anlehnung an die in Deutschland vollzogene Reichskristallnacht 1938 gewählt worden.

<sup>240</sup> Vgl. ebenda, S. 229.

<sup>241</sup> Vgl. Barkaschow, Aleksandr P.: Nur wir können in diesem Land Ordnung schaffen! In: Luchterhandt, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, S. 234. Orlov, Boris: Rechtsextremismus im heutigen Russland. In: Osteuropa, 3/2002, S. 323f. Hier besonders die Geschichtsinterpretation mit stark antisemitischem Anklang sowie die Herleitung eines führerorientierten national-kollektiven Denkens.

<sup>242</sup> Vgl. Nesawisimaja gasjeta, 14.11.1991.

<sup>243</sup> Es bleibt offen, welcher Lykurg gemeint ist, vermutlich der spartanische Staatsmann, der Spartas einfache Architektur und Bauweise gegen Repräsentationsbauten ersetzte.

<sup>244</sup> Vgl. Nesawisimaja gasjeta, 14.11.1991.

<sup>245</sup> Vgl. Iswestija, 20.06.1991.

entsprach. Als Sammelbewegungen der rechten Nationalisten sind aus dieser Zeit die Bewegungen 'Sojus' sowie ihre Nachfolgeorganisation 'Bund des Gesamten Volkes Russlands'(BGVR), welche am 21.12.1991 gegründet worden war, zu nennen. Der Unterschied der beiden Bewegungen lag in der Schärfe der ideologischen Ausrichtung. Während 'Sojus' in grundlegenden Dokumenten die Funktion einer Sammelbewegung unterstrich, so z.B. dass sie: „*Um des Zieles willen gewillt sind, hart zu arbeiten und die uns trennenden einzelnen ideologischen Differenzen beiseite zu lassen.*“<sup>246</sup>, sind in der BGVR vornehmlich die national-patriotischen und offen nationalsozialistischen Kräfte anzutreffen. Zu ihnen zählten die NSU, die 'Slawische Volksversammlung', Pamjat-Gruppen, 'Vaterland', 'Volksfront Russlands' sowie die LDPSU. Die BGVR schaffte es aber nicht mehr, ein Sammelbecken aller antiliberalen, antidemokratischen sowie antiparlamentarischen Kräfte zu sein, wie es noch 'Sojus' mit dem Hauptziel eines mächtigen Großrusslands und dem Kampf gegen B. N. Jelzin und die Demokraten vermochte. Aus diesem Zusammenschluss patriotischer Kräfte, unter denen die nationalen und national-sozialistischen Bewegungen die Oberhand gewannen, entwickelte sich die LDPSU unter der Führung W. W. Schirinowskis zu einer zweideutigen 'liberal-demokratischen Partei' mit pseudodemokratischem Anstrich und mit einem populistischen Führer. Befragt nach seinem Ruf als Antisemit äußerte er sich schon 1991: „*Wenn ich nicht an die Macht komme, wird man sie (die Juden, Anm. d. Verf.) vernichten. Ich dagegen schaffe günstige Bedingungen für ihr Leben hier oder für die Ausreise nach Israel.*“<sup>247</sup> Dass mit den günstigen Bedingungen für eine Ausreise der jüdischen Bevölkerungsgruppen nach Israel der versteckte Wunsch nach deren verstärkter Auswanderung verbunden war, darf angenommen werden. Zusätzlich unterstreicht G. Gnauck, dass „*die endgültige Abkehr von demokratischen und Marktprinzipien zugunsten eines in die Wirtschaft regulierend eingreifenden und autoritären Regimes*“<sup>248</sup> spätestens im November 1991 erfolgte. Kurz zuvor, am 10.10.1991, hatte W. W. Schirinowski der jüdischen Bevölkerung in einem Interview indirekt die Schuld an der Zunahme des Antisemitismus in der RSFSR unterstellt, „*weil die neuen demokratischen Organisationen, die an die Macht gekommen sind und die Spaltung des Staates herbeiführen, zu 70 Prozent Führer dieser Nationalität (Vertreter des jüdischen Volkes, Anm. d. Verf.) haben.*“<sup>249</sup> Über die Wahlen von 1993 gelang es der LDPR in die Staatsduma einzuziehen. Die LDPR schaffte es über die Listenwahl einen Anteil von 22,9% der Stimmen auf sich zu vereinen<sup>250</sup>.

<sup>246</sup> Vgl. RFE/RL Research Institute Soviet Media News Budget, 30.06.1991.

<sup>247</sup> Vgl. Na smenu! 10.10.1991.

<sup>248</sup> Vgl. Gnauck, Gerhard: Parteien und Fraktionen in Russland, S. 42.

<sup>249</sup> Vgl. Na smenu! 10.10.1991.

<sup>250</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina.: Die Entwicklung der Parteien, S. 54.

Eine Interpretation des von vielen Seiten als überraschend gewerteten Ergebnisses lässt offen, in wieweit der Boykott der Wahlen durch die restlichen rechten Nationalisten der LDPR dabei 'halfen'. Nicht zu vernachlässigen waren sicher auch die demagogische Wahlkampf-führung, die suggerierte Volksnähe, „*Millionen erschien er nicht als 'einer von oben', sondern als 'einer von uns'*“,<sup>251</sup> und der Anschein einer Protestpartei.

Der Vereinigung ist es über die Jahre nicht gelungen, den Ruf, ein präsidentialer Unterstützer zu sein, loszuwerden. Die Zustimmung zur Verfassung von 1993, die Unterzeichnung des 'Vertrages über gesellschaftliche Eintracht' oder das Verhalten der LDPR-Fraktion bis weit über den Untersuchungszeitraum hinaus sind sehr regierungsfreundlich. Die LDPR-Fraktion hat bis heute quasi allen entscheidenden Entwürfen der Exekutiven zugestimmt<sup>252</sup>. Diese Aussage G. Luchterhandts wird von E. Schneider<sup>253</sup> in Frage gestellt. Dieser stützt sich bei seinen Ausführungen auf ein statistisches Auflistungsverfahren von G. A. Satarow<sup>254</sup>, nachdem der LDPR besonders für die I. Staatsduma kein regierungstreues Handeln bescheinigt werden kann. So stimmte die LDPR-Fraktion besonders in der Wirtschaftspolitik gegen den Reformkurs des Präsidenten<sup>255</sup>, drohte damit, die Unterschrift unter dem 'Vertrag über das gesellschaftliche Einvernehmen' zurückzuziehen<sup>256</sup> oder reichte einen Misstrauensantrag gegen die Regierung ein. Dem Antrag folgte aber eine nur geringfügige Zahl von 30 Abgeordneten<sup>257</sup>. Allein die LDPR-Fraktion hatte in der I. Staatsduma 63 Abgeordnete, was entweder für eine schwache Fraktionsdisziplin oder für eine kalkulierte Oppositionspolitik ohne Gefahr für die Regierung spricht.

---

<sup>251</sup> Vgl. Laboor, Ernst: *Wieviel Parteien braucht Russland*, S. 119.

<sup>252</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina.: *Die Entwicklung der Parteien*, S. 65.

<sup>253</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: *Die nationalistischen und die kommunistischen Fraktionen*, S. 12f.

<sup>254</sup> Georgij A. Satarow war seit dem 08.02.1994 Referent des Präsidenten und war verantwortlich für die Verbindungen zur Staatsduma und zum Föderationsrat. Quelle der Erhebungen ist die Datenbank der NGO 'Information Science for Democracy' (INDEM). Vgl. Schneider, Eberhard: *Die nationalistischen und die kommunistischen Fraktionen*, S. 12f und S. 29 sowie [www.indem.ru](http://www.indem.ru).

<sup>255</sup> INDEM bezieht sich auf die erste Sitzungsperiode 1994, welche in vier Abschnitte eingeteilt wird: 11. - 21. Januar, 04. Februar - 11. März, 16. März - 24. Juni und 06. - 22. Juli. Hierbei finden Gegensatzpaare Anwendung, die die unterschiedlichen Werte wiedergeben. So z.B. Reformismus - Antireformismus oder Zusammenarbeit mit der Regierung - Opposition zur Regierung. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass die Quelle nur eine einzige Sitzungsperiode beleuchtet und auch wenn INDEM eine NGO und G. A. Satarow deren Gründer und Direktor der Moskauer Helsinki-Gruppe ist, bestand die erwähnte Nähe G. A. Satarows zum Präsidenten. Vgl. Schneider, Eberhard: *Die nationalistischen und die kommunistischen Fraktionen*, S. 13 und S. 29. Siehe auch Abbildung 2.

<sup>256</sup> Vgl. Iswestija, 08.10.1994.

<sup>257</sup> Vgl. Segodnja, 07.04.1995.

Zeitraum - Gegensatzpaare	APR	KPRF	LDPR	PdM VR
11.1.-21.1.: Reformismus - Antireformismus	75,06 (7,72)	81,86 (3,05)	80,37 (6,08)	27,94 (7,77)
4.2.-11.3.: Reformismus - Antireformismus	82,17 (9,40)	88,28 (4,94)	82,58 (6,91)	27,32 (10,3)
16.03.-24.6.: Reformismus - Antireformismus	85,05 (4,75)	89,43 (2,31)	91,82 (2,56)	31,27 (11,20)
6.7.-22.7.: Reformismus - Antireformismus	64,34 (9,96)	79,23 (11,00)	81,46 (8,05)	14,93 (7,15)
6.7.-22.7.: Zusammenarbeit mit der Regierung – Opposition zur Regierung	61,17 (6,93)	53,30 (7,16)	60,36 (9,04)	58,65 (8,03)
16.3.-22.07.: Wirtschaft: Reformismus- Antireformismus	68,97 (7,99)	72,06 (8,39)	83,28 (6,30)	25,06 (8,59)

Abbildung 2: Abstimmungsverhalten der Fraktionen und Gruppen in der Staatsduma:  
1. Sitzungsperiode 1994, ausgewählte Gegensatzpaare<sup>258</sup> © M. Mirschel

An den entscheidenden Punkten, so muss man G. Luchterhandt Recht geben, stand die LDPR hinter der Regierung, so z.B. bei der Frage der Invasion in Tschetschenien. In diesem Zusammenhang kam es sogar zu Absprachen zwischen dem LDPR-Vorsitzenden W. W. Schirinowski und dem Regierungschef W. S. Tschernomyrdin, bei denen es um eine regierungskonforme Politik der Fraktion in der Staatsduma gegangen sein soll.<sup>259</sup> Diese Aussage unterstützt auch E. Laboor, indem er sagt, dass „*die liberaldemokratische Dumafraktion in vielen entscheidenden Fragen zugunsten der Regierung und des Präsidenten abgestimmt hat.*“<sup>260</sup>

Für die Folgezeit, die Wahlen zur II. Staatsduma 1995 und die Präsidentschaftswahlen ein Jahr später, ist festzustellen, dass es der LDPR nicht gelang, ihren 1993 errungenen Erfolg zu wiederholen. Allgemein betrachtet stimmen die Autoren darin überein, dass die Wahlen 1995 nicht einem politischen Desinteresse in der RF zum Opfer fielen, sondern dass mit einer Wahlbeteiligung von 64, 3% mehr Menschen an die Urnen gingen, als es 1993 der Fall war.

<sup>258</sup> Die Zahlen stellen jeweils den Mittelwert zwischen 0 und 100 dar, die 0 würde dem linken Gegenpaarwort (z.B. Reformismus) voll entsprechen, die 100 würde dem rechten Gegenpaarwort (z.B. Antireformismus) voll entsprechen. Die eingeklammerte Zahl gibt Auskunft darüber, wie geschlossen die Fraktionen abstimmten. Je kleiner die Zahl, desto geschlossener das Abstimmungsverhalten. Vgl. Schneider, Eberhard: Die nationalistischen und die kommunistischen Fraktionen, S. 13 und S. 29.

<sup>259</sup> Vgl. Iswestija, 14.01.1995.

<sup>260</sup> Vgl. Laboor, Ernst: Programme der wichtigsten politischen Kräfte, S. 298f.

Waren es 1993 nur 13 Vereinigungen und Wahlblöcke<sup>261</sup>, die sich zur Wahl stellten, waren es 1995 bereits 43<sup>262</sup>, deren Reihenfolge auf dem Stimmzettel durch die Zentrale Wahlkommission ausgelost wurde. Die LDPR konnte zwar mit 11,2% das zweitbeste Listenergebnis erreichen, konnte diese Position aber mit nur einem einzigen Direktmandat nicht ausbauen und fiel hinter der KPRF und der UHR auf den dritten Platz zurück.

Für die Präsidentschaftswahlen 1996 sollen hier die wichtigsten Eckpunkte des Programms von W. W. Schirinowski aufgeführt werden<sup>263</sup>, da diese Aufschluss über die programmatische Ausrichtung der LDPR geben können. Innenpolitisch, so W. W. Schirinowski, wolle er „*innerhalb von zwei bis drei Monaten alle Verbrecher auf der Straße erschießen lassen, da die Gefängnisse jetzt schon voll seien.*“<sup>264</sup> Ferner, so der Präsidentschaftskandidat der LDPR, wolle er in Tschetschenien „*eine Politik der verbrannten Erde betreiben.*“<sup>265</sup> Außenpolitisch sehe W. W. Schirinowski in einer Osterweiterung der NATO „*die Vorbereitung der NATO auf einen neuen Krieg.*“<sup>266</sup> Einen Krieg fürchten nur die reichen Länder, nicht die armen wie Russland, so der LDPR-Vorsitzenden. „*Russland würde in einem solchen Krieg nicht kämpfen, sondern über Nacht mit seinen modernen Laserwaffen Deutschland zerstören.*“<sup>267</sup> Diese Aussagen untermauern den populistischen Anstrich der LDPR und verdeutlichen zugleich die ideologische und programmatische Ferne zur KPRF. Beide Vereinigungen stellen den jeweiligen Gegenpart im politischen Spektrum der RF dar. Die LDPR konnte sich in den entscheidenden Positionen der staatlichen Exekutive nicht festsetzen, denn der Vereinigung wurde von allen Seiten des politischen Spektrums keine weitergehende Zusammenarbeit angeboten.<sup>268</sup> Gleichwohl schaffte es die LDPR besonders bis zu den Wahlen der Staatsduma 1993, eine für viele politisch Heimatlose der RF verlockende

<sup>261</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Die russische Staatsdumawahl 1995, S. 14.

<sup>262</sup> Vgl. Iswestija, 14.01.1995.

<sup>263</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Die russische Präsidentschaftswahl 1996, S. 25f. Der Autor bezieht sich hier auf ein Gespräch, welches er Ende April 1996 mit dem LDPR-Vorsitzenden in Moskau führte.

<sup>264</sup> Vgl. ebenda.

<sup>265</sup> Vgl. ebenda.

<sup>266</sup> Vgl. ebenda.

<sup>267</sup> Vgl. ebenda.

<sup>268</sup> Dies ist bezogen auf die Arbeit in der Staatsduma sowie deren Komitees. Die Zusammenarbeit beschränkt sich auf den Versuch, die LDPR unter Kontrolle zu halten. Diese Taktik kann ambivalent gesehen werden, denn zum einen schaffte man der LDPR extra das Komitee für Geopolitik, um deren Aktivitäten zu kanalisieren, zum anderen verschaffte man der Vereinigung so den Anschein von Legitimität. Vgl. Timtschenko, Viktor: Ich erwecke Russland mit Blut, S. 185f. Mit dem Wahlerfolg 1993 erfolgte eine Steigerung der Angriffe ehemaliger Weggefährten, politischer Gegner und der Presse gegen W. W. Schirinowski und die LDPR. Es kam zu einer öffentlichen Auseinandersetzung mit E. T. Gajdar und dem ehemaligen Weggefährten W. W. Schirinowskis, E. Limonov. Der 1994 eingeleitete Versuch die parlamentarische Immunität des LDPR-Vorsitzenden durch die Generalstaatsanwaltschaft der RF aufheben zu lassen, muss in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Vgl. Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien, S. 310 und Umland, Andreas: Wladimir Shirinowskij in der russischen Politik, S. 1129f. Zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen in der LDPR 1994 siehe besonders: Timtschenko, Viktor: Ich erwecke Russland mit Blut, S. 204f.

Mischung zu schaffen, die „bestimmte ideologische Elemente des `real existierenden Sozialismus` mit dem `klassisch` rechten oder faschistoiden Gedankengut“<sup>269</sup> verband, so dass „deklassierte Teile der ehemals herrschenden Elite, aber auch desorientierte kleine Kommunisten aus der einstigen 20-Millionen-Partei [...]“<sup>270</sup> in der LDPR ihre neue politische Heimat zu finden glaubten, wie G. Dalos die Situation für neue LDPR-Anhänger in der RF beschreibt. Besonders in den ersten Jahren des Untersuchungszeitraumes konnte sich die LDPR als eine Anti-System-Alternative präsentieren, was ihr nicht wenige Stimmen einbrachte.<sup>271</sup>

#### **2.3.4. Die kommunistische und sozialistische Linke**

Nachdem die KPdSU via Dekret von B. N. Jelzin infolge des gescheiterten Putschversuches von 1991 verboten worden war, formierten sich schon kurze Zeit später die bereits im Vorfeld entstandenen Fraktionen innerhalb der KPdSU, um ihrerseits eigenständige kommunistische Bewegungen zu gründen. Bedingt durch eine tief sitzende ideologische Differenz unter den Fraktionen, kam es zu einer Vielzahl von neu gegründeten gesellschaftlichen Vereinigungen im linken Politikspektrum der RF. Das folgende Kapitel soll besonders für die Zeit bis zur Gründung der KPRF am 13./14.02.1993<sup>272</sup> einen Blick über die kommunistischen und bolschewistischen Bewegungen liefern, welche sich unabhängig von der KPRF entwickelten. Mit dem Jahr der Staatsdumawahlen 1993 und dem 2. Putschversuch, der sich gegen den Beschluss B. N. Jelzins richtete, den Volksdeputiertenkongress aufzulösen, erfolgte eine Zäsur für die Entwicklung des politisch linken Spektrums. Zu den Wahlen 1993 wurde die KPRF als einzige kommunistische Bewegung, die APR als Klientelpartei, mit unbestrittener Nähe zur KPRF, zugelassen.

In diesem Kapitel soll auf die APR eingegangen werden, um sie trotz ihrer besonderen ideologischen und personellen Nähe<sup>273</sup> zur KPRF angemessen zu beleuchten. Nicht nur die ideologische Nähe, sondern auch der Zeitpunkt der Gründungsveranstaltung der APR

<sup>269</sup> Vgl. Dalos, György: Rechts in Russland. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Vol. 38, 1994, S. 98.

<sup>270</sup> Vgl. ebenda.

<sup>271</sup> Besonders von 1991 bis zum Wahlkampf zur Staatsdumawahl 1993 konnte sich die LDPR als eine Alternative zur kommunistischen Bewegung entwickeln. Die Gefahr für die Kommunisten und die spätere KPRF seitens der LDPR schwindet mit dem Erstarken der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation.

<sup>272</sup> Der 13./14.02.1993 ist das Datum der (Neu-)Gründung der KPRF, denn schon am 30.11.1992 erlaubte das Verfassungsgericht die Wiederbelebung der kommunistischen Partei in der RF. Die Registrierung der KPRF erfolgte am 24.03.1993. Diese drei Daten werden oft durcheinander gebracht bzw. unzureichend differenziert.

<sup>273</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien, S. 77.

(23.02.1993) liegt zeitlich nahe dem der KPRF. A. Legutke geht sogar soweit, dass sich die APR „zum damaligen Zeitpunkt eher als eine Art Unterorganisation der KPRF bezeichnen“<sup>274</sup> lässt, wenn man die Bindungen unter den beiden Vereinigungen näher beleuchtet und ihre personellen Überschneidungen betrachtet.

Die entscheidenden politischen Vereinigungen des linken Spektrums zu Beginn des Untersuchungszeitraumes waren zum einen die ‚Sozialistische Partei der Werktätigen‘ (SPW), die sich am 26.10.1991 in Moskau gründete. Die SPW kann als linke Vereinigung mit sozialdemokratischer Ausprägung verstanden werden.<sup>275</sup> In einem Interview mit der Prawda<sup>276</sup> verdeutlicht der einstige Dissident und Gründungsinitiator der Vereinigung, R. Medwedew, die Position der SPW. Er sagt: „Wir sind dagegen, die Arbeiter als irgendeine gesonderte Klasse zu behandeln. Noch mehr sind wir gegen die ‚Diktatur des Proletariats‘.“<sup>277</sup> R. Medwedew verschweigt nicht, dass die Bezeichnung seiner Vereinigung als ‚Sozialistische Partei‘ eine taktische Angelegenheit ist und verdeutlicht seine Aussage, indem er den Realsozialismus als „gleichmacherischen, totalitären, staatlichen Kasernenhofkapitalismus“<sup>278</sup> bezeichnet. Um Abgrenzung zur KPdSU bemüht, unterstreicht die SPW das Recht, unterschiedliche Strömungen und Gruppen innerhalb der Vereinigung zuzulassen.<sup>279</sup> Wie so oft in diesem Zusammenhang, wird der Umstand, dass „sich alle kommunistischen Parteien definitiv zu Nachfolgeorganisationen der KPdSU erklärt [haben]“<sup>280</sup> verschwiegen.

Eine weitere Vereinigung des linken Spektrums stellt die Vereinigung der ‚Kommunisten Russlands‘ (PKR) dar, deren Gründungskonferenz am 14./15.12.1991 in der Nähe Moskaus stattfand. Die PKR stellte sich explizit gegen sozialdemokratische Ansätze und betonte zusätzlich ihre Abneigung gegen bürgerlich-liberale, rechte, aber auch gegen stalinistische und dogmatische Ansätze, um die gesellschaftlichen Probleme des Landes zu lösen.<sup>281</sup> Die PKR kann somit im Spannungsfeld zwischen sozialdemokratischen und orthodox-

<sup>274</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien, S. 77.

<sup>275</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, S. 240.

<sup>276</sup> Vgl. Prawda, 17.12.1991.

<sup>277</sup> Vgl. ebenda.

<sup>278</sup> Vgl. ebenda.

<sup>279</sup> Vgl. Prawda, 17.12.1991.

<sup>280</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, S. 93 und S. 241. Eine Ausnahme stellt, der Autorin nach, die Partei der Arbeit (PdA) dar, ohne näher auf die Beweggründe und Ursachen einzugehen. Anzunehmen wäre, dass der Grund im Zusammenschluss zumeist junger, sozialistisch orientierter Intellektueller zu suchen ist. Die Autorin äußert die Mutmaßung, dass die Berufung der anderen Parteien auf die KPdSU eine mögliche Sicherung der Kapitalien der ehemaligen Staatspartei als Ziel hatte.

<sup>281</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, S. 256.

stalinistischen Bewegungen des politisch linken Spektrums gesehen werden. Die Fragen nach Ablehnung der KPdSU-Traditionen sowie der politischen Nachfolge stellten sich der PKR nicht.<sup>282</sup>

Eine der zahlenmäßig stärksten und gleichsam stalinistischsten Neugründungen des linken Spektrums stellt die 'Kommunistische Arbeiterpartei Russlands' (KAPR) dar. Ihre Gründungskonferenz wurde am 23./24.11.1991 in Jekaterinenburg abgehalten und rekrutierte sich zu einem großen Teil aus ehemaligen Parteiveteranen der KPdSU. Laut G. Luchterhandt waren 78% der KAPR-Mitglieder länger als 20 Jahre Mitglied der ehemaligen Staatspartei, 31% hatten sogar 40 oder mehr Jahre Parteierfahrung.<sup>283</sup> Das Dringlichkeitsprogramm der Vereinigung von 1992 sprach von einer „*volksfeindlichen Clique um Gorbatschow und Jelzin*“<sup>284</sup>, der Wiedereinrichtung der Macht der Räte, der Wiederherstellung des Staatsmonopols im Außenhandel, dem Volkseigentum an Boden sowie über die Kontrolle der Geschäfte und der Lebensmittelversorgung. Weiter rief die Vereinigung Militärdienstleistende, Angehörige der Ordnungskräfte sowie die Justiz auf, die Interessen der Arbeiter zu schützen.<sup>285</sup> Laut G. Luchterhandt verpflichtete die Vereinigung ihre Mitglieder nahezu, „*auch die kleinste Möglichkeit zu nutzen, in den Arbeiterkollektiven, in den Massenmedien (vorrangig den eigenen Medien, Anm. d. Verf.) oder auf Kundgebungen mit der Entlarvung der einheimischen und der ausländischen Bourgeoisie aufzutreten.*“<sup>286</sup>

Am äußersten Rand der linken Vereinigungen und Bewegungen steht die 'Kommunistische Allunions-Partei der Bolschewiken' (KAPB). Zur Führung der Vereinigung wurde am 07./08.11.1991 in St. Petersburg N. A. Andrejewa bestimmt. Die KAPB stellt an Dogmatismus und stalinistischen Inhalten alle anderen damalig linken Vereinigungen in den Schatten. Allein der Umstand, dass die KAPB das Programm und das Statut der KPdSU von 1952 unverändert übernommen hat, zeugt von starker stalinistischer Radikalität innerhalb der Bewegung.<sup>287</sup> Im Material für die Delegierten des Gründungskongresses der KAPB heißt es unter anderem zu den sozial-ökonomischen Aufgaben, dass „*die Eigentumsfrage eine Machtfrage ist, es keine 'Entstaatlichung', kein Privateigentum an Produktionswerkzeugen*

<sup>282</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, S. 256.

<sup>283</sup> Vgl. ebenda, S. 241.

<sup>284</sup> Vgl. Dringlichkeitsprogramm der Kommunistischen Arbeiterpartei Russlands. In: Luchterhandt, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, S. 263.

<sup>285</sup> Vgl. ebenda.

<sup>286</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, S. 264.

<sup>287</sup> 1952 befand sich die UdSSR auf einem erneuten Höhepunkt stalinistischer Ideen und stalinistischer Radikalität, eine erneute stalinistische Säuberung war zu befürchten.

und -mitteln und keine Privatisierung geben“<sup>288</sup> kann. Weiter heißt es: „Das Sowchosen- und Kolchosensystem ist das Rückgrat der sozialistischen Warenproduktion im großen Maßstab [...]“<sup>289</sup> Im Material für die Delegierten der KAPB hieß es weiter zum Bereich der Politik und der Ideologie, dass der Staat, als Funktionsträger der Diktatur des Proletariats aufzutreten habe und die sowjetischen Streitkräfte seit über 70 Jahren ein Garant für die Unabhängigkeit des Staates und den Schutz seiner Bürger seien, die Streitkräfte seien „Fleisch vom Fleische des werktätigen Volkes, [...]“<sup>290</sup> Als Identifikationsfiguren führt die KAPB Personen wie J. Stalin (an erster Stelle der Aufzählung, Anm. d. Verf.), Mao Zedong, G. Dimitrow, E. Thälmann, M. Thorez, P. Togliatti (sic!), Ho Tsch Minh, Kim Il Sung, F. Castro u. a. an, die signifikant für den Charakter der politischen Vereinigung als Bestandteil der internationalen kommunistischen Bewegung sind.<sup>291</sup>

Zweifelsohne gibt es noch eine Vielzahl kleinerer und kleinster Gruppen im linken Spektrum, so die `Sozialistische Partei der Arbeiter und Bauern`, der `Bund der Kommunisten` oder die `Leninistische Sozialistische Partei der Arbeiterklasse`. Diese wurden jedoch in den Anfangsjahren unter den neu gegründeten gesellschaftlichen Vereinigungen nicht tonangebend. Nimmt man nun alle Organisationen zusammen, ergaben sich für den Untersuchungszeitraum, nach G. Luchterhandt, ca. 20.000 Mitglieder.<sup>292</sup> Wie anhand der Beispiele aus den jeweiligen Programmen, Materialien und Wortäußerungen zu entnehmen ist, unterschieden sich die programmatischen Ziele und Vorstellungen der Bewegungen maßgeblich. Wo die SPW ihre sozialdemokratischen Neigungen nicht verleugnete und sich gegen den Marxismus-Leninismus aussprach, Fraktionen innerhalb der Vereinigung duldeten und Abstand von der besonderen Rolle der Arbeiterklasse nahm, findet sich als Gegenpol die KAPB mit den beschriebenen stalinistischen Ideen.

Je stärker die stalinistische Komponente in den Vereinigungen zum Tragen kommt, desto einseitiger die Entscheidungszentren, desto höher also der Zentralisierungsgrad<sup>293</sup>.

---

<sup>288</sup> Vgl. Programm der Kommunistischen Allunionspartei (Bolschewisten-Leninisten). In: Luchterhandt, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, S. 268.

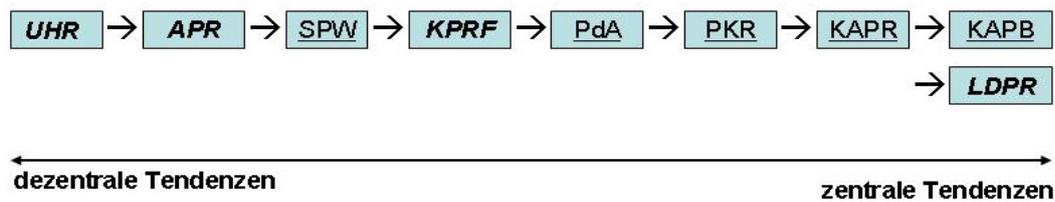
<sup>289</sup> Vgl. ebenda, S. 269.

<sup>290</sup> Vgl. ebenda.

<sup>291</sup> Vgl. Programm der Kommunistischen Allunionspartei (Bolschewisten-Leninisten). In: Luchterhandt, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, S. 268.

<sup>292</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, S. 245.

<sup>293</sup> Vgl. Abbildung 3.



*kursiv*: Vereinigungen der Hauptbetrachtung  
 (unterstrichen: zusätzliche Vereinigungen des linken Spektrums)

Abbildung 3: Zentralisierungsgrad ausgewählter Vereinigungen

Für diese Arbeit wichtig erscheint die Verbindung der Organisationen des linken Spektrums mit den Ideen des Patriotismus und des Nationalismus. Hier kann anhand einer rein politisch gesehenen Rechts-Links-Ausrichtung festgehalten werden, dass je weiter links die Vereinigungen auf der Skala zu finden waren, desto mehr nationalistische Tendenzen ließen sich attestieren. So lassen sich in den Verlautbarungen der SPW Schlagworte wie Internationalismus und Völkerfreundschaft finden. Doch auch die SPW ist nicht frei von patriotischen Bezügen. So sprach A. N. Malzew in einem Vortrag zu den programmatischen Thesen seiner Vereinigung, auf dem I. Parteikongress: „*Wir werden auch sicherlich mit den patriotischen Kräften Russlands, besonders den demokratisch gesinnten, gegen die Verschleuderung nationaler Reichtümer und sogar Territorien Russlands, gegen nationale Erniedrigung, für Wiederherstellung des nationalen Stolzes und der Würde der Menschen in Russland kämpfen.*“<sup>294</sup> Bezieht man die KAPB als Vergleichsobjekt in die Bewertung ein, wird schnell deutlich, dass sich die These vom radikaleren Nationalismus mit der Stellung am linken Rand des linken Spektrums halten lässt. Im schon zitierten Material für die Delegierten der ‚Kommunistischen Allunionspartei‘ heißt es: „*Alle Angriffe auf die Armee, auf die Ehre und Würde der Vaterlandsverteidiger, müssen gesetzlich bestraft werden.*“<sup>295</sup> An einer anderen Stelle heißt es weiter: „*Die Partei der Bolschewisten-Leninisten wird sich bemühen, [...], die einstige Größe und Macht des sozialistischen Vaterlandes wiederzugewinnen.*“<sup>296</sup>

Ebenso kann ein weiteres Phänomen entlang der Rechts-Links-Ausrichtung festgemacht werden, welches nach G. Luchterhandt darin besteht<sup>297</sup>, dass die Aktivitäten, die eine

<sup>294</sup> Vgl. Konzeption der Partei der Arbeit. In: Luchterhandt, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, S. 251.

<sup>295</sup> Vgl. Programm der Kommunistischen Allunionspartei (Bolschewisten-Leninisten). In: Luchterhandt, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, S. 270.

<sup>296</sup> Vgl. ebenda, S. 269.

<sup>297</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, S. 246.

Wirkung nach außen zeigen, mit einer weiter links liegenden Position zunehmen. Es wäre sicher nicht falsch, die These noch weiter zuzuspitzen, indem man sagt, dass je linker die Vereinigung, desto öffentlicher vollziehen die Vereinigungen ihre Auftritte. Ein ähnlicher Sachverhalt kann in diesem Bezug auch für die rechten Vereinigungen verdeutlicht werden, denn je weiter rechts die Vereinigung im rechten Spektrum zu finden ist, umso populistischer ist ihr Auftreten und sind ihre Parolen. Für die linken Vereinigungen bedeutet dies, dass die SPW, obwohl zahlenmäßig stärkste Organisation, nur wenig Aktivitäten außerhalb ihrer Treffen und Veröffentlichungen entwickelte. Im Gegensatz zur SPW trat die PKR mit weiter reichenden Aktionen in der Öffentlichkeit hervor. So beteiligte sich die PKR an den November-Demonstrationen 1991, startete Aktionen zur Verteidigung der Prawda und gegen die Reformpolitik von B. N. Jelzin.<sup>298</sup> In den öffentlichen Aktionen der KAPB und auch der KAPR ist eine andere Qualität zu erkennen. So finden wir beide Organisationen bei Kundgebungen zur Verteidigung des Lenin-Museums und des Lenin-Mausoleums. Eine Zuspitzung ist beim 'Marsch der Hungerschlangen' vom 22.01.1991 zu erkennen, denn hier lassen sich Aktivisten der KAPB und der KAPR bei den Aktionen, die von den „immer 'brauner' werdenden Nationalisten und Chauvinisten“<sup>299</sup> um den LDPR-Vorsitzenden W. W. Schirinowski organisiert wurden, finden.

Zwischen diesen Organisationen, die sich zu einem Großteil aus den aktivsten Kommunisten zusammensetzten und überwiegend ältere Mitglieder hatten, entwickelten sich Beziehungen verschiedenster Art. Nicht nur die SPW, sondern auch die PdA unterhielten in unterschiedlicher Ausprägung Kontakte zum DR. Die weiter links stehenden Organisationen und Bewegungen innerhalb des Spektrums versuchten, sich untereinander zu organisieren. Dies funktionierte nicht immer, wie die Verbindungsversuche zwischen der 'Marxistischen Plattform', der 'Kommunistischen Initiative', die sich innerhalb der KPdSU bzw. der KPRSFSR gebildet hatten und der KAPR zum Ende des Jahres 1991 zeigten. Die KAPB hielt sich aus den Bestrebungen, Verbindungen einzugehen, heraus, war sie doch mit der Intention angetreten, alle Kommunisten in sich zu vereinen. Diesen Anspruch konnte sie nicht in die Tat umsetzen, begaben sich doch selbst die 'treuesten Kommunisten' zur ihr auf Distanz. Grund war ihr stark ausgeprägter, oft dogmatisch ausgelegter Stalinismus.<sup>300</sup>

---

<sup>298</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, S. 246.

<sup>299</sup> Vgl. ebenda.

<sup>300</sup> Vgl. ebenda, S. 247.

Festzuhalten ist, dass das linke Spektrum zu Beginn des Untersuchungszeitraumes nicht fest miteinander verbunden war. G. Luchterhandt äußerte schon damals die Vermutung: „*Wahrscheinlich stehen viele neue Spaltungen und Vereinigungen bevor.*“<sup>301</sup> Sie sollte Recht behalten, konnte aber zum damaligen Zeitpunkt noch keine Aussagen zur linken APR sowie zur KPRF und deren Wirkung auf das System der Vereinigungen der RF machen.

Die Agrarpartei Russlands, welche im Februar 1993 gegründet wurde, setzte sich zu einem großen Teil aus der Parlamentsfraktion – Agrarunion – des Obersten Sowjets der RSFSR zusammen. Die Agrarunion zählte zur Zeit des letzten Volkskongresses immerhin 130 Deputierte.<sup>302</sup> Weitere wichtige Vertreter der APR waren Angehörige des Landwirtschaftsministeriums, Kolchos- und Sowchosedirektoren, Mitglieder der Gewerkschaft der Landarbeiter sowie, wie in den meisten linken Vereinigungen, ehemalige Funktionäre der KPdSU.<sup>303</sup> In die Führungsgremien der Vereinigung wurden die zuvor noch als Stellvertreter des KPRF-Vorsitzes fungierenden I. P. Rybkin und M. I. Lapschin gewählt. M. I. Lapschin, welcher im Vorfeld auch der Agrarunion vorstand, übernahm den Vorsitz der APR. Wie schon beschrieben, fiel der Gründungsparteitag der APR nicht zufällig in den gleichen Zeitraum, in dem auch der der KPRF lag. Die KPRF versuchte mit der Gründung der APR, die formell eine unabhängige Vereinigung war, eine Organisation zu etablieren, die auch für Nichtkommunisten wählbar erschien. Dass der APR das politische Leben als eine Klientelvereinigung erschwert wurde, sollte sich erst mit den Staatsdumawahlen von 1995 zeigen, bei der sie die 5% Hürde nicht überwand. Anfänglich war der Anspruch, eine „*sektorale Interessenpartei*“<sup>304</sup> ins Leben zu rufen, durchaus viel versprechend, wenn man die damalige Bedeutung des Agrarsektors für die UdSSR und ebenso für die RF bedenkt. Die APR legte zur Registrierung als Vereinigung zu den Staatsdumawahlen von 1993 von allen politischen Vereinigungen die meisten Unterschriften vor und zeigte somit eindrucksvoll ihre Präsenz in den Regionen, was ihrem Selbstbild durchaus entsprach. M. I. Lapschin umriss die Schwerpunkte der APR gegenüber der Iswestija mit den Schlagworten „*vom Staat geregelter*

<sup>301</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, S. 247.

<sup>302</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 77.

<sup>303</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Die russischen Parlamentswahlen 1993, S. 11.

<sup>304</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 77. Die APR wurde somit zur klaren Interessenvertretung des agra-industriellen Komplexes. Die prozentuale Verteilung bestimmter Berufsgruppen bescheinigt der APR den insgesamt höchsten Anteil an Betriebsdirektoren und „*anderer Direktoren*“ sowie einen sehr hohen Anteil von Gewerkschaftlern. A. Legutke weist darauf hin, dass es sich bei den Betrieben vorrangig um Agrarbetriebe und bei den Gewerkschaften vorrangig um Agrargewerkschaften handelt. Zusätzlich kann die Nominierung von Kandidaten aus den Kreisen der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber als Hinweis für stark beeinflussende planwirtschaftliche Betriebsstrukturen gesehen werden. Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 137ff.

Übergang<sup>305</sup> und gegen den „rücksichtslosen Kauf und Verkauf“<sup>306</sup>. Die APR vertritt die politischen Interessen ihrer Klientel und steht somit für den Erhalt der Kollektivwirtschaften bzw. Staatsgüter, auch wenn diese schon früh unter der Bezeichnung ‚landwirtschaftliche Aktiengesellschaft‘ umbenannt worden sind.<sup>307</sup> Für den Untersuchungszeitraum dieser Arbeit und mit Blick auf die KPRF ist die APR insoweit interessant, als dass sie programmatisch die KPRF um die Themen Landwirtschaft und Ernährung ausbaute sowie die Arbeit der KPRF in der Staatsduma 1993 und 1995 unterstützte<sup>308</sup>. Bezüglich der Sitzanteile<sup>309</sup> in der Staatsduma von 1993 erreichte die APR letztendlich 12,4% der Mandate, die KPRF nur 10,1%.<sup>310</sup> Das gute Ergebnis der APR machte die Vereinigung für die KPRF zu einem wichtigen Partner bei der innerparlamentarischen Arbeit. Diese gegenseitige Zusammenarbeit kehrte sich zu den Staatsdumawahlen 1995 in ihrer Wirkung um. Hier ließ die KPRF der APR 15 Deputierte, was es der APR möglich machte, den Fraktionsstatus zu erreichen.<sup>311</sup> Dieser Hilfsdienst war für die APR-Deputierten und das Wirken der Vereinigung in der Staatsduma wichtig, denn wie G. Luchterhandt richtig feststellte, hatte *„ein der Fraktion nicht angehöriger Abgeordneter praktisch keine Chance, sich politisch zu profilieren, da ihm der Zugang zu den Ressourcen der Fraktion verwehrt war.“*<sup>312</sup> Hier handelt es sich vor allem um die Nutzung

<sup>305</sup> Vgl. Iswestija, 27.11.1993.

<sup>306</sup> Vgl. Iswestija, 27.11.1993. Gemeint ist hierbei der Grund und Boden. Diese Aussage kann als kritische Haltung der APR gegenüber dem privaten Bauerntum angesehen werden.

<sup>307</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Die russischen Parlamentswahlen 1993, S. 11.

<sup>308</sup> E. Schneider vertritt die These, dass es der KPRF gelang *„das Elektorat der ‚Kommunisten vom Lande‘ zu übernehmen“*, hier zum Nachteil der APR. Die These, dass die APR nur zum Zwecke der Wahlteilnahme an den Staatsdumawahlen 1993 gegründet wurde, da nicht abzusehen war, ob eine schlagkräftige kommunistische Partei bis zu den Wahlen aufgebaut werden konnte, halte ich für unzureichend. Die These von A. Legutke, wonach eine *„sektorale Interessenpartei“* mit starker Abhängigkeit zur KPRF, der Partei mehr Vorteile bringen würde, entspricht eher dem Entwicklungspotential der KPRF und ihrer Netzwerke, welche trotz eines geringen Zeitraumes zwischen Neugründung und Staatsdumawahl 1993 schnell an Schlagkraft gewinnen konnten. G. Luchterhandt bestätigt indirekt die These A. Legutkes, indem sie der KPRF schon vor den Wahlen zur Staatsduma 1993 eine starke Basis an Mitgliedern attestiert und eine Verbreitung über das ganze Land bescheinigt. Vgl. Schneider, Eberhard: Die russischen Staatsdumawahlen von 1995, S. 18. Schneider, Eberhard: Die nationalistischen und die kommunistischen Fraktionen der russländischen Staatsduma, S. 7 und Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 77. Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 19.

<sup>309</sup> In diesen Zahlen spiegelt sich die Tendenz wider, der personellen und organisatorischen Schwäche der Vereinigungen mit der Bildung übergreifender Wahlblöcke zu begegnen. Die Gruppierung ‚Neue Regionalpolitik‘ hatte über die Listenwahl kein Mandat erreichen können, erhielt aber über den Zusammenschluss ehemals parteiungebundener Kandidaten ihre programmatische Ausrichtung auf die regionale Ebene und Sitzanteile in der Staatsduma von 15,1% im Jahr 1993. Vgl. Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien, S. 202f. Bei den Staatsdumawahlen von 1993 erhielten die unabhängigen Kandidaten 127 von 450 möglichen Mandaten. Entweder sie bildeten Gruppierungen untereinander, wie die ‚Neue Regionalpolitik‘ oder schlossen sich bestehenden Blöcken oder Vereinigungen an.

<sup>310</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Russland auf Demokratiekurs?, S. 140ff.

<sup>311</sup> Wie schon beschrieben, belief sich die Mindestzahl einer ordnungsgemäßen Fraktion auf 35 Abgeordneten. Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 77 ebenso Schneider, Eberhard: Die russische Staatsdumawahl 1995, S. 38.

<sup>312</sup> Jedem Mandatsträger stehen finanzielle Mittel zur Verfügung, die die Aufstellung von 5 Assistenten ermöglichen sollen, die sich auch auf die Regionen verteilen können. Weitere 25 Mitarbeiter können ohne Bezahlung akkreditiert werden, diese Mitarbeiter kommen in den Genuss bestimmter Privilegien, einer Art

der Informationsinfrastruktur, materieller Vorteile sowie Räumlichkeiten und Angestellten, die allein die Zugehörigkeit zur Staatsduma und im Besonderen die Bildung einer Fraktion attraktiv machten. Organisationen, die sich nur außerparlamentarisch betätigen konnten, waren oftmals „*Parteien ohne Obdach und Postanschrift*“<sup>313</sup>. Die materiellen Ressourcen stiegen und fielen mit der Zugehörigkeit zu bestimmten Wahlblöcken oder ihren Deputierten bzw. Dumaabgeordneten. Auf der anderen Seite versprach sich die KPRF eine verstärkte Verankerung ihrer Politik in den Regionen. So trat die APR nicht in den großen Ballungsgebieten oder den industriellen Zentren an, sondern beschränkte sich auf die westlichen, ländlich geprägten Regionen der RF.<sup>314</sup> Auch wenn es der KPRF gelungen war, sich regional gut zu verankern, stellte die APR eine weitere Festigung der regionalen Macht dar, zumindest für die Staatsdumawahlen 1993 und 1995. Betrachtet man die parlamentarische Arbeit der APR speziell während der ersten Legislaturperiode, kann auch hier die Fokussierung auf agrarrelevante Themen festgestellt werden. Die APR war mit A. Ch. Sawerjucha, als stellvertretender Ministerratsvorsitzender, wie die KPRF mit einem Minister vertreten. A. Ch. Sawerjucha war für den agra-industriellen Komplex verantwortlich. Innerhalb der Staatsduma konnte die APR durch ihre monopolnahe starke Vertretung im Komitee für Agrarfragen die gesamte Landwirtschaftspolitik der RF mit beeinflussen.<sup>315</sup> E. Schneider beschreibt die Politik der APR wie folgt: „*Die APR-Fraktion ist im Grunde nichts anderes als eine Lobby ihrer Wähler, mit dem einzigen Ziel, Privatisierung auf dem Lande zu verhindern und möglichst viele staatliche Gelder zu bekommen, die hauptsächlich über die Agra-(Geschäfts)Bank abgewickelt werden.*“<sup>316</sup> Eigene politische Ziele, die sich von denen der KPRF unterscheiden, attestiert E. Schneider der APR nicht.<sup>317</sup> Dieser Aussage kann, wenn man das Abstimmungsverhalten der APR sowie der KPRF in der I. Staatsduma untersucht, nur bedingt stattgegeben werden.<sup>318</sup> E. Schneider übersieht in seinen herangezogenen Studien<sup>319</sup> die Zahlen, die darauf hinweisen, dass die APR auf der Linie 'Reformismus vs. Antireformismus'<sup>320</sup> mehr zum Reformismus neigt, als es die KPRF tut. Dieser Trend, bezogen auf die Veränderung der Besitzverhältnisse auf dem Lande, setzt sich über den Zeitraum der I. Staatsduma hinweg fort. Ein weiterer Anhaltspunkt für vorhandene

---

indirekter Bezahlungen, so z.B. der kostenlosen Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel. Vgl. Luchterhandt, Galina: Die Entwicklung der Parteien, S. 55f.

<sup>313</sup> Vgl. Gnauck, Gerhard: Fraktionen und Parteien in Russland, S. 20.

<sup>314</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 155.

<sup>315</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Die nationalistischen und die kommunistischen Fraktionen, S. 15.

<sup>316</sup> Vgl. ebenda.

<sup>317</sup> Vgl. ebenda.

<sup>318</sup> Vgl. Laboor, Ernst: Wieviel Parteien braucht Russland, S. 105.

<sup>319</sup> Gemeint ist die Datenbank INDEM, die E. Schneider für eine Wertung heranzieht. Vgl. Schneider, Eberhard: Die nationalistischen und die kommunistischen Fraktionen, S. 12ff. Siehe auch Abbildung 2.

<sup>320</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Die nationalistischen und kommunistischen Fraktionen, S. 29 sowie Abbildung 2.

differente Ziele war auf der Linie 'Zusammenarbeit mit der Regierung vs. Opposition zur Regierung'<sup>321</sup> zu ersehen. Hier ist den Zahlen zu entnehmen, dass die KPRF mehr zur Zusammenarbeit mit der Regierung tendierte, als es die APR tat. Inwieweit es sich um eine parlamentarische Taktik handelte, ist nicht zu erkennen, ist aber mindestens in Erwägung zu ziehen.<sup>322</sup> Wird allein der Umstand herangezogen, dass sich die APR in ihren Abstimmungsverhalten von dem der KPRF unterschied, nimmt man die klare Ausrichtung der APR auf die Regionen<sup>323</sup>, die lobbyistische Ausrichtung auf die Unterstützung der Agrarindustrie sowie das später stattfindende politische und personelle Schisma<sup>324</sup> zwischen der KPRF und der APR, muss von Spannungen oder zumindest von aufkommender Emanzipation der APR ausgegangen werden. Diese Tendenzen wurden während der II. Staatsduma unterbrochen. Durch den verpassten Fraktionsstatus, der nur durch den schon erwähnten Hilfsdienst der KPRF erreicht und gesichert werden konnte, geriet die APR in eine gewisse Abhängigkeit zur KPRF. Doch wie stark die APR auch weiterhin eine Vereinigung der Agrarier war, verdeutlicht die Anpassung der Vereinigung an die Vorkommnisse auf dem Lande. Einer strikten Ablehnung von Privateigentum, wie sie die KPRF vertrat (die APR folgte diesem Ziel anfänglich ebenso bedingungslos), stand die neue APR konträr gegenüber, die im Interesse der neuen Bauernschaft das Privateigentum akzeptierte. S. A. Jenkow, Mitglied des Vorstandes der APR, bringt die neue Position der Vereinigung auf den Punkt, indem er sagt: „Die KPRF hat eine breite soziale bzw. Klassenbasis. Das Programm der APR trägt einen ausgeprägten bäuerlichen Charakter.“<sup>325</sup> Er setzt bezüglich des prinzipiellen Unterschieds in der Frage nach dem Eigentum von Grund und Boden nach: „Die APR ist der Meinung, dass das Land, das zum landwirtschaftlichen Gebrauch bestimmt ist, denjenigen gehören muß, die es bewirtschaften, das heißt, den Bauern. [...] Die KPRF ist der Meinung, dass der Boden als Grundproduktionsmittel Eigentum des ganzen Volkes sein soll[...].“<sup>326</sup> Dieser Meinung S. A. Jenkows entspricht der Entwicklung der APR im Jahre 1999.

<sup>321</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Die nationalistischen und kommunistischen Fraktionen, S. 29 sowie Abbildung 2.

<sup>322</sup> Weitere Aspekte unterstützen die These einer klaren Zusammenarbeit der APR und der KPRF: 1. in einer Reihe von Regionen tritt die APR, in der Regel in einem Block mit der KPRF an, 2. die APR blieb über die Jahre einer der wichtigsten Verbündeten der KPRF sowie wichtiges Mitglieder der Sammelbewegung 'National-Patriotische Vereinigung Russlands' (NPSR) und 3. zur Präsidentschaftswahl 1996 unterstützt die APR den Kandidaten der NPSR, G. A. Sjuganow.

<sup>323</sup> Die stärksten Organisationen der APR befinden sich in den zentralen Landwirtschaftsregionen und in der Schwarzerderegion. Vgl. Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 262.

<sup>324</sup> Im Vorfeld der Wahlvorbereitung zur Staatsdumawahl 1999 kommt es zur Trennung von der KPRF und zu Spannungen innerhalb der APR.

<sup>325</sup> Vgl. Die Bauern haben einen eigenen Beschützer. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 273.

<sup>326</sup> Vgl. ebenda, S. 274. Zum zeitgleichen Standpunkt der KPRF in Bezug auf Besitz des Bodens siehe Materialien des 12. Plenums des Zentralkomitees der KPRF. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 90ff.

Unterstrichen wird dies aber durch ihr Fraktionsverhalten bei Abstimmungen sowie ihr Eintreten für singuläre Lobbyinteressen schon während der I. und II. Staatsduma und soll gegen die These, die APR sei eine „*Unterfraktion der KPRF*“<sup>327</sup> gewesen, angeführt werden.

---

<sup>327</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 77.

### 3. Die KPRF

#### 3.1 Allgemeine Charakteristika der KPRF

Die Intention dieser Arbeit liegt in der Analyse der Faktoren, unter denen es der KPRF möglich war, im Untersuchungszeitraum politisch aktiv zu sein. Erschwerend für die Differenzierung der Faktoren ist, dass unter die allgemeinen Charakteristika der KPRF teilweise auch jene Umstände fallen, die in einem späteren Kapitel der Arbeit die Grundlagen für die Einteilung der fördernden sowie hemmenden Faktoren sein werden. Zum Zwecke der klaren Unterscheidung soll versucht werden, die allgemeinen Charakteristika wertfrei herauszuarbeiten. Die Beschreibung ihrer Wirkung auf die KPRF soll dem Kapitel der Arbeit vorbehalten bleiben, welches sich den fördernden bzw. hemmenden Faktoren der KPRF-Arbeit widmet. Inwieweit die einzelnen Faktoren zusätzlich der 'Mikroebene-KPRF' oder der 'Makroebene-RF'<sup>328</sup> zuzuordnen sind, wird in einem folgenden Kapitel dieser Arbeit zu behandeln sein.<sup>329</sup>

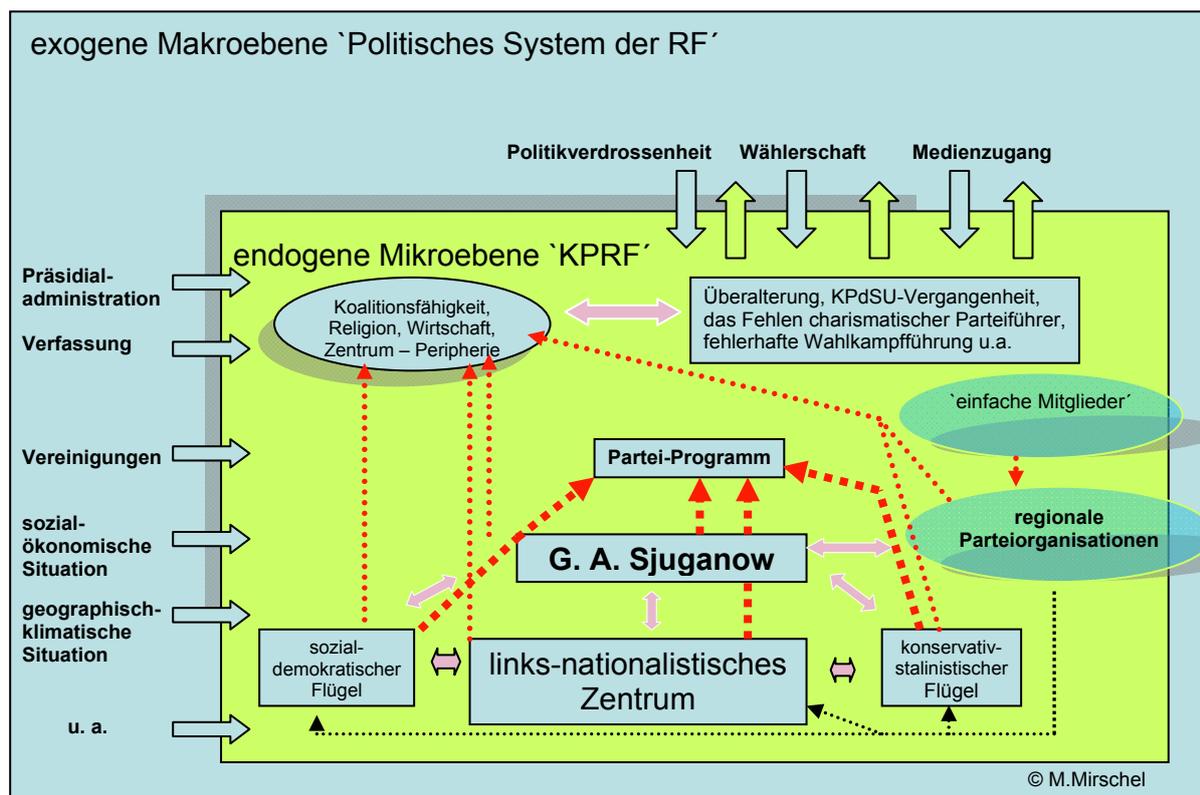


Abbildung 4: Schemata endogener und exogener Interaktionen © M.Mirschel

<sup>328</sup> Vgl. Abbildung 4.

<sup>329</sup> Zur Analyse gehört eine Einteilung in exogene, vorrangig aus der Makroebene-RF stammende und endogene Faktoren, vorrangig aus der Mikroebene-KPRF stammend, die die Parteiarbeit der KPRF beeinflussten, eine Definition der jeweiligen Begriffe erfolgt an gegebenem Ort innerhalb der Arbeit.

Für die Registrierung einer Vereinigung in der RF war es nötig<sup>330</sup>, eine Beteiligung an den politischen Prozessen innerhalb der Föderation anzustreben. Die KPRF formulierte diese Grundvoraussetzung für die Registrierung in ihrem Programm: „*Beteiligung an den Wahlen zu den Repräsentativorganen auf föderaler und kommunaler Ebene*“<sup>331</sup>. Das Programm wurde auf dem 3. Kongress der KPRF am 22.01.1995 in modifizierter Form angenommen. Es verdeutlichte erneut die Intention der KPRF, sich nicht nur über den außerparlamentarischen Weg der Vergangenheit, „*darunter Streiks und andere Formen des zivilen Widerstandes*“<sup>332</sup> zu definieren, sondern den „*Kampf gegen die volksfeindliche Staatsmacht*“<sup>333</sup> verstärkt auf dem parlamentarischen Wege zu bestreiten. Damit hatte sich die KPRF auch in ihrem Programm vom allein außerparlamentarischen Weg verabschiedet. Die KPRF kann spätestens ab diesem Punkt nicht mehr zur schon zitierten `unversöhnlichen Opposition`<sup>334</sup> gezählt werden, denn sie befand sich auf dem Weg zum „*politischen Establishment*“<sup>335</sup>, was als ein Charakteristikum der KPRF angesehen werden kann, da sich die Vereinigung in diesem Punkt vom Rest des linken politischen Spektrums unterschied. Ein weiteres wichtiges Charakteristikum der KPRF ist in der unumstößlichen Verankerung der KPRF im Erbe der KPdSU zu sehen, welchem sich die Vereinigung im Statut vom 2. Kongress der KPRF vom 14.02.1993 verschrieb. Hier heißt es: „*Auf Initiative der Kommunisten der KPdSU nimmt die Kommunistische Partei der RSFSR ihre Tätigkeit wieder auf und wird organisatorisch zur selbstständigen Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation (KPRF)*.“<sup>336</sup> Im Programm der KPRF heißt es zu diesem Sachverhalt im Abschnitt zur organisatorischen und ideologischen Stärkung der Vereinigung: „*Die KPRF führt ihren Stammbaum zur SDRPR (Sozialdemokratische Revolutionäre Partei Russlands, Anm. d. Verf.) – SDRPR(B)(Sozialdemokratische Revolutionäre Partei Russlands (Bolschewiki), Anm. d.*

<sup>330</sup> Siehe hier die erst 2001 im Parteiengesetz festgelegten Parameter zur Zulassung einer Partei. Vgl. Luchterhandt, Galina: Die Entwicklung der Parteien, S. 46.

<sup>331</sup> Vgl. Das Programm der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 75ff.

<sup>332</sup> Vgl. ebenda, S. 85.

<sup>333</sup> Vgl. ebenda.

<sup>334</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 16. Die Autorin definiert den zeitlichen Rahmen der `unversöhnlichen Opposition` selbst bis zum Ende des Jahres 1993. Die Zeit der `unversöhnlichen Opposition` endete 1993 mit dem Eintritt der KPRF in die inneren Machtstrukturen des politischen Systems der RF. Mit der aussichtsreichen Kandidatur G. A. Sjuganows um das Präsidenschaftsamt 1996 war der Höchststand an partizipatorischer Macht innerhalb des politischen Systems erreicht. Nicht nur das Bündnis, die `Patriotische Volksunion`, sondern die KPRF war „*nach eigener Auffassung innerhalb der Macht selbst*““. Vgl. Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 22.

<sup>335</sup> Vgl. ebenda.

<sup>336</sup> Vgl. Statut der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 64ff.

Verf.) – *KPR(B)* (Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki), Anm. d. Verf.) – *KPdSU* – *KP RSFSR* zurück.“<sup>337</sup>

Somit geht die KPRF direkt auf die von B. N. Jelzin im November 1991 verbotene KPRSFSSR zurück. Das Urteil des Verfassungsgerichtes der RF vom 30.11.1992 erklärte das Dekret des Präsidenten teilweise für verfassungswidrig und ermöglichte der Vereinigung, ihre Grundorganisation auf lokaler und regionaler Ebene wieder zu beleben. Die Grundorganisationen hatten *„ihren gesellschaftlichen Charakter bewahrt und nicht dazu beigetragen, die staatlichen Strukturen zu verändern.“*<sup>338</sup>, wie A. Legutke festhält. Das Verbot für den Apparat der politischen Vereinigung und die Führungsgremien blieb weiterhin bestehen. Durch diesen Schritt des Verfassungsgerichtes hatte die kommunistische Bewegung die Möglichkeit *„[...] to re-create its network of primary party organizations and to reconstitute itself as a legal entity.“*<sup>339</sup> Wichtig für die Anpassung an die politischen Richtlinien und die spätere Zulassung zu den Staatsdumawahlen war das Verhalten der KPRF während der bewaffneten Auseinandersetzungen um das Weiße Haus im Oktober 1993. E. Labour spricht von einer Mahnung der KPRF an beide Seiten (verbarrikadierte Abgeordnete des aufgelösten Volksdeputiertenkongresses im Weißen Haus vs. Truppen der ‚Kremladministration‘, Anm. d. Verf.), keine Waffengewalt anzuwenden.<sup>340</sup> Auf die Frage, ob die KPRF an den Ereignissen des 3./4. Oktobers beteiligt gewesen war, antwortete G. A. Sjuganow im Rahmen eines Interviews: *„Die Partei unterstützt den Kongreß der Volksdeputierten und den Obersten Sowjet. Ihre Moskauer Organisation (die der KPRF, Anm. d. Verf.) erwies moralische und politische Hilfe, nahm an den Kundgebungen am Gebäude des Obersten Sowjets teil. Aber wir traten und treten gegen Gewalt auf. Man darf nicht die Verfassung mit verfassungswidrigen Mitteln schützen. Niemals... Ein Politiker, der zur Waffe greift, ist kein Politiker mehr.“*<sup>341</sup>

<sup>337</sup> Vgl. Das Programm der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 88. Ein weiteres Indiz ist die Adaption sowjetischer Symbolik, wie die Flagge, die Hymne und einschlägige Embleme. Vgl. Statut der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 75. Überbleibsel, wie der *„Kandidat der Partei“*, der Empfehlungen von zwei Mitgliedern der KPRF vorzulegen hat, zum Beitritt in die KPRF, sind weitere Indizien für Anleihen aus der Vergangenheit. Vgl. Statut der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 65 und Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 127 sowie Timmermann, Heinz: Die Wiederkehr der KP Russlands, S. 14ff.

<sup>338</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 76.

<sup>339</sup> Vgl. Sakwa, Richard: Left or Right? The CPRF and the Problem of Democratic Consolidation in Russia, in: Löwenhardt, John (Hrsg.): Party Politics in Post-Communist Russia, in: The Journal of Communist Studies and Transition Politics, Vol. 14, 1998, S. 130.

<sup>340</sup> Vgl. Labour, Ernst: Wieviel Parteien braucht Russland, S. 109.

<sup>341</sup> Vgl. ebenda.

Dass die führenden Köpfe der KPRF Lehren aus den Ereignissen des 1. Putschversuches vom August 1991 zogen, kann angenommen werden, denn auch wenn die KPRF während des Ausnahmezustandes, der bis zum 20. Oktober andauerte, verboten wurde, konnte sie ihren Wahlkampf, wenn auch mit Unterbrechungen, wieder aufnehmen. Zu den Staatsdumawahlen von 1993 wurde die KPRF als einzige kommunistische Vereinigung zugelassen<sup>342</sup>. Ein Großteil des linken Spektrums sprach sich offen gegen eine Wahlbeteiligung aus. Das vorübergehende Verbot wurde als Behinderung des Wahlkampfes interpretiert.<sup>343</sup> Auch in der KPRF wurde diese Diskussion geführt, doch entschied man sich, wie E. Laboor festhält „*das Feld bei der Parlamentswahl nicht ihren politischen Gegnern zu überlassen und beim Verfassungsreferendum nicht passiv beiseite zustehen, sondern ihre Anhänger zur Ablehnung dieser Verfassung aufzurufen.*“<sup>344</sup>

Die KPRF erzielte über die Listenwahl immerhin ein Ergebnis von 10,1%, welches sie in der Staatsdumawahl von 1995 noch steigern konnte und somit einem Listenergebnis von 22,3% und 59 Direktmandaten zur stärksten Fraktion in der Staatsduma aufstieg<sup>345</sup>. Dieser Umstand sollte beachtet werden, wenn man die KPRF innerhalb des Vereinigungengefüges der RF analysiert. Die KPRF wurde damit zur einzigen linkspolitisch relevanten Vereinigung innerhalb der Politikarena Staatsduma.

Wenn es um die Herkunft der Eliten der KPRF geht, so kann der Vereinigung an dieser Stelle kein eigenständiges charakteristisches Merkmal bescheinigt werden. Diese Aussage ist im Vergleich zu den Vereinigungen des linken Spektrums zu sehen. Aber auch in Bezug zu allen anderen relevanten politischen Vereinigungen sind die gleichen oder ähnlichen Muster in der Sozialisierung und der Karriere ihrer führenden Mitglieder nachzuweisen. A. Legutke nähert sich aus Sicht organisatorischer Vergleichspunkte einer Analyse der Vereinigungen der RF<sup>346</sup>. Im Hinblick auf organisatorische Faktoren, wie Formalisierung<sup>347</sup>, Zentralisierung<sup>348</sup> oder

<sup>342</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 76. Zur Position der APR als Klientelpartei im Fahrwasser der KPRF siehe Kapitel 2.3.4.

<sup>343</sup> Vgl. Laboor, Ernst: Wieviel Parteien braucht Russland, S. 121. So beschlossen die 'Russische Kommunistische Arbeiterpartei' (RKAP), die KAPB, der 'Bund der Kommunisten', die 'Russische Partei der Kommunisten' (RPK) sowie die 'Leninistische Plattform' den Wahlboykott.

<sup>344</sup> Vgl. ebenda.

<sup>345</sup> Vgl. Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien, S. 280f.

<sup>346</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 84ff. A. Legutke untersucht die für die I. und II. Staatsduma relevanten Parteien: die KPRF, die APR, die LDPR, Jabloko sowie die ab 1995 relevante UHR.

<sup>347</sup> Hier werden die Parteisatzungen, der Aufbau der Organisation sowie die Führungsgremien der Parteien untersucht.

Mitgliedschaft lassen sich für die KPRF folgende Spezifika ableiten: Die KPRF ist in der Formulierung ihrer Satzung nicht weit über die gesetzlich vorgegebenen Parameter<sup>349</sup> hinausgegangen. Besonders in den Kategorien, welche Personalfragen<sup>350</sup> beinhalten, fehlen die Vorgaben. Für den externen Betrachter, aber auch für die normalen Mitglieder der KPRF bedeutet diese geringe Formalisierung eine unzureichende Einsicht in die internen Prozesse. Dies ist ein Sachverhalt, der allen untersuchten Vereinigungen anzulasten wäre<sup>351</sup> und somit kein signifikant typisches Merkmal der KPRF ist. In Bezug auf die Zentralisierungstendenzen findet sich die KPRF im Mittelfeld wieder, hinter der LDPR und JABLOKO. Die LDPR weist den höchsten Zentralisierungsgrad aller untersuchten politischen Vereinigungen auf.<sup>352</sup> Somit ist der „*demokratische Zentralismus*“<sup>353</sup>, der im Statut der KPRF verankert ist, ein Charakteristikum, welches einer stark exklusiven Kandidatennominierung, wie es bei der LDPR der Fall ist<sup>354</sup>, entgegenwirkt.

Doch auch innerhalb der KPRF gibt es Ausnahmen: So sind Kandidaten, die von den regionalen und lokalen Organisationen<sup>355</sup> aufgestellt wurden, durch Entscheidungen der übergeordneten Instanzen nicht aufgestellt oder ersetzt worden.<sup>356</sup> Der Sachverhalt, dass die KPRF im Untersuchungszeitraum über ca. 2000 Stadt- und Bezirksorganisationen verfügte, verdeutlicht die starke Verankerung in allen Regionen der RF. Die Verankerung in den Regionen wird somit zu einem weiteren Charakteristikum, welches die KPRF gegenüber allen

---

<sup>348</sup> Hier werden die innerparteiliche Macht sowie die personelle Konzentration untersucht.

<sup>349</sup> Über die vom Gesetzgeber vorgegebenen Parameter und ihre Verankerung in den Gesetzen, hier besonders das Gesetz – Über die Grundgarantien des Wahlrechtes der Bürger der Russischen Föderation – . Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 87f.

<sup>350</sup> 1. Zusammensetzung von Parteiorganen, 2. innerparteiliche Wahlverfahren, 3. Prozesse der Kandidatennominierung. Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 107.

<sup>351</sup> Vgl. ebenda.

<sup>352</sup> Vgl. ebenda, S. 122f.

<sup>353</sup> Vgl. Statut der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 67 und Kto est' kto. Politiceskaja Moskva, Moskau 1994, S. 106.

<sup>354</sup> Vgl. Statut der Liberal-Demokratischen Partei Russlands. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 124. Im Statut der LDPR ist zu den Befugnissen bezüglich der Kandidatennominierung zu lesen: „*Der Parteivorsitzende oder, in seinem Auftrag, der Oberste Rat (ist in seiner Funktion mit dem Zentralkomitee der KPRF zu vergleichen, nur sehr viel exklusiver, da nur 18 Mitglieder (das Zentralkomitee der KPRF hat 143 Mitglieder und nochmals 38 Kandidaten), Anm. d. Verf.) nominiert den Präsidentschaftskandidaten und stellt die Kandidatenlisten für die Wahlen zur Föderalen Versammlung auf, und sowohl für den gesamt föderalen Wahlbezirk als auch für die Ein-Mandat-Wahlkreise, er schließt auch Kandidaten von der Liste aus.*“

<sup>355</sup> Seit dem III. Parteitag 1995 sind nach Veränderung des Parteistatuts selbstständige Parteiorganisationen erlaubt, was dem demokratischen Zentralismus theoretisch entgegen wirken kann. Vgl. Luchterhandt, Galina: Von der radikalen Opposition zur Beteiligung an der Macht, S. 978 und Gräfe, Karl-Heinz: Was aus der Kommunistischen Partei Russlands wurde. Paradigmenwechsel und politischer Einfluss der einflussreichsten KPdSU-Nachfolgepartei. In:

[http://archiv2007.sozialisten.de/politik/publikationen/disput/view\\_html/n10/pp1/bs1/zid2032](http://archiv2007.sozialisten.de/politik/publikationen/disput/view_html/n10/pp1/bs1/zid2032), Stand 04.11.2007. In Moskau liegt die Mitgliederzahl bei ca. 20.000. Vgl. Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien, S. 272 und Kto est' kto, S. 105.

<sup>356</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 121.

anderen politischen Vereinigungen nutzen kann. Die KPRF ist durch die Anknüpfung an die starken Vorgängerorganisationen sehr gut etabliert und kann ihre Netzwerke weiterhin beständig ausbauen oder pflegen. Diese Tatsache korrespondiert mit den Verhaltensweisen und Erfahrungen der Bevölkerung in den einzelnen Regionen und ermöglicht einen Umstand, den S. Kropp und P. Bendel für die kommunistischen Nachfolgeorganisationen im Allgemeinen, für die KPRF aber im besonderen, hervorheben, indem sie sagen, dass die KPRF „[...] nahezu als einzige Organisation landesweit existiert und politische Akteure überdies bereits unter dem autoritären Regime vertraut waren, werden sie von vielen öffentlichen Stellen eher als offizielle Ansprechpartner betrachtet, als neu gegründete, noch mitgliederschwache Organisationen.“<sup>357</sup>

Ein weiteres Charakteristikum der KPRF kann anhand der Mitglieder und der Wählerschaft aufgezeigt werden. In den Wahlen zur I. und II. Staatsduma rekrutierte die KPRF ihre Mitglieder vor allem aus Angestellten und Arbeitern, sowie wissenschaftlich Tätigen.<sup>358</sup> Diese Auswahl verschiebt sich in der III. Staatsdumawahl zu einer mehr eliteorientierten Rekrutierung, hin zu mehr Personal der Vereinigung bzw. Mitgliedern mit Abgeordnetenerfahrung aus der regionalen und föderalen Legislative.<sup>359</sup> Trotz des erhöhten Aufkommens von Personal aus legislativen Strukturen setzt die KPRF nach wie vor auf Angestellte mit mittlerem Bildungsabschluss und Arbeiter, was besonders im Untersuchungszeitraum einem weiterhin nicht primär eliteorientierten Profil entgegenkommt. Somit kann der KPRF zugestanden werden, dass ein traditionelles Mitgliederverständnis mit der tatsächlichen Dominanz von Angestellten und Arbeitern korrespondiert.

Die KPRF hatte schon im Untersuchungszeitraum und verstärkt auch heute mit der Tendenz zu kämpfen, dass sowohl die Mitglieder, als auch die Wählerschaft altersbedingt tendenziell rückläufig sind. Da die KPRF innerhalb des Untersuchungszeitraumes nach eigenen Angaben über ca. 500.000 Mitglieder verfügte, was „*doppelt so viele Mitglieder wie alle anderen Parteien zusammengenommen*“<sup>360</sup> sind, muss auch dieser Fakt als signifikant angesehen werden. Laut H. Timmermann sind 32% der Mitglieder zwischen 40 und 55 Jahren alt und der Großteil (ca. 49%) ist gar über 55 Jahre alt. Deshalb wird die KPRF auch als Partei der

<sup>357</sup> Vgl. Bendel, Petra; Kropp, Sabine: Zivilgesellschaft – ein geeignetes Konzept zur Analyse von Systemwechseln? Ergebnisse eines interregionalen Vergleichs. Lateinamerika und Osteuropa. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 8 Jg. Heft 1, 1998, S. 47.

<sup>358</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 138f.

<sup>359</sup> Vgl. ebenda.

<sup>360</sup> H. Timmermann gibt für das Jahr 1996 eine Mitgliederzahl von 560.000 an. Vgl. Timmermann, Heinz: Wiederkehr der KP Russlands, S. 19.

Pensionäre bezeichnet.<sup>361</sup> Nicht unwichtig ist in diesem Zusammenhang der höhere Grad an politisch geschultem Personal innerhalb der KPRF, der sich aus der vorherigen Zugehörigkeit vieler Mitglieder zur ehemaligen Staatspartei, der KPdSU, ergibt, auf den auch D. Droste hinweist.<sup>362</sup> Dieser Umstand sowie das erwähnte hohe Alter der Mitglieder ermöglicht es der KPRF, mit mehr politischer Erfahrung an gesellschaftliche Problemfelder heranzugehen und somit auch in der Werbung neuer Mitglieder durchaus erfolgreich zu sein. G. A. Sjuganow gab an, dass unter den Mitgliedern zum Ende des Jahres 1994 20.000 Neuzugänge zu verzeichnen waren.<sup>363</sup> Die Gegebenheit des hohen Alters bei Wählern und Mitgliedern der KPRF zieht zusätzlich eine relativ starke, auf Erfahrungen aufbauende, oftmals über Jahrzehnte währende Parteibindung nach sich.

Eine weitere Tatsache, welche jedoch ambivalent zu betrachten ist, bezieht sich auf die mediale Präsenz der KPRF. D. Droste sieht den Erfolg der KPRF auf der „*starken Präsenz in den nationalen Printmedien*“<sup>364</sup> fußend. Ergänzt wird diese Aussage von H. Timmermann für die Regionen, indem er sagt: „*In den Städten und Regionen publiziert sie (die KPRF, Anm. d. Verf.) insgesamt 120 Zeitungen und Zeitschriften, die sich schwerpunktmäßig mit Problemen vor Ort befassen.*“<sup>365</sup> Auch wenn der Einfluss im Printmedienbereich von H. Timmermann und D. Droste als groß bezeichnet wird, hat sich in der RF eine Verschiebung des Medieneinflusses abgezeichnet. Die klassische Informationsquelle Zeitung wurde weitestgehend von TV- und Radiostationen verdrängt. Diese kosten den Konsumenten weniger Geld, sind aktueller, schnell und überall zu nutzen.<sup>366</sup> So hält H. Timmermann auch fest: „*Relativ schwach ist die KPRF im Medienwesen verankert. Zu TV- und Rundfunkstationen hat sie auf nationaler Ebene nur begrenzt Zugang sowie in den Regionen und Kommunen nur dort, wo sie leitende politische Positionen einnimmt.*“<sup>367</sup>

<sup>361</sup> Vgl. Timmermann, Heinz: *Wiederkehr der KP Russlands*, S. 10f. H. Timmermann weist aber auch darauf hin, dass „...*die Partei durch intensive Vertrauensarbeit zunehmend auch unter den Jugendlichen Fuß*“ fassen kann.

<sup>362</sup> Vgl. Droste, Daniel: *Politische Kultur und politische Parteien*, S. 273.

<sup>363</sup> Vgl. Sakwa, Richard: *Left or Right?*, S. 130.

<sup>364</sup> Vgl. Droste, Daniel: *Politische Kultur und politische Parteien*, S. 272.

<sup>365</sup> Vgl. Timmermann, Heinz: *Wiederkehr der KP Russlands*, S. 11. Auf die Rolle der Medien innerhalb des Transformationsprozesses wurde im Vorfeld hingewiesen. Für die KPRF sind im Printmedienbereich während des Untersuchungszeitraumes die landesweit verbreitete Tageszeitung *Sowetskaja Rossija* mit einer Auflage von 285.000 Exemplaren und die aufgesplitterte *Prawda*, von der drei Versionen erschienen, mit einer Gesamtauflage von 227.000 Exemplaren relevant. Mit der *Prawda Rossii*, die als Beilage zur *Prawda* erscheint, verfügt die KPRF zudem über ein eigenes Presseorgan. Vgl. Droste, Daniel: *Politische Kultur und politische Parteien*, S. 272f.

<sup>366</sup> Vgl. König, Helmut: *Wohin steuert Russland?*, S. 1137.

<sup>367</sup> Vgl. Timmermann, Heinz: *Die KP Russlands*, S. 10.

Wichtig zum Verständnis des Wesens der KPRF und zur Einschätzung der Vereinigung ist der Begriff der Heterogenität. Bezogen auf die KPdSU, die den Anspruch hatte, eine homogene, „*klassenlose Gesellschaft*“<sup>368</sup> zu schaffen, konnte dieser Ansatz trotz wichtiger Weichenstellungen<sup>369</sup> in der Realität nie erreicht werden. Zu groß waren die geografischen, kulturellen, religiösen und sozialen Unterschiede. Durch die im Statut der KPRF festgelegte historische Verbindung zur KPdSU lassen sich bestimmte Aspekte der Homogenität auch im Wirken der KPRF nachweisen. So finden sich im Statut der KPRF Passagen zur Bindung der unteren an die Beschlüsse der übergeordneten Führungsorgane, zur Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit.<sup>370</sup> Die Bildung von Plattformen zur internen Diskussion ist zwar erlaubt, aber Fraktionen sind weiterhin verboten.<sup>371</sup> Die Heterogenität wird in den Fällen zu einem Merkmal der KPRF, in denen sie die Arbeit der Vereinigung beeinflusst. Damit ist, wie D. Droste feststellt, „*Die „Einheit der Partei“ [...] wie zu sowjetischen Zeiten auch bei der KPRF nur ein Mythos.*“<sup>372</sup> Durch Uneinigkeiten innerhalb der Vereinigung konnte auch die Fraktionsdisziplin nicht immer aufrecht erhalten werden<sup>373</sup>. Nimmt man jedoch die in der I. und II. Staatsduma vertretenen Wählervereinigungen, zeigt sich, dass die KPRF besonders in der I. Staatsduma den höchsten Fraktionszusammenhalt erreichen konnte. Was D. Droste der KPRF als nachteilige Folge der inneren Heterogenität nachweist, reicht im Spektrum der parlamentarischen `Parteien` der RF für den höchsten fraktionellen Zusammenhalt.<sup>374</sup> Für die folgende Legislaturperiode zeichnete sich für die KPRF eine weiterhin hohe Fraktionsgeschlossenheit ab, die mit der Niederlage zur Präsidentschaftswahl 1996 jedoch

<sup>368</sup> Dieser Gesellschaftstyp, der nach Aussage W. I. Lenins den vollendeten Sozialismus darstellt, findet sich auch innerhalb des Parteiprogramms der KPRF wieder. Vgl. Das Programm der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 84.

<sup>369</sup> Wichtige Weichen wurden vor allem in der Gesundheitsversorgung, der Bildung und in der Grundgüterversorgung erreicht. Die Schaffung eines einheitlichen Sprachraumes durch die Einführung der russischen Sprache, soll, trotz aller negativen Begleiterscheinungen, ebenfalls Erwähnung finden.

<sup>370</sup> Vgl. Statut der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 67.

<sup>371</sup> Vgl. ebenda, S. 65.

<sup>372</sup> Vgl. Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien, S. 277f. K.-H. Gräfe unterteilt die Strömungen innerhalb der KPRF in die linkskommunistische Plattform (A. I. Lukjanow, A. M. Makaschow), die sozialdemokratische Plattform (G. N. Seleznew, I. I. Melnikow, W. A. Kupzow) und die national-patriotische Strömung (G. A. Sjuganow). Vgl. Gräfe, Karl-Heinz: Was aus der Kommunistischen Partei Russlands wurde, In: [http://archiv2007.sozialisten.de/politik/publikationen/disput/view\\_html/n10/pp1/bs1/zid2032](http://archiv2007.sozialisten.de/politik/publikationen/disput/view_html/n10/pp1/bs1/zid2032), Stand 04.11.2007. Weitere Aufteilungen der parteiinternen Strömungen, die sich mit der von K.-H. Gräfe decken, sind zu finden bei V. A. Olescuk und V. B. Pavlenko und etwas polemischer bei H. Timmermann. Vgl. Olescuk, V. A.; Pavlenko, V. B.: Politiceskaja Rossija god 1997, S. 16 und Timmermann, Heinz: Die KP Russlands, S. 15ff. Einen spannenden Aspekt der Lagerbildung bringt A. Fedotow, indem er eine Aufteilung nicht nach den ideologischen Spannungen vornimmt, sondern eine Aufteilung in „*parlamentarisches Moskau*“ und „*kämpfende Regionen*“ trifft. Vgl. Nesawisimaja gasjeta, 20.03.1996.

<sup>373</sup> Siehe Abbildung 2. Hier exemplarisch im Feld des Gegensatzpaares Reformismus – Antireformismus in der Zeit vom 06.07.-22.07.1994, durch welches die Heterogenität innerhalb der Vereinigung durch fehlende Geschlossenheit verdeutlicht werden kann.

<sup>374</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 168 und Luchterhandt, Galina: Von der radikalen Opposition zu Beteiligung an der Macht, S. 976f.

schlagartig nachließ. A. Legutke äußert sich zu den Gründen: *„Im Jahre 1996 konnte der harte Wahlkampf [...] den stärksten Zusammenhalt in der KPRF-Fraktion hervorgerufen haben. Die Identifikation mit der Partei mag zu diesem Zeitpunkt besonders hoch gewesen sein. Nachdem zumindest Gennadij Sjuganow die Wahlen verloren hatte, nahm auch der Fraktionszusammenhalt rapide ab.“*<sup>375</sup> Ein weiterer Umstand, der die Heterogenität für die KPRF zu einer Merkmalsausprägung macht, liegt in der Verschiedenartigkeit der politischen Strömungen innerhalb der Vereinigung. Diese machten sich auch nach außen bemerkbar. Neben den klassischen KPRF-Befürwortern, wie den Arbeitern und ehemaligen KPdSU-Wählern, fühlten sich aus diesem Grund auch die *„Verlierer der Transformation“*<sup>376</sup> und national-patriotische Kreise von der KPRF angezogen. Durch die Heterogenität der Wählerschaft verringerten sich die Möglichkeiten der klassischen Massenmobilisierung der Arbeiter. Fehlt die homogene Masse, scheitert die homogene Massenbewegung und somit der Massenprotest. Weiter kann gelten, dass sich die Heterogenität sowohl auf das Verhältnis der Führung der Vereinigung zur Basis als auch auf das Verhältnis zwischen den städtischen und den ländlichen Organisationseinheiten auswirkte. V. Schejnis, Wissenschaftler und Aktivist der Bewegung JABLOKO, beurteilt das Verhältnis zwischen der Zentrale und der Basis der KPRF wie folgt: *„Im Gegensatz zu einer Reihe von führenden Persönlichkeiten der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, die in der Hauptstadt leben, die gebildet und durchaus fähig sind, die Argumente ihres Opponenten zu begreifen, sind ein großer Teil der Aktivisten dieser Partei erbitterte, aggressive, ungebildete, in Begriffen des Suslow-Agitprop denkende Leute.“*<sup>377</sup>

Erschwerend kommt hinzu, dass die Stellung der Staatsduma, trotz ihrer beschränkten Vollmachten innerhalb des Gesamtsystems, die Parlamentsfraktionen und damit die Dumaabgeordneten im Verhältnis zu den normalen Parteimitgliedern aufwertet. Somit kommt es erstens zu Spannungen zwischen den Dumaabgeordneten und der Basis der politischen Vereinigung, die an den Vorteil der Abgeordneten nicht partizipieren kann, und zweitens attestiert R. Sakwa den Spitzen der KPRF eine Bündelung von Macht. *„The whole party*

<sup>375</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 172.

<sup>376</sup> Die klassischen Verlierer der Transformation sind Rentner, kinderreiche Familien, Staatsangestellte, wie Lehrer, Humanwissenschaftler, Ärzte, Polizisten und das Militär, aber auch Arbeiter unrentabler Staatsbetriebe und Teile der sozial deklassierten technischen Intelligenz, von der es in der UdSSR besonders viele gab.

<sup>377</sup> Vgl. Schejnis, Viktor: Die Präsidentenwahlen in Russland, S. 1054. *„Suslow-Agitprop“* bezeichnet eine künstliche Zusammensetzung der Begriffe Agitation und Propaganda mit dem Namen M. A. Suslows (1902-1982), dem ZK-Sekretär für Organisation. M. A. Suslow galt als Chefideologe und als Sinnbild der inneren Stagnation der KPdSU. Agitprop wird heute zumeist polemisch und abwertend benutzt, steht aber im historischen Kontext für die Vermittlung kommunistischer Politik und besaß im leninschen Verständnis positive Eigenschaften.

*leadership entered the Duma in December 1995 [...]. [...] All entered on the party list, not risking failure in single-member constituencies. Of the 19 CPRF Presidium members, 17 entered parliament.*<sup>378</sup> Dadurch, dass die KPRF als eine der wenigen politischen Vereinigungen in allen Subjekten der RF vertreten ist, durch den demokratischen Zentralismus sowie das Prinzip der *„Wählbarkeit aller Parteiorgane von unten nach oben“*<sup>379</sup>, stellt sich die KPRF gegen die Entwicklung einer aufkommenden Heterogenität zwischen den Zentren und der Peripherie. S. Kropp und P. Bendel formulieren den Umstand wie folgt: *„Neu gegründete Vereinigungen legen – als Reaktion auf das einst allumfassende Organisationsmonopol der KPdSU durchaus verständlich – dezidiert Wert darauf, dass ihre Organisation unterhalb der Dachorganisation möglichst autonom bleibt. Eine dezentrale Struktur ist hier Programm.“*<sup>380</sup> Dass sich die KPRF zu einer stark dezentralen Struktur durchringen wird oder die regionalen Organisationseinheiten deutlich vom Gesamtkurs der KPRF abweichen werden, stand im Untersuchungszeitraum nicht zur Debatte.

Ferner ist die Fähigkeit der KPRF und besonders ihrer Führung, Bündnisse teilweise auf Zeit oder auf Dauer zu schaffen, ein weiteres Charakteristikum. Nicht nur, dass sie es vermochte, *„die Fundamentalisten, `Erneuerer`, National-Patrioten und Internationalisten, Atheisten und Orthodoxe“*<sup>381</sup> innerhalb der KPRF zu sammeln, gelang es der KPRF besonders im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im Juni 1996 Bündnisse mit gegensätzlichen Mitspielern zu formen.<sup>382</sup> Durch die Niederlage des `Volkspatriotischen Blocks` wurde am 07.08.1996 die NPSR, als Nachfolgeorganisation gegründet. Das ehemals amorphe Bündnis fast aller oppositionellen Kräfte wurde unter der Führung der KPRF zu einem lenkbaren, straffer organisierten Block.<sup>383</sup>

<sup>378</sup> Vgl. Sakwa, Richard: *Left or Right?*, S. 149.

<sup>379</sup> Vgl. Statut der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: *Politische Parteien in Russland*, S. 67.

<sup>380</sup> Vgl. Bendel, Petra; Kropp, Sabine: *Zivilgesellschaft – ein geeignetes Konzept zur Analyse von Systemwechseln?*, S. 47.

<sup>381</sup> Vgl. Timmermann, Heinz: *Die KP Russlands*, S. 11. M. Thumann spricht nicht zu Unrecht von einer *„Regenbogenmischung“*. Vgl. Thumann, Michael: *Zahm, aber standhaft. Die russischen Kommunisten wollen keine Revolution. Aber die Rückkehr zur Bürokratie*. In: *DIE ZEIT*, 10.09.1998.

<sup>382</sup> V. Schejnis geht für die Präsidentschaftswahlen im Juni 1996 vom Maximum der zu erreichenden Bündniskonstellation aus. Vgl. Schejnis, Viktor: *Die Präsidentschaftswahlen in Russland*, S. 1063.

<sup>383</sup> Da das Potential der KPRF maßgeblich für den Zusammenhalt des Bündnisses war, bezeichnet V. Schejnis die NPSR daher als eine *„Vereinigung eines Nilpferdes, eines Wolfes, einiger Füchse und unendlich vieler Mäuse.“* Vgl. Schejnis, Viktor.: *Die Präsidentschaftswahlen in Russland*, S. 1063. Zudem Ignatow, Assen: *Ein Scheintod*, S. 15. Der Aussage V. Schejnis kann man ohne Probleme zustimmen, doch muss auch berücksichtigt werden, dass es gerade diese Konstellation möglich machte, dass die KPRF, nachdem das Bündnis gescheitert war, nahezu unbeschadet weiter agieren konnte.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich die KPRF im Gesamtbild als eine Massenpartei charakterisieren lässt. Besonders im Untersuchungszeitraum herrschte eine Dominanz des einfachen Mitgliedes, die hohen Mitgliederzahlen, der angedeutete hohe Formalisierungsgrad sowie die Gliederung der Einheiten grenzt die KPRF von den anderen Vereinigungen des politischen Systems der RF ab. Die ideologische Verankerung sowie die nach wie vor breite traditionelle Unterstützung legen diese Verortung nahe.

Einen weiteren Bestandteil der KPRF-Heterogenität versuchen H. Timmermann und A. Ignatow in der Programmatik der KPRF zu erkennen. Hier äußert sich A. Ignatow: „*Wir wagen die Behauptung, dass es in unserem Jahrhundert – mit Ausnahme von Shirinowskijs Phrasen – keine so wahllose Mixtur von Ideen gegeben hat.*“<sup>384</sup> Somit attestieren die Autoren der KPRF eine Heterogenität der Programmatik<sup>385</sup>, die aber für jede politische Vereinigung, auch westeuropäischen Typs, keinen neuen, geschweige denn zu tabuisierenden Umstand darstellt. Allein die Herausforderung, verschiedene Strömungen in einer politischen Organisation zu vereinen, bedeutet die Aufnahme verschiedener programmatischer Standpunkte. Wichtig ist hier die Geschlossenheit der Gesamtorganisation, die bei der KPRF zumindest bis zur Präsidentschaftswahl von 1996 vorhanden war. Zusätzlich sind ein geschlossenes Bild sowie eine einheitliche Programmatik der Vereinigung nach außen wichtig<sup>386</sup>.

Einer der entscheidenden Punkte zum Verständnis einer ‚Partei‘ liegt konsequenterweise in der Analyse und dem Verständnis ihrer Programmatik. Auch wenn einige Autoren von einem ‚Mix der Ideen‘ sprechen, liegt es doch nahe, dass das Programm der KPRF zumindest bei der

<sup>384</sup> Vgl. Ignatow, Assen: Zwischen „Selbstkritik“ und neuer Hoffnung. Die marxistische Theorie-Debatte in Russland. BiOst 28/1996, Köln 1996, S. 30. H. Timmermann unterstützt A. Ignatow in der These, dass hier die Erwartungen zwischen denen der KPRF-Mitglieder und denen der Wählerschaft differieren. Ein linksnationaler Kurs kollidiert mit der Hoffnung auf die Verbesserung der sozial-ökonomischen Lage. Vgl. Timmermann, Heinz: Wiederkehr der KP Russlands, S. 19.

<sup>385</sup> Das die Mixtur der Programmatik eine gesunde Balance der Themen und dadurch eine strategische Flexibilität bedeuten könnte, verschweigen die Autoren, ebenso wie die sich stetig verändernde Tagespolitik. Dazu äußern sich D. Droste und R. Sakwa vorurteilsfreier. R. Sakwa hierzu: „*In other words, while ideological differences remain important, the party's evolution is increasingly determined by the varying strategic assets available to elite groups in the party and by the changing configuration of Russian politics.*“ Vgl. Sakwa, Richard: Left or Right?, S. 138 und Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien, S. 279.

<sup>386</sup> Hier unterscheiden sich die Interpretationen der jeweiligen Autoren erneut. H. Timmermann und A. Ignatow interpretieren das Programm als Mixtur und mögliches Problem zur Positionierung gegenüber der KPRF. G. Luchterhandt hingegen sieht in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit der Wiederwahl genau das Gegenteil: „*Die Antwort auf die Frage, warum nur diese drei Fraktionen (die der KPRF, die der LDPR und JABLOKO, Anm. d. Verf.) die allen offen stehenden Möglichkeiten (Zugang zu materiellen Ressourcen, Anstellung von Assistenten, Stärkung der Binnenstruktur, Anm. d. Verf.) effektiv nutzen konnten, den anderen Organisationen wie der PRES, der DPR, VR usw. dies aber nicht gelang, ist nicht im Bereich der Organisation zu suchen, sondern im Bereich der Programmatik, d.h. vor allem im Fehlen eines klaren Bildes der Partei in den Augen der Wähler.*“ Vgl. Luchterhandt, Galina: Die Entwicklung der Parteien, S. 56.

Wählerschaft ein Mindestmaß an Identifikation hervorzurufen vermochte. Neben dem Programm ist es unabdingbar, auch das Statut der gesellschaftlichen Vereinigung<sup>387</sup> bei möglichen Fragestellungen und Kernaussagen heranzuziehen. Wichtig ist es, einerseits das Programm als theoretisches Konstrukt zu sehen und andererseits die realen Tätigkeiten bzw. Aussagen der Führung gegenüberzustellen.

Die KPRF knüpfte nicht nur personell und organisatorisch an die KPdSU, sondern auch ideologisch und programmatisch an die Staatspartei an. Die Grundlage des KPRF-Programms<sup>388</sup> bildet ein klares Bekenntnis zur marxistisch-leninistischen Lehre und der materialistischen Dialektik.<sup>389</sup> Eine eindeutige Festlegung auf die Figur W. I. Lenin ist für die KPRF signifikant, da diese in den eigenen Reihen unumstritten ist und der KPRF-Führung seine Prinzipien und Denkweisen als Bezug sehr wichtig sind. H. Timmermann schreibt zur Wichtigkeit W. I. Lenins für die KPRF: *„Paradoxerweise ist Lenin für die KPRF Sjuganows heute aufgrund seiner opportunistischen Schwenks, seiner programmatischen Prinzipienlosigkeit als Bezugsperson so wertvoll. Wäre er ein Prinzipienreiter gewesen, so würde die Berufung auf ihn die in sich äußerst heterogene KPRF heute eher sprengen. Als Vater so unterschiedlicher Ereignisse wie der Oktoberrevolution, des Kriegskommunismus und der Neuen ökonomischen Politik dagegen übt Lenin geradezu ideal die Funktion aus, als Symbol und Bezugspunkt für das breite Spektrum der heute in der KPRF versammelten Strömungen und Plattformen zu dienen.“*<sup>390</sup> Auch wenn die Aussage H. Timmermanns von einer *„programmatischen Prinzipienlosigkeit“* spricht, trifft sie in der Grundaussage doch den wichtigen Kern und zwar bezogen auf die Anpassung der KPRF an die aktuellen Begebenheiten, die die Vereinigung in der heutigen RF vorfindet. Die KPRF als *„Partei leninistischen Typs“*<sup>391</sup> hat die Ausschließlichkeit der einheitlichen `Partei` durch das Zulassen möglicher Strömungen innerhalb der politischen Vereinigung aufgeweicht. Auch

---

<sup>387</sup> Vgl. Statut der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 64-74.

<sup>388</sup> Neben dem Original, werde ich mich hierbei wesentlich auf die Übersetzung des am 22. 01 1995 angenommenen Programms der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation beziehen, welches im Dokumententeil bei G. Luchterhandt zu finden ist. Ferner wird eine Fassung des Programms von W. Gerns, welche er für die Zeitung der DKP, UZ, übersetzt hat, als zweite Variante herangezogen. Vgl. [www.kprf.ru](http://www.kprf.ru), Stand 22.06.2007 und Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 75 – 90 sowie Gerns, Wille: (gekürzter) Auszug aus dem überarbeiteten Parteiprogramm der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF). In: UZ, 17.04.1998.

<sup>389</sup> Vgl. Das Programm der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 76.

<sup>390</sup> Vgl. Timmermann, Heinz: Die KP Russlands, S.8. Für die KPRF sind laut Programm folgende Partei- und Staatsführer weiterhin objektiv (in einem positiven Verständnis) zu bewerten: *„Stalin und Molotow, Chruschtschow und Malenkow, Breshnew und Kossygin“*, über M. S. Gorbatschow findet sich keine Passage. Vgl. Das Programm der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 80.

<sup>391</sup> Vgl. Kto est` kto, S. 109.

wenn der demokratische Zentralismus, den die KPRF im Statut festlegt<sup>392</sup>, eigentlich dieser Entwicklung widerspricht, werden de facto Plattformen zugelassen. „*Die Mitglieder der KPRF können bei innerparteilichen Diskussionen Plattformen bilden. Fraktionsbildung ist in der KPRF nicht erlaubt.*“<sup>393</sup> D. Droste interpretiert diese Aussage zu einem absoluten Verbot interner Separation<sup>394</sup>, doch spricht allein der Umstand der verschiedenen Strömungen gegen den monolithischen Charakter der KPRF. Die Hauptstoßrichtungen der KPRF sind mit zwei Schlagworten zu verdeutlichen: Sozialismus und Patriotismus. Das Programm der KPRF bringt diese Schlagworte zusammengefasst auf die Aussage: „*Wütender Protest und Entrüstung der Unterdrückten (die Arbeiterklasse, die arbeitenden Bauern, die Volksintelligenz, Anm. d. Verf.) vermischt sich mit dem Schmerz der Patrioten über die entweihte Ehre des Staates.*“<sup>395</sup>

Mit den nationalistischen Elementen trifft die KPRF den Hauptkern der Forderung nach einer Reintegration der GUS-Länder in eine Union, die die RF als Zentrum ansieht. Der Passus „*Patriotismus – Gleichberechtigung der Nationen, Völkerfreundschaft, Einheit von patriotischen und internationalistischen Grundlagen*“<sup>396</sup> ist bezogen auf den Internationalismus als theoretische Aussage zu verstehen. Denn die KPRF lehnt den Internationalismus nach Aussagen von H. Timmermann ab: „*Für Führungspersonen wie Sjuganow stellt er im Grunde nur eine andere Variante westlicher Bestrebungen dar, den spezifischen Zivilisationstyp Russland den zersetzenden Einflüssen der westlichen Welt auszusetzen.*“<sup>397</sup> Internationalismus wie er im Programm der KPRF auftritt, definiert sich an historischen und geistigen Werten des russischen Volkes und anderen Völkern des Landes, geht aber über den Begriff der russländischen Nation nicht hinaus. Im Wortlaut ist dem Programm zu entnehmen: „*[...] eine nationale Politik der Gleichberechtigung der Nationen [der Rußländischen Föderation] und der historischen Verantwortung jedes Volkes für die staatliche Integration Russlands [...].*“<sup>398</sup>

---

<sup>392</sup> Vgl. Das Statut der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 67.

<sup>393</sup> Vgl. ebenda, S. 65.

<sup>394</sup> Vgl. Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien, S. 275.

<sup>395</sup> Vgl. Das Programm der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 75.

<sup>396</sup> Vgl. ebenda, S. 76.

<sup>397</sup> Vgl. Timmermann, Heinz: Die KP Russlands, S. 6 und Ostrogorski, Wladimir: Gennadi Sjuganow. Ein Dossier, S. 69.

<sup>398</sup> Vgl. Das Programm der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 88.

Im Programm der KPRF liest sich der Widerstand gegen westliche Tendenzen wie folgt: „Für den Fall der Machtergreifung im Block der progressiven Kräfte erlegt sich die Partei die folgenden Verpflichtungen auf: [...] sich für eine Wiedergeburt des Prestiges [...], von Respekt der Traditionen der Gemeinschaftlichkeit und des Kollektivismus, zu russischer Sprache und Kultur, zu den Sprachen und Kulturen der Völker Russlands [einzusetzen]; [...] die Verbreitung von Westlertum und Amerikanismus, von historischem Vandalismus, vom Kult des Profits, der Gewalt und der Perversion, von Egoismus und Individualismus zu verhindern.“<sup>399</sup> Man kann die Aussage D. Drostes aufgreifen, die besagt, dass „die KPRF den Sozialismus gleichsam `nationalisiert` hat.“<sup>400</sup> Wesentliche Schlagworte der Strategie der KPRF lassen sich unter Antimodernismus<sup>401</sup>, Antiamerikanismus und der Ablehnung „westlicher Entwicklungsmodelle für den russischen Zivilisationstyp“<sup>402</sup> zusammenfassen.

Wenn es um die theoretisch programmatischen Gesichtspunkte der KPRF geht, lassen sich stark sozialistische Ziele herauslesen. So finden sich im Programm der KPRF folgende Gesichtspunkte exemplarisch: 1. Stabilisierung und Senkung der Preise aller grundlegenden Güter, 2. ein Staatsmonopol auf den Außenhandel, 3. staatliche Kontrolle der Tätigkeiten der kommerziellen Banken und anderer Finanz- und Krediteinrichtungen, 4. staatliche Regulierung von Bestellungen, Produktion und Realisierung der Waffenproduktion, 5. Volkskontrolle über Produktion und Einkünfte, 6. Verbot von privatem Landbesitz und privatem Besitz von Naturreichtümern und deren Verkauf, 7. die Sowjets und andere Formen der Volksherrschaft sind wieder herzustellen.<sup>403</sup>

Auf dem Gebiet der „sozialen Gerechtigkeit“<sup>404</sup> sind zu nennen: 1. den Mindestlohn, die Renten, Stipendien und soziale Hilfsleistungen an das bestehende Existenzminimum anzupassen, 2. Familien, Mütter und Kinder durch den Staat zu unterstützen, 3. Invaliden und Rentner zu unterstützen, 4. staatliche Hilfeleistungen für minderbemittelte Familien und dringende Maßnahmen der Sozialhilfe für die Armen einzuführen.<sup>405</sup>

<sup>399</sup> Vgl. Das Programm der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 86.

<sup>400</sup> Vgl. Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien, S. 276.

<sup>401</sup> Vgl. Sakwa, Richard: Left or Right?, S. 143.

<sup>402</sup> Vgl. Kto est' kto, S. 113f.

<sup>403</sup> Vgl. Das Programm der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland Programm, S. 85ff.

<sup>404</sup> Vgl. ebenda, S. 87.

<sup>405</sup> Vgl. ebenda, S. 85ff.

Die KPRF steht somit für die Rückkehr zur planwirtschaftlichen Lenkung der Ökonomie, sogar mit dem Zusatz „*sozial orientiert und ökologisch verträglich*“<sup>406</sup>, und tritt für die Wiederherstellung der Vertretungsmacht der Sowjets sowie des sozialistischen Systems im Rahmen der UdSSR ein.<sup>407</sup> Spätestens bei diesen Punkten ist auch die de jure klar oppositionelle Position zum Präsidenten B. N. Jelzin und dessen politischem Umfeld zu erkennen. Im Sinne einer Fokussierung auf bestimmte Bevölkerungsgruppen sieht die KPRF nicht nur den Arbeiter und Angestellten im Vordergrund ihrer Bemühungen, sondern fordert finanzielle Unterstützung für den militärisch-industriellen Komplex, die Streitkräfte und den Agrar-Industriesektor. Dies liest sich innerhalb des Programms der KPRF wie folgt: „[...] normale, durch den Staat garantierte Lebensbedingungen für Angehörige der Streitkräfte, der Miliz, [...] und deren Familien zu schaffen, würdige Lebensbedingungen für Angehörige der Streitkräfte der Reserve oder im Ruhestand, besonders durch Zuweisung von Arbeitsplätzen, zu garantieren.“<sup>408</sup>

### **3.2 Wachstums- und Hindernisfaktoren für die KPRF**

Unter Wachstums- und Hindernisfaktoren sind solche Faktoren zu verstehen, die das Erstarken bzw. die Schwächung der KPRF hervorrufen können. Diese Faktoren können sowohl aus dem Inneren der Vereinigung selbst entstehen, dann wird im Folgenden von endogenen Faktoren gesprochen, oder sie entstehen außerhalb der Vereinigung, wirken aber nicht minder auf sie ein, dann wird im Folgenden von exogenen Faktoren gesprochen.<sup>409</sup>

Endogen ist griechischen Ursprungs und bedeutet in der Übersetzung: Von innen kommend, im Inneren entstehend. Im Falle der Betrachtungen zur KPRF sollen endogene Faktoren diejenigen Beeinflussungen sein, die die Vereinigung von innen heraus bewusst oder unbewusst produziert. Sie sind aus der Vereinigung stammende Aktionen. In diesen Fällen bedeuten sie Veränderungen, die die Vereinigung entweder gezielt gesteuert einsetzen kann oder auf welche die politische Vereinigung (da sie nicht gewollt sind) reagieren muss.

---

<sup>406</sup> Vgl. Das Programm der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland Programm, S. 85ff.

<sup>407</sup> Vgl. Olescuk, V. A.; Pavlenko, V. B.: Politiceskaja Rossija god 1997, S. 22f.

<sup>408</sup> Vgl. Das Programm der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 87.

<sup>409</sup> Zur Verdeutlichung der Wechselwirkungen siehe Abbildung 4.

Ein endogener Faktor stellt in der Untersuchung noch keine Wertung bezüglich seiner positiven oder negativen Wirkung auf die Vereinigung dar. Zumeist muss erst die Reaktion des Untersuchungsobjektes auf den endogenen Faktor in ihrer Wirkung als positiv oder negativ für das Untersuchungsobjekt und deren Folgen zu bewerten sein.

Exogen bedeutet allgemein, dass Umstände, Veränderungen oder Entwicklungen durch äußere Ursachen bedingt sind. Im Falle der Betrachtung zur KPRF sollen exogene Faktoren diejenigen Faktoren sein, die nicht aus dem Inneren der Vereinigung stammen. Als äußere Einflüsse können jene Faktoren bezeichnet werden, die durch das politische System bedingt sind - durch anderen politische Institutionen, andere politische Vereinigungen, die politische Exekutive, die Präsidentialadministration, aber auch durch geografisch-klimatische und demografische Aspekte. Das Untersuchungsobjekt hat im Falle der exogenen Faktoren eine nur sehr geringe Möglichkeit der Einflussnahme. Zumeist ist die Reaktion des Untersuchungsobjektes auf die von außen einwirkenden Faktoren die einzige Möglichkeit der Aktion. Faktoren, die von außerhalb der RF auf das Untersuchungsobjekt wirken, sollen in dieser Arbeit nicht berücksichtigt werden. Sie stellen aber im Hinblick auf eine Vertiefung der Problematik außerhalb dieser Arbeit einen lohnenden Aspekt für weitere Untersuchungen dar. In der Regel sind exogene Faktoren gekennzeichnet durch eine Reaktion des Untersuchungsobjektes und endogene Faktoren durch Aktionen des Untersuchungsobjektes. Im Falle der KPRF kann es auch bei endogenen Faktoren zu einer Reaktion kommen, denn die KPRF ist kein monolithischer Block, sondern ist durch die verschiedenen Teilbereiche, wie Zentralkomitee, Führung, Mitgliederbasis, Plattformen und Strömungen, aber auch regionale Subeinheiten, anfällig für unterschiedliche endogene Aktionen. Der Urheber einer endogenen Aktion kann im Falle eines heterogenen Untersuchungsobjektes variieren. Die Frage, welche der Faktoren gegenüber der KPRF besonders fördernd und welche hemmend wirken konnten, soll im abschließenden Teil dieser Arbeit beantwortet werden.

### **3.2.1 Exogene Faktoren**

Das Amt des Präsidenten der RF weist nicht nur im osteuropäischen Vergleich eine starke Machtkonzentration auf. Die entscheidenden exekutiven Elemente liegen in den Händen des Präsidenten der RF. Die Entscheidungsfülle wird nur noch vom turkmenischen Präsidenten

übertraffen<sup>410</sup> und steht die Vollmachten betreffend noch weit vor den klassischen Modellen Frankreichs oder der USA.<sup>411</sup> Dem russländischen Präsidialsystem inhärent ist hingegen der geringe Stellenwert der Staatsduma. Dieser Umstand spielt zusammen mit den Herausforderungen an die politischen Vereinigungen eine wichtige Rolle im politischen System der RF. Die politischen Vereinigungen leiden speziell unter einer Abkopplung von der Exekutive sowie den Machtzentren des Landes im Generellen.<sup>412</sup> Dieser Umstand bedeutet für die politischen Vereinigungen eine eigene Herangehensweise an die realpolitischen Bedingungen. Zwei Tendenzen können hier klar unterschieden werden. Zum einen werden die internen Entscheidungsprozesse von den Abgeordneten in der Staatsduma dominiert, da sich diese als einzige relevante politische Arena herauskristallisiert hatte. Zum anderen wird die geografische Ausdehnung der RF immer besondere Ansprüche an die regionalen Organisationseinheiten stellen. Die in den politischen und demografischen Zentren befindlichen Führungen der Vereinigungen werden stets bestrebt sein müssen, eine gewisse Einbindung der regionalen Strukturen und Akteure in nationale Entscheidungsprozesse sicherzustellen. Besonders die KPRF mit ihren starken regionalen Vertretungsnetzwerken sieht sich hier vor eine Herausforderung gestellt, die sie im Untersuchungszeitraum aber ohne Probleme bewältigen konnte.<sup>413</sup> In der Staatsduma spielt nahezu allein die Gesetzesfunktion eine Rolle und selbst diese ist durch die Dekretkraft sowie die Vetofunktionen des Föderationsrates und des Präsidenten in einer eher schwachen Position.<sup>414</sup>

Trotz der geringen politischen Schlagkraft der Staatsduma wird versucht, diese für die Vereinigungen einzig relevante politische Arena zu erreichen, immer auch mit dem Ziel des Präsidentenamtes. F. Riggs formuliert diese Strategie zur Zielerreichung wie folgt und bezieht sich auf die Strategien von Vereinigungen und Einzelakteuren innerhalb eines starken Präsidialismus: *„Parties in a non-parliamentary (presidential) System become oriented primarily towards the office of president. Congressional seats are of secondary*

---

<sup>410</sup> Vgl. Shugart, Matthew: Exekutiv – Legislativ Relations in Post-Communist Europe. In: Transition, 13/1996, S. 5-11.

<sup>411</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Die russische Präsidentschaftswahl 1996, S. 7-12.

<sup>412</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 66.

<sup>413</sup> Die KPRF hatte es geschafft auch die entlegenen Landesteile zu erreichen, sie hatten *„sämtliche Regionen derart solide und massiv bepflegt, dass die Saat der Kommunisten wenn nicht sofort, so doch in naher Zukunft aufgehen musste.“*, sagte G. A. Sjuganow in einem Interview gegenüber der italienischen Zeitung l'Unita am 19.12.1995. Vgl. l'Unita, 19.12.1995. In: Timmermann, Heinz: Die Wiederkehr der KP Russlands, S. 10f.

<sup>414</sup> Der Einigungsprozess zwischen den Institutionen kennt eine Vielzahl möglicher Verzögerungstaktiken. Zwischen dem Einbringen und der Verabschiedung von Gesetzen können einige Jahre liegen, wenn der Präsident nicht sogar seine Unterschrift unter dem Gesetzestext verwehrt und das Gesetz somit verhindert. Vgl. Remington, Thomas; Smith, Steven; Haspel, Moshe: Decrees, Laws and Inter-Branch Relations in the Russian Federation. In: Post-Soviet-Affairs 4/1998, S. 287ff.

*importace*.<sup>415</sup> Eines der Hauptprobleme des präsidentialen Systems liegt darin, dass die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung, der Zusammenhalt der Vereinigung an sich, stets als untergeordnet betrachtet wird. Kurz gesagt, werden die Ambitionen auf ein politisches Amt einzelner Mitglieder, vielleicht der wichtigsten unter ihnen, die interne Arbeit hemmen oder so beeinflussen, dass es zur Auseinandersetzung innerhalb der Vereinigung kommen kann. Das Überleben der politischen Vereinigung wird zu einem kollektiven Gruppenziel und wird sich in der Intension des Fortbestehens oftmals gegen die Eigeninteressen und politischen Ziele einzelner Personen stellen. Dieser exogene Faktor einer präsidentialen Exekutivdominanz mit gleichzeitiger Schwäche der parlamentarischen Arena beeinflusste die KPRF in ihrer politischen Arbeit. Dieser Situation konnte die KPRF besonders im Untersuchungszeitraum entgegen, indem sie für die ersten beiden Legislaturperioden zuerst ihre Position sicherte und dann zur mit Abstand stärksten Vereinigung in der II. Staatsduma wurde. Die KPRF hat somit das einzig Richtige getan. Sie hat sich der vorhandenen politischen Arena 'bemächtigt'. R. Sakwa spricht ab den Wahlen 1993 von einem Wendepunkt für die KPRF und die gesamte Entwicklung der kommunistischen Bewegung.<sup>416</sup> Man muss ihm Recht geben, denn mit den Wahlen von 1993 waren die meisten Versuche gescheitert, die KPRF so stark zu schwächen, dass sie zumindest keine relevante politische Gefahr mehr darstellen würde.<sup>417</sup>

Innerhalb des politischen Systems der RF ist nur das Innehaben eines politischen Mandates ein Garant für die Teilhabe an allen wichtigen Informationsressourcen sowie an der politischen Macht schlechthin. Auch wenn der grundsätzliche Weg der KPRF ein „*oppositionell, kommunistischer und staatlich-patriotischer*“<sup>418</sup> war, so war die Einsicht in die politische Wirksamkeit einer außerparlamentarischen Opposition aber ernüchternd. Die Entscheidung, einen Kurs zu Gunsten einer politischen Anpassung zu gehen, kann somit als

---

<sup>415</sup> Vgl. Riggs, Fred: Comparative Politics and the Study of Political Parties. A Structural Approach. In: Crotty, William J. (Hrsg.): Approaches to the Study of Party Organisation, Boston 1968, S. 45–104.

<sup>416</sup> Vgl. Sakwa, Richard: Left or Right?, S. 144.

<sup>417</sup> Ich möchte an dieser Stelle die These wagen, dass der Putschversuch von 1991 für den neu gewählten Präsidenten der RSFSR ein willkommener Anlass war, seine Macht zu untermauern und auszubauen und der Putschversuch von 1993 ein politisches Kalkül darstellte, um: 1. den Volksdeputiertenkongress zu zerschlagen, 2. eine neue dem Präsidenten wohl gesonnene Staatsdumaarbeit zu erreichen, 3. an die unvermeidlichen Neuwahlen ein Verfassungsreferendum anzuschließen und 4. die kommunistische Bewegung zu schwächen. Vgl. Jelzin, Boris: Reden gegen den Putsch, Bergisch Gladbach, 1991. Delavre, Tina (Hrsg.): Der Putsch in Moskau, Berichte und Dokumente, Leipzig 1992 und Günter, Bernhard; Wimmer, Michaela; Spiering, Jochen; Kerneck, Barbara: Der Sieg der Perestroika, Daten, Fakten und Hintergründe des Putschversuches in der Sowjetunion, Bergisch Gladbach 1991. Die Erscheinungen im zeitlich unmittelbaren Umfeld der Putschereignisse von 1991 sind oftmals mit Vorsicht zu verwenden, vieles an Polemik und Interpretiertem kann heute widerlegt werden, nichtsdestotrotz sind die Zahlen und Dokumente wichtige Quellen.

<sup>418</sup> Vgl. Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien, S. 284.

evolutionär und pragmatisch gesehen werden. Aus der Notwendigkeit geboren und in Übereinstimmung mit der prinzipiellen Losung „*Schutz des Volkes, des Territoriums und der Lebensgrundlage*“<sup>419</sup> beteiligte sich die KPRF auf allen Ebenen an den Wahlen und arbeitete mit den kommunalen und regionalen Exekutivorganen zusammen.

Viele Autoren übersehen den Umstand, dass ein Programm mit patriotischen Versatzstücken die Integration nationalistischer Elemente innerhalb der KPRF ermöglichte. Dies bedeutete, dass es den radikalen Organisationen in diesem Bereich des politischen Spektrums erschwerte, wenn nicht unmöglich gemacht wurde, größere Organisationen zu bilden. Die nationalistischen Elemente sind zwar in die Parlamente getragen, aber zum großen Teil, wenn sie nicht aus der LDPR kamen, von der KPRF kontrolliert worden.

Die KPRF hatte mit Erfolg an den Staatsdumawahlen von 1993 und 1995 teilgenommen und den Sprung von der 'unversöhnlichen Opposition' hin zu einer „*konstruktiven Opposition*“<sup>420</sup> geschafft, ohne eine kommunistische PdM zu werden. Dieser politische Kurs war innerhalb der Vereinigung nicht unumstritten und so kann die Systemkonformität der KPRF angezweifelt werden, denn auch wenn es ein Gemisch aus nationalistischen und kommunistischen Elementen war, so war die Mixtur doch in ihrer Gesamtheit gegen das damals bestehende politische System gerichtet.<sup>421</sup> Möglicherweise liegt aber in diesem Gemisch auch ein Fehler, denn ein Auseinanderbrechen der beiden Wege verunsichert die Wähler wie auch die Mitgliederbasis und schwächt die Vereinigung von innen heraus. Der KPRF muss attestiert werden, dass der Weg in die Parlamente aber der richtige Weg war. Die Teilhabe an wichtigen Staatsdumakomitees sowie die Position des Dumasprechers<sup>422</sup>

---

<sup>419</sup> Vgl. Olescuk, V.A.; Pavlenko, V.B.: *Politiceskaja Rossija god 1997*, S. 23.

<sup>420</sup> Vgl. Sakwa, R.: *Left or right?*, S. 129. M. McFaul interpretiert die Arbeit der KPRF als nicht vorhandene Opposition und sieht darin die Gefahr des Entstehens nationalistischer Parteien für die RF. Er argumentiert anhand der konkreten Parlamentsarbeit der KPRF, diese nutze ihre Macht nicht konsequent aus, sie haben keinen Einfluss auf die Gestaltung der Politik und habe „...in der Duma noch jeden Haushalt angenommen, der von Präsident Jelzins Regierung seit 1994 vorlegt worden ist.“ Auch wenn M. McFaul nicht Unrecht hat, ist zum ersten eine Zusammenarbeit mit der Regierung durchaus mit der konstruktiver Opposition vertretbar und zum zweiten gab es die radikal nationalistischen Parteien schon. Die KPRF unterband z. T. nur ihre Ausdehnung. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das politische System der RF der Macht der Parteien Grenzen setzt, nicht umgedreht. Vgl. McFaul, Michael: *Gefahr von rechts. Die Schwäche der russischen Kommunisten könnte das Entstehen nationalistischer Parteien fördern*. In: *DIE ZEIT*, 01.08.1997 und zum unzureichenden politischen System und seinen Grenzen für die Parteien vgl. Sakwa, Richard: *Left or Right?*, S. 154. Ebenso versuchte die KPRF auch Kandidaten aus den kleineren kommunistischen Parteien zu gewinnen, indem fast 5% der KPRF-Liste von 1995 an nicht KPRF-Mitglieder gingen. Vgl. Schneider, Eberhard: *Die Formierung der neuen russländischen politischen Elite*. *BiOst*, 51/1997, Köln 1997, S. 22.

<sup>421</sup> Vgl. Dorste, Daniel: *Politische Kultur und politische Parteien*, S. 285.

<sup>422</sup> Die KPRF hatte, wie schon erwähnt, den Vorsitz bei neun von 28 Dumakomitees, darunter die wichtigen Komitees für Gesetzgebung, für Wirtschaftspolitik, für Sicherheit, für Angelegenheiten der Föderation und

(besonders nach der II. Staatsdumawahl) ermöglichten der KPRF zum damaligen Zeitpunkt das Maximum der politischen Teilhabe. Der allgemein schwachen Position der politischen Vereinigungen im politischen System der RF tat dies natürlich keinen Abbruch. Die Mixtur der verschiedenen Einflüsse im Programm der KPRF sicherte der Vereinigung eine breite Bündnisfähigkeit und somit die Chance, den geringeren Einfluss maximal zu nutzen. Für die Wähler stellte die Programmmixtur kein Hindernis dar, wie die Wählerzahlen und die daraus resultierenden Ergebnisse zur Staatsdumawahl 1995 bewiesen.<sup>423</sup>

Einen weiteren Einfluss, den auch die KPRF nicht ausschalten konnte, stellt die Politik- und Demokratieverdrossenheit der Wahlbevölkerung dar. Die post-kommunistische Gesellschaft war aus sicher heraus nicht politikverdrossen, denn wie Z. Gitelmann und andere Autoren festhalten, entwickelte sich während der Zeit der UdSSR eine Politisierung der Massen und das in einer Art, dass „[after] the Communist ascension to power, many became involved in political life for the first time, and their sense of efficacy developed rapidly.“<sup>424</sup> Somit konnte dem bis dato vorherrschenden „apolitischen Charakter weiter Teile der (Land-)Bevölkerung durch die intensive Mobilisierung sozialer und politischer Aktivitäten entgegengewirkt [werden].“<sup>425</sup> Diese Politisierung entwickelte eine einseitige Ausrichtung, bedingt durch die Staatspartei KPdSU selbst und des mit ihr verbundene parteipolitische Monopols, manifestiert im Artikel 6 der Unionsverfassung. Dieser Faktor sowie die fehlende demokratische Tradition - „In der Sowjetunion ist die Tradition der Parteivielfalt im Grunde verloren gegangen und abgebrochen. Das Land hat niemanden, und umso weniger Führungspersönlichkeiten, die das Know-how der alten Parteien bewahrt hätten.“<sup>426</sup>, aber auch die fehlende Transparenz innerhalb der politischen Entscheidungen bildeten den Nährboden für das neue politische System. Nach anfänglichem Interesse der Bürger an Dumaübertragungen über die TV-Anstalten, verstärktem Zeitungskonsum und dem Einsetzen politischen Interesses im Allgemeinen - speziell in der Zeit der späten Perestroika und des Umbruchs - folgte für die Bevölkerung die Ernüchterung. Das politische Interesse war dem täglichen Überlebenskampf

---

Regionalpolitik sowie für Bildung und Wissenschaft. G. N. Seleznew wurde als Mitglied der KPRF-Fraktion zum Sprecher der Staatsduma. Vgl. Timmermann, Heinz: Wiederkehr der KP Russlands, S. 7.

<sup>423</sup> Eine ganz andere Interpretation bietet A. Ignatow an, indem er sagt: „Natürlich zeugt diese Mischung aus leninistischen, rechtskonservativen, sozialdemokratischen, neomarxistisch-ökologischen u. a. Ideen von Hilflosigkeit und Sterilität.“ Vgl. Ignatow, Assen: Zwischen „Selbstkritik“ und neuer Hoffnung, S. 32. H. Timmermann bringt in dieser Diskussion einen interessanten Punkt zur Sprache, welcher den Programm-Mix der KPRF erklären könnte. H. Timmermann sagt: „Das gesellschaftliche Bewusstsein der Bürger Russlands ist durchaus widersprüchlich und keineswegs so eindimensional, wie es sich die Politik oft vorstellt. Wie es scheint, versteht es die KPRF in besonderer Weise, sich auf diese Situation flexibel einzustellen.“ Vgl. Timmermann, Heinz: Wiederkehr der KP Russlands, S. 21.

<sup>424</sup> Vgl. Connor, Walter; Gitelman, Zvi: Public Opinion in European Socialist Systems, London 1977, S. 22.

<sup>425</sup> Vgl. Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien, S. 59.

<sup>426</sup> Vgl. Kostikow, Wjatscheslaw: Nach dem KPdSU-Parteitag. Wohin treibt die sowjetische Gesellschaft? in: Sowjetunion heute, 10/1990, S. 25.

gewichen und die Einstellung zur Staatsduma wandelte sich in der Wahrnehmung der Bürger. Die Staatsduma wurde zur Quatschbude<sup>427</sup>, scheinbar ohne politische Relevanz.

Ein weiterer Faktor ist in diesem Zusammenhang die Einstellung der Bevölkerung zum westlichen Demokratiemodell und die Wahrnehmung ihres eigenen Weges. Umfragen im Untersuchungszeitraum zeigen deutlich, dass die gesellschaftliche und politische Vorbildfunktion, aber auch die Werte der westlichen Welt als Vorbild nicht gewünscht waren. So wünschten sich nur 22% der damals 30-59jährigen Bürger einen ähnlichen Weg wie in Westeuropa, 78% lehnten diesen Weg ab oder enthielten sich der Meinung.<sup>428</sup> Auf die Frage: „*Sehen Sie sich auch als Bürgerin/Bürger Europas?*“ antworteten 1994 54% aller Befragten mit nie und 1996 vertraten sogar 59% diese Auffassung.<sup>429</sup> Diese Einstellung ist in einer Hinsicht sehr wichtig, sie drückt nicht nur die Einstellung der Bevölkerung der RF zum westlichen Lebensstil aus, sondern auch zum westlichen Demokratiemodell und ihrer Einzelbestandteile. Das bedeutet, „*Diese politisch-kulturelle Abgrenzung strahlt in der aktuellen Entwicklung natürlich auch auf politische Parteien als typisch „westliche“ Erscheinung aus.*“<sup>430</sup> Hier hat die KPRF einen Vorteil aus ihrer Vergangenheit ziehen können, indem sie sich auch programmatisch gegen westliche Vorstellungen stellte. Zu Beginn des Untersuchungszeitraumes, als es allein um politische Strömungen ging, hatten die ‚Kommunisten‘ keine Chance, denn nur 5% der Gefragten drückten im Juli 1992 ihr Vertrauen gegenüber den ‚Kommunisten‘ aus. Den damaligen ‚Demokraten‘ ging es mit 14% Zustimmung ebenfalls nicht gut. Gewinner waren politisch unabhängige Politiker, hier lag der Wert bei 50% des Vertrauens.<sup>431</sup> Dass es den Kommunisten und somit der KPRF in der Folgezeit gelang, diese Einstellung zu ändern, zeigen die Wahlen des Untersuchungszeitraumes.

Ein weiteres Element, welches die These von der Andersartigkeit des liberal-demokratischen Typs westlicher politischer Systeme gegenüber dem System der RF unterstützt, ist die

---

<sup>427</sup> Hier ist besonders der laut tosende W. W. Schirinowski zu nennen, der das Bild der Staatsduma in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit, zur Zeit der I. Staatsduma, prägte. Vgl. Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien, S. 322 auch Katzer, Nikolaus: Der erste Tag, S. 845.

<sup>428</sup> Vgl. Rose, Richard; Haerpfer, Christian: New Russia Barometer III. The Results, Studies in Public Policy 228, Glasgow, 1994, S. 23.

<sup>429</sup> Vgl. ebenda, S. 31 sowie Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien, S. 111.

<sup>430</sup> Vgl. Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien, S. 111.

<sup>431</sup> Entscheidend wurde dieser Umstand besonders für die Präsidentschaftswahlen von 1996, den hier konnte der parteilose Amtsinhaber B. N. Jelzin Profit aus der schlechten gesellschaftlichen Stellung der Parteien ziehen. Vgl. Wagner, Norbert: Verwässerung der Reformen und schleichender Putsch: Kraftprobe für Regierung und Parlament. In: Veen, Hans-Joachim; Weilemann, Peter R.(Hrsg.): Russland auf dem Weg zur Demokratie? Politik und Parteien in der Russischen Föderation, Paderborn 1993, S. 225.

Tatsache, dass das politische System der RF als ein autoritär-kollektivbezogenes Modell gesehen werden kann. Zentral ist hier die „*Idee des paternalistischen Staates*“<sup>432</sup>. An dieser Stelle kann durchaus A. Ignatow gefolgt werden, wenn er sagt: „*Diese Gedanken (starker Staat, Paternalismus, Anm. d. Verf.) sind typisch für eine zahlreiche Kategorie russischer Intellektueller. Der ‚mächtige Staat‘ als oberster Wert und das dementsprechende Denken in den Kategorien der Macht und nicht der Menschlichkeit ist bei ihnen zu einer zweiten Natur geworden.*“<sup>433</sup> D. V. Gudimenko fasste die historischen Folgen für die politische Kultur der RF in vier Punkten zusammen. Erstens verweist er auf den enormen Einfluss der Bürokratie, zweitens auf den Paternalismus und den Klientelismus, die die Punkte drei und vier bedingen, indem sie den Ausschluss der gesellschaftlichen Massen von den politischen Prozessen und eine fehlende Kommunikation zwischen dem politischen ‚oben‘ und dem politischen ‚unten‘ bedeuten.<sup>434</sup> Diese Zusammenhänge sind wichtig, will man die Entwicklung der politischen Vereinigungen untersuchen. Durch den Glauben an einen starken Staat wird die Notwendigkeit der politischen Partizipation sowie der Selbstorganisation nur bedingt wahrgenommen und spiegelt sich eben auch in der Arbeit der Vereinigungen in der RF wider. Tendenzen einer Abkehr von diesem Phänomen sind nicht zu erkennen. Auch wenn die Aufweichung dieses Phänomens innerhalb der Gesellschaft von einigen Autoren angebracht wird,<sup>435</sup> ist ein Großteil der Bevölkerung weiterhin für die „*Idee des paternalistischen Staates*“<sup>436</sup>. Eine neue Tendenz lässt sich aber feststellen, die darin besteht, dass, „*konkrete Ansätze eines politisch-kulturellen Wandels jedoch verstärkt bei den politischen Eliten in der RF zu verzeichnen [sind]. Sie wenden sich stärker von der ‚Idee des paternalistischen Staates‘ ab, als der Durchschnitt der Bevölkerung.*“<sup>437</sup> Weiterhin ist festzustellen, dass der jüngere Teil der Bevölkerung der RF, die 18-29jährigen, eher mit westlichen Vorstellungen und Merkmalen der Demokratie sympathisieren, als es die älteren Bevölkerungsteile tun. Ebenso stehen sie offener der Selbstbestimmung gegenüber, als die älteren Teile der Bevölkerung in

---

<sup>432</sup> Vgl. Gudimenko, Dmitrij V.: Politiceskaja kul'tura Rossii. preemstvennost' epoch. In: Politiceskie isslodovanija, 2/1994, S. 44.

<sup>433</sup> Vgl. Ignatow, Assen: Zwischen „Selbstkritik“ und neuer Hoffnung, S. 18.

<sup>434</sup> Vgl. Gudimenko, Dmitrij V.: Politiceskaja kul'tura Rossii, S. 46.

<sup>435</sup> An dieser Stelle wären V. Petruhov und A. Rjabov zu nennen, sie interpretieren die Situation mit einem Wandel zum eigenen Denken und der persönlichen Entscheidungsfreiheit, auch sollen Kernbereiche, wie Inflation oder Arbeitslosigkeit, in staatlicher Hand bleiben. Somit soll die Gestaltung der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiterhin beim Staat verbleiben. Vgl. Petruhov, Vladimir; Rjabov, Andrej: Glavnoe – svoboda i opora na sobstvennye sily. „Revoljucija cennestej“ v soznanii rossijan. In: Obscaja gasjeta, 35/1994, S. 7.

<sup>436</sup> Vgl. Levada, Jurij: Der „Homo sovieticus“ als sozialer Mythos. Von der Blüte zum Verfall. In: Friedrich, Clemens und Menzel, Birgit (Hrsg.): Osteuropa im Umbruch. Alte und neue Mythen, Berlin 1994, S. 47.

<sup>437</sup> Vgl. Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien, S. 116.

der RF.<sup>438</sup> Hier könnte auch ein Grund zu finden sein, weshalb es der KPRF so schwer fällt, neue Mitglieder unter den jüngeren Bevölkerungsteilen zu werben.

Ein weiterer exogener Einflussfaktor auf die Arbeit der KPRF könnte in der starken Position der jeweiligen PdM zu den Wahlen gesehen werden. Auch wenn, wie A. Legutke ganz richtig feststellt, ein Hauptmerkmal des russländischen politischen Systems darin besteht, dass keine Parteien in der Exekutive zu finden sind<sup>439</sup>, gab es doch stets indirekte Verbindungspunkte bestimmter Vereinigungen zur Exekutive, so die VR in der I. Staatsduma oder UHR in der II. Staatsduma. Die jeweilige PdM erreichte in beiden Wahlen sehr starke Positionen und diente dem Präsidenten als parlamentarische Stütze. Auf der anderen Seite wurde die Position der eigentlich oppositionellen Kräfte, somit auch die der KPRF, geschwächt. In Bezug auf den Untersuchungszeitraum dieser Arbeit muss festgehalten werden, dass die jeweilige Unterstützung einer bestimmten politischen Vereinigung durch die präsidentiale Administration nicht zur Schwächung der KPRF führte, wenn man von den Ergebnissen der Wählervereinigungen zu den beiden Staatsdumawahlen ausgeht. Eine erfolgreiche Positionierung einer PdM hat zwar in beiden Wahlen stattgefunden, doch ist die Position der PdM in Bezug auf die KPRF zur Staatsdumawahl 1995 eher geschwächt worden. Die PdM belegte, gemessen an der jeweiligen Fraktionsstärke,<sup>440</sup> 1993 den ersten Platz vor der LDPR und der drittplatzierten KPRF und 1995 den zweiten Platz hinter der KPRF. Die KPRF konnte somit innerhalb einer, wenn auch verkürzten Legislaturperiode ihre Position um zwei Ränge verbessern und die mit Abstand größte Fraktion aufbauen. Die PdM verlor einen Rang und erreichte im Vergleich zur KPRF nur ca. 1/3 der Mandate. Aus diesen Erhebungen heraus kann der KPRF innerhalb der Staatsduma ein klarer Sieg attestiert werden - eine Position, die sich nicht durch das Aufkommen einer PdM beeinflussen ließ. Somit kann die Beeinflussung der KPRF-Wahlergebnisse durch die PdM 1995 als marginal eingeschätzt werden. Für die Wahlergebnisse von 1993 lässt sich diese Aussage nicht ohne weiteres kopieren. Die

---

<sup>438</sup> Trotz alledem ist der Anteil mit ablehnender Haltung noch immer mehr als doppelt so hoch, als der Anteil bei den Befürwortern. Vgl. Rose, Richard: *New Russia Barometer IV. Survey Results*, Studies in Public Policy 250, Glasgow 1995, S. 50. Es ist anzunehmen, dass die Prägung durch das westliche Kulturmodell bei der jüngeren Generation und den nach 1989/90/91 Geborenen weiter zunehmen wird. Die Abwanderungszahlen, bzw. der Wunsch nach Auswanderung gut geschulter Fachkräfte aus der RF in die EU oder die USA nehmen stark zu. Hier ist ebenfalls zwischen den Metropolen und der russländischen Peripherie zu unterscheiden. Der Kontakt mit der westlichen Kultur ist in den Metropolen um ein vielfaches höher.

<sup>439</sup> Vgl. Legutke, Annette: *Die Organisation der Parteien in Russland*, S. 56. Diese Tendenz hat sich über die Jahre gehalten, weder B. N. Jelzin, noch W. W. Putin sind oder waren Mitglied einer Partei der RF.

<sup>440</sup> Hier liegt die Summe aus Listenmandaten und den erreichten Direktmandaten der Positionierung zu Grunde. Staatsdumawahl 1993: 1. VR(=PdM) mit 96 Mandaten, 2. die LDPR mit 70 und 3. die KPRF mit 65. Staatsdumawahlen 1995: 1. KPRF mit 157 Mandaten, 2. die UHR(=PdM) mit 55 Mandaten und 3. die LDPR mit 51. Vgl. Laboor, Ernst: *Wieviele Parteien braucht Russland?*, S. 132 und S. 219.

Ausgangsbedingungen der KPRF unterschieden sich maßgeblich von denen der damaligen PdM. Die Ereignisse des Putsches 1993 können zwar als Einflussfaktoren gegenüber der KPRF definiert werden, doch ist eine eindeutige Zuordnung nicht möglich. Die KPRF reagierte mit Protestnoten auf die Entscheidungen B. N. Jelzins im Oktober 1993 und mit Solidaritätserklärungen gegenüber dem Volkskongress. Die KPRF wurde daraufhin kurzzeitig suspendiert.<sup>441</sup> Aus dieser Sicht kann von einem endogenen Faktor gesprochen werden. Unterstützt wird diese Zuordnung dadurch, dass sich die KPRF aktiv aus ihrem Apparat und den Führungsgremien heraus für diese Herangehensweise entschied und nicht in einer passiven Position verblieb. Die KPRF verurteilte das Dekret Nr. 1400 als „*verfassungswidrig und volksfeindlich*“ sowie als eine „*blutige Abrechnung mit dem Obersten Sowjet*“<sup>442</sup>. Auf der anderen Seite muss festgehalten werden, dass der Anlass, die Umsetzung sowie die Ergebnisse der zum „*schwarzen Oktober*“<sup>443</sup> führenden Ereignisse von der KPRF nicht aus sich heraus beeinflusst werden konnten. Sie sind somit exogener Natur. Die Reaktion auf den schwarzen Oktober kam aus der KPRF selbst und ist somit endogen. Ob die KPRF hätte noch erfolgreicher abschließen können, soll an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Wichtig ist, dass sie erfolgreich an den Staatsdumawahlen von 1993 teilnehmen konnte, eine aktive Rolle der gesamten KPRF im Oktober 1993 hätte dies sicher verhindert<sup>444</sup>, zumal die KPRF infolge der Ereignisse vom August 1991 noch nicht lange wieder existierte.

Wichtiger ist in diesem Zusammenhang das Fehlen einer 'linken' PdM innerhalb des Untersuchungszeitraumes. Die Positionen der jeweiligen PdM waren eher dem reformorientierten präsidententreuen Lager zuzuordnen - der Status quo sollte gehalten werden. Die von der jeweiligen PdM vertretene Position wurde der KPRF rein

---

<sup>441</sup> Einige Mitglieder der KPRF hatten sich an den Ereignissen um das Weiße Haus beteiligt, zu einer geschlossenen Teilnahme der KPRF kam es nicht, wenn auch die Reaktion eine vom Grossteil der Partei getragene Aktion darstellte. Vgl. Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 59.

<sup>442</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Von der radikalen Opposition zur Beteiligung an der Macht, S. 971.

<sup>443</sup> Vgl. Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien, S. 193. V. Timtschenko spricht von einem Ereignis, welches wie kein anderes von der Presse, den Medien in der Welt, aber auch zum Teil in der RF selbst in sein Gegenteil umgekehrt worden ist. Vgl. Timtschenko, Viktor: Ich erwecke Russland mit Blut, S. 74ff. Man muss dieser Aussage zustimmen, denn es wird von einem Putsch gesprochen und ein Verfassungsbruch wird gemeint und das nicht aus den Reihen des Volksdeputiertenkongresses, sondern durch den Präsidenten B. N. Jelzin.

<sup>444</sup> Diese Meinung vertritt auch W. Ostrogorski und man muss ihm in diesem Punkt sicher zu Recht verhelfen, denn auch wenn die KPRF vorübergehend suspendiert worden war, wurde sie nicht, wie die FNS, die RKAP, der 'Offiziersbund', der 'Bund des sozialen und rechtlichen Schutzes der Wehrbediensteten, Wehrpflichtigen und ihrer Familienmitglieder'-Schild', die 'Russische Nationale Einheit' sowie die 'Russländische Kommunistische Jugendunion' von der bevorstehenden Wahl 1993 ausgeschlossen. Vgl. Ostragorski, Wladimir: Gennadi Sjaganow. Ein Dossier, S. 65-67 und Luchterhandt, Galina: Von der radikalen Opposition zur Beteiligung an der Macht, S. 971.

programmatisch nicht gefährlich. Die relativ starke und fluktuationsresistente Wählerschaft der KPRF konnte nicht gespalten oder 'bekehrt' werden.

Ein Missverhältnis innerhalb des Wettstreits um die politische Macht stellte der Einsatz der Medien in der RF dar bzw. deren Einsatzmöglichkeiten zur Beeinflussung der Wahlbevölkerung. Hier kam es zu einem Ungleichgewicht zu Gunsten der präsidentialen Administration und der von ihr unterstützten PdM. Zum einen ist hier die schon erwähnte relativ schwache Verankerung der KPRF im modernen Medienwesen zu nennen, denn zu den nationalen TV- und Rundfunkanstalten hat die KPRF nur bedingt Zugang und wenn, dann nur dort, wo sie in leitenden Positionen anzutreffen war.<sup>445</sup> Relativ stark war die KPRF im Printmedienbereich vertreten, der aber zunehmend und bedingt durch die verursachenden Kosten immer mehr in das Hintertreffen geriet. In der RF vollzog sich eine Entwicklung, bei der die Printmedien keine Konkurrenz mehr zu den modernen visuellen Medien darzustellen vermochte. Die Taktik, wie die KPRF die Medien zu nutzen versuchte, soll im Teil der endogenen Faktoren beschrieben und gewertet werden, denn hier handelt es sich um eine aktive Entscheidung der KPRF-Gremien und ihrer Führung. An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass die Neutralität der Medien besonders in den peripheren Gebieten angezweifelt werden kann.<sup>446</sup> Dies ist ein Sachverhalt, der sich während den verschiedenen Wahlen des Untersuchungszeitraumes nicht veränderte. E. Labor spricht von einer antikommunistischen Hysterie, die im Vorfeld der Staatsdumawahlen von 1995 entfacht wurde. In diese hatte sich der Präsident eingeschaltet und diese über eine TV-Ansprache weiter zu entfachen versucht.<sup>447</sup>

Im Allgemeinen kann gesagt werden, dass „*Durch die Informationen der Behörden und der örtlichen Printmedien die Wahlvorgänge* (zur Staatsdumawahl 1995, Anm. d. Verf.)

---

<sup>445</sup> Vgl. Timmermann, Heinz.: Die KP Russlands, S. 10.

<sup>446</sup> Vgl. Beichelt, Timm: Nochmals zu den Wahlen in Russland. Waren sie demokratisch? – Eine Nachlese. In: Osteuropa, Nr. 2/1997, S. 119.

<sup>447</sup> Vgl. Labor, Ernst: Wieviel Parteien braucht Russland?, S. 220. Dieses von E. Labor angesprochene Phänomen sollte sich zur Präsidentschaftswahl 1996 verstärkt wiederholen. Eine Zuspitzung des Wahlkampfes im zweiten Wahlgang begünstigte die zweidimensionale Ausrichtung auf Kommunismus oder Antikommunismus. Die so genannte Kommunismusangst, war besonders zur Wahl 1996 elementar, fokussierte sich aber auf die Parameter Einschränkung der persönlichen Freiheit, Einparteiensystem, Terrorherrschaft oder Stagnation. V. Schejnis umschreibt die Kommunismusangst indirekt mit den Worten: „[...] *die ungeheuer schwere Probe auf Dauerhaftigkeit des Bruches mit dem siebzigjährigen kommunistischen Großmachtssystem ist [...] bestanden worden.*“, ferner spricht er von „*sehr gefährlichen Folgen eines Sieges des national-kommunistischen Kandidaten*“. Vgl. Schejnis, Viktor: Die Präsidentschaftswahl in Russland, S. 1053. Diese Ansätze zeigten vor allem bei den reformorientierten Kräften, den Unentschlossenen und der jüngeren Generation Wirkung. Besonders in der Altersgruppe 18-29 zeigte sich eine, wenn auch nicht signifikant hohe, Ablehnung bzw. Resignation dem sowjetischen System gegenüber. Vgl. Rose, Richard: Getting Things Done with Social Capital: New Russia Barometer VII, Studies in Public Policy 303, 1998, S. 45.

*insgesamt transparenter für den Wähler waren als 1993.*<sup>448</sup> Diese Aussage impliziert eine schwierigere Informationslage zu den Staatsdumawahlen 1993, was durch den kurzen Zeitraum der Wahlvorbereitung, die Verbindung mit der Abstimmung über die Verfassung, die Kürze des bis dato vollzogenen Transformationsprozesses sowie die Oktoberereignisse auch nachvollziehbar erscheint. Diese Umstände haben wohl alle politischen Vereinigungen getroffen, stellen also keinen Einflussfaktor dar, welcher explizit nur die KPRF traf. Für die Staatsdumawahlen 1993 muss erwähnt werden, dass infolge der Ereignisse des Oktobers zeitweilig alle Zeitungen verboten wurden, die in Verbindung mit politischen Vereinigungen oder Bewegungen standen, die den Volksdeputiertenkongress unterstützten. Für die KPRF trifft dies ebenfalls zu, denn die ihr nahe stehende Prawda und die Sowjetskaja Rossija, um nur die wichtigsten zu nennen, wurden verboten.<sup>449</sup> Somit konnte von einer ausgewogenen Medienlandschaft nicht die Rede sein, denn die regierungsnahen Printmedien traf diese Einschränkung nicht. Speziell zu den Präsidentschaftswahlen 1996 spielten die Medien eine besondere Rolle. Hier muss beachtet werden, dass die Wahl zum Amt des Präsidenten die Wahl darstellt, bei der über den Zugang zur politischen Macht entschieden wird. Der Grund hierfür ist erneut die dominante Rolle des Präsidenten. Speziell die Staatsdumawahl von 1995 hatte unter diesem Umstand zu leiden, denn sie wurde so zur Richtungswahl in Bezug auf das Wahljahr 1996 und ließ programmatische Aspekte in den Hintergrund treten. Der personenzentrierte Charakter der Präsidentschaftswahlen färbte auf die Staatsdumawahlen ab und entspricht somit der politischen Kultur in der RF. Erklärend muss festgehalten werden, dass der damals amtierende Präsident neben dem Staatsapparat der Exekutiven und den von ihm beeinflussten Unternehmens- und Kommerzstrukturen im Besonderen von den Medien vorteilhafter unterstützt wurde.<sup>450</sup> Speziell für den Wahlkampf zur Präsidentschaftswahl 1996 wurde das Medium Fernsehen intensiv genutzt. Allen Kandidaten wurde kostenlose Fernsehwerbung eingeräumt, welche von 14. Mai – 14. Juni ausgestrahlt wurde. Die Reihenfolge der Kandidaten wurde ausgelost.<sup>451</sup> Die Kandidaten konnten sich Werbezeit dazukaufen, welche aber an Dauer die kostenlose Zeit nicht überschreiten durfte.<sup>452</sup> Es ist verständlich, dass die ständige Berichterstattung über die Wahlkampfreisen des amtierenden Präsidenten mehr hervortrat und somit eine zusätzliche Werbung darstellte, denn B. N. Jelzin

<sup>448</sup> Vgl. Trautmann, Ljuba: St. Petersburg wählte demokratisch. In: Osteuropa, Nr. 5/1996, S. 474.

<sup>449</sup> Vgl. Timtschenko, Viktor: Ich erwecke Russland mit Blut, S. 74ff.

<sup>450</sup> Zur Art und Weise des geführten Wahlkampfes mit dem Fokus auf die Strategie der Kandidaten und deren Methoden siehe besonders: Tschinarichina, Galina: Generalprobe für die Präsidentschaftswahlen? In: Wostok, Nr. 2, 1996, S. 19-26. Tschinarichina, Galina: Wahlkampagne '96 – Zuspitzung auf Jelzin und Sjuganow. In: Wostok, Nr. 4, 1996, S. 6-10. Tschinarichina, Galina: Jelzins Wahlkampfstrategie ging auf. In: Wostok, Nr. 5, 1996, S. 14-18.

<sup>451</sup> Vgl. Rossijskaja gasjeta, 12.05.1996.

<sup>452</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Die russischen Präsidentschaftswahlen 1996, S. 31.

hatte den Großteil der TV-Anstalten auf seiner Seite.<sup>453</sup> G. A. Sjuganow konnte somit nur auf jene Medien zurückgreifen, die der KPRF verbunden waren. Eine Untersuchung des Europäischen Massenmedieninstituts ergab, dass bis zum ersten Wahltag 53% der verfügbaren Fernsehzeit auf B. N. Jelzin entfiel, auf G. A. Sjuganow 18% und auf z.B. A. J. Lebed nur 7%.<sup>454</sup> Es kann also festgehalten werden, dass B. N. Jelzin rund das Dreifache an Sendezeit direkt oder indirekt nutzen konnte, eine eindeutige mediale Dominanz des amtierenden Präsidenten. G. Tschinarichina äußert sich zu den Verhältnissen wie folgt: „*Man muß feststellen, dass die Inanspruchnahme der Massenmedien, ebenso wie die Finanzierung der Wahlkampagnen, mit den normativen Akten – den Gesetzen und den Weisungen der zentralen Wahlkommission – nur in einem sehr lockeren Zusammenhang stehen.*“<sup>455</sup> Weiter führt sie aus, dass „*alle anderen Präsidentschaftskandidaten die Massenmedien quasi nur nach dem Restprinzip in Anspruch nehmen [konnten].*“<sup>456</sup> Mit dem Umstand der medialen 'Einmannshow' korrespondieren weitere exogene Faktoren, welche die KPRF nur unzureichend ausgleichen konnte. Dies sind die finanziellen Strukturen sowie die Möglichkeiten des 'Ämterkarussells'. B. N. Jelzin verfügte über die Möglichkeiten, Druck bzw. Anreize für Personen zu schaffen, indem er ihnen wichtige Posten in Aussicht stellte oder diese Posten entzog. Zu den finanziellen Strukturen kann erläutert werden, dass die Kandidaten laut Pressemitteilungen der Zentralen Wahlkommission über jeweils 300 Mio. Rubel verfügten.<sup>457</sup> Insgesamt hatte B. N. Jelzin aber mehr als 15 Mrd. Rubel zur Verfügung, darüber hinaus Formen von Dienst- und Sachleistungen sowie höchstwahrscheinlich auch Gelder aus dem Budget des Staates, welche für den Wahlkampf genutzt wurden.<sup>458</sup> Für B. N.

---

<sup>453</sup> Eine Abhängigkeit der Medienanstalten war unter anderem über die Lizenzvergabe erreicht worden, die vom Staat gewährt wurde. Doch lag es auch an der Überzeugung vieler Redakteure, einen pro-Jelzin Standpunkt einzunehmen. Hier zeigte die Hetzkampagne gegen eine mögliche kommunistische Mediendiktatur Wirkung, man erhoffte auf gleich bleibende Verhältnisse und die Sicherung des 'status quo'. Vgl. Hübner, Peter: Präsidentschaftswahlen in Russland. Aussichten für die Medienfreiheit unter Jelzin und Sjuganow. BiOst 37/1996, Köln 1996. Zum stark polarisierenden Wahlkampf B. N. Jelzins siehe auch Ignatow, Assen: Präsidentschaftswahlen in Russland. Tränen, Beschwörungen, Doppelzüngigkeit. BiOst 29/1996, Köln 1996.

<sup>454</sup> Vgl. Moskovskie novosti, 27/1996.

<sup>455</sup> Vgl. Tschinarichina, Galina: Wahlkampagne '96, S. 10.

<sup>456</sup> Vgl. ebenda.

<sup>457</sup> Vgl. Iswestija, 08.06.1996.

<sup>458</sup> Ferner konnte B. N. Jelzin Maßnahmen ergreifen, wie sie nur vom Präsidenten der RF entschieden werden konnten: 1. der Tag des zweiten Wahlganges wurde auf einen Werktag gelegt, der kurzerhand zum arbeitsfreien Tag erklärt wurde, 2. der Tschetschenienkonflikt wurde medienwirksam, gerade noch rechtzeitig politisch gelöst, 3. Versprechen, die ausstehenden Löhne und Renten umgehend zu zahlen und 4. die Zusage zur Reform der Armee der RF. Vgl. Schneider, Eberhard: Die russischen Präsidentschaftswahlen 1996, S. 31ff. Eine weitere indirekt auf den Präsidenten zurückgehende Manipulation wurde durch zentrale Einrichtungen während des Wahlkampfes und direkt im Wahlzeitraum durchgeführt, so ließ die Zentrale Wahlkommission ihre Neutralität fallen und forderte die Menschen auf „*mit dem Herzen zu wählen*“. Diese Äußerung ist stark angelehnt an eine zentrale Wahlkampflosung B. N. Jelzins. Des Weiteren gab die Kommission weit vor dem Schließen der letzten Wahllokale die sehr hohe Wahlbeteiligung im „*roten Gürtel*“ bekannt und verband diese Aussage mit der Aufforderung an die Wähler der Städte, hier war die Wählerschaft explizit stärker pro-Jelzin, noch von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Vgl. Beichelt, Timm: Nochmals zu den Wahlen in Russland, S. 121. Auf der

Jelzin arbeiteten die Regierung sowie die unter ihrem Einfluss stehenden Unternehmen. Der damalige Regierungschef W. S. Tschernomyrdin hatte die Oberaufsicht über den Wahlkampfstab und A. B. Tschubajs war zuständig für die finanzielle Ausstattung des Wahlkampfes.<sup>459</sup> Zusätzlich konnten die schlechten Umfrageergebnisse, mit denen B. N. Jelzin in den Wahlkampf gestartet war, durch ein amerikanisches Wahlkampfteam ausgebügelt werden. Diese amerikanischen 'Strategen' hielten sich unter Geheimhaltung in Moskau auf, der Kontakt funktionierte über die Jelzin-Tochter, T. Djatschenko.<sup>460</sup> Nach dem Sieg B. N. Jelzins wurden die treuen Weggefährten in führende Positionen integriert, W. S. Tschernomyrdin wurde Premier und A. B. Tschubajs wurde zum Leiter der Administration des Präsidenten. Wie gut B. N. Jelzin die Personalkarten spielen konnte, zeigte sich besonders im Vorfeld der erforderlich gewordenen Stichwahl: B. N. Jelzin ernannte den drittplatzierten Kandidaten A. J. Lebed bei einem Stimmenanteil von 14,5% zum Sicherheitsberater seiner Person und zum Sekretär des Sicherheitsrates. Die durch A. J. Lebed erreichten Stimmenanteile gingen zum sehr großen Teil an den Amtsinhaber.<sup>461</sup>

Eine weitere Stütze erhielt B. N. Jelzin durch die Regionen. B. N. Jelzin wurde von gut der Hälfte der Gouverneure und den Präsidenten der Republiken unterstützt. Ein Drittel verhielt sich loyal, ohne klare Parteinahme, 12 % verhielten sich neutral und nur 5% stellten sich offen gegen den amtierenden Präsidenten. Diese eindeutigen Zahlen sind keine Überraschung, denn *„60% der Gouverneure sind noch nicht gewählt worden, sondern sind von Jelzin eingesetzt. Die Unterstützung der übrigen Gouverneure erreichte Jelzin durch Finanzausgaben für ihre Gebiete.“*<sup>462</sup> G. A. Sjuganow konnte der personellen und finanziellen Macht des Gegenkandidaten nur den Apparat der Staatsduma entgegenstellen<sup>463</sup>, über den er verfügen konnte. Weiter stützte sich der KPRF-Kandidat auf die KPRF-Frakturen der Regionalparlamente sowie das Direktorenkollektiv der noch staatlichen Betriebe. Erklärend muss hinzugefügt werden, dass unter diesen Bedingungen ein klassischer Wahlkampf von

---

anderen Seite weist T. Beichelt aber auch darauf hin, dass es einen theoretisch und empirisch unklaren Zusammenhang zwischen den Wahlbeeinflussungen und dem tatsächlichen Wahlverhalten gibt. Der Autor verweist darauf, dass im ersten Wahlgang immerhin zwei Drittel der Wahlbevölkerung aber auch der Nichtwähler selbstständig agierten. Die Bevölkerung ist somit nicht von vornherein als homogene, leicht lenkbare Masse zu interpretieren. Vgl. Beichelt, Timm: Nochmals zu den Wahlen in Russland, S. 127.

<sup>459</sup> Vgl. Nesawisimaja gasjeta, 05.07.1996.

<sup>460</sup> Vgl. Time, 15.07.1996.

<sup>461</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Die russischen Präsidentschaftswahlen 1996, S. 34. V. Schejnis skizziert die Wählerbewegungen zur zweiten Runde der Präsidentschaftswahl 1996 wie folgt: *„Für Jelzin stimmten wahrscheinlich der größte Teil der Wähler Javlinskijs, etwas mehr als die Hälfte derer Lebeds, die Hälfte, oder etwa die Hälfte der Wähler von Außenseitern. Für Sjuganow – fast die ganze Wählerschaft Shirinowskijs und ein gewichtiger Teil (nicht weniger als ein Viertel) der Wählerschaft Lebeds [...].“* Vgl. Schejnis, Viktor: Die Präsidentschaftswahlen in Russland, S. 1059.

<sup>462</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Die russischen Präsidentschaftswahlen 1996, S. 32.

<sup>463</sup> Vgl. Schejnis, Viktor: Die Präsidentschaftswahlen in Russland, S. 1060.

Seiten der KPRF auf einen modernen Medienwahlkampf von Seiten der Jelzin-Administration traf.<sup>464</sup>

Ein exogener Faktor, welcher zwar durch keine der Vereinigungen beeinflusst, aber von der KPRF am besten genutzt werden konnte, stellte die geografische Dimension der RF dar. Die Größe des Landes, seine Besiedlungsstrukturen sowie die sozialen, politischen, kulturellen aber auch klimatischen Bedingungen stellten die Wahlkampfteams zu den jeweiligen Wahlen und die politischen Vereinigungen im Besonderen beim internen Aufbau der regionalen Subeinheiten vor enorme Herausforderungen. Die verschiedenen Zeitzonen sowie die z. T. veraltete Kommunikationstechnik machte sich bei der Übermittlung von Informationen und dem Aufbau politischer Organisationen stark negativ bemerkbar. Diese Umstände trafen zwar alle relevanten Vereinigungen, die KPRF jedoch weniger hart. Die KPRF, die in allen 89 Subjekten der RF vertreten war, konnte hier vor allem auf alte Strukturen und Netzwerke der KPdSU zurückgreifen. Zudem ist die KPRF, wenn auch mit enormen demografischen Problemen kämpfend, noch immer die mitgliederstärkste politische Vereinigung. Wie die Arbeit herausarbeiten konnte, zeigt sich, dass die KPRF einen besonderen Stellenwert innerhalb des politischen Spektrums der RF einnahm, untersucht man den Formalisierungsgrad, die Mitgliederzahlen und deren Bindung an die politische Organisation, die hierarchischen Strukturen, den Aufbau, die Effektivität sowie die Netzwerke der KPRF.

Als taktischer Schachzug von Seiten der Exekutive könnte die Wahl der Termine zu den Staatsdumawahlen von 1993 und 1995 gesehen werden, der erste fiel auf den 12. Dezember, der zweite auf den 17. Dezember. Diese Termine begünstigten eine Verlagerung des Wahlkampfes auf die mediale Ebene, denn die winterlichen Temperaturen benachteiligten einen 'Wahlkampf der Straßen' und beeinflussten die traditionelle außerparlamentarische Arbeitermassenmobilisierung durch die KPRF.<sup>465</sup> Wie die Wahlergebnisse der Staatsdumawahlen von 1995 zeigten, konnte der KPRF damit trotz alledem keine unüberwindbare Hürde gesetzt werden.

---

<sup>464</sup> Zu diesem Punkt ausführlicher im Kapitel der endogenen Faktoren.

<sup>465</sup> Zu diesem Punkt muss gesagt werden, dass es auch der KPRF immer schwerer fiel, außerparlamentarische Massenbewegungen und –demonstrationen zu mobilisieren. Die Gründe sind sicherlich in der abnehmenden Partizipationsbereitschaft der Massen zu suchen, aber auch im schwindenden Mobilisierungspotential der KPRF selbst. Ein weiterer Fakt könnte der Wechsel von der 'unversöhnlichen Opposition' hin zur 'konstruktiven Opposition' sein, welche sich auf die Bereiche der Legislativ- bzw. regionalen Exekutivbereiche erstreckt. Als dritter Punkt sei hinzugefügt, dass G. Luchterhandt die Auffassung vertritt, dass der Anteil der Arbeiter unter der Wählerschaft sowie der Mitglieder stark abnimmt. So ist es auch zu verstehen, dass sich die eigenen Aussagen der KPRF, bezüglich ihrer Stammwählerschaft, veränderten. Die KPRF bewegte sich weg von den Arbeitern und richtete sich an Ingenieure, Techniker sowie Angestellte und Lehrer. Vgl. Luchterhandt, Galina: Von der radikalen Opposition zur Beteiligung an der Macht, S. 985.

Einen weiteren exogenen Faktor stellte die 5%-Sperrklausel dar. Dieser Faktor wirkt aber nur indirekt, da er die KPRF nicht am Einzug in die Staatsduma hinderte, sondern mögliche Verbündete<sup>466</sup> von der Staatsduma fernhielt und ihnen nur über Direktmandate die Möglichkeit eines Einzugs in die Staatsduma eröffnete. Die Wirkung der Sperrklausel für die Konsolidierung der Parteienlandschaft sowie ihre Wirkung gegen eine zu starke parlamentarische Fragmentierung soll erwähnt werden, ist aber an dieser Stelle von nur untergeordneter Wichtigkeit. Entscheidend hierbei ist die Aussage, dass durch die 5%-Sperrklausel nur vier der 43 Wahlblöcke und Wählervereinigungen, die zur Wahl angetreten waren, in die Staatsduma einzogen.<sup>467</sup> Die vier parlamentarischen Vereinigungen erhielten zusammen 50,5% der abgegebenen Stimmen, demzufolge fanden 49,5% der Stimmen keine Widerspiegelung in der Staatsduma.<sup>468</sup>

Ein weiterer exogener Faktor, der zu kalkulieren ist, waren die jeweiligen politischen Hochburgen der politischen Bewegungen. Für die KPRF sind besonders der „rote Gürtel“<sup>469</sup> und das Gebiet Wolgograd exemplarisch zu nennen.<sup>470</sup> Der KPRF dienten diese politischen Hochburgen als feste Größe bei der Kalkulation der Wahlergebnisse. Hier spielt sicher auch die Kontinuität der Vereinigungen in der RF eine Rolle, denn bei aller Schwäche der politischen Vereinigungen, ist es der KPRF doch gelungen, kontinuierlich und erfolgreich an den Wahlen des Untersuchungszeitraumes und darüber hinaus teilzunehmen.<sup>471</sup> Dies ist sicher auch durch den Umstand bedingt, dass die kommunistische Bewegung nach 1991 nicht

---

<sup>466</sup> Eine Liste möglicher Verbündeter ist schwierig zu erstellen. Am eindeutigsten ist die Wirkung der 5%-Hürde am sicheren Partner APR zu erkennen. Wie schon angesprochen, erfolgte ein Deputiertentransfer um der APR die Fraktionsstärke zu ermöglichen, welcher aber die KPRF-Fraktion schwächte. Die Wählervereinigung 'Die Macht dem Volke' (MdV) des letzten sowjetischen Regierungschefs N. Ryschkow scheiterte mit 1,6%, erreichte aber 9 Direktmandate. N. Ryschkow stand der KPRF nahe. Die 'Kommunisten der UdSSR' scheiterten mit 4,5% denkbar knapp, waren aber als KPRF-Kritiker (W. I. Anpilow und W. A. Tjulkin) der Partei nicht unbekannt. Weitere radikale linke Bewegungen, wie die RKAP, fungierten als die schärfsten Kritiker der KPRF, waren in ihrer Stärke aber marginal und beschränkten sich auf einen zumeist außerparlamentarischen Weg. Vgl. Luchterhandt, Galina: Von der radikalen Opposition zu Beteiligung an der Macht, S. 975.

<sup>467</sup> Vgl. Beichelt, Timm: Nochmals zu den Wahlen in Russland, S. 118.

<sup>468</sup> Vgl. Rossijskaja gasjeta, 06.01.1996.

<sup>469</sup> Der „rote Gürtel“ umfasst die Gebiete westlich und südlich Moskaus und geht über die Gebiete Smolensk, Brjansk, Kursk, Orjol, Belgorod, Woronesh, Tambow bis hin zur Republik Mordwinien. Dass die jeweiligen politischen Hochburgen auch variieren, zeigt das westsibirische Kohlebecken Kusbass, einst eine Hochburg B. N. Jelzins. Hier erzielte die KPRF zu den Staatsdumawahlen 1995 53% der Stimmen. Siehe auch Abbildung 1.

<sup>470</sup> Das Gebiet Wolgograd ist signifikant für eine typisch sowjetische Wirtschaftsstruktur, es dominieren die Maschinen- und Fahrzeugindustrie (das berühmte Traktorenwerk), der Militär-Industrie-Komplex (Produktion der SS 25) sowie Kolchosen und Sowchosen. Industrien also, die sich nur schwerlich auf die neuen Begebenheiten einstellen können und somit besonders unter dem sozial-ökonomischen Abschwung leiden. Speziell in Wolgograd hat auch der Aspekt der sowjetischen Abwehrrschlacht und der damit einhergehenden Wende im Großen Vaterländischen Krieg eine Rolle gespielt.

<sup>471</sup> Vgl. Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 73.

vollständig verboten werden konnte. Zusammenfassend muss gesagt werden, dass die meisten exogenen Faktoren die Arbeit der KPRF zwar hemmen, aber ihre politischen Erfolge nicht verhindern konnten. Wie die Wahlerfolge der KPRF zu den Staatsdumawahlen zeigten, konnte die KPRF ihre parlamentarische Macht ausbauen. Ganz anders stellte sich das Bild zur Präsidentschaftswahl 1996 dar. Hier konnte die KPRF nicht allen von außen einwirkenden Faktoren begegnen und musste sich in der entscheidenden politischen Auseinandersetzung geschlagen geben. Somit ist zu sagen, dass die politischen Teilerfolge in Bezug auf die Staatsduma nicht ausreichten, die reale Macht in Form des Präsidentenamtes zu erreichen. Unter diesen Gesichtspunkten ist ebenfalls zu bedenken, dass die KPRF stets auch vom wirtschaftlichen Erscheinungsbild der Transformation Nutzen ziehen konnte. Zu erwähnen sind hier die Transformationsverlierer sowie die demografische Dimension. Wären die Reformen sowie die Transformation erfolgreicher verlaufen, hätte sich die wirtschaftliche Gesamtlage für alle verbessert. Damit hätte sich die KPRF sicherlich schwächer im politischen System der RF integriert. Hier spielt der nur gering ausgeprägte Anpassungsdruck eine entscheidende Rolle, doch lassen sich spekulative Szenarien als Determinante nicht heranziehen.

### **3.2.2 Endogene Faktoren**

Das Programm einer Vereinigung entwickelt sich zum wichtigsten Fixpunkt der internen Arbeit, des wahltechnischen Erfolges und somit auch zu einem entscheidenden endogenen Faktor. So soll ein Teil dieser Arbeit der programmatischen Positionierung der KPRF gewidmet werden, um das Programm als endogenen Faktor nach Erfolgen oder Misserfolgen zu beurteilen. Auch dieser Teil der Arbeit geht der Frage nach, was den Erfolg der KPRF bei den Präsidentschaftswahlen mit G. A. Sjuganow als Präsidentschaftskandidat verhinderte. Welche internen Fehler wurden möglicherweise von Seiten der gesellschaftlichen Vereinigung begangen?

Verfolgt man der Entwicklung der KPRF, von den Putschereignissen 1991 und 1993, dem Verbot der KPdSU, der Wiederbelebung der kommunistischen Idee in einer landesweit vertretenen Vereinigungen. Speziell bei der Festigung des politischen Einflusses über die wichtigen Wahlen zur Staatsduma von 1993 und 1995 hinweg zur stärksten politischen Kraft in der RF, kann leicht das Bild eines Phönix aus der Asche verwendet werden. Wie ist dieser Erfolg mit endogenen Parametern zu erklären?

Entscheidend ist, dass die KPRF einerseits an der Tradition der „*sowjetischen Weltmacht*“<sup>472</sup> festhielt und andererseits realpolitisch agierte und die Gepflogenheiten der neuen RF in ihre Arbeit integrierte. Zu erkennen ist dies auch an der links-nationalen Ausrichtung der KPRF. Dass die Vereinigung im Kern eine kommunistische Partei geblieben ist, wurde schon in den vorangegangenen Kapiteln der Arbeit herausgearbeitet. Dass die KPRF nationalistische Elemente in ihrer Programmatik verwendete, sowie bewusst die Karte des starken Staates spielte, ist nicht neu, entspricht in Teilen sogar einer tief verwurzelten Wesensart innerhalb der Bevölkerung der RF. Pragmatisch und innovativ für die KPRF war allerdings der Umgang mit der Macht sowie der schon zitierte Schwenk von der ‚außerparlamentarischen Opposition‘ hin zur ‚konstruktiven Opposition‘, welcher ebenfalls als ein endogener Faktor angesehen werden kann, da diese Entscheidung aus der Vereinigung heraus getroffen wurde.<sup>473</sup> 1995 befürworteten 61,2% der Menschen in der RF eine ausgeprägte staatliche Verantwortung, dies entspricht einem um 20-25%-Punkte höheren Wert als noch 1991 oder 1992.<sup>474</sup> Die KPRF entspricht schon aus sich heraus diesen Ansätzen und manifestiert die Staatlichkeit in ihrem Programm. So sind unter anderem die Punkte der staatlichen Kontrolle des Bankwesens, die staatliche Kontrolle der Waffenproduktion, staatliche Programme zur gezielten Unterstützung der Produzenten in der Wirtschaft sowie eine staatliche Politik der sozialen Gerechtigkeit im Programm der KPRF zu finden.<sup>475</sup> Diese Aussage korrespondiert mit der Einstellung der Bürger zum sowjetischen Sozialismus, welche in ihrer positiven Wahrnehmung von 1991 zu 1996 zunahm.<sup>476</sup> J. Levada sagt zu diesem Umstand: *„Bis heute ist das Massenbewußtsein der Ex-Sowjetbürger entgegen allen Enthüllungen und Umdeutungen nach fast den selben Mustern geprägt wie in der klassischen Sowjetzeit.“*<sup>477</sup>

---

<sup>472</sup> Vgl. Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien, S. 276.

<sup>473</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Von der radikalen Opposition zur Beteiligung an der Macht, S. 977.

<sup>474</sup> Vgl. Miller, Arthur H.; Reisinger, William M.; Hesli, Vicki L.: Reassessing Mass Support for Political and Economic Change in the Former USSR. In: American Political Science Review, Vol. 88, Nr. 2, 1994, S. 401 und Miller, Arthur H.; Reisinger, William M.; Hesli, Vicki L.: Understanding Political Change in Post-Soviet Societies. A Further Commentary on Finifter and Mickiewicz. In: American Political Science Review, Vol. 90 Nr. 1, 1996, S. 158.

<sup>475</sup> Vgl. Das Programm der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 86 sowie Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien, S. 277.

<sup>476</sup> 1991 vertraten rund 21% eine positive Einstellung zum sowjetischen Sozialismus, rund 24% der Befragten äußerten eine neutrale Einstellung, 1996 steigerte sich die positive Einstellung auf rund 33%, wobei der Wert der neutralen Haltung gleich blieb. Vgl. Mason, David; Sidorenko-Stephenson, Svetlana: Public Opinion and the 1996 Elections in Russia. Nostalgic and Statist, Yet Pro-market and Pro-Yeltsin, in: Slavic Review, Nr. 4, 1997, S. 708.

<sup>477</sup> Vgl. Levada, Jurij: Der „Homo sovieticus“ als sozialer Mythos, S. 50.

Die nationalistischen Ausprägungen sind für die KPRF von zentraler Bedeutung. Für die Vereinigung war es wichtig, die Anerkennung der Großmachtstellung voranzutreiben, auch mit Blick auf die Wiederherstellung der UdSSR in den Grenzen von 1991, oder zumindest eine Stärkung der GUS mit Vormachtstellung der RF zu erreichen. Aussagen zur nationalistischen Ausprägung der KPRF lassen sich im Programm der politischen Vereinigung sowie den Inhalten des Programms zur Präsidentschaftswahl 1996<sup>478</sup> nachweisen. Hier spricht die KPRF vom „*nationalen Befreiungskampf des rußländischen Volkes*“<sup>479</sup>. Die KPRF will „*die historischen und geistigen Werte des russischen und der anderen Völker des Landes schützen*“<sup>480</sup> Ein weiterer unterstützender Fakt ist die Bildung des ‚National-Patriotischen Blocks‘ zur Präsidentschaftswahl 1996.<sup>481</sup> Für die KPRF stellt die Verbindung sozialistischer und nationalistischer Elemente keinen Widerspruch dar. Auch wenn die nationalistische Ausrichtung, welche H. Timmermann als „*nicht unbedingt repräsentativ für die Gesamtpartei*“<sup>482</sup> ansieht, stark vertreten ist, stimmt die Gesamtheit der KPRF in einem Punkt überein: „*Sie demonstrieren [jedoch] die klare Distanzierung der KPRF von den Vorstellungen einer internationalen Ordnung, die sich auf Interdependenz und Partnerschaft auf der Basis ‚allgemeinmenschlicher Werte‘ (M. Gorbatschow) gründet.*“<sup>483</sup>

Des Öfteren wird gerade der ‚monolithische Charakter‘ der KPRF in ihrem inneren Aufbau<sup>484</sup> sowie der Programmatik diskutiert, Autoren wie A. Ignatow oder R. Sakwa weisen zu Recht auf die internen Strömungen, den Programm-Mix und die schwierige Situation zwischen politischer Führung und der Basis hin.<sup>485</sup> Doch ist an dieser Stelle H. Timmermann zu folgen,

---

<sup>478</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Die russische Präsidentschaftswahl 1996, S. 21f.

<sup>479</sup> Vgl. Das Programm der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 87.

<sup>480</sup> Vgl. ebenda, S. 88.

<sup>481</sup> Hier äußert sich E. Schneider zur Position G. A. Sjuganows, der sich lieber als Kandidat des ‚National-Patriotischen Blocks‘ sieht, als ein Kandidat der KPRF. Vgl. Schneider, Eberhard: Die russische Präsidentschaftswahl 1996, S. 23. G. Luchterhandt fasst die Veränderungen der KPRF-Programmatik, auch wenn sie sich nicht im allgemeinen Programm niederschlagen, sondern im Wahlprogramm zur Wahl 1996 für den Kandidaten G. A. Sjuganow zu finden sind, wie folgt zusammen: „*Abstand zu marxistisch-leninistischen Prinzipien in Ökonomie und Politik, Verzicht auf eine kommunistische und sogar radikaloppositionelle Rhetorik, Großmachtorientierung und Patriotismus sowie Verteidigung der sozialen Rechte der Bevölkerung.*“ Vgl. Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 62.

<sup>482</sup> Vgl. Timmermann, Heinz: Die Wiederkehr der KP Russlands, S. 19.

<sup>483</sup> Vgl. ebenda. Diese Aussage verdeutlicht einen wichtigen Punkt: Die Abkehr vom Internationalismus, also die Hinwendung zur eigenen Staatlichkeit, zum Nationalismus.

<sup>484</sup> Zum inneren Aufbau, ihrer Strukturierung siehe besonders Kapitel 3.1. Der Aufbau der KPRF über Statut, Organisationseinheiten und Formalisierung soll hier nicht erneut diskutiert werden. In Form der landesweiten Organisationen findet der organisatorische Aufbau der KPRF auch in diesem Kapitel Erwähnung und Wertung.

<sup>485</sup> Zur parteiinternen Situation und der Loskoppelung der Führungsgremien von der parteipolitischen Basis siehe Ignatow, Assen: Zwischen „Selbstkritik“ und neuer Hoffnung, S. 32ff und Sakwa, Richard: Left or Right?, S. 149. G. Luchterhandt attestiert diesen Umstand selbst für die einfachen KPRF – Abgeordneten in Bezug auf G. A. Sjuganow. Vgl. Luchterhandt, Galina: Von der radikalen Opposition zur Beteiligung an der Macht, S. 977.

der sagt: „*Paradoxerweise sind es die Widersprüche, die die KPRF in der Balance halten – ganz ähnlich wie in Russland insgesamt. [...] Insofern ist die KPRF stabiler, als es von außen aussehen mag.*“<sup>486</sup> Diese Aussage steht in keinem Widerspruch zur These D. Drostes, der die Ausführungen ergänzt und ausführt: „*[...] muß dieser 'Programm-Mix' neben aller strategischen Flexibilität jedoch auch als Folge der unterschiedlichen politisch-ideologischen Strömungen innerhalb der Partei gesehen werden – und trägt dadurch parteiinternen Sprengstoff.*“<sup>487</sup>

Der erste der endogenen Faktoren, der sich in diesen Aussagen herauskristallisiert, ist der 'Programm-Mix', welcher sich aber an der gegenwärtigen Situation in der RF und der politischen Ausrichtung der KPRF orientiert. Er muss somit nicht als hemmend gewertet werden, da er eher eine breite Wählerschicht miteinander verbindet und die breite Koalitionsbereitschaft der KPRF gewährleistet.

Der zweite endogene Faktor lässt sich in der Aussage zu den jeweiligen KPRF-Flügeln finden. Hier ist zu sagen, dass der 'konservativ-stalinistische Flügel', der laut Aussage H. Timmermanns nur noch 10-15% innerhalb der KPRF ausmacht<sup>488</sup>, zwar Druck auf die Führung ausüben kann, doch an dem Problem zu leiden hat, dass nur noch rund 15% des Wahlvolkes ein schlichtes Zurück zum Realsozialismus sowjetischen Typs auch in der Realität sehen will.<sup>489</sup> Zum zweiten Flügel, der 'sozialdemokratischen Strömung', ist zu sagen, dass sie von der Größe der Gruppe bei nur 10% lag und sich dem Dilemma ausgesetzt sah, dass die sozialdemokratische Position bereits von einer Vielzahl politischer Vereinigungen außerhalb der KPRF besetzt war.<sup>490</sup> Ebenso sah sich die 'sozialdemokratische Strömung' stetigen Angriffen der Konservativen innerhalb der KPRF ausgesetzt. Sie würde „*[...] die besondere kulturhistorische Tradition und die Vorraussetzungen Russlands missachten und das Land den zersetzenden Einflüssen der westlichen Zivilisation aussetzen.*“<sup>491</sup> Dieser Vorwurf wurde auch von Seiten der stärksten Formation innerhalb der KPRF, dem rund 75% starken 'linksnationalistischen Zentrum' an die 'sozialdemokratische Strömung' gerichtet. Der damalige stellvertretende Vorsitzende der KPRF, A. A. Schabanow, attestierte, dass es angesichts der spezifischen Bedingungen des Landes „*in Russland*

<sup>486</sup> Vgl. Timmermann, Heinz: Die KP Russlands, S. 30.

<sup>487</sup> Vgl. Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien, S. 279.

<sup>488</sup> Vgl. Timmermann, Heinz: Die KP Russlands, S. 16.

<sup>489</sup> Vgl. Iswestija, 11.01.1996.

<sup>490</sup> Hierzu können die RPRF sowie die verschiedenen sozialdemokratischen Bewegungen, wie die SDPR, genannt werden.

<sup>491</sup> Vgl. Timmermann Heinz: Die KP Russlands, S. 13.

*keinerlei Sozialdemokratie geben [kann].*<sup>492</sup> Für die KPRF bedeuteten die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Vereinigung keineswegs eine Stagnation, wie A. Ignatow ein vermeintliches Dilemma der KPRF versucht zu umschreiben,<sup>493</sup> sondern es bedeutet das Aufbrechen des monolithischen Blockes und die Zulassung von Plattformen, was der programmatischen Diskussion innerhalb der KPRF dienlich war.

Ein weiterer endogener Faktor bezieht sich auf die schon angesprochene Koalitionsfähigkeit der KPRF, hier in Bezug auf die beiden Staatsdumawahlen und die Präsidentschaftswahl von 1996. Doch ist auch dieser Koalitionsbereitschaft eine Grenze gesetzt. Auf der einen Seite verbietet sich durch die strikte Ablehnung einer Sozialdemokratisierung<sup>494</sup> die Zusammenarbeit mit den einschlägigen Vereinigungen dieses Spektrums. Auf der anderen Seite gibt es trotz der Einbindung nationalistischer Elemente keine Zusammenarbeit mit z.B. der LDPR. Dies unterstreicht H. Timmermann, indem er sagt: *„[...] zur Partei Schirinowskij's allerdings hält die KPRF deutlichen Abstand, da sie diese als unseriös einschätzt und ihr (keineswegs zu Unrecht) vorwirft, das Regime Jelzin-Tschernomyrdin zu unterstützen.*<sup>495</sup> Und abschließend lassen sich bei allen taktischen Übereinkommen auch Grenzen erkennen, die sich im linksradikalen Spektrum der RF für die KPRF ergeben. Zum einen der Gewaltverzicht, auf den sich keine der linksradikalen Vereinigungen einlassen wollte, aber auch die Abkehr der KPRF von radikaler Rhetorik.

Somit blieb der KPRF nur die schon angesprochene Möglichkeit, auf der Basis der NPSR als Nachfolge des 'Volkspatriotischen Blockes' ein Bündnis zu schmieden, was aber in keiner Weise alle oppositionellen Kräfte an sich band. Die NPSR bildete einen Zusammenschluss unter Vorherrschaft der KPRF. Als Hauptziele der NPSR ließen sich festhalten: *„eine Absage an jeden Radikalismus, die Betonung der staatlichen Interessen und der Versuch der Einflussnahme auf das Machtsystem.*<sup>496</sup>

Dass die KPRF auch weiterhin zwischen der parlamentarischen und der außerparlamentarischen Arbeit unterschied, zeigte die schon angebrachte partielle

<sup>492</sup> Vgl. Timmermann Heinz: Die KP Russlands, S. 13.

<sup>493</sup> Vgl. Ignatow, Assen: Zwischen „Selbstkritik“ und neuer Hoffnung, S. 32.

<sup>494</sup> Wenngleich auch die KPRF Einzelkomponenten der Sozialdemokratie in ihre Argumentation mit aufnimmt, geschieht dies aber in der Hoffnung, Wählerstimmen aus diesem Bereich zu mobilisieren, nicht aber zum Zwecke einer sozialdemokratischen Ausrichtung. Ferner versucht die KPRF durch den klaren Gewaltverzicht im Unterschied zu den meisten kleinen KPen in der RF, in dieses Wählerfeld vorzustoßen. Zur Ausdifferenzierung der Koalitionspartner zur Präsidentschaftswahl 1996 siehe Luchterhandt, Galina: Von der radikalen Opposition zu Beteiligung an der Macht, S. 983f.

<sup>495</sup> Vgl. Timmermann, Heinz: Die KP Russlands, S. 13.

<sup>496</sup> Vgl. Droste, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien, S. 283.

Zusammenarbeit mit JABLOKO in der Staatsduma, welche außerparlamentarisch nie zustande gekommen wäre. E. Schneider weist auf diese Tatsache hin und sagt: „*Bei der Besetzung der Posten der Komiteevorsitzenden haben zu einiger Verwunderung die KPRF- und die Jabloko-, sowie die NDR (UHR, Anm. des Verf.)- und die LDPR-Fraktion zusammengearbeitet.*“<sup>497</sup>

Diese Aussage lässt drei Interpretationen zu. Die erste besteht darin, der KPRF eine andere Zusammenarbeitsbereitschaft innerhalb, als außerhalb der Staatsduma zu unterstellen und somit einen gewissen parlamentarischen Pragmatismus. Als zweite Interpretation könnte die Zusammenarbeit als Indiz für die ‚konstruktive Opposition‘ gesehen werden und als dritte Interpretation könnte die Zusammenarbeit der UHR- mit der LDPR-Fraktion die Unterstützung der LDPR für die Regierung aufdecken, denn die UHR galt als PdM. Als Aussage muss festgehalten werden, dass der KPRF trotz eines ‚Programm-Mixes‘ keine allumfassende Unterstützung zuteil wurde. Die KPRF setzte sich selbst Grenzen. Diese selbst gesetzten Grenzen schärften auf der einen Seite das politische Profil, was einer Aussage A. Ignatows widerspricht, der sagt: „*[...], die (die KPRF, Anm. d. Verf.) ihre frühere ‚monolithische‘ Idee verloren hat, an ihre Wirksamkeit nicht mehr glaubt, aber unfähig ist, etwas anders zu schaffen, und impulsiv und unüberlegt zu allem greift, was sie bei der Hand hat.*“<sup>498</sup> Auf der anderen Seite vermochte es die KPRF aber nicht, ein großes, über die Grenzen des ‚Volkspatriotischen Blockes‘ hinausgehendes Bündnis zu Gunsten der KPRF zu schmieden. Somit war die Wirkung ambivalent und bedeutete, bezogen auf die Präsidentschaftswahlen 1996 einen möglichen taktischen Fehler, denn hier konnte die KPRF neben der APR und den Linkskommunisten kaum politische Mitstreiter auf Zeit gewinnen. So kann das fehlende Mobilisierungspotential von Wählern außerhalb der KPRF-Stammwählerschaft, das durch unzureichende Anreizpotentiale verursacht wurde, als eine der Ursachen des Scheiterns G. A. Sjuganows bei den Wahlen 1996 interpretiert werden.

An diesem Punkt lässt sich noch ein weiterer Einflussfaktor anknüpfen, welchen R. Sakwa anspricht: „*A communist-dominated Duma was one thing, balanced by a reformist president, but a communist president as well would have destroyed the de facto political separation of*

---

<sup>497</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Duma-Wahlen 1995 (III). Ergebnisse, Informationen, Analysen. In: Osteuropa, Nr. 5/1996 S. 448. Diese Aussage unterstreicht auch G. Luchterhandt, die in der prinzipiellen Opposition der beiden Parteien einen Anhaltspunkt zur Zusammenarbeit sieht. Vgl. Luchterhandt, Galina: Von der radikalen Opposition zur Beteiligung an der Macht, S. 972.

<sup>498</sup> Wie gezeigt, versucht die KPRF genau das Gegenteil. Vgl. Ignatow, Assen: Zwischen „Selbstkritik“ und neuer Hoffnung, S. 32.

*power*.<sup>499</sup> Dies bedeutet, dass eine kommunistisch dominierte Staatsduma als Ausdruck des politischen Protestes durch die Wähler durchaus gewollt war. Ziel war es hierbei, dem Präsidenten ein, wenn auch geringes Gegengewicht entgegenzusetzen. Eine Akkumulation kommunistischer Macht in Form eines allmächtigen Präsidenten und einer kommunistisch dominierten Staatsduma wäre auch dem Wahlvolk zu viel an Opposition gegenüber den damaligen Verhältnissen. Somit waren die Wahlerfolge der KPRF auf der Ebene der Parlamente nicht immer ein Vorteil für G. A. Sjuganow als Kandidaten bei der Wahl zum Präsidenten der RF.

Ein weiterer, sehr wichtiger endogener Faktor kann in der Wahl G. A. Sjuganows zum Spitzenkandidaten der KPRF und des 'Volkspatriotischen Blockes' für die Präsidentschaftswahlen<sup>500</sup> gesehen werden. Aufgrund der gesamtrossischen Charakteristika, eines paternalistischen Staates und der Tatsache, politische Entscheidungen nicht anhand von Programmen, sondern auf der Basis von Einschätzung, der sich hinter den Vereinigungen befindlichen Führungspersonen zu fällen, befand sich G. A. Sjuganow in einer schwierigen Situation. Selbst die Basismitglieder der KPRF bemängelten seine fehlende Autorität, Entschlossenheit und Ausstrahlung, wie M. Thumann festhält.<sup>501</sup>

Den bereits aufgezeigten präsidial bedingten Mobilisierungsmöglichkeiten B. N. Jelzins konnte G. A. Sjuganow wenig entgegensetzen, auch wenn er, wie in einem Vortrag in Bonn am 06.05.1996, oftmals beteuerte, „*dass es eine Lüge sei, wenn der KPRF vorgeworfen würde, sie wolle in die Vergangenheit zurück.*“<sup>502</sup> Auch im Programm der KPRF lassen sich hierzu passende allgemeingültige Passagen finden, so, dass „*die KPRF für die Einhaltung der Menschenrechte und –freiheiten und der allgemein anerkannten Normen des internationalen Rechtes [ist].*“<sup>503</sup> Ferner wird der Schutz der Bürgerrechte und der Freiheiten des Menschen

<sup>499</sup> Vgl. Sakwa, Richard: *Left or Right?*, S. 134.

<sup>500</sup> Da die Präsidentschaftswahl für die Stabilität der RF, im Verhältnis zur Staatsdumawahl, die entscheidende Wahl ist, stehen bei ihr die Kandidaten noch stärker im Vordergrund, als bei den Wahlen zum Parlament. Parteien und ihre Programme treten in den Hintergrund.

<sup>501</sup> Vgl. Thumann, Michael: *Zahm, aber standhaft*, DIE ZEIT, 10.09.1998 sowie Schejnis, Viktor: *Die Präsidentschaftswahlen in Russland*, S. 1063 und Krotow, Nikolaj; Luchterhandt, Galina: *Zwischen „Patriotismus“ und „Sozial-Demokratie“*, S. 855. Hier im Spannungsfeld der Sammelbewegungen. Umstritten durch den Spagat zwischen Nationalisten und orthodoxen Kommunisten.

<sup>502</sup> Vgl. *Der Spiegel*, 24, 1996. Mit dieser Aussage geht eine Einschätzung G. Luchterhandts konform, die sagt: „*Als pragmatischer Politiker versteht er (G. A. Sjuganow, Anm. d. Verf.) es, dass er nicht an die Macht kommen und an der Macht bleiben kann, ohne wichtige Interessengruppen (darunter auch die Interessen des Westens) zu berücksichtigen.*“ Vgl. Luchterhandt, Galina: *Von der radikalen Opposition zur Beteiligung an der Macht*, S. 979. G. Luchterhandt bezieht sich hierbei indirekt auch auf die inneren Strömungen der Vereinigung.

<sup>503</sup> Vgl. *Programm der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation*. In: Luchterhandt, Galina: *Politische Parteien in Russland*, S. 87.

in der RF für notwendig erklärt.<sup>504</sup> Trotz alledem konnten die KPRF bzw. G. A. Sjuganow die Zuspitzung auf einen eindimensionalen Konflikt (Stillstand – G. A. Sjuganow vs. Reformen – B. N. Jelzin) nicht vermeiden. Diese Entwicklung bedeutete, „*dass nur Jelzin und Sjuganow Erfolgchancen hätten und mit diesen beiden nicht lediglich über ihr Programm entschieden würde, sondern dies zugleich die Wahl zwischen unterschiedlichen Weltanschauungen, Ideologien und unterschiedlichen Entwicklungsmodellen wäre.*“<sup>505</sup>, wie G. Tschinarichina ganz richtig feststellt. Natürlich ging es neben den Personen auch um die Konfrontation der Weltanschauungen. Doch würde dies in der gesamten Konsequenz bedeuten, dass auch eine Auseinandersetzung um den sozial-ökonomischen Werdegang der RF hätte stattfinden müssen. Hier hat die KPRF im Vergleich zu den Dumawahlen den Fehler gemacht, in der Wahlkampfaktik<sup>506</sup> mehr russisch-nationale, anstatt sozial-ökonomisch Themen anzusprechen. R. Sakwa betont diesen Punkt ausführlich, indem er sagt, dass „*above all, Zyuganov`s campaign lacked a coherent economic policy and failed to generate a convincing message that might have attracted a broader electorate.*“<sup>507</sup> Eine Analyse<sup>508</sup> der wirtschaftlichen Situation der Bevölkerung der RF hatte 1996 ergeben, dass rund 71% der Befragten entweder keine Veränderung oder eine Veränderung zum Schlechteren im Vergleich zur Situation von vor fünf Jahren spürten. Die gleiche Umfrage ergab, dass in Hinblick auf die Situation in fünf Jahren, 61% der Befragten angaben, es würde entweder unverändert bleiben oder schlechter werden. Die Umfrage verdeutlicht, wie sehr die Bevölkerung der RF eine Verbesserung der sozial-ökonomischen Situation wollte und wie sehr es möglicherweise nötig gewesen wäre, dass sich die KPRF diesem Thema verstärkt zugewandt hätte, statt sich davon abzuwenden. Dies war ein klarer Fehler in der Ausrichtung der Wahlkampfaktik, der aus der KPRF heraus zu sehen ist.

Eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielten die analytischen Zentren bzw. Gruppen, die sich als theoretische Keimzellen des kommunistischen Gedankenguts sowie der Arbeit der KPRF verstanden<sup>509</sup>. V. Schejnis bescheinigt der KPRF jedoch, dass die

---

<sup>504</sup> Vgl. Programm der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 89 und Luchterhandt, Galina: Von der radikalen Opposition zur Beteiligung an der Macht, S. 984.

<sup>505</sup> Vgl. Tschinarichina, Galina: Wahlkampagne `96, S. 6.

<sup>506</sup> Tatsächlich stand laut einer Rede G. A. Sjuganows, anlässlich des IV. Parteitages der KPRF, die Gesetzgebung im sozialen Bereich bei der KPRF im Vordergrund der Arbeit in den Komitees und der II. Staatsduma, hier speziell über das Existenzminimum oder die Renten und die Sozialhilfe. Vgl. Prawda Rossii, 22.02. 1996.

<sup>507</sup> Vgl. Sakwa, Richard: Left or Right?, S. 134.

<sup>508</sup> Vgl. Rose, Richard: New Russia Barometer VI. After the Presidential Elections, Studies in Public Policy 272, Glasgow, 1996, S. 15.

<sup>509</sup> Vgl. Luchterhandt, Galina: Von der radikalen Opposition zur Beteiligung an der Macht, S. 982.

Vereinigung nicht „[...] über ein realistisches positives Programm verfügte“<sup>510</sup>. Gerade dieser Umstand war möglicherweise mitverantwortlich für ein Scheitern der KPRF bei den Präsidentschaftswahlen 1996. So konnte B. N. Jelzin das fast freie Feld nahezu kampflos mit seinen polemischen Versprechungen zur Verbesserung der sozial-ökonomischen Situation übernehmen. Er hatte somit die Möglichkeit, neben den Gewinnern der Wirtschaftsreformen, die ihn mit hoher Sicherheit gewählt hatten, auch jene Schichten zu erreichen, die trotz ihrer persönlich schlechten Erfahrungen noch immer an eine Verbesserung der Situation glaubten. Diese hätten ihn sonst sicherlich nicht gewählt, da das Potential der Transformationsverlierer, zu den Dumawahlen zumeist der KPRF zufloss.

Unter diesem Gesichtspunkt kommt ein weiterer Umstand B. N. Jelzin zu Gute, seine Position als ‚Mann des Westens‘. Damit hatte er vor dem Hintergrund einer umfangreichen finanziellen Unterstützung einen besseren Stand bei den Wählern als G. A. Sjuganow. Diesen Stand hatte die KPRF mit ihrem „*insgesamt bemerkenswert schwachen außenpolitischen Profil*“<sup>511</sup> sowie der hervorgehobenen, historisch bedingten Besonderheit eines „*eurasischen Zivilisationstyps*“<sup>512</sup> und der damit einhergehenden Großmachtstellung Russlands selbst zu verschulden.<sup>513</sup> Die KPRF verdeutlichte damit indirekt die Bevorzugung national-patriotischer Fragen, auch in der außenpolitischen Debatte. Inwieweit eine von der KPRF geführte RF einen Konfrontationskurs gegenüber dem westlichen Europa und der USA hätte standhalten können, muss aber keine Frage der Ideologie sein, sondern ist an die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gebunden. Diese hätte sich auch losgelöst von Europa und den USA zum Vorteil entwickeln können, ausgerichtet auf den asiatischen Raum.

---

<sup>510</sup> Hier bezogen auf eine mögliche Politik nach Erreichen des Präsidentschaftsamtes durch G. A. Sjuganow. Vgl. Schejnis, Viktor: Die Präsidentschaftswahlen in Russland, S. 1042.

<sup>511</sup> Vgl. Droste, Daniel. Politische Kultur und politische Parteien, S. 278.

<sup>512</sup> Vgl. ebenda, S. 279. Hier sei auch auf die von G. A. Sjuganow gern verwendete Theorie vom Aufeinandertreffen verschiedener kulturhistorischer Zivilisationstypen hingewiesen. S. P. Huntington sowie N. J. Danilevskij werden von G. A. Sjuganow oft in die theoretische Debatte eingebracht. Vgl. Orlov, Boris: Das Problem des „Großmachtdenkens“ in der russischen Geschichte. In: Osteuropa, Nr. 6/2001, S. 663 und zu S. P. Huntington siehe Huntington, Samuel P.: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Hamburg 2006.

<sup>513</sup> H. Timmermann weist darauf hin, dass die Gefahr einer Neuauflage der alten Konfrontationslage droht, wenn es der KPRF gelingen sollte, in Zukunft verstärkt Einfluss auf die RF zu nehmen. Vgl. Timmermann, Heinz: Die Wiederkehr der KP Russlands, S. 28. Tatsächlich ist auch hier die Einstellung der KPRF ambivalent, denn erstens äußerte sich G. A. Sjuganow zur Rolle der RF als ein Schwerpunkt auf dem eurasischen Kontinent und verdeutlichte, sein Land werde sich „*niemals in supranationale Organisationen hineinziehen lassen, die das Recht beanspruchen, in die internationalen Angelegenheiten anderer einzugreifen.*“, aber zweitens formuliert er im selben Beitrag, dass „*die Außenpolitik seiner Partei pragmatisch und frei von ideologischer Färbung sein [werde], wobei sie (die KPRF, Anm. d. Verf.) davon ausgehe, dass der Westen den Großmachtstatus Russlands sowie die Absicht des Landes respektiere, nach eigenen Bedingungen und Traditionen zu leben.*“ Vgl. Sjuganow, Gennadi: „Restore the Might of the Russian State and Its Status“. In: International Herald Tribune (Paris), 02.02.1996.

Ein weiterer endogener Faktor, der die Arbeit der KPRF beeinflusste und der Vereinigung wahrscheinlich auch Stammwählerstimmen kostete, ist in der Literatur als „*patriotischer Konsens*“ verzeichnet.<sup>514</sup> Gemeint ist hier ein Annähern an die zentristischen Kreise der russischen Exekutive. Dieser Konsens ist hauptsächlich durch die Mehrheitsbewegung in der KPRF um G. A. Sjuganow vorangetrieben worden. Wichtigster gemeinsamer Nenner war hier weniger die sozial-ökonomische Situation als vielmehr die Wiederbelebung der Größe und Würde der RF. Auch wenn sich beiden Minderheitsströmungen innerhalb der KPRF gegen die Konsensfindung aussprachen, hatten sie keine Chance und konnten dem Auseinandergehen der KPRF-Programmatik mit dem angepassten Handeln nichts entgegensetzen. Auch wenn hier nicht von „*einer großen Koalition mit der KPRF als ihrem indirekten und doch integralen Bestandteil*“<sup>515</sup> gesprochen werden kann, wie H. Timmermann ganz richtig feststellt, bestand die Gefahr, dass sich die Wähler und Mitglieder der KPRF verunsichert fühlten. Das Problem für die Vereinigung bestand darin, dass, wenn sich die KPRF der gesellschaftlichen Mitte annähert, um Stimmen zu maximieren, ihr auf Seiten der Stammwähler Stimmen verloren gehen.

Das Wahlergebnis zur Präsidentschaftswahl 1996 verdeutlichte, dass es dem Amtsinhaber besser gelungen war, die personenzentrierte Wahl auf sich zu lenken, als es G. A. Sjuganow vermochte. Zudem profitierte B. N. Jelzin von der hohen Wahlbeteiligung (68,9%). G. A. Sjuganow konnte nur von seinem Stammwählerpotential zehren. Abschließend dürfte wohl neben allen beeinflussenden Faktoren auch der Wunsch „*nach politischer, wirtschaftlicher und geistig-kultureller Stabilität den wesentlichen Ausschlag zur Wiederwahl Boris Jelzins gegeben haben*“<sup>516</sup>, wie D. Droste klar herausarbeitet. Diese Aussicht auf Stabilität konnten die KPRF und G. A. Sjuganow, neben dem sozialen Programm, nicht ausreichend vermitteln.<sup>517</sup>

---

<sup>514</sup> „*Politically speaking, the CPRF reflects the oiligarchical ('regime') nature of post-communist Russian development. [...] Forced to recognize this, the CPRF turned towards 'constructive' opposition as part of a so called 'strategic compromise', and thereby helped anchor the democratic process in political society.*“ Vgl. Sakwa, Richard: *Left or Right?*, S. 144f.

<sup>515</sup> Vgl. Timmermann, Heinz: *Die KP Russlands*, S. 22. An dieser Stelle soll die 'U-Boot-Theorie' nicht unerwähnt bleiben. Hierbei handelt es sich um die Theorie der Systemkonformität aller bzw. der meisten politischen Vereinigungen, die nach gemeinsamen Kompromissen handeln, nach außen aber den Schein einer pluralistischen Parteienlandschaft aufrechterhalten.

<sup>516</sup> Vgl. Droste, Daniel: *Politische Kultur und politische Parteien*, S. 261.

<sup>517</sup> Hier bezogen, auf das von der KPRF erwogene erneute Errichten einer Union der Sowjetvölker, die Änderung der Verfassung, sowie erneut, die Wiederbelebung der gesellschaftlichen Form der Produktionsmittel. Vgl. Programm der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: *Politische Parteien in Russland*, S. 82f. Darüber hinaus sind es speziell die angesprochenen wirtschaftlichen Beziehungen, die die KPRF nicht in dem Maße absichern konnte, wie es B. N. Jelzin den Wählern glaubhaft machen konnte.

Im Zusammenhang mit den Wahlen wurde die damit einhergehende Einbindung der Medien schon angesprochen. Die dabei gemachten Aussagen sollen nur um einen endogenen Faktor in Bezug auf die KPRF ergänzt werden. Wie nutzte die KPRF die Möglichkeit medialer Werbung?

Während für die KPRF-Wählerschaft die Bedeutung von Wahlwerbespots im Fernsehen mit nur 9% eher unwichtig war, waren sie für die Wähler anderer Vereinigungen von größerem Gewicht, für die Wähler von JABLOKO waren es 19% und für die Wähler der UHR 18%.<sup>518</sup> Die KPRF entschied sich für auffallend wenig Fernsehwerbung. Man setzte hier auf die engen Organisationsnetzwerke und die regionalen sowie lokalen Zeitungen. Dass diese Strategie für die Staatsdumawahl 1995 aufging, lag aber nicht an der diesbezüglich gewählten Taktik der KPRF, sondern erneut am Stammwählerpotential, denn 40% der KPRF-Wähler gaben an, sich schon weit vor Wahlkampfbeginn festgelegt zu haben<sup>519</sup>. Der Fehler der KPRF lag darin, erneut einen klassischen Wahlkampf geführt zu haben, diesen mit Erfolg<sup>520</sup>, aber ohne Weitsicht.

Spätestens zum Präsidentschaftswahlkampf war der modernere mediale Wahlkampf der Kremladministration dem klassischen Wahlkampf der KPRF überlegen. Ein weiterer Punkt liegt in der Mobilisierung von Wählern, die nicht klassische KPRF-Wähler waren. Diese ließen sich, wie die Zahlen zeigen, durch Fernsehwerbung stärker beeinflussen. Hier hätte die KPRF verstärkt Wählerpotential erreichen und aus anderen Wählergruppen für sich gewinnen können. An diesem Punkt treffen zwei Faktoren zusammen. Auf der einen Seite sichern gerade die organisatorischen Netzwerke das Überleben der KPRF, in diesem Falle auch *„wenn ihr Vorsitzender aus irgendeinem Grunde ausfiele“*<sup>521</sup>, wie H. Timmermann einen

---

Hier bestand die Gefahr, dass vermeintlich wichtige wirtschaftliche Investoren von einer KPRF-geführten RF Abstand nehmen könnten.

<sup>518</sup> Vgl. White, Stephen; Wyman, Matthew; Oates, Sarah: Parties und Voters in the 1995 Russian Duma Election. In: Europe-Asia Studies, Vol. 49, Nr. 5, 1997, S. 781.

<sup>519</sup> Vgl. White, Stephen; Wyman, Matthew; Oates, Sarah: Parties und Voters in the 1995 Russian Duma Election. In: Europe-Asia Studies, Vol. 49, Nr. 5, 1997, S. 781.

<sup>520</sup> Die Iswestija sieht im sehr aktiven Nutzen der regionalen Medien einen der Schlüssel für den Erfolg der KPRF und stellt zudem fest, dass die KPRF im zentralen Fernsehen eine minimale Rolle spielte. Vgl. Iswestija, 12.04.1994. G. Luchterhandt sieht den Erfolg der KPRF in der Taktik der Agitation von *„Tür zu Tür“* bzw. *„von Mensch zu Mensch“*, dies war nur durch die gut ausgebauten Organisationsnetze möglich. Die Reklame der KPRF *„im Fernsehen war ausgesprochen konservativ und langweilig, die Wahlplakate der KPRF machten einen unprofessionellen Eindruck.“* Vgl. Luchterhandt, Galina: Von der radikalen Opposition zur Beteiligung an der Macht, S. 975.

<sup>521</sup> In diesem Ansatz zeigt sich die untypische Qualität der KPRF, denn in ihr garantiert nicht nur der charismatische Führer – wie in den meisten anderen Parteien – den Fortbestand der Partei. Die organisatorische Stärke sichert den Einfluss und das Fortbestehen der Partei zusätzlich mit ab. Vgl. Timmermann, Heinz: Die Wiederkehr der KP Russlands, S. 11.

spannenden Gedankenansatz gibt. Aber auf der anderen Seite sind es genau diese Netzwerke, die durch die demografische Entwicklung gefährdet sind, denn nicht umsonst ist die „*Verjüngung der Parteimitgliedschaft durch breite Werbung von Nachwuchs für die Partei*“<sup>522</sup> von existenzieller Wichtigkeit. Durch die teilweise Abkehr vom klassischen Wahlkampf hätte sich die KPRF von ihrem Stammwählerpotential emanzipieren können, ohne es aber zu verlieren. Die Annahme moderner Wahlkampfstrategien hätte die Wählerschaft um nicht klassische KPRF-Wähler ergänzen können.

Spannend ist in diesem Zusammenhang auch ein weiteres Phänomen. Neben der fehlenden Fähigkeit, andere Wählerschichten für die KPRF zu gewinnen, verliert die KPRF zunehmend den Einfluss auf die Arbeitermobilisierung. Einer der zwei Hauptgründe ist die eher schlechte Zusammenarbeit der KPRF mit den Gewerkschaften, was wiederum eine gezielte Lobbyarbeit unabhängig von den Gewerkschaften nach sich zieht. Auch wenn der auf die KPRF bezogene Aussage A. Aslunds, „*die Kommunisten und Nationalisten in der Staatsduma bevorzugen deutlich die korrupten regionalen Gouverneure und die Großunternehmen*“<sup>523</sup> nicht vollständig zugestimmt werden kann, so verdeutlicht sie doch eine Tendenz: Für die Regionen liegen die Möglichkeiten, etwas für die Bevölkerung und die Wirtschaft zu erreichen, nicht mehr singular in der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, sondern in der Nähe zur Kremladministration. B. N. Jelzin untermauert diese Tendenz bewusst durch seine Politik der ‚Gouverneure von Jelzins Gnaden‘. Die Aussage A. Aslunds kann unter dem Gesichtspunkt, dass G. A. Sjuganow argumentativ mehr und mehr vom Bild der kommunistischen Klassenkampfpartei abrückt, nachvollzogen werden. G. A. Sjuganow veränderte die Blickrichtung und vollzog einen Schwenk auf die internationale Dimension, indem er den Kampf der Weltsysteme in seiner Politiktheorie immer mehr in den Vordergrund rückt.<sup>524</sup>

Einer möglichen Akzeptanzförderung wegen legt G. A. Sjuganow im Falle einer Regierungsbeteiligung der KPRF Wert darauf, dass funktionierende Mechanismen in der RF nicht zerstört werden. Aber auch im Hinblick auf die Außenwirkung der KPRF versucht der Vorsitzende zu beschwichtigen. Oftmals entsteht somit ein janusköpfiger Eindruck bezüglich

<sup>522</sup> Vgl. Programm der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation. In: Luchterhandt, Galina: Politische Parteien in Russland, S. 90. Zur Problematik der Verjüngung der KPRF siehe auch Droste Daniel, Politische Kultur und politische Parteien, S. 273.

<sup>523</sup> Vgl. Aslund, Anders: Programmierter Kollaps. Russlands Finanzkrise führt ins Chaos. In: Internationale Politik, 10/1998, S. 6.

<sup>524</sup> Hier ist der von G. A. Sjuganow heraufbeschworene Kampf der RF gegen die imperialistische „*Neue Weltordnung*“ gemeint. Vgl. Zjuganov, Gennadij: Derzava, Moskva 1994, S. 14f.

des Verhältnisses zwischen den KPRF-externen Kreisen, wie bei Auftritten im Ausland oder bei öffentlichen Wahlkundgebungen und der kommunistischen Vereinigung an sich. Bedingt durch eine häufig auftretende Diskrepanz zwischen theoretischem Profil einer Vereinigung und der tatsächlich durchgeführten praktischen Arbeit sind auch jene Äußerungen zu verstehen, mit denen die KPRF versucht, sich für Nichtstammwähler attraktiv erscheinen zu lassen. Zum einen versucht die KPRF, das Bild nach außen zu korrigieren, indem G. A. Sjuganow betont, dass *„die KPRF die Fehler der KPdSU nicht wiederholen und der Gesellschaft kein Monopol auf Wahrheit, Macht und Eigentum aufzwingen [werde]“*<sup>525</sup> und zum zweiten verfügt auch die KPRF über gute Verbindungen zum Kapital, in Form von Bank-, Finanz- und Industriekreisen, die nicht unwesentlich die Wahlkämpfe mitfinanziert haben. Die KPRF ist nicht minder in der Verantwortung, für den Erfolg auch Lobbyarbeit zu betreiben. Mitgliedsbeiträge<sup>526</sup> spielen bei allen gesellschaftlichen Vereinigungen eine nur stark untergeordnete Rolle. Es ist zu vermuten, dass die KPRF speziell unter den von ihr protegierten Wirtschaftszweigen, dem militärisch-industriellen sowie dem agrar-industriellen Komplex besondere Unterstützung genießt. Beide Bereiche finden im Programm der KPRF besondere Aufmerksamkeit und dienen ihr als wichtige Wählerbasen. Die Tendenzen einer Anpassung an das politische System, welche nicht gleichzusetzen sind mit einer systemkonformen Handlungsweise, setzten sich auch innerparlamentarisch fort. An dieser Stelle sei nochmals auf das Verhalten der KPRF bei den Verhandlungen zum nationalen Haushalt hingewiesen. Auch eine Aussage von W. Ostrogorski spiegelt diesen Umstand wider. *„Am Ende des Wahlkampfes (dem Präsidentschaftswahlkampf von 1996, Anm. d. Verf.) schrumpfte der ideologische und politische Abstand zwischen den beiden (B. N. Jelzin und G. A. Sjuganow, Anm. d. Verf.) beträchtlich.“*<sup>527</sup> Hier muss erwähnt werden, dass sich B. N. Jelzin dem patriotisch - russischen Weg annäherte und ihm G. A. Sjuganow andererseits auf der Achse des Bekenntnisses zur Marktwirtschaft entgegenkam. Dieses Verhalten blieb in der Bevölkerung nicht unreflektiert<sup>528</sup> und könnte der KPRF mehr Stimmen aus dem Stammwählerpotential gekostet haben, als es an neuen Wählern mobilisieren konnte.

---

<sup>525</sup> Vgl. Timmermann, Heinz: Wiederkehr der KP Russlands, S. 23.

<sup>526</sup> Zur Finanzierung der Parteien bzw. der Wahlkämpfe siehe für die Anfangszeit Gnauck, Gerhard: Parteien und Fraktionen, S. 22f und für die Mitgliederbeiträge und deren Rolle bei der Finanzierung der Parteien siehe Legutke, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, S. 33 und S. 127f.

<sup>527</sup> Vgl. Ostrogorski, Wladimir: Gennadi Sjuganow. Ein Dossier, S. 156.

<sup>528</sup> Hingewiesen sei hier auf eine Untersuchung von W. L. Miller, St. White und P. Heywood zum politischen Interesse in der Bevölkerung der RF, welche zwischen Ende 1993 und Anfang 1996 durchgeführt wurde, wonach rund ein Drittel der Befragten *„sehr oder ziemlich interessiert an Politik“* waren, was allein noch nicht viel aussagt. Nimmt man aber eine weitere Studie von R. Rose hinzu, die sich mit der altersbedingten Verteilung des politischen Interesses befasst, so kann abgelesen werden, dass unter Berücksichtigung der demografischen Situation der KPRF-Wähler, ein Großteil der politisch interessierten Menschen der RF potentielle KPRF-Wähler

Ein weiterer Faktor, der in einem gewissen Verhältnis zur Transformationsentwicklung in der RF steht, ist die Einstellung der KPRF und dabei besonders G. A. Sjuganows, zur Religion. Hier zeigt sich eine Abkehr vom marxistisch-leninistischen Atheismus, welcher die sowjetische Gesellschaft besonders prägte. Auch wenn es dabei vor allem in der Vergangenheit schon zu einem Auseinandergehen zwischen marxistisch-leninistischer Theorie und sowjetischer Praxis kam, spielt die Religion in der heutigen RF eine wieder erstarkte Rolle.<sup>529</sup> Der starken Position des Glaubens innerhalb der Bevölkerung zur orthodoxen Kirche im östlichen Ritus musste die KPRF Rechnung tragen. Auch diese Position G. A. Sjuganows, der innerhalb der KPRF eine „*Personalunion aus Chefideologe und Parteichef*“<sup>530</sup> innehat, ist in der gesamten Organisation nicht unumstritten. G. A. Sjuganows Position ist auch in der Frage der Religion eine zentristische und wird sowohl von `rechts` als auch von `links` mit Widerständen belegt. Auf die Frage eines Journalisten: „*Wer ist Ihr Gott? Christus? Lenin?*“, antwortete G. A. Sjuganow: „*Mein Gott – das ist die Schönheit, die Wahrheit, die Gerechtigkeit. Und was Christus anbetrifft, so ist in meinen Vorstellungen Jesus der erste Kommunist. [...] Und Christus und die Kommunisten gingen vom Prinzip der Verkörperung der Gerechtigkeit im irdischen Leben aus.*“<sup>531</sup> Für die Wahlbevölkerung zeigte sich aus praktischen Erfahrungen innerhalb der RF, dass die Glaubensbekundung immer besser möglich wurde und sogar als Teil der russischen Mentalität reaktiviert werden konnten. Die KPRF reagierte auf diesen Umstand, indem sie Fragen der Religionsausübung positiv gegenüberstand. Aus der Sicht rein pragmatischer Beweggründe, z.B. der politischen Akzeptanz der KPRF, kann dies als eine positive Entwicklung innerhalb der KPRF gesehen werden. Doch muss an dieser Stelle erneut auf Widerstände hingewiesen werden. Zum einen entwickelten sich Tendenzen, die einen `christlichen Sozialismus` forderten<sup>532</sup>, zum anderen wurde intern versucht, ein Gegengewicht gegen eine religiös bedingte Interpretation des Sozialismus<sup>533</sup> sowie der `russischen Idee`<sup>534</sup> aufzubauen.

---

sind. Vgl. Miller, William L.; White, Stephan; Heywood, Paul: Values and Political Change in Postcommunist Europe, London 1998, S. 97. Vgl. Rose, Richard: New Russia Barometer IV, S. 56.

<sup>529</sup> Vgl. Neues Deutschland, 25.07.2007 und 26.07.2007.

<sup>530</sup> Vgl. Ignatow, Assen: Doktrinaire und Pragmatiker, S. 5.

<sup>531</sup> Vgl. ebenda, S. 12.

<sup>532</sup> Hier sind exemplarisch der Politiker A. I. Podberjoskin genannt, seines Zeichens Vorsitzender der Bewegung `Geistiges Erbe` oder die Publizistin K. Mjalo, die den Sozialismus mit dem Christentum zu verbinden versuchen, aber auch in einer verschärften Form der Journalist der Sowetskaja Rossija G. Alexandrow, dem ein christlicher Sozialismus nicht ausreicht, G. Alexandrow fordert: „*Nur der rechtgläubige Stalinismus wird unser Land vor der endgültigen Versklavung retten.*“ Vgl. Sowetskaja Rossija, 13.08.1992.

<sup>533</sup> Hier ist R. J. Kosolapow zu nennen, der meint, dass die „*russische Idee*“ auch ohne mystische Beimischungen verteidigt werden könne. Vgl. Prawda, 13.08.1992. Ebenso argumentieren die Parteifunktionäre

#### 4. Fazit

Die Rätsel und Probleme der Russländischen Föderation, um ihre Menschen und ihre Politik während des Transformationsprozesses in der ersten Hälfte der 1990er Jahre sind auch heute nicht ausreichend gelöst worden. Vieles bleibt noch immer schemenhaft und mit den Augen eines externen Beobachters nur schwer zu analysieren. „...an Russland muss man einfach glauben“<sup>535</sup> - diesen Titel wählte G. Krone-Schmalz für eines ihrer Bücher über das Land, die Menschen und ihre Erfahrungen mit ihnen. Die Autorin hoffte mit dieser Titelwahl an ein gutes Ende des gesellschaftlichen Experimentes 'Transformation der Sowjetunion'. Mit dem Bezug auf F. I. Tjutschew<sup>536</sup>, einem russischen Dichter des 19. Jahrhunderts, hat auch in diesem Falle die Vergangenheit erhalten müssen, um der Gegenwart und der Zukunft der RF einen Rahmen zu geben. Vieles konnte die Autorin noch nicht wissen, doch waren viele Tendenzen vorhersehbar, geschuldet einer langen Geschichte politischer, gesellschaftlicher und mentaler Besonderheiten der Bevölkerung und dem sie umgebenden politischen System in der RF.

In dieser Arbeit ist klar geworden, dass die KPRF nicht als einzelner Bestandteil, losgelöst von den sie umgebenden Einflussfaktoren, zu verstehen ist. Die Arbeit hat verdeutlicht, wie sehr das Amt des Präsidenten, die rechtliche Stellung der gesellschaftlichen Vereinigungen, die politischen Strömungen sowie die schwache Stellung der Staatsduma die Arbeit der KPRF beeinflusst haben. Ferner ist klargestellt worden, in wie weit sich die KPRF selbst und in Wechselwirkung zum politischen Systems der RF, entwickeln konnte bzw. selbst behinderte. Doch ist auch herausgearbeitet worden, dass die KPRF in den Jahren von 1991–1996 die entscheidende gesellschaftliche Vereinigung des politischen Spektrums der RF darstellte. Keine andere Vereinigung dieser Zeit schaffte es, so viele Mitglieder und Wähler an sich zu binden, wie es die kommunistische Partei unter der Führung G. A. Sjuganows vermochte. In

---

W. A. Kupzow, M. J. Woronin und W. I. Sorkalzew, die in der Religion eine Hilfe der herrschenden Klasse sehen. Vgl. Ignatow, Assen: Doktrinäre und Pragmatiker, S. 13.

<sup>534</sup> Der Artikel „*Die Russische Frage*“ könnte als Beweis dienen, dass G. A. Sjuganow im russischen Patriotismus und in der russischen Großmachtstellung die wichtigsten Parameter der KPRF-Politik sieht. Vgl. Sovjetskaja Rossija, 03.07.1993. Die „*russische Idee*“ ist einer der Kritikpunkte innerhalb der Partei. Vgl. Krotow, Nikolaj; Luchterhandt, Galina: Zwischen „Patriotismus“ und „Sozial-Demokratie“, S. 860.

<sup>535</sup> Vgl. Krone-Schmalz, Gabriele: ...an Russland muss man einfach glauben. Meine Moskauer Jahre, Düsseldorf 1991. Interessanterweise benutzt auch G. Erler F. I. Tjutschews bekannte Verse für die Einleitung seines Buches im Jahre 2005. In einem Punkt sind sich beide Autoren trotz 14 Jahren Zeitunterschied, in dem sich viel ereignete, aber einig, für Russland gelten keine Schablonen, keine allgemein übertragbare Parameter. Vgl. Erler, Gernot: Russland kommt. Putins Staat – der Kampf um Macht und Mobilisierung, Freiburg 2005.

<sup>536</sup> Eine Aussage von 1866 hat F. I. Tjutschew berühmt gemacht: „*Verstehen kann man Russland nicht, und auch nicht messen mit Verstand. Es hat sein eigenes Gesicht. Nur glauben kann man an das Land.*“

der Arbeit wurde gezeigt, dass diese Fähigkeit zum einen durch Traditionslinien zur KPdSU und zum anderen durch eine evolutionäre und pragmatische Entwicklung der Vereinigung hervorgerufen wurde. Durch diese Entwicklung sind einerseits breite Bündnisse möglich geworden, andererseits wurde auch sichergestellt, dass die KPRF von der Anti-System-Opposition abging und Teil des politischen Systems der RF wurde. Die kommunistische Vereinigung unter G. A. Sjaganow vermochte es, die Vorteile ihrer KPdSU-Vergangenheit klar zu nutzen und somit ist ihre exponierte Stellung nicht verwunderlich, auch wenn die programmatische und ideologische Ausrichtung im ost- und ostmitteleuropäischen Vergleich beispiellos ist. Eine besondere Rolle spielt hier die Einzigartigkeit des Transformationsprozesses in der RF.<sup>537</sup> Auch wenn die KPRF sich von der KPdSU emanzipieren konnte, war doch ihre Loslösung nie eine vollständige. Keine andere gesellschaftliche Vereinigung konnte sich innerhalb des Untersuchungszeitraumes einer ähnlich festen Partei-Wählerbindung<sup>538</sup> versichert wissen. Der Anteil an Stammwählern war hoch, die Fluktuation zwischen den Staatsdumawahlen war marginal bis gering. Außer der KPRF hatte keine Vereinigung ein die ganze RF umfassendes Netzwerk aufbauen können, basierend auf Organisationen in allen der 89 Subjekte der RF. Dieser Umstand ermöglichte der KPRF eine eigene Qualität der internen Arbeit und unterschied sie von vielen der gesellschaftlichen Vereinigungen in der RF. Im Umkehrschluss hatte aber auch keine der russländischen Vereinigungen jenen großen Verwaltungsaufwand bzw. Machtkämpfe zwischen dem 'parlamentarischen Moskau' und den 'kämpfenden Regionen'<sup>539</sup>, wie sie die KPRF auszufechten hatte. Ein weiterer Aspekt ist in der langen Bindung der Wähler und Mitglieder an das Politische, die Erfahrungen mit der Agitation und in der über Jahrzehnte währenden Bindung an eine kommunistische Ideologie zu sehen. Auch intern agierte die KPRF eher evolutionär als statisch. Die Vereinigung erlaubte zwar keine Fraktionsbildung, diese blieb nach altem Vorbild weiterhin verboten, doch konnten interne Plattformen gebildet, als auch selbstständig agierende regionale Organisationen gegründet werden. Noch ein weiterer Punkt konnte in der Arbeit herausgearbeitet werden - die KPRF ist, ähnlich ihrer Mutterpartei die KPdSU keine homogene Masse, keine monolithische Vereinigung. Auch wenn die beiden Minderheitsströmungen, die 'sozialdemokratische' und die 'konservativ-stalinistische'

---

<sup>537</sup> Vgl. Schewzowa, Lilija: Das neue Russland. Von Jelzin zu Putin. In: Höhmann, Hans-Hermann; Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): Russland unter neuer Führung. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts, Münster 2001, S. 33-35.

<sup>538</sup> Für den Untersuchungszeitraum kann dieser Umstand attestiert werden, für die Zeit nach 1996, aber auch schon im Vorfeld, kann laut G. Luchterhandt eine Abwendung von der traditionellen Wählerbasis durch die KPRF beobachtet werden. Vgl. Luchterhandt, Galina: Von der radikalen Opposition zur Beteiligung an der Macht, S. 985.

<sup>539</sup> Vgl. Nesawisimaja gasjeta, 20.03.1996.

Ausrichtung zusammen gerade 25% innerhalb der Vereinigung ausmachten, zwangen sie doch die Hauptströmung unter der Führung G. A. Sjuganows zu Zugeständnissen und einem internen Meinungs austausch. Auch wenn dies aus der Sicht westlicher Parteiendefinitionen betrachtet, rückständig wirkt, so muss doch immer die Ausgangssituation für die KPRF im Auge behalten werden. Die Plattformbildung und ein Aufweichen des demokratischen Zentralismus sind ein Indiz dafür, dass die siebenzig Jahre währende Vorherrschaft durch die KPdSU in der KPRF nicht unreflektiert blieben. Der KPRF war es gelungen, sich als einzige kommunistische Vereinigung der RF in der Staatsduma - der wichtigsten Arena für Vereinigungen - dauerhaft zu etablieren. Der KPRF gelang es, ihren Stil den politischen Geflogenheiten anzupassen und mit G. A. Sjuganow den aussichtsreichsten Gegenspieler für B. N. Jelzin zur Präsidentschaftswahl 1996 in das Rennen zu schicken.

Was für den Weg der KPRF geltend gemacht werden konnte, ist nicht zwangsläufig symptomatisch für die Programmatik der kommunistischen Vereinigung. Viele eher kommunistisch-orthodoxe Gesichtspunkte lassen sich im Programm sowie im Statut der KPRF finden und zeugen von einem viel zitierten 'Programm-Mix', der die Wähler der Vereinigung aber nicht in dem Maße verunsicherte, wie vielleicht anzunehmen war. Die Arbeit zeigt, dass sich die KPRF in den relevanten Wahlen des Untersuchungszeitraumes immer weiter steigern, und sie 1995 als die stärkste Vereinigung in die II. Staatsduma einziehen konnte. Die guten Ergebnisse der KPRF bei den Staatsdumawahlen waren nicht minder das Resultat jener Mixtur, die von staatsprotektionistischen Sicherheits- und Schutzmechanismen bis hin zu nationalistischen Vaterlandsträumen reichte. Wie in den Ausführungen herausgearbeitet wurde, vollzog die KPRF einen nationalistischen Ruck. Die 'russische Idee' mit dem Schutz russischer Werte und Reichtümer wurde fester Bestandteil des KPRF-Vokabulars.

Ferner konnte gezeigt werden, dass die Programminhalte der KPRF nicht an der Realität vorbei gingen, sondern der Denkweise und dem Wunsch nach einem paternalistischen Staat und der Abkehr vom westlichen Demokratie- und Wertemodell, eines großen Teils der Bevölkerung entsprachen. Gleiches wurde in der Arbeit für das Verhältnis der KPRF in Bezug auf die Religion nachgewiesen. Die Vereinigung agiert somit nicht losgelöst von den potentiellen Wählern und berücksichtigte, dass die Wahlbevölkerung keine lenkbare Masse mehr war, der man allein mit einem sozialistischen Wertekanon begegnen konnte.

Auf der anderen Seite zeigt die Arbeit aber auch jene Faktoren auf, die es der KPRF erschwerten, einen durchbrechenden Erfolg im politischen System der RF zu erreichen. Hier ist der fehlende Anpassungsdruck zu nennen, der es der KPRF schwer machte, auf positive Veränderungen innerhalb der RF zu reagieren. Die KPRF lebte im Untersuchungszeitraum zu einem gewichtigen Anteil auch von der sozial-ökonomischen Schieflage der RF. Der Versuch der KPRF, mit einem nationalistischen Schwenk auf Veränderungen zu reagieren, kann im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen von 1996 als Fehler interpretiert werden. Eine Stabilisierung der sozial-ökonomischen Situation war nicht abzusehen und wie in der Arbeit gezeigt wird, erhofften sich die meisten der potentiellen KPRF-Wähler von ihrem zukünftigen Präsidenten zuallererst eine Verbesserung ihrer Lebensumstände. Die Bevorzugung patriotisch-nationaler Themen im Präsidentschaftswahlkampf gegenüber sozial-ökonomischen konnte als ein klarer Fehler analysiert werden. Am geführten klassischen Wahlkampf kann ein weiterer Grund des Scheiterns G. A. Sjuganows abgelesen werden. Im Hauptteil der Arbeit wurde herausgearbeitet, dass von Seiten der KPRF ein farblich grauer, eher konservativ geführter Wahlkampf nach klassischem Muster<sup>540</sup> auf einen verstärkt medial geführten modernen Wahlkampf von Seiten der Kremladministration traf. Schon zu den Dumawahlen war abzusehen, dass es mehr benötigte, als nur die Stammwähler zu mobilisieren. Im Wahlkampf 1996 ging es um die Nichtwähler und darum, Wähler über das Stammwählerpotential hinaus für G. A. Sjuganow zu gewinnen. Dies gelang der KPRF bzw. dem 'Volkspatriotischen Block' nicht. Der Block hatte, und hier kann man der Meinung V. Schejnis folgen, das Maximum des Möglichen erreicht. Als einen wichtigen Punkt, der mitentscheidend für die Niederlage der KPRF 1996 war, kann die Wahl G. A. Sjuganows zum Vorsitzenden der KPRF aber auch zum führenden Kopf des 'Volkspatriotischen Blockes' gesehen werden. In der Arbeit wird verdeutlicht, dass es G. A. Sjuganow in den Augen der Wähler, der Mitglieder der gesellschaftlichen Vereinigung, aber auch der Gegner an Ausstrahlung und Charisma fehlte. Aber gerade dieser Umstand stellt in einem Staat der starken Führerpersönlichkeiten einen wesentlichen Aspekt dar.

Für die Untersuchung der beeinflussenden Parameter hat es sich als günstig erwiesen, die Einflussfaktoren in endogene, aus der Vereinigung erwachsende, und exogene, von außen auf die Vereinigung wirkende Faktoren, einzuteilen. Es konnte festgestellt werden, dass die exogenen Faktoren der KPRF nicht immer unüberwindbare Hindernisse waren, wie die Wahlergebnisse und die Darstellungen der öffentlichen Meinung der Wahlbevölkerung

---

<sup>540</sup> Im Verständnis der KPRF, von „*Tür zu Tür*“ und auf die Organisationsnetzwerke vertrauend.

bewiesen haben. Mit der schwachen Stellung der Staatsduma mussten alle gesellschaftlichen Vereinigungen der RF umgehen. Jedoch verstand es die KPRF am besten, die geringen Möglichkeiten durch die Besetzung von Komiteevorsitzen, durch die innerparlamentarische Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen 'Feinden' wie z.B. JABLOKO oder durch das pragmatische Nutzen der informatorischen Vorteile, zu verwerten.

Dass die exponierte Position des Präsidenten, untermauert in der Verfassung der RF und durch die Person von B. N. Jelzin, bessere und weiter reichende Möglichkeiten hatte, als sie der KPRF zur Verfügung standen, beweisen die Lenkungsversuche der Kremladministration in Bezug auf die Dumawahlen und insbesondere auf die entscheidenden Wahl zum Amt des Staatspräsidenten von 1996. Dass B. N. Jelzin keine Mühen scheute, bei den Wahlen zur Staatsduma die jeweilige PdM zu protegieren, schadete der KPRF weder programmatisch noch in Bezug auf den Ausgang der Wahlen. Dies unterstreicht einerseits den starken Einfluss der KPRF innerhalb der RF, andererseits aber weist dies auch auf die insgesamt schwache Position der politischen Vereinigungen in der RF hin. Ein weiterer wichtiger Umstand, der einen Grund des Scheiterns der KPRF bei den Wahlen 1996 darstellt, war die Unfähigkeit der Vereinigung, ausreichend neue Wähler zu aktivieren. Die KPRF schaffte es nicht, die sich entwickelnde Politikverdrossenheit zu überwinden, Nichtwähler zum Urnengang zu bringen oder ein positives Alternativprogramm für die Machtübernahme anzubieten. Der Kommunismusangst, die besonders die Kremladministration mit Erfolg schürte, konnte die KPRF nicht viel entgegensetzen, auch wenn G. A. Sjuganow nicht scheute, den vermeintlichen Wandel der KPRF zu einer Vereinigung der Marktwirtschaft und der sozialen Sicherheit zu proklamieren. Es ist festzuhalten, dass die KPRF, auch wenn sie die Macht innerhalb der Staatsduma erreichen konnte, im entscheidenden Kampf um die Macht in der RF, dem Kampf um das Amt der Präsidenten, zwar einen nicht zu unterschätzenden Erfolg erzielte, aber letztendlich unterlag. Hier zeigt sich das Phänomen, dass das Wahlvolk durchaus in der Lage war, die politische Situation differenziert einzuschätzen. Eine kommunistisch dominierte Staatsduma war als Gegengewicht zur Allmacht des Präsidenten durchaus erwünscht, man wusste aber auch, dass die Macht der Staatsduma beschränkt war. Mit Blick auf das Präsidentschaftsamt wählten viele Bürger jedoch nicht die kommunistische Alternative, sondern die vermeintliche Stabilität, den gemäßigten Nationalismus, und vertrauten den polemischen Versprechungen ihres amtierenden Staatsoberhauptes.

In der Arbeit konnte herausgestellt werden, dass von Seiten der gesetzlichen Verankerung der gesellschaftlichen Vereinigungen über die beiden wichtigen Staatsdumawahlen keine Verstärkung der rechtlichen Stellung der Vereinigungen vollzogen wurde. Es war sicher auch im Sinne einiger Vereinigungen, die Geflogenheiten der Anfangsjahre nicht zu verändern, denn eine Manifestierung der rechtlichen Stellung hätte auch eine Sanktionierung der Parteiarbeit bedeutet. Für die KPRF, die sich stets als 'Partei' verstand, hätte ein frühes Parteiengesetz sowie die klare Definition des Begriffes 'Partei', eine klare Arbeit mit definiertem rechtlichen Bezug bedeutet. Es ist festzuhalten, dass die über lange Zeit bestandenen rechtlichen Grauzonen der KPRF in der Wahrnehmung als 'Partei' nicht geschadet haben, ganz im Gegenteil, konnte sie doch schon von Beginn an auf ein klares Statut sowie Programm zurückgreifen, konnte über ihre Basis landesweit agieren und durch ihre exponierte Stellung in der Staatsduma das Bild einer politischen 'Partei' in der RF mitprägen. Die KPRF arbeitete somit aktiv am politischen Willensbildungsprozess mit und beteiligte sich an den Wahlen in regelmäßiger Abfolge und in allen Subjekten der RF. Folgt man der westlichen Parteienlehre<sup>541</sup>, so konnte die KPRF die Parameter einer 'Partei' auch ohne starke rechtliche Verankerung klar erfüllen. Viele gesellschaftliche Vereinigungen gaben sich auch ohne normative Vorgaben einen straffen Aufbau, differenzierte Organisationsstrukturen und Vorgaben für ihre Mitglieder und ihre interne Arbeit. Hier spielt die lange Erfahrung mit der KPdSU in den Köpfen des Wahlvolkes eine wichtige Rolle, denn auch wenn die Vereinigungen durch den Missbrauch der Macht durch die KPdSU misskreditiert waren, so waren straffe Organisationsstrukturen nicht nur gut für eine effiziente Arbeitsweise, sondern wurden auch von den Wählern gern gesehen.

Die Ausführungen haben gezeigt, dass es von Vorteil ist, die bestehenden politischen Strömungen neu zu ordnen. Die Ansiedlung des politischen Zentrums in der direkten und indirekten Nähe zum Amt des Präsidenten entspricht der russländischen Praxis und macht das Phänomen der PdM anschaulich. Es konnte nachgewiesen werden, dass die PdM dadurch über Ressourcen verfügen konnte, die den anderen Vereinigungen verschlossen blieben. Weiter konnte verdeutlicht werden, dass es nicht ausreichte, eine Vereinigung ohne ein klares politisches Profil zu etablieren, die dann in der Gesellschaft auch nicht verankert werden konnte. Die oftmals folgende Emanzipation dieser PdM bedeutete im Untersuchungszeitraum den schnellen politischen Tod der 'ad hoc – Vereinigungen'. Ihre Nähe zur präsidentialen Macht verhalf der PdM trotz alledem zu organisatorischen, informationellen und politischen

---

<sup>541</sup> Vgl. Beyme, Klaus v.: Parteien in westlichen Demokratien, München 1984, S. 25.

Vorteilen. Die Wahlbevölkerung war im Untersuchungszeitraum jedoch in der Lage, diese Positionen zu differenzieren, wie die Wahlergebnisse allgemein und die klare Steigerung der Wahlergebnisse für die KPRF verdeutlichen. Die PdM wurden von der präsidentialen Macht stets indirekt protegiert, nie kam es aber zum Eintritt eines Präsidenten in eine politische Formation. Wie gering die Rolle der politischen Vereinigungen war, zeigte sich auch hier in der Wahl zum Präsidenten 1996. B. N. Jelzin, der amtierende Präsident, wurde als parteilich ungebunden wahrgenommen.

Ferner soll diese Arbeit dazu dienen, die oftmals 'unversöhnliche Opposition' differenzierter zu betrachten und ihre Mitglieder nicht, wie allgemein üblich, in einen politischen Topf zu werfen. Zum einen verabschiedete sich die KPRF von dieser Art der Opposition und begann einen kooperativen Weg einzuschlagen. Zum anderen war nicht die nationalistische Ausprägung das verbindende Element, sondern die allgemeine Ablehnung sowohl der radikalen wirtschaftlich und gesellschaftlichen Schocktherapie als auch der Regierung.

In dieser Arbeit wird versucht, die gleichstellende Aussage bezüglich rechter und linker Nationalisten aufzuweichen. Wie gezeigt wird, gab es keine Zusammenarbeit zwischen der LDPR und der KPRF in der Staatsduma. Gleichwohl scheute sich die KPRF nicht, im 'Volkspatriotischen Block' mit den rechten nationalistischen Kräften zu paktieren. Es muss aber hervorgehoben werden, dass es die KPRF besonders im Untersuchungszeitraum vermochte, die radikal-nationalistischen Tendenzen zu zügeln und den Aufbau neuer patriotischer, z. T. rechter Kräfte zu erschweren. Letztendlich muss aber auch festgestellt werden, dass es genau diese Fokussierung auf patriotische und nationalistische Themen war, die der KPRF hemmend im Wege stand, als es um die Wahl zum Präsidenten 1996 ging.

Zum Thema der Hauptakteure des politischen Spektrums in der RF muss gesagt werden, dass jeder Vereinigung eine separate Arbeit mit entsprechend tief greifenden Analysen gewidmet werden müsste. Dies würde diese Arbeit mit Fokussierung auf die KPRF jedoch sprengen. Vertiefende Betrachtung speziell zu den Akteuren wie JABLOKO oder der LDPR sind lohnende Themen für weiterführende Arbeiten. In dieser Arbeit ist aber extrahiert worden, in welchem Umfeld die KPRF politisch agieren konnte, welche Partner zur Verfügung standen, welche sich in radikaler Opposition zur KPRF befanden und mit welchen Vereinigungen eine partielle Zusammenarbeit möglich war.

Abschließend muss gesagt werden, dass in den betrachteten exogenen und endogenen Faktoren keine eindeutig erkennbaren Hauptgründe einzelner Faktoren für das Scheitern der KPRF bzw. G. A. Sjuganows zu finden sind. Einen Anspruch auf quantitative Gewichtung der einzelnen exogenen und endogenen Faktoren hat diese Arbeit nie erhoben. Eine Einteilung der exogenen und endogenen Faktoren kann somit nur über eine gesonderte Bewertung der einzelnen Einflussfaktoren erreicht werden. Gegen die Allmacht des Präsidentenamtes und die z. T. missbräuchliche Nutzung von Ressourcen des Amtes konnte die KPRF nur bedingt agieren. Auch wenn der KPRF die Administration der Staatsduma zur Verfügung stand, waren es doch sehr unterschiedliche Voraussetzungen, die den jeweiligen Gegenspielern zur Verfügung standen. Es kann aber behauptet werden, dass die meisten Fehler, die die KPRF machte, in den endogenen Faktoren zu finden sind, denn hier konnte die gesellschaftliche Vereinigung aus sich heraus agieren, selbst definierte Wege beschreiten und Taktiken festlegen. Die exogenen Faktoren zwangen nur zur Reaktion, welche in der Regel die KPRF nicht negativ beeinflussten. Wenn exogene Faktoren der KPRF in der Zukunft gefährlich werden könnten, dann die demografische Entwicklung der Mitglieder- und Wählerschaft, die Installierung einer linken PdM sowie eine weiterführenden Schwächung der parlamentarischen Arenen. Aus der Sicht des Untersuchungszeitraumes muss der KPRF vorgehalten werden, eine flächendeckende Verjüngung der Vereinigung nicht erreicht zu haben. So waren es letztendlich die endogenen Faktoren, wie die fehlerhaften Wahlkampfkampagnen, eine einseitige Schwerpunktlegung in der programmatischen Ausrichtung zur Wahl 1996 sowie die ausbleibende Mobilisierung von nicht klassischen KPRF-Wählern, welche die KPRF an der Machtergreifung hinderten. Ferner wurde herausgearbeitet, dass sich die Vereinigung den Weg selbst verbaute, indem sie ihr Maximum an politischer Bündnisfähigkeit erreichte und an der Wahl des Spitzenkandidaten ohne Charisma festhielt.

## Literaturverzeichnis

- **ACKERMANN**, Bruce: Von der Revolution zur Verfassung. In: Transit 4, 1992.
- **BABST**, Stefanie: Die neuen sowjetischen Parteien und Gruppierungen – ein systematischer Überblick. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr.1, 1991.
- **BEDNARZ**, Klaus: Russland. Ein Volk sucht seine Zukunft, Hamburg 1992.
- **BEICHELT**, Timm: Die slawischen GUS–Staaten zwischen Autokratie und Demokratie, Frankfurt/Oder 2001.
- **BEICHELT**, Timm: Nochmals zu den Wahlen in Russland. Waren sie demokratisch? – Eine Nachlese. In: Osteuropa, Nr. 2/1997.
- **BENDEL**, Petra; **KROPP**, Sabine: Zivilgesellschaft – ein geeignetes Konzept zur Analyse von Systemwechseln? Ergebnisse eines interregionalen Vergleichs. Lateinamerika und Osteuropa. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 8 Jg. Heft 1, 1998.
- **BEYME**, Klaus v.: Parteien in westlichen Demokratien, München 1984.
- **BEYME**, Klaus v.: Demokratisierung als Mittel des Systemzusammenbruchs. In: Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg: Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Entstehung – Entwicklung – Probleme, Stuttgart 1992.
- **BEYME**, Klaus v. (Hrsg.): Demokratisierung und Parteiensysteme in Osteuropa, Göttingen 1992.
- **BEYME**, Klaus v.: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt/Main 1994.
- **BISTER**, Anita: Handlungsspielräume der zivilen Gesellschaft in Russland. In: Mangott, Gerhard (Hrsg.): Zur Demokratisierung Russlands. Band 2 Leadership, Parteien, Regionen und Zivilgesellschaft(= Wiener Schriften zur internationalen Politik, Band 5), Baden-Baden 2002.
- **BOS**, Ellen; **STEINSDORFF**, Silvia v.: Zu viele Parteien – zu wenig System. Zur verzögerten Entwicklung eines Parteiensystems im postkommunistischen Russland. In: Merkel, Wolfgang; Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen 1997.
- **BRIE**, Michael: Russland. Das Entstehen einer 'delegierten Demokratie'. In: Merkel, Wolfgang; Sandschneider, Eberhard; Segert, Dieter (Hrsg.): Systemwechsel 2, Opladen 1996.
- **BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTEN UND INTERNATIONALE STUDIEN** (BiOst) (Hrsg.): Jahrbuch 1994/1995, Zwischen Krise und Konsolidierung. Gefährdeter Systemwechsel im Osten Europas, Köln 1995.
- **CONNOR**, Walter; **GITELMAN**, Zvi: Public Opinion in European Socialist Systems, London 1977.
- **DALOS**, György: Rechts in Russland. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Vol. 38, 1994.
- **DELAVRE**, Tina (Hrsg.): Der Putsch in Moskau. Berichte und Dokumente, Leipzig 1992.
- **DEPPE**, Jens: Über Pressefreiheit und Zensurverbot in der Russländischen Föderation. Eine Untersuchung über die gesetzliche und tatsächliche Ausgestaltung der verfassungsrechtlichen Freiheitsgarantie, Hamburg 2000.

- **DROSTE**, Daniel: Politische Kultur und politische Parteien in der russischen Föderation. Zur Analyse und Entwicklung des postkommunistischen Parteienpluralismus(=Dokumente und Analysen zur russischen und sowjetischen Kultur, Band 22), Bochum 1999.
- **ERLER**, Gernot: Russland kommt. Putins Staat – der Kampf um Macht und Modernisierung, Freiburg 2005.
- **FEDOTOV**, Michail: The Road to Freedom for the Soviet Press, Moskau 1991.
- **FRAZER**, Graham; **LANCELLE**, George: Absolute Zhirinovskij – A Transparent View of the Distinguished Russian Statesman, New York 1994.
- **FRYE**, Timothy: A Politics of Institutional Choice. Post-Communist Presidencies. In: Comparative Political Studies, Vol. 30, No. 5, 1997.
- **GNAUCK**, Gerhard: Parteien und Fraktionen in Russland, Ebenhausen 1994.
- **GNAUCK**, Gerhard; **HARMS**, Michael: Das Parteiensystem Russlands. In: Segert, Dieter; Stöss, Richard; Niedermeyer, Oskar (Hrsg.): Parteiensysteme postkommunistischer Gesellschaften Osteuropas, Opladen 1997.
- **GÖTZ**, Roland; **HALBACH**, Uwe: Politisches Lexikon Russland, München 1994.
- **GRÄFE**, Karl-Heinz: Was aus der Kommunistischen Partei Russlands wurde. Paradigmenwechsel und politischer Einfluss der einflussreichsten KPdSU-Nachfolgepartei. In: [http://archiv2007.sozialisten.de/politik/publikationen/disput/view\\_html/n10/pp1/bs1/zi2\\_032](http://archiv2007.sozialisten.de/politik/publikationen/disput/view_html/n10/pp1/bs1/zi2_032), Stand 09.04.2007.
- **GÜNTER**, Bernhard; **WIMMER**, Michaela; **SPIERING**, Jochen; **KERNECK**, Barbara: Der Sieg der Perestrojka, Daten, Fakten und Hintergründe des Putschversuches in der Sowjetunion, Bergisch Gladbach 1991.
- **GUDIMENKO**, Dmitrij V.: Politiceskaja kul'tura Rossii. Preemstvennost' epoch. In: Politiceskie isslodovanija, 2/1994.
- **HÜBNER**, Peter: Medienpolitik in Russland nach dem Oktober 1993. BiOst 41/1993, Köln 1994.
- **HÜBNER**, Peter: Präsidentschaftswahlen in Russland. Aussichten für die Medienfreiheit unter Jelzin und Sjuganow. BiOst 37/1996, Köln 1996.
- **HÜBNER**, Peter: Pressefreiheit in Russland – Das Recht auf freien Zugang zu Informationen. BiOst 43/1997, Köln 1997.
- **HÜBNER**, Peter: Pressefreiheit in Russland - Großaktionäre als Zensoren? BiOst 34/1998, Köln 1998.
- **IGNATOW**, Assen: Ein Scheintod. Die kommunistische Ideologie im postkommunistischen Russland. BiOst 31/1995, Köln 1995.
- **IGNATOW**, Assen: Zwischen „Selbstkritik“ und neuer Hoffnung. Die marxistische Theorie-Debatte in Russland. BiOst 28/1996, Köln 1996.
- **IGNATOW**, Assen: Präsidentschaftswahlen in Russland. Tränen, Beschwörungen, Doppelzüngigkeit. BiOst 29/1996, Köln 1996.
- **IGNATOW**, Assen: Doktrinäre und Pragmatiker. Ideologische Spannungen in der KPRF. BiOst 51/1998, Köln 1998.
- **HASPEL**, Moshe; **REMLINGTON**, Thomas; **SMITH**, Steven: Electoral Institutions and Party Cohesion in the Russian Duma. In: The Journal of Politics, Nr. 2, 1998.
- **HOLMES**, Stephan: Superpresidentialism and its Problems. In: East European Constitutional Review, Heft 4/1, 1993/1994, S. 123-126.
- **HUNTINGTON**, Samuel P.: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Hamburg 2006.
- **JELZIN**, Boris: Reden gegen den Putsch, Bergisch Gladbach 1991.

- **KNOBLOCH**, Jörn: Defekte Demokratie oder keine? Das politische System Russlands, Münster 2002.
- **KNOBLOCH**, Jörn: Hybride Systeme. Politische Praxis und Theorie am Beispiel Russlands, Göttingen 2006.
- **KOENEN**, Gerd; **HIELSCHER**, Karla: Die schwarze Front. Der neue Antisemitismus in der Sowjetunion, Reinbeck 1991.
- **KÖNIG**, Helmut: Wohin steuert Russland? Zur Situation nach den Wahlen vom Dezember 1995. Bericht über die erweiterte Redaktionskonferenz 1996. In: Osteuropa, Nr. 8/1996.
- **KATZ**, Richard; **MAIR**, Peter: Party Organisations. A Data Handbook on Party Organisations in Western Democracies 1960-90, Cambridge 1992.
- **KATZER**, Nikolaus: Der erste Tag. Parlamentseröffnung und demokratische Tradition in Russland im 20. Jahrhundert. In: Osteuropa Nr. 8/1999.
- **KREISEL**, Anja: Zwischen Informationen und Macht – Die russische Medienlandschaft. In: Russland unter neuer Führung – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts, Bonn 2001.
- **KOSTIKOW**, Wjatscheslaw: Nach dem KPdSU-Parteitag. Wohin treibt die sowjetische Gesellschaft? In: Sowjetunion heute, 10/1990.
- **KROTOW**, Nikolaj; **LUCHTERHANDT**, Galina: Zwischen „Patriotismus“ und „Sozial-Demokratie“. Der Kommunist Gennadij Sjuganow. In: Osteuropa, Nr. 9/1994.
- **KRONE-SCHMALZ**, Gabriele: ...an Russland muss man einfach glauben. Meine Moskauer Jahre, Düsseldorf 1991.
- **KTO EST' KTO**. Politiceskaja Moskva, Moskau 1994.
- **LABOOR**, Ernst: Wieviel Parteien braucht Russland? Parteien und politische Organisationen vom Ausgang der achtziger Jahre bis zu den Dumawahlen im Dezember 1995, Berlin 1996.
- **LABOOR**, Ernst: Programme der wichtigsten politischen Kräfte. In: Russland im Umbruch, Modernisierungsversuche in der neueren und neusten russischen Geschichte, Leipzig 1997.
- **LAQUEUR**, Walter: Der Schoß ist fruchtbar noch. Der militante Nationalismus der russischen Rechten, München 1995.
- **LEGUTKE**, Annette: Die Organisation der Parteien in Russland, Wiesbaden 2001.
- **LEVADA**, Jurij: Der „Homo sovieticus“ als sozialer Mythos. Von der Blüte zum Verfall. In: Friedrich, Clemens; Menzel, Birgit (Hrsg.): Osteuropa im Umbruch. Alte und neue Mythen, Berlin 1994.
- **LIPSET**, Seymour M.; **ROKKAN**, Stein (Hrsg.): Cleavages Structures, Party Systems and Voter Alignments, New York 1967.
- **LUCHTERHANDT**, Galina; **LUCHTERHANDT**, Otto: Die Genesis der politischen Vereinigungen, Bewegungen und Parteien in Russland. In: Veen, Hans-Joachim; Weilemann, Peter R. (Hrsg.): Russland auf dem Weg zur Demokratie? Politik und Parteien in der Russischen Föderation, Paderborn 1993.
- **LUCHTERHANDT**, Galina: Die politischen Parteien im neuen Russland, Dokumente und Kommentare (= Dokumentationen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa, Band 1), Bremen 1993.
- **LUCHTERHANDT**, Galina: Das Parteienrecht in der Russländischen Föderation. In: Tsatsos, Dimitris Th.; Kedzia, Zdzislaw (Hrsg.): Parteienrecht in mittel- und osteuropäischen Staaten. Entstehungsmomente des Parteienrechts in Bulgarien, Litauen, Polen Russland, der Slowakei, Tschechien und Ungarn, Baden-Baden 1994.

- **LUCHTERHANDT**, Galina: Von der radikalen Opposition zur Beteiligung an der Macht. Die Kommunistische Partei der Russländischen Föderation. In: Osteuropa, Nr. 9/1994.
- **LUCHTERHANDT**; Galina: Parteien in der russischen Provinz. Politische Entwicklungen in den Regionen Wolga und Ural, Bremen 1998.
- **LUCHTERHANDT**, Galina: Politik und Kultur in der russischen Provinz. Nowgorod-Woronesh-Saratow-Jekaterinburg, Bremen 1999.
- **LUCHTERHANDT**, Galina (Hrsg.): Politische Parteien in Russland. Dokumente und Kommentare (=Dokumentationen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa, Band 7), Bremen 2000.
- **LUCHTERHANDT**, Galina: Die Entwicklung der Parteien und des Parteiensystems im postsowjetischen Russland. In: Mangott, Gerhard (Hrsg.): Zur Demokratisierung Russlands. Band 2 Leadership, Parteien, Regionen und Zivilgesellschaft, Baden-Baden 2002.
- **MANGOTT**, Gerhard: Zur Demokratisierung Russlands. Band 1 Russland als defekte Demokratie(= Wiener Schriften zur internationalen Politik, Band 4), Baden Baden 2002.
- **MANGOTT**, Gerhard (Hrsg.): Zur Demokratisierung Russlands. Band 2 Leadership, Parteien, Regionen und Zivilgesellschaft(= Wiener Schriften zur internationalen Politik, Band 5), Baden-Baden 2002.
- **MASON**, David; **SIDORENKO-STEPHENSON**, Svetlana: Public Opinion and the 1996 Elections in Russia. Nostalgic and Statist, Yet Pro-market and Pro- Yeltsin. In: Slavic Review, Nr. 4, 1997.
- **MCFAUL**, Michael: Institutional Design, Uncertainty, and Path Dependency during Transition: Cases from Russia. In: Constitutional Political Economy 1, 1999.
- **MCFAUL**, Michael: Party Formation and Non-Formation in Russia. In: Working Paper 12, 2000.
- **MEDISH**, Vadim: My Russia, The Political Autobiography of Gennady Zyuganov, New York 1997.
- **MERKEL**, Wolfgang: Parteien und Parteiensysteme im Transformationsprozess. Ein internationaler Vergleich. In: Merkel, Wolfgang; Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozess, Opladen 1997.
- **MERKEL**, Wolfgang: Defekte Demokratie. Band 1 Theorie, Wiesbaden 2003.
- **MERKEL**, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen 1999.
- **MERKEL**, Wolfgang; **PUHLE**, Hans-Jürgen: Von der Diktatur zur Demokratie. Transformation, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade, Opladen 1999.

- **MEYER**, Gerd: 'Die Wahlen sind frei, aber nicht fair.' Parteien, Wahlen und Wählerverhalten. Der Stellenwert von Parteien und Wahlen im politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess. In: Bürger im Staat. Russland unter Putin, 51. Jg., Heft 2/3, 2001.
- **MICKIEWICZ**, Ellen P.: Changing Channels: television and the struggle of power in Russia, New York 1997.
- **MILLER**, Arthur H.; **REISINGER**, William M.; **HESLI**, Vicki L.: Reassessing Mass Support for Political and Economic Change in the Former USSR. In: American Political Science Review, Vol. 88, Nr. 2, 1994.
- **MILLER**, Arthur H.; **REISINGER**, William M.; **HESLI**, Vicki L.: Understanding Political Change in Post-Soviet Societies. A Further Commentary on Finifter and Mickiewicz. In: American Political Science Review, Vol. 90 Nr. 1, 1996.
- **MILLER**, William L.; **WHITE**, Stephan; **HEYWOOD**, Paul: Values and Political Change in Postcommunist Europe, London 1998.
- **MITROCHIN**, Sergej: Die russischen Parteien nach dem Putsch. Eine politologische Profilskizze, Bremen 1992.
- **MOMMSEN**, Margareta: Russlands politisches System des "Superpräsidentalismus". In: Höhmann, Hans-Hermann; Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): Russlandunter neuer Führung. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts, Münster 2001.
- **OLESCUK**, V. A.; **PAVLENKO**, V. A.: Politiceskaja Rossija god 1997. Partii, Bloki, Lidery, Moskau 1997.
- **ORTTUNG**, Robert: Duma Elections Bolster Leftist Opposition. In: Transition, 4/1996.
- **ORLOV**, Boris: Das Problem des „Großmachtdenkens“ in der russischen Geschichte. In: Osteuropa, Nr. 6/2001.
- **ORLOV**, Boris: Rechtsextremismus im heutigen Russland. In: Osteuropa, 3/2002.
- **OSCHLIES**, Wolf: Wladimir Schirinowski. Der häßliche Russe und das postkommunistische Osteuropa, Köln 1994.
- **OSTROGORSKI**, Wladimir: Gennadi Sjuganow. Ein Dossier. Das Erbe der Sowjetunion und der russischen Oppositionsführer, Berlin 1996.
- **PETRUCHOV**, Vladimir; **RJABOV**, Andrej: Glavnoe – svoboda i opora na sobstvennyje sily. „Revoljucija cennestej“ v soznanii rossijan. In: Obscaja gasjeta, 35/1994.
- **PLASSER**, Fritz: Political culture in East Central Europe, Avebury, 1996
- **PLECHANOV**, Sergej: Schirinovskij: Kto on? Moskau 1994.
- **PRUDKOV**, Oleg; **BACH**, Dieter (Hrsg.): Wer sitzt morgen im Kreml? Die neuen Parteien in Russland und ihre Führer, Wuppertal 1992.
- **RATZKE**, Dietrich; **WORONENKOWA**, Galina (Hrsg.): Russland vor den Wahlen. Die Rolle der Medien bei den Wahlen ein deutsch-russischer Vergleich, Frankfurt/Main 2000.
- **ROSE**, Richard; **HAERPFER**, Christian: New Russia Barometer III. The Results, Studies in Public Policy 228, 1994.
- **ROSE**, Richard: New Russia Barometer IV. Survey Results, Studies in Public Policy 250, 1995.
- **ROSE**, Richard: New Russia Barometer VI. After the Presidential Elections, Studies in Public Policy 272, 1996.
- **ROSE**, Richard: Getting Things Done with Social Capital: New Russia Barometer VII, Studies in Public Policy 303, 1998.
- **SAKWA**, Richard: Left or Right? The CPRF and the Problem of Democratic Consolidation in Russia. In: Löwenhardt, John (Hrsg.): Party Politics in Post-

- Communist Russia. In: *The Journal of Communist Studies and Transition Politics*, Vol. 14, 1998.
- **SCHAUFF**, Frank: Ungeahnte Dynamik der Regionen. Wahlbeobachtungen in Wolgograd. In: *Osteuropa*, Nr. 11/ 1996.
  - **SCHEJNIS**, Viktor: Die Präsidentschaftswahlen in Russland: Ergebnisse und Perspektiven. In: *Osteuropa*, Nr. 11/1996.
  - **SCHEJNIS**, Viktor: Wie Russland gewählt hat. In: *Osteuropa*, Nr. 7/2000.
  - **SCHEWZOWA**, Lilija: Das neue Russland. Von Jelzin zu Putin. In: Höhmann, Hans-Hermann; Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): *Russland unter neuer Führung. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Münster 2001.
  - **SCHNEIDER**, Eberhard: Russland auf Demokratiekurs? Neue Parteien, Bewegungen und Gewerkschaften in Russland, Ukraine und Weißrussland, Köln 1994.
  - **SCHNEIDER**, Eberhard: Die russischen Parlamentswahlen 1993 und die neue Verfassung. *BiOst* 15/1994, Köln 1994.
  - **SCHNEIDER**, Eberhard: Schirinowskij und seine Partei. *BiOst* 35/1994, Köln 1994.
  - **SCHNEIDER**, Eberhard: Politische und institutionelle Veränderungen in Russland 1993-1995. In: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): *Jahrbuch 1994/1995, Zwischen Krise und Konsolidierung, Gefährdeter Systemwechsel im Osten Europas*, Köln 1995.
  - **SCHNEIDER**, Eberhard: Die nationalistischen und die kommunistischen Fraktionen in der russländischen Staatsduma. *BiOst* 28/1995, Köln 1995.
  - **SCHNEIDER**, Eberhard: Duma-Wahlen 1995 (II). Wählervereinigungen und Wahlblöcke. In: *Osteuropa*, Nr. 3/1996.
  - **SCHNEIDER**, Eberhard: Duma-Wahlen 1995 (III). Ergebnisse, Informationen, Analysen. In: *Osteuropa*, Nr. 5/1996.
  - **SCHNEIDER**, Eberhard: Die russischen Staatsdumawahlen 1995. *BiOst* 20/1996, Köln 1996.
  - **SCHNEIDER**, Eberhard: Die russischen Präsidentschaftswahlen 1996. *BiOst* 50/1996, Köln 1996.
  - **SCHNEIDER**, Eberhard: Die Formierung der neuen russländischen politischen Elite. *BiOst* 51/1997, Köln 1997.
  - **SHUGART**, Matthew: Exekutiv – Legislativ Relations in Post-Communist Europe. In: *Transition*, 13/1996.
  - **SOBJANIN**, A. A.: Die erste Präsidentschaftswahl in Russland: Politische Ergebnisse, Perspektiven, Zuverlässigkeit der Ergebnisse. Analytischer Bericht, Moskau 1991.
  - **STEINSDORFF**, Silvia v.: Russland auf dem Weg zur Meinungsfreiheit. Die Pluralisierung der russischen Presse zwischen 1985 und 1993, Münster 1994.
  - **TIMMERMANN**, Heinz: Die KP-Nachfolgeparteien in Ostmitteleuropa. Struktur, Programmatik, Einflußzonen. Auf dem Weg zur „Sozialdemokratisierung“? *BiOst* 27/1992, Köln 1992.
  - **TIMMERMANN**, Heinz: Die Wiederkehr der KP Russlands. Programm, Struktur und Perspektiven der Sjuganow–Partei. *BiOst* 12/1996, Köln 1996.
  - **TIMMERMANN**, Heinz: Die KP Russlands; Struktur, Programm, Aktionsmuster. *BiOst* 9/1998, Köln 1998.
  - **TIMTSCHENKO**, Viktor: Ich erwecke Russland mit Blut – Wladimir Wolfowitsch Shirinowski, Berlin 1994.
  - **TRAUTMANN**, Ljuba: St. Petersburg wählte demokratisch. In: *Osteuropa*, Nr. 5/1996.
  - **TSCHINARICHINA**, Galina: Generalprobe für die Präsidentschaftswahlen? In: *Wostok*, Nr. 2, 1996.

- **TSCHINARICHINA**, Galina: Wahlkampagne '96 – Zuspitzung auf Jelzin und Sjuganow. In: Wostok, Nr. 4, 1996.
- **TSCHINARICHINA**, Galina: Jelzins Wahlkampfstrategie ging auf. In: Wostok, Nr. 5, 1996.
- **UMLAND**, Andreas: Wladimir Shirinowskij in der russischen Politik. Einige Hintergründe des Aufstiegs der Liberal-Demokratischen Partei Russlands. In: Osteuropa, Nr. 12/1994.
- **WAGNER**, Norbert: Verwässerung der Reformen und schleichender Putsch: Kraftprobe für Regierung und Parlament. In: Veen, Hans-Joachim; Weilemann, Peter R.(Hrsg.): Russland auf dem Weg zur Demokratie? Politik und Parteien in der Russischen Föderation, Paderborn 1993.
- **WENDLER**, Hauke: Russlands Presse zwischen Unabhängigkeit und Zensur, Münster 1995.
- **WHITE**, Stephen; **WYMAN**, Matthew; **OATES**, Sarah: Parties und Voters in the 1995 Russian Duma Election. In: Europe-Asia Studies, Vol. 49, Nr. 5, 1997.
- **ZIRINOVSKIJ**, Vladimir V.: Poslednij brodok na jug, Moskau 1993.
- **ZJUGANOV**, Gennadij: Derzava, Moskva 1994.
- **ZJUGANOV**, Gennadij A.: Rossija i sovremennyj mir, Moskva 1995.
- **ZJUGANOV**, Gennadij A.: Rossija – Rodina moja: ideologija gosudarstvennogo patriotizma, Moskva 1996.